DER SPIEGEL

Nr. 5/27.1.14
Deutschland: 4,40 €

4 190700 704400 05

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 4,90
Schweiz sfr 7,30
BeNeLux € 5,–
Dänemark dkr 46,–
Finnland € 7,10
Frankreich € 5,70
Griechenland € 6,20
Großbritannien £ 4,99
Hongkong HK$ 85,–
Italien € 5,70
Japan Yen 1.760,– (plus tax)
Malta € 6,–
Norwegen NOK 69,–
Polen (ISSN 00387452) Zł 31,–
Portugal (cont.) € 5,70
Schweden skr 65,–
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,70
Spanien € 5,70
Spanien / Kanaren € 5,90
Thailand Baht 450,–
Tschech. Republik Kc 175,–
Türkei TL 20,–
Ungarn Ft 1.850,–



# DER PAPST UND DER VERDAMMTE SEX

Vatikan-Umfrage zur Kluft zwischen Kirche und Gläubigen

www.spiegel.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

# Hausmitteilung

**27. Januar 2014** **Betr.: Matussek, Döpfner, Thailand, SPIEGEL GESCHICHTE**



DER SPIEGEL

**Matussek, Kubanerinnen**

Nach exakt 26 Jahren verlässt SPIEGEL-Autor Matthias Matussek das Blatt und sucht nach neuen Herausforderungen. „Es war eine phantastische Zeit“, sagt Matussek, der für den SPIEGEL das Außenbüro in New York, in Rio de Janeiro und in London sowie das Kulturressort in Hamburg geleitet hat. Er verabschiedet sich mit einer Reportage über das Kuba nach Fidel Castro, das sich vorsichtig der Marktwirtschaft öffnet – etwa in Gestalt folkloristisch gekleideter Kubanerinnen, die in Havanna mit Touristen für Fotos posieren, so dass unser Autor immerhin zu einem symbolischen Abschiedskuss kam. „Ohne den Vorträumer Castro ist der ideologische Glutkern Kubas ausgebrannt“, sagt Matussek. Seinen Text versteht er auch als Schwanengesang auf „ein welthistorisches Experiment, das wegen Erfolglosigkeit abgebrochen wurde“ (Seite 124).

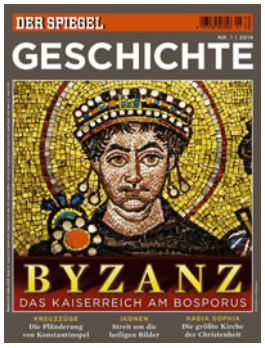
Springer-Chef Mathias Döpfner stieß im vergangenen Sommer für 920 Millionen Euro ein ganzes Paket von Print-Titeln aus seinem Verlag ab. Sein Image als Verleger nahm dabei schweren Schaden, und womöglich war das der Grund, warum er SPIEGEL-Reporter Matthias Geyer nun gestattete, ihn für ein Porträt zu begleiten. Geyer reiste mit Döpfner auch nach Barcelona, wo Letzterer sich mit milliardenschweren Investoren traf. Der Text beschreibt den Konflikt eines Managers, der gern ein Verleger wäre. „Dabei gewinnt am Ende der Manager“, sagt Geyer. „Döpfners Interesse an Journalismus ist ein ökonomisches“ (Seite 50).



DER SPIEGEL

**Follath, Kwanchai**

Ausnahmezustand in Bangkok. Oppositionelle „Gelbhemden“ protestieren zu Zehntausenden gegen die Regierung. Von dort reiste SPIEGEL-Reporter Erich Follath vergangene Woche weiter zu den „Rothemden“, den kämpferischen Regierungsanhängern, in den Nordosten Thailands. Er traf Kwanchai Praipana, einen ihrer Anführer, in dessen ländlichem Hauptquartier zum Interview. Vor dem Haus entstand ein Foto. Zwei Tage später wurde Kwanchai an exakt dieser Stelle von Attentätern aus einem fahrenden Wagen beschossen. „Er hatte großes Glück“, sagt Follath, „von etwa 30 abgefeuerten Kugeln trafen ihn nur ein paar in Bein und Schulter.“ Der Bauernführer überlebte schwer verletzt (Seite 90).




Auf einer Halbinsel im Norden Griechenlands leben über 2000 orthodoxe Mönche nach den uralten Regeln einer längst untergegangenen Welt: der von Byzanz, dem tausendjährigen christlichen Imperium. SPIEGEL GESCHICHTE verfolgt in seiner neuen Ausgabe „Byzanz – Das Kaiserreich am Bosporus“ die Spuren einer großen Kultur. Das Heft, das von Dienstag an erhältlich ist, erzählt die Geschichte der faszinierenden Macht im Osten, die aus dem Römischen Reich hervorging und von ihrer glanzvollen Hauptstadt Konstantinopel aus ein eigenes Weltreich schuf – bis es 1453 die Osmanen eroberten.

# In diesem Heft


**Titel**

Die weltweite Umfrage unter Gläubigen offenbart den Reformbedarf in der katholischen Kirche .... 32

**Deutschland**

**Panorama:** Seehofer und Kretschmann wollen Energiekonzept ändern / Öko-Verbände verzögern Endlagersuche / Ärzte gegen Freigabe der Pille danach ..... 11
**Regierung:** Außenminister Steinmeier will mit der Politik seines Vorgängers brechen ..... 16
Verteidigungsministerin von der Leyen über die neue Rolle der Bundeswehr in der Welt ... 19
**Linke:** Das Comeback des Vordenkers André Brie ..... 22
**Verbraucher:** Die Kritik an expandierenden Vereinen wie ADAC und TÜV wächst ..... 24
**Koalitionen:** SPIEGEL-Gespräch mit dem Grünen Omid Nouripour und dem Christdemokraten Jens Spahn über ihre Ideen für ein schwarz-grünes Bündnis im Jahr 2017 ..... 27
**Internetkriminalität:** Welchen Schwarzmarktwert haben 16 Millionen E-Mail-Adressen? .... 40
**Justiz:** Wen die Staatsanwaltschaft im Love-Parade-Prozess anklagen will – und wen sie verschont ..... 42
**Studenten:** Universitäten ringen um den richtigen Umgang mit Rechtsextremen ..... 47

**Gesellschaft**

**Szene:** Eine Künstlerin im Attentäterkostüm / Warum twittern Deutsche nicht gern? ..... 48
Eine Meldung und ihre Geschichte – ein Obdachloser programmiert eine App ..... 49
**Karrieren:** Springer-Chef Mathias Döpfner sehnt sich nach Anerkennung ..... 50
**Homestory:** Warum wird man ständig mit dem Wunsch nach Feedback belästigt? ..... 56

**Serie**

**Der Erste Weltkrieg (V):** Nirgendwo sind die Folgen des Konflikts so gegenwärtig wie in der arabischen Welt ..... 58
Wie Australien seine Niederlage seit hundert Jahren feiert ..... 64

**Wirtschaft**

**Trends:** Mehr Wachstum / US-Ökonom Jeffrey Sachs lobt Europa / Neue Fronten im Prozess gegen die BayernLB ..... 66
**Energie:** Schlechte Geschäfte mit Windparks ... 68
Gabriels Energiewende-Plan für die Industrie ... 70
**Luftverkehr:** Warum Fluglotsen kostenfrei kuren dürfen ..... 71
**Affären:** BDI-Chef Grillo und die Korruptionsvorwürfe gegen deutsche Rüstungsfirmen ..... 72
**Handel:** Der Konkurrenzkampf zwischen Lidl und Aldi eskaliert ..... 74
**Digitalwirtschaft:** In San Francisco machen Wutbürger gegen Internetkonzerne mobil ..... 76

**Ausland**

**Panorama:** Athen fürchtet geflüchteten Top-Terroristen / EU sanktioniert Öko-Lebensmittel aus israelisch besetzten Gebieten ..... 78
**Ukraine:** Radikale Nationalisten machen aus friedlichem Protest einen Bürgerkrieg ..... 80
**Frankreich:** SPIEGEL-Gespräch mit Finanzminister Pierre Moscovici über geplante Reformen und das Verhältnis zur Bundesregierung ..... 82
**Syrien:** Massenmord in Assads Gefängnissen ... 84
**Russland:** Wie Präsident Putin mit den Winterspielen in Sotschi seine Macht gesichert und Kontrahenten kaltgestellt hat ..... 86
**Thailand:** Reise durch ein zerrissenes Land .... 90
**Global Village:** Ein Zürcher Fernsehkoch bekämpft ein Anti-Zuwanderungs-Referendum 93




Verteidigungsministerin von der Leyen

PETER STEFFEN / DPA

## Das Ende der Bescheidenheit

Seiten 16, 19

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und seine Kabinettskollegin Ursula von der Leyen plädieren für ein stärkeres internationales Engagement Deutschlands – und setzen sich damit von Kanzlerin Merkel ab.

## Absturz der Engel

Seite 24

ADAC, Stiftung Warentest und TÜV genossen das Vertrauen der Verbraucher, weil sie Kontrolle und Seriosität versprachen. Doch die Organisationen sind längst Teil der Warenwelt geworden und büßen nun ihren Nimbus ein.

## Windige Projekte

Seiten 68, 70

Der Skandal rund um die Öko-Firma Prokon ist keine Ausnahme: Privatanleger, die in erneuerbare Energien investieren, machen oft ein schlechtes Geschäft. Nur wenige Windparks erzielen die versprochenen Einnahmen.



THOMAS PETER / REUTERS

Love-Parade-Gedenkstelle in Duisburg

## Love Parade vor der Anklage

S. 42

Mit Zehntausenden Aktenseiten und mehr als 3000 Zeugen gehört das Ermittlungsverfahren zur Love-Parade-Katastrophe zu den größten der Justizgeschichte. Die Anklage dürfte viele Opferfamilien enttäuschen: Offenbar soll kein Polizist vor Gericht – und auch nicht der Ordnungsdezernent, der sich maßgeblich für die Party eingesetzt hatte.



Militante Oppositionelle in Kiew

DARKO VOJINOVIC / AP / DPA

## „Viele sind bereit zu sterben“ Seite 80

Vitali Klitschkos Traum von einer friedlichen Revolution in der Ukraine ist geplatzt. Rechtsextremisten rufen zum Partisanenkrieg auf – und liefern der Regierung einen willkommenen Vorwand, den Protest zu zerschlagen.

## Der französische Sozialdemokrat Seite 82

Wirtschaftsminister Pierre Moscovici erläutert im SPIEGEL-Gespräch die Reformwende von Präsident Hollande. Und er erzählt, wie Wolfgang Schäuble und er Freunde wurden, obwohl beide einander nie wählen würden.

## Gequält von den Eltern Seite 108

Jedes Jahr sterben in Deutschland mehr als hundert Kinder, weil sie vernachlässigt, geschüttelt oder geschlagen werden – meist von den eigenen Eltern. Die Rechtsmedizinerin Constanze Niess fordert, Gewaltopfer besser zu schützen.

## Lachhafte Kränkung S. 117, 119

Die französische Autorin Yasmina Reza zeigt in ihren populären Theaterstücken die Komik von Menschen, die aus der Rolle fallen. Dies ist auch Thema ihres neuen Romans, aus dem der SPIEGEL ein Kapitel abdruckt. Im SPIEGEL-Gespräch sagt Reza: „Ich zeige die Feinheiten einer Verletzung auf. Die Kränkung kann lachhaft sein.“



PASCAL VICTOR / ARTCOMART


### Sport

**Szene:** Die deutschen Curler sind das Exotenteam bei Olympia / Unruhe beim FC Southampton um Club-Eignerin ..... 95
**Ski alpin:** Der Österreicher Marcel Hirscher, bester Skifahrer der Welt, lotet die Grenzen des Möglichen neu aus ..... 96
**Pferdesport:** Die zweifelhafte Sperre für Olympiasiegerin Isabell Werth ..... 99

### Wissenschaft · Technik

**Prisma:** Mini-Satelliten als Verkehrspolizei im Orbit / Die schwierige Sprengung des Uni-Turms in Frankfurt ..... 100
**Medizin:** Neuartige Tuberkulose-Erreger breiten sich aus – die Rückkehr einer Seuche ..... 102
**Internet:** Der erstaunliche Erfolg mit Schnipselvideos im Netz ..... 106
**Essay:** Eine Rechtsmedizinerin fordert besseren Schutz für misshandelte Kinder ..... 108
**Geschichte:** Trieb eine Fehldiagnose den Bayernkönig Ludwig II. in den Freitod? ..... 110

### Kultur

**Szene:** Kölner Auktionshaus versteigert eine sowjetische Raumkapsel / Autor Dirk Knipphals über die Kulturgeschichte der Lebenskrise ... 112
**Schulen:** Wie aus einer Novelle des SPIEGEL-Redakteurs Dirk Kurbjuweit in Baden-Württemberg ein „Sexbuch“ wurde ... 114
**Literatur:** SPIEGEL-Gespräch mit der Schriftstellerin Yasmina Reza über die Brüche in Liebesbeziehungen ..... 117
Vorabdruck aus ihrem neuen Buch „Glücklich die Glücklichen“ ..... 119
**Zeitgeist:** Das Ende linker Illusionen in Kuba ..... 124
**Bestseller** ..... 129
**Kinokritik:** Das berührende Familiendrama „Le Passé“ zeigt die Chancen und den Preis der Freiheit ..... 130

### Medien

**Trends:** Werbemanager Marcel Loko über den Hype ums Dschungelcamp / NDR-Projekt zu Auschwitz ..... 131
**Internet:** SPIEGEL-Gespräch mit Ex-Motorsport-Chef Max Mosley über seinen Sieg über Google ..... 132
**TV-Moderatoren:** Die hysterische Internetkampagne gegen Markus Lanz ..... 134
**Netzkultur:** Die Slam-Poetin Julia Engelmann rief in einem YouTube-Video zu mehr Mut auf und wurde damit zum Star der Woche ..... 135

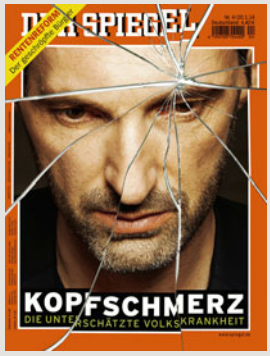
**Briefe** ..... 6
**Impressum, Leserservice** ..... 136
**Register** ..... 138
**Personalien** ..... 140
**Hohlspiegel / Rückspiegel** ..... 142


**Titelbild:** Foto Donatella Giagnori / ddp images
**Wegweiser für Informanten:** www.spiegel.de/briefkasten

## Die Schuldfrage

Mehrere Theater beschäftigen sich derzeit mit dem NSU – mit den Tätern, den Opfern und der Rolle der Medien. Außerdem im KulturSPIEGEL: Stromberg rezensiert „Stromberg – Der Film“.






SPIEGEL-Titel 4/2014

„Die katastrophalen Folgen der Unterversorgung sind: Wartezeiten bis zu zwölf Monaten, Ablehnung der Schmerzgeplagten, Hypochondervorwürfe. Als Resultat dieser Zurückweisungen kommen auch psychische Beschwerden hinzu, womit sich der Teufelskreis immens vergrößert.“

Norbert Fielers, Herzlake (Nieders.)

Nr. 4/2014, Kopfschmerz – Die unterschätzte Volkskrankheit

## Attacken um vier Uhr morgens

Es kann nicht genug betont werden, dass Diagnose und gezielte Behandlung von Kopfschmerzkrankheiten häufig mit enormer Verzögerung erfolgen. Diese Patienten sollten jedoch rasch beim Spezialisten vorgestellt werden. Es ist wichtig, einen sekundären Kopfschmerz auszuschließen. Bei der Migräne muss in Abhängigkeit von sonstigen Krankheiten und anderen Gegebenheiten des Patienten eine optimierte Behandlung der Attacken und gegebenenfalls eine maßgeschneiderte Anfallsprophylaxe eingeleitet werden.

Dr. med. Frank Huber, Ettelbrück (Luxemb.)

Ein sehr gelungener und sehr gut recherchierter Artikel über Kopfschmerzen.

Dr. Ulrike Müller, Maastricht (Niederl.)

Danke für das Titelfoto. Es zeigt, dass auch nicht wenige Männer betroffen sind. Ich, 41, hatte mit 19 meinen ersten Migräneanfall. Fast zwei Jahrzehnte bin ich nicht ohne Schmerzmittel aus dem Haus gegangen. Dann wurde vermutet, das Herz könne eine mögliche Ursache sein. Betablocker haben da wirklich einen positiven Einfluss. So habe ich mir ein Stück Lebensqualität bewahren können.

Sebastian Most, Löhne (NRW)

Bei mir häuften sich die Attacken morgens um vier Uhr. Irgendwann wurde Bluthochdruck festgestellt. Beides wurde getrennt behandelt. Als ich dann regelmäßig Blutdrucksenker einnahm, blieben als Nebeneffekt die Kopfschmerzen aus.

Helene Schellhofer, Frankfurt a. M.

Aus meiner langjährigen ärztlichen Erfahrung möchte ich berichten, dass sich mindestens 80 Prozent aller Kopfschmerzarten – wahrscheinlich einschließlich Clusterkopfschmerz – mit einer Gewohnheitsumstellung vermeiden lassen, indem man das aus den Fugen geratene Gleichgewicht zwischen Omega-3- und Omega-6-Fettsäuren wiederherstellt. Das kann man durch Reduzierung Omega-6-haltiger und einem vermehrten Verzehr Omega-3-haltiger Lebensmittel erreichen.



STEFAN THOMAS KROEGER / DER SPIEGEL

Kopfschmerzpatientin beim Malen

Dr. med. Hans Karbe, Lübeck

Seit circa 20 Jahren leide ich unter Migräne, habe sie jetzt aber einigermaßen im Griff. Ich fand heraus, dass, wenn ich einen heißen Umschlag um den Kopf legte, die Kopfschmerzen und die Übelkeit so lange wegblieben, wie die Wärme anhielt. Wenn also eine Migräne kommt, reibe ich sofort den Augenbrauenbereich und die Nasenfalte an der Kopfschmerzseite mit einer Wärmecreme ein und setze eine Wollmütze auf, die zur Verstärkung des Effekts sehr wichtig ist! Leider ist diese Form der Beeinflussung weitgehend unbekannt, da mächtige Lobbyverbände der Pharmaindustrie seit Jahren alternative Ansätze durch manipulierte Studien gezielt diskreditieren.

Tibor Simandi-Kallay, Fulda

Erst 2011, nach 25 Jahren des Leidens, bekam ich endlich die richtige Diagnose: Clusterkopfschmerz. Seit dieser Zeit bekomme ich Medikamente, die auch helfen. Heilung ist nicht in Sicht. Bei einem Bevölkerungsanteil von 0,1 Prozent Clusterpatienten ist das Interesse der Pharmaindustrie und Mediziner wohl sehr gering.

Ulrich Boscheinen, Eppelborn-Habach (Saarl.)

Mehr durch Zufall habe ich, der ich früher unter starken Spannungskopfschmerzen litt, von einer Schmerzpraxis in Frankfurt gehört, die von Anästhesisten betrieben wurde. Therapie: Normale Betäubungsmittel, die bei der lokalen Anästhesie verwendet werden, wurden in die Schwarte des Hinterkopfes und in die Umgebung der Halswirbelsäule gespritzt. Parallel dazu habe ich mit leichtem Laufen angefangen. Nach sechs Monaten war der Spuk vorbei. Ich weiß heute noch nicht, ob die Schmerztherapie, das Laufen oder beides zusammen das Wunder vollbracht haben.

Manfred Schneider, Hanau

Ich trinke bei Kopfschmerzen einen halben Liter Apfelsaft oder Roibuschtee. Oder auch koffeinfreien Kaffee mit viel Büchsenmilch. Und dann allenfalls ein Viertel einer 100-Milligramm-Aspirin-Tablette. Das hilft, wenn man sonst nicht viele Tabletten nimmt.

Rüdiger Erdmann, Oberschleissheim (Bayern)

In der Schmerzmedizin und darüber hinaus in Teilen der Zahnheilkunde und der Kieferorthopädie wird bis heute negiert, dass Störungen des Bisses häufig zu den beschriebenen, scheinbar nicht therapierbaren Kopfschmerzerkrankungen führen. Zahnärzte und Kieferorthopäden stehen in dem Dilemma, zum einen kostenorientierte Zahnmedizin abliefern, zum anderen aus haftungsrechtlichen Erwägungen heraus das Thema Kopfschmerz abtun zu müssen.

Dr. André von Peschke, Kiel

Empfehlung: Bei Entstehen des Spannungskopfschmerzes sofort (!) eine Tasse starken Kaffee mit einem Schuss Zitrone trinken.

Hans-Uwe Scharnweber, Hamburg

Als Therapeutin weiß ich aus Erfahrung, dass viele Patienten mit Kopfschmerzen sich ungesund ernähren: Zu viel Süßes und Fettes, Rotwein, Kaffee, Wurstwaren sowie scharfe Gewürze und auch Milchprodukte können Leber und Gallenblase stark belasten und eine Migräne auslösen. Auch Bewegungsmangel und zu wenig frische Luft sind ein großes Thema sowie hormonelle Schwankungen bei Frauen in den Wechseljahren und vor der Periode. Kopfschmerzen und Migräne sind das Ergebnis eines ungesunden Lebenswandels und nicht bloß ein Symptom, das man mit Medikamenten bekämpfen kann.

Beatrix Kruger, Zürich

Leider wurde das Thema Muskulatur nur kurz abgehandelt. Man kann fast allen Patienten mit Spannungskopfschmerz und auch vielen Migränepatienten mit Hilfe der myofaszialen Triggerpunkttherapie exzellent und dauerhaft helfen.

Alexander Höhne, Hamburg
Physiotherapeut

Nr. 3/2014, Wie tolerant ist die deutsche Gesellschaft?; Das Coming-out des früheren Nationalspielers Thomas Hitzlsperger

## Im Mittelalter

Sie behaupten, die großen Kirchen in Baden-Württemberg hätten bekanntgegeben, dass sie nicht möchten, dass Kinder und Jugendliche in den Schulen über Homosexualität aufgeklärt werden. Diese Darstellung ist eine grobe Verdrehung des Inhalts der ökumenischen Erklärung. Nur eine „Instrumentalisierung, Ideologisierung und Indoktrination“ wird abgelehnt, während die Kirchen zugleich für „Weltoffenheit, Toleranz sowie Respekt vor jedem Menschen“ eintreten wollen.

Dr. Heiko Feurer, Wiesloch (Bad.-Württ.)



MAJA HITIJ / DEMOTIX / CORBIS

**Christopher-Street-Day-Teilnehmer in Berlin**

Vielmehr als um Liberalität geht es hier um Toleranz. Doch ausgerechnet die Institution, die sich so gern als Erfinderin der Nächstenliebe ausgibt, tut sich so verdammt schwer damit.

Sofie Korn, Holzkirchen (Oberbayern)

Der mediale Widerhall, der die Äußerung von Herrn Hitzlsperger begleitet, ist kaum zu ertragen und zeigt, wo ein Großteil der deutschen Gesellschaft sich offenbar immer noch befindet: im Mittelalter.

Frank Strömer, Herten (NRW)

Ich bin heterosexuell, CDU-Mitglied, war auf einem Jungeninternat, bei der Bundeswehr, und mir reicht’s langsam wirklich. Homosexualität ist doch keine Erfindung der Moderne, es gab sie schon immer. Und wir wissen, dass es sich nicht um eine Wahlmöglichkeit handelt, nicht von Einstellung, Umgebung oder Bildung abhängt, sondern einigen von uns einfach gegeben ist. Wir sollten diese verletzenden Diskussionen lassen, das wäre schon mal ein Anfang auf dem Weg zu einer liberaleren Gesellschaft.

Jan-Peter Conraths, Bonn

Viel Lärm um sexuelle Neigungen, die reine Privatsache sind und im Grunde niemanden zu interessieren haben. Anerkennung und Sympathie verdient sich ein Mensch durch sein Wesen und sein Können, nicht wegen seiner sexuellen Vorliebe. Fußballfans stört diese weit weniger als deren unnötigen Veröffentlichungen, die das einzig Peinliche dabei sind. Wie Sie schreiben, möchte Thomas Hitzlsperger „einfach nur in Ruhe seine Homosexualität ausleben“. Genau das sollte er tun.

Max-Engelhardt von Kienlin, München

Nr. 3/2014, Der Gesundheitsfunktionär Josef Hecken verspricht ein Ranking der deutschen Krankenhäuser

## Ein verzweifelter Versuch

Hecken war schon immer ein Vorreiter. Vor Jahren bereits hat er eine wichtige gesetzliche Änderung auf den Weg gebracht, die es erlaubt, niedergelassene Ärzte qualitätsorientiert zu vergüten. Das heißt, mehr Honorar für diejenigen, die sich regelmäßig fortbilden und in aktuelle Geräte investieren, weniger für die anderen. Gescheitert ist dessen Umsetzung an den Ärzten, genauer an den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) als deren Vertretung. Nur in Bayern wurde die qualitätsabhängige Ärztevergütung umgesetzt. Und auch dort rasch abgeschafft, als die KV einen neuen Vorstand bekam. Begründung: Alle Ärzte seien hervorragend, deswegen könne es keine Honorarunterschiede geben. Ein verzweifelter Versuch der Standesorganisation, das Bild des Halbgottes in Weiß aufrechtzuerhalten, das die Realität mit Bewertungsportalen und Rankings längst ins Wanken gebracht hat.

Axel Munte, Grünwald
Ex-Vorstandsvorsitzender der KV Bayerns

Hecken wiederholt das in Studien lange widerlegte Vorurteil, Psychotherapeuten würden mitunter nur „Befindlichkeitsstörungen“ anstatt psychischer Erkrankungen behandeln. Eine (absichtsvolle?) Attacke gegen einen ganzen medizinischen Fachbereich und seine Patienten.

Thomas Hausch, Kaltenkirchen

Wenn selbst ein so erfahrener Gesundheitspolitiker die populistische Forderung nach „fachärztlicher Behandlung binnen vier Wochen – sonst ins Krankenhaus“ als „sehr, sehr guten Weg“ bezeichnet, muss man doch an der Kompetenz unserer Entscheidungsträger zweifeln. Seit Abschaffung der Praxisgebühr und damit freiem Zugang ohne hausärztliche Überweisung wird das niedergelassene fachärztliche System, insbesondere im Bereich der Kardiologie, von Zweit- und Drittmeinung suchenden Patienten geflutet. Dazu belegt man uns aber mit einem Zeit- und Honorarlimit, das eine unbegrenzte Annahme von Kassenpatienten verbietet.

Dr. med. Christof Rheinert, Merzig (Saarl.)

Nr. 3/2014, Drei Linksextreme über die Eskalation der Gewalt in Hamburg und die Militanz der Bewegung

## Blick vor die eigene Haustür

Widersprüchlicher geht’s kaum noch: Gewalttätige Linksextreme bekämpfen wegen vermeintlich „zynischer Flüchtlingspolitik“ die Ordnungsorgane des Staates, während Deutschland eines der begehrtesten Ziele ebendieser Flüchtlinge darstellt. Nicht zuletzt, weil diese sich gerade hier Schutz vor intolerantem Extremismus erhoffen. Nicht nur in Hamburg missbraucht eine gewaltbereite linksextreme Szene seit Jahren gesellschaftliche Stimmungen, um den Staat zu destabilisieren. Selbst der SPIEGEL ist durch die Bereitstellung einer dreiseitigen Interview-Plattform diesem Missbrauch erlegen.

Oliver Meier, Bremen

Es ist schön, dass der SPIEGEL es endlich mal geschafft hat, den Blick vor die eigene Haustür zu richten. Wer allerdings einen gut recherchierten Artikel bezüglich des Konflikts im Hamburger Gefahrengebiet und unbequeme Fragen an die Hamburger Polizei erwartet, wird mit einem nur mäßig interessant geführten Interview enttäuscht. So kann man sich unbequeme Fragen und Recherche auch sparen!

Carolin Scholz, Hamburg

Die Autonomen Kim, Jens, Thomas sagen: „Steine, Pyros, Knüppel halten wir für legitim.“ – Ich nicht! Als Steuerzahler möchte ich nicht für die Krankenkassenkosten der 120 Beamten und 500 Demonstranten sowie für steigende Versicherungsprämien wegen der Sachschäden aufkommen.

Arno Ludwig, Rehau (Bayern)



ROBIN HINSCH

**Steinewerfer, Sicherheitskräfte in Hamburg**

Es zeigt sich hier wieder, dass die Personen, die am lautesten schreien und Gesetze ignorieren, von Presse und Politik am ehesten wahrgenommen werden. Ein Staat, der sein Gewaltmonopol aus der Hand gibt, wird nicht mehr respektiert. Wir sind auf dem besten Wege dahin.

Walter Möller, Hamburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de



Kretschmann, Seehofer

HENNING SCHACHT / BERLINPRESSPHOTO

ENERGIE

# Gemeinsam gegen Gabriel

Die Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg, Horst Seehofer (CSU) und Winfried Kretschmann (Grüne), wollen gemeinsam Änderungen am Energiewendekonzept von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erreichen. Dies verabredeten Seehofer und Kretschmann bei einem zweistündigen Geheimtreffen am vergangenen Donnerstagabend in Ulm. Beide Bundesländer haben bei der Energiewende ähnliche Interessen. Sie wehren sich dagegen, dass die Förderung von Biogasanlagen zur Energieerzeugung, wie von Gabriel geplant, reduziert wird. Bayern und Baden-Württemberg unterstützen zudem die Forderung großer Stromerzeuger nach einer staatlichen Subventionierung von sogenannten Reservekapazitäten. So sollen Gaskraftwerke einspringen, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wetterbedingt nachlässt. Diese Reservekapazitäten sind für beide Bundesländer wichtig, da Kernkraftwerke wie Grafenrheinfeld in Bayern in den nächsten Jahren planmäßig vom Netz gehen sollen. Seehofer und Kretschmann suchen zudem nach einem Kompromiss bei der Windkraft, wo beide Länder unterschiedliche Auffassungen vertreten. Während Bayern die Abstände der Windräder zu Ortschaften erhöhen will, ist dies im Nachbarland nicht der Fall. In länderübergreifenden Planungsregionen könnte es so unterschiedliche Rechtslagen geben. An dem Treffen nahmen auch die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) teil. In dieser Woche wollen beide Länder ihre Forderungen in einem gemeinsamen Manifest veröffentlichen.

JUSTIZ

# Bundesanwälte ermitteln wegen Kriegsverbrechen

Generalbundesanwalt Harald Range hat ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im syrischen Bürgerkrieg eingeleitet. Ziel ist es nach Angaben der Bundesanwaltschaft, in einem sogenannten Strukturverfahren Beweise „für mögliche Strafverfahren in Deutschland, in ausländischen Staaten oder vor einem internationalen Strafgerichtshof zu sichern“. Die Ermittlungen laufen derzeit noch gegen unbekannt – es könnten also sowohl Vertreter des Regimes von Diktator Baschar al-Assad als auch Vertreter der Rebellen betroffen sein. Beide Seiten in dem Konflikt bezichtigen sich gegenseitig der Kriegsverbrechen (siehe auch Seite 84). In dem Karlsruher Verfahren haben die Bundesanwälte bislang mehr als zwei Dutzend Zeugen vernommen. Genauere Aussagen verweigerte ein Sprecher der Behörde mit Verweis auf die Sicherheit der Betroffenen. Die Bundesanwaltschaft betreibt solche Verfahren seit den neunziger Jahren. Damals führten ihre Ermittlungen zu mehreren Verurteilungen von Kriegsverbrechern aus dem ehemaligen Jugoslawien.



JM LOPEZ / AFP

Kriegsopfer in Syrien

VERHÜTUNG

## Ärzte haben Bedenken



MAURIZIO GAMBARINI / DPA

**Montgomery**

Die Bundesärztekammer mahnt Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), an der Verschreibungspflicht für die Pille danach festzuhalten. „Wir sollten die Rezeptpflicht nicht voreilig aufgeben“, sagt Ärztepräsident Frank Ulrich Montgomery. Die Pille danach bedeute einen gravierenden Eingriff in den Hormonhaushalt, daher brauchten betroffene Frauen eine kompetente Beratung durch einen Facharzt. „Eine Apotheke kann das nicht in gleicher Form gewährleisten.“ Ein Expertenausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte hatte empfohlen, den Rezeptzwang für das Präparat „Levonorgestrel“ aufzuheben. Auch der Bundesrat hatte das im vergangenen Herbst gefordert. Vor allem jungen Frauen soll damit geholfen werden, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Das Gesundheitsministerium prüft die Vorschläge derzeit.




CHRIS GRODOTZKI / RUBEN NEUGEBAUER

**Demonstranten gegen Atommülltransport**

KERNKRAFT

## „Bitte bewegt euch!“

Ein Streit zwischen Umweltverbänden behindert die Suche nach einem atomaren Endlager in Deutschland. Der Kompromiss von Bund und Ländern vom vergangenen Frühjahr sah vor, dass neben Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften auch die Umweltverbände zwei Vertreter in die Kommission entsenden, die bis Ende 2015 die Kriterien für ein Endlager definieren soll. Doch die Verbände konnten sich auch nach mehreren Sitzungen, in denen es zum Teil lautstark zur Sache ging, darauf nicht einigen. Unter anderem sprechen sich Greenpeace und der BUND gegen eine Beteiligung an der Kommission aus, der Nabu oder die Deutsche Umwelthilfe etwa sind dafür. Ende März wollen sich Verbände und Anti-Atom-Bürgerinitiativen nun in einer zweitägigen Tagung auf eine gemeinsame Linie verständigen. Auch die Grünen zeigen bereits Ermüdungserscheinungen. Ihre Abgeordnete und Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl appellierte in der vergangenen Woche fast schon flehentlich an die Umweltverbände: „Ich bitte euch, bewegt euch.“

TREIBHAUS BERLIN

## Systemjournalismus



Es gibt Tage, da ist so unverschämt wenig los in der Welt, dass man als Journalist zur Kreativität gezwungen ist. Der vergangene Mittwoch war wieder so einer. Sicher, es gab die Syrien-Konferenz, es gab die Eskalation des Aufstands in der Ukraine und die Klausurtagung der Bundesregierung. Die „Bild“-Zeitung aber setzte in ihrer Donnerstagsausgabe eigene Prioritäten. „SPD-Politiker will das Dschungelcamp verbieten!“, lautete die Schlagzeile auf Seite eins. Ich überlegte, welcher Sozialdemokrat einen solchen Schmarrn mitmachen würde. Erst dachte ich an Sigmar Gabriel, aber der ist ja jetzt seriös. Dann las ich: „Jetzt fordert Hauke Jagau (52, SPD), mächtiger Präsident der Region Hannover: Verbietet das ‚Dschungelcamp‘.“

Erst war ich beschämt. Ich musste mir eingestehen, noch nie von einem Hauke Jagau gehört zu haben. Und die Macht des Präsidenten der Region Hannover hatte ich wohl auch komplett unterschätzt. Dann fiel mir ein, dass der „mächtige Präsident“ ein alter Trick von uns Journalisten ist. Immer wenn wir besondere Anstrengungen unternehmen, um eine Person bedeutend erscheinen zu lassen, sollten Sie als Leser vorsichtig sein. Auch wir beim SPIEGEL neigen gelegentlich zu Übertreibungen. Wenn Sie etwa von einem Politiker-Geheimtreffen in einem „Szenerestaurant“ lesen, dann kann es sein, dass es sich um ein stinknormales Touristenlokal am Berliner Gendarmenmarkt handelt.

Bösen Gerüchten zufolge sollen Journalisten sogar bisweilen überlegen, welche Forderung sie gern lesen würden – und sich dann auf die Suche nach einem Forderer machen. Dieser Systemjournalismus hat bereits folgende schöne Schlagzeilen hervorgebracht: „Knöllchen für Raucher“, „Gratis-Parken an Adventswochenenden“, „Prämie vom Staat für Urlaub im Süden“, „Vier-Tage-Woche für Pendler“, „Porno-Schranke im Internet“. Für folgende Vorschläge konnte indes noch kein Politiker gewonnen werden: „Badehosenverbot für Übergewichtige“, „Stubenarrest für Markus Lanz“. Auch die Forderung nach einem „Flugzeugträger Helmut Kohl“ wäre noch frei.

Politiker, die auf Wunsch Absurdes fordern, findet man bevorzugt in den hinteren Reihen von Parlamenten, zudem in der Region Hannover und fast überall in Bayern. Der Godfather der absurden Forderung ist bis heute der frühere CSU-Politiker Dionys Jobst, der im Sommer 1993 vorschlug, die Insel Mallorca für 50 Milliarden D-Mark zu kaufen und als 17. Bundesland einzudeutschen. Er habe, erklärte Jobst später, Verständnis für Journalisten, „die was bringen müssen und Themen hochziehen. Und auch für die Politiker, die sich absichtlich dafür hergeben“.

Und so verhält es sich mit besagten Politikern nicht anders als mit den Kandidaten des Dschungelcamps. Bei beiden ist der Wunsch nach Aufmerksamkeit deutlich höher als die Schamgrenze. Bis zum Redaktionsschluss war das Camp übrigens immer noch nicht verboten. *Markus Feldenkirchen*

SICHERHEIT

## Polizei ist überfordert

Die Polizei sieht sich kaum noch im Stande, die Sicherheit in Deutschlands Städten zu garantieren. „Unseren Auftrag, den Rechtsstaat zu sichern und das Gewaltmonopol durchzusetzen, können wir ohne Unterstützung nicht mehr gewährleisten“, sagt Oliver Malchow, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP). „Es gibt Zonen in unseren Städten, in denen sich die Bürger völlig zu Recht nicht mehr sicher fühlen.“ Die GdP und der Deutsche Städte- und Gemeindebund wollen am Montag in Berlin gemeinsam ein neues „Bündnis für Sicherheit“ einfordern, um die überforderten Sicherheitsorgane zu unterstützen. In einem gemeinsamen Papier dringen sie auf mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen, verstärkte Videoüberwachung, Alkoholverbot in der Öffentlichkeit und auf einen besseren Schutz der Sicherheits- und Rettungskräfte vor Schlägern.

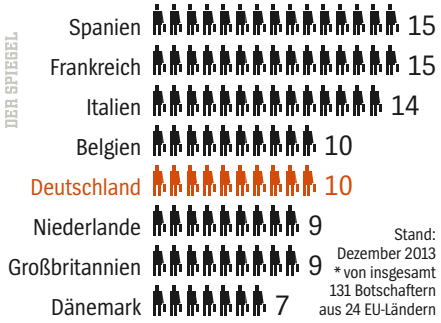
DIPLOMATIE

## Kaum deutsche EU-Botschafter

Die Europa-Initiative von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) steht vor großen Herausforderungen: Frankreich, Spanien und Italien stellen im Europäischen Auswärtigen Dienst deutlich mehr Botschafter als Berlin. Die Deutschen lagen im Dezember gleichauf mit den Belgiern. Den wichtigsten Botschafterposten gab Steinmeier sogar freiwillig her: Er machte Markus Ederer, den bisherigen EU-Vertreter in Peking, zu seinem Staatssekretär in Berlin. „Da besteht bei der neuen Bundesregierung dringender Handlungsbedarf“, sagt Inge Gräßle, Europa-Abgeordnete der CDU.

**Botschafter im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)***

nach Nationalitäten




BILDUNG

## „Auf der Grenze“

*Der saarländische Kultusminister Ulrich Commerçon, 45 (SPD), über den Plan, bis zum Jahr 2043 im Saarland Französisch als zweite Verkehrs- und Umgangssprache zu etablieren*

**SPIEGEL:** Jedes Kind, das im Saarland geboren wird, soll schon in der Klinik ein zweisprachiges Willkommenspaket erhalten. Werden die Saarländer jetzt wieder Franzosen?
**Commerçon:** Natürlich nicht. Aber die Menschen hier leben nicht dies- oder jenseits, sondern auf der Grenze. Das ist eine innere Einstellung, die in Europa ein großer Vorteil ist. Daher wollen wir die sprachliche und kulturelle Kompetenz stärken, und damit muss man schon in jungen Jahren anfangen.
**SPIEGEL:** Die Rede ist von bilingualen Kindergärten und verpflichtendem Französischunterricht ab der ersten Klasse.
**Commerçon:** Um eines klarzustellen: Verpflichtend wird nichts davon sein. Aber wir wollen auch Kindern mit deutschen Eltern die Chance eröffnen, Mehrsprachigkeit zu leben. Bereits heute haben 40 Prozent unserer Kitas ein bilinguales Konzept, da sollen nun jedes Jahr fünf bis zehn weitere Angebote hinzukommen. Was die Schulen betrifft, wird im Saarland schon jetzt ab der dritten Klasse Französisch unterrichtet. An allen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen kommt ab der fünften oder sechsten Klasse noch zusätzlich Englisch dazu. Darauf werden wir aufbauen.
**SPIEGEL:** Wie will das hochverschuldete Saarland das finanzieren?
**Commerçon:** Selbstverständlich müssen wir die Schuldenbremse einhalten. Aber wir reden hier ja von einer Vision, die über die nächsten 30 Jahre und nicht in einer Legislaturperiode umgesetzt werden soll.

GESCHICHTSUNTERRICHT

# „Unscharfe Begriffe“

In vielen Staaten wird der Holocaust in den Schullehrplänen ausgelassen oder unzureichend dargestellt. Zu diesem Befund kommen Wissenschaftler des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in einer Studie, die sie an diesem Montag, dem Holocaust-Gedenktag, in Paris vorstellen werden. Die Braunschweiger Forscher des Instituts, das Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft ist, haben weltweit Lehrpläne und Schulbücher analysiert. Demnach führt etwa der mexikanische Geschichtslehrplan für 2013 den Judenmord verkürzend unter „Folgen der Nutzung neuerer Technologien im Krieg“ und „Missachtung der Menschenrechte“. Chinesische und ruandische Schulbücher erwähnen den Holocaust laut Studie nur im Vergleich zu örtlichen Völkermorden. In Ländern des Nahen Ostens werde der Mord an den europäischen Juden „entweder ausgeblendet, nur teilweise erklärt oder mit unscharfen Begriffen gekennzeichnet“. Und indische Schulbuchautoren, die rechtskonservativen Hindu-Parteien nahestehen, priesen gar die „kompromisslosen nationalen Ideale“ der Nazis. Die Forscher fordern, eine „realistische und angemessene Form“ der Darstellung zu gewährleisten. Dafür sollten neben die „von Autorentexten dominierten Schulbucherzählungen“ vermehrt Quellen, Zitate und Zeugenaussagen treten.




SEPP SPIEGL / PHOTOWEB X / ACTION PRESS

**Besucher im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz**

KOALITION

## Gen-Mais ja oder nein

Die Bundesregierung muss sich darüber verständigen, wie sie es mit der Anbauzulassung gentechnisch veränderter Maispflanzen hält. Anlass ist der Antrag eines amerikanischen Herstellers bei der EU-Kommission, der das Getreide in Europa auf den Markt bringen will. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) war bereits vorgeprescht: „Die Haltung des Wirtschaftsministeriums ist klar: Wir lehnen die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte ab.“ Eine abgestimmte Linie der Bundesregierung war das nicht, denn für das CDU-geführte Gesundheitsministerium ist eine „gesundheitliche Gefährdung nicht nachweisbar“, und auch das von der CDU geleitete Forschungsministerium hält den Gen-Mais mit Verweis auf die Europäische Lebensmittelbehörde für „unbedenklich“. Das SPD-gelenkte Umwelt- und das von der CSU verwaltete Landwirtschaftsressort wiederum sind gegen die Zulassung. Sollte sich im Rat der Europäischen Union bis zum 12. Februar keine qualifizierte Mehrheit gegen den Gen-Mais ergeben, wird ihn die EU-Kommission nach eigener Aussage zulassen.

NSA

## Opposition tritt geschlossen auf

Grüne und Linke starten ihre erste gemeinsame parlamentarische Initiative im Bundestag. Sie wollen die Regierung zur Aufklärung der NSA-Affäre bewegen. Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen der beiden Oppositionsparteien Petra Sitte (Linke) und Britta Haßelmann (Grüne) beabsichtigen, in dieser Woche einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu stellen. „Im Zentrum muss die massive Verletzung der Grundrechte der Menschen in Deutschland durch die Ausspähung ihrer Kommunikation stehen“, sagt Haßelmann. „Wir wollen wissen, wer die Vereinbarungen getroffen hat, die ein solches menschenrechtswidriges Abhören ermöglichten“, so Sitte. Sie begrüße, dass die Opposition beim Thema NSA an einem Strang ziehe. Zugleich kündigte sie weitere gemeinsame Vorhaben von Linken und Grünen an.




IMAGO

**Protest gegen NSA**

REGIERUNG

## SPD will Führungsrolle



CHRISTIAN THIEL

**Gabriel**

Die Sozialdemokraten wollen mit einem Parteikongress ihren Führungsanspruch in der Großen Koalition deutlich machen. Die Veranstaltung mit dem Arbeitstitel „Die SPD regiert“ soll voraussichtlich im April in Berlin stattfinden und demonstrieren, wie die Sozialdemokraten deutschlandweit Regierungsverantwortung übernehmen. Geplant ist unter anderem, dass alle Bundesminister und Landesregierungschefs eine Bühne zur Präsentation bekommen. Auch wichtige Oberbürgermeister sollen teilnehmen. Parteikreise bestätigten, dass mit der Veranstaltung die Kommunikation verbessert werden solle. SPD-Chef Sigmar Gabriel wolle zudem die staatspolitische Bedeutung der Sozialdemokraten herausstellen. In der Partei gilt der Kongress auch als Signal dafür, dass die Genossen Kanzlerin Angela Merkel spätestens nach der nächsten Bundestagswahl an der Spitze der Regierung ablösen wollen.



Bundeswehrsoldaten in Mali

M. GESENHOFF / BMVG / ACTION PRESS

REGIERUNG

# Die Einsatzhelfer

**Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wollen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen – notfalls militärisch. Das ist auch eine Absage an die bisherige Politik Angela Merkels.**

Geht es noch harmonischer? Dunkelgrauer Anzug, weißes Hemd, blaue Krawatte mit Tupfen – Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege Laurent Fabius traten am vergangenen Dienstag im Quai d'Orsay vor die Presse, und es wirkte so, als hätten sie ihre Kleidung abgesprochen. Er fühle sich schon heimisch, sagte Steinmeier, der zum dritten Mal in zwei Wochen im französischen Außenministerium zu Gast war. Fabius pries artig die Freundschaft zu dem lieben „Fronk-Woltärr".

Es läuft rund wie lange nicht mehr zwischen Berlin und Paris, und das macht sich nicht nur an solchen Höflichkeiten fest. Die Franzosen wollen in der Wirtschaftspolitik dem deutschen Beispiel folgen, das sie zwei Jahre lang bekämpft hatten (siehe auch das Interview mit dem französischen Finanzminister Pierre Moscovici auf Seite 82). Berlin wiederum will Paris künftig stärker bei Militäreinsätzen helfen.

sätzen in Afrika unterstützen. „Europa kann Frankreich nicht alleinlassen“, sagte Steinmeier.

Nicht nur für Frankreich, auch für die Deutschen ist das ein großer Schritt. Gerade mal einen Monat nach dem Amtsantritt der Großen Koalition zeichnet sich ein neuer Kurs in der deutschen Außenpolitik ab. Unter Steinmeiers Vorgänger Guido Westerwelle lautete die zentrale Frage: „Wie können wir uns aus bewaffneten Konflikten raushalten?“ Westerwelle propagierte eine Kultur der militärischen Zurückhaltung. In der Praxis hieß das, den Partnern die unangenehme Arbeit zu überlassen.

Nun machen sich zwei Minister der Großen Koalition daran, Westerwelles Erbe beiseitezuräumen. Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sind der Meinung, dass es für ein Land mit der wirtschaftlichen Kraft der Bundesrepublik nicht ausreicht, nur an der Seite zu stehen; sie wollen den Partnern das Signal geben, dass man auf Deutschland zählen kann. „Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind“, sagt von der Leyen (siehe Interview Seite 19).

Schon hat die neue Linie der beiden Minister erste Konsequenzen. Deutschland will den französischen Einsatz gegen militante Islamisten in Mali mit mehr Soldaten unterstützen, das ist zumindest der Plan. Im Gespräch ist auch der Einsatz von Militärflugzeugen zum Lufttransport und zur medizinischen Evakuierung (MedEvac) in der Zentralafrikanischen Republik.

Ganz neu ist dieser Kurs nicht. Steinmeier hat als Kanzleramtschef der rotgrünen Regierung von Gerhard Schröder den deutschen Anspruch auf eine eigenständige Außenpolitik im Kreis der Partner mitformuliert. Er will Deutschland nicht in militärische Abenteuer stürzen, der Außenminister ist alles andere als ein Hasardeur. Aber er hat ebenso wie von der Leyen erkannt, welchen Schaden Westerwelles Reden von der „Politik der militärischen Zurückhaltung“ angerichtet hat.

Die Formel knüpfte an die passive Rolle an, die das nichtsouveräne Deutschland im Kalten Krieg gespielt hat. Sie war vor allem innenpolitischen Motiven geschuldet. Aber es schwang auch der Vorwurf mit, dass bei den Partnern in London, Paris und Washington der Finger ganz locker am Abzug sitzt. Das fand man dort weniger komisch. Deutschland festigte so den Ruf eines Landes, das gern den moralischen Zeigefinger hebt und am Ende kneift, wenn es gefährlich wird.

Das soll sich nun ändern. „Wir wollen das Auswärtige Amt reaktivieren“, sagte in der vergangenen Woche Markus Ederer, Staatssekretär und enger Vertrauter Steinmeiers. Ein anderer hochrangiger Beamter aus dem Auswärtigen Amt wird noch deutlicher: „Es wird mit jedem Monat schwerer, eine Politik der militärischen Zurückhaltung zu begründen.“

So ähnlich sieht das auch von der Leyen. Sie will das Verteidigungsministerium dazu nutzen, eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu formen. An der Spitze der Bewegung soll die Bundesrepublik stehen – und damit natürlich sie selbst. Glaubwürdig ist das Projekt allerdings nur dann, wenn die Bundesregierung auch bereit ist, sich auf gefährliche Einsätze einzulassen.

Das Vorhaben der beiden Minister läuft der Politik entgegen, die Merkel in den vergangenen vier Jahren verfolgt hat. Merkel hat die Pläne für einen verstärkten Einsatz in Mali zwar nicht gestoppt, aber ihre Leute versuchen, jeden Eindruck zu vermeiden, dahinter stecke ein Kurswechsel. „Es gibt keine grundsätzliche Änderung bei Auslandseinsätzen“, sagt ein Spitzenmann im Kanzleramt.

Merkel hat in ihren acht Jahren im Amt den Glauben daran verloren, dass militärische Interventionen die Dinge zum Besseren wenden, vor allem der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat sie desillusioniert. Dazu kommt, dass sie bei ihrer Politik immer die Umfragewerte im Blick hat, und die besagen, dass die Deutschen Kampfeinsätzen der Bundeswehr skeptisch gegenüberstehen.

Vieles spricht dafür, dass sich in den kommenden Jahren im Bundeskabinett ein Ringen um den Kurs in der Außenpolitik entwickeln wird. Wie delikat die Sache schon jetzt ist, zeigte sich am Mittwoch vor zwei Wochen.

Da trafen sich Merkel, von der Leyen, Steinmeier und SPD-Chef Sigmar Gabriel am Rande der Sitzung des Bundeskabinetts. Am darauffolgenden Montag sollten die EU-Außenminister beraten, wie Europa die französischen Militäreinsätze in Afrika besser unterstützen könne. Es war klar, dass die Bundesregierung eine gemeinsame Haltung brauchen würde.

Merkel hatte noch beim EU-Gipfel im Dezember die französischen Wünsche nach einer stärkeren europäischen Unterstützung abschlägig beschieden. Nun aber verzichtete sie auf ein Veto. Sie wollte den Franzosen ein Signal geben, dass man sie nicht alleinlässt. Aber wie zurückhaltend Merkel auf die Militäreinsätze blickt, wurde der Runde spätestens in dem Moment klar, als sie sagte, man möge doch bitte beachten, dass man für die Einsätze auch eine Mehrheit im Bundestag brauche. Sie wollte damit klarmachen, dass die Sache noch nicht endgültig entschieden ist.

Steinmeier und von der Leyen können das vorläufige Einlenken Merkels erst einmal als Erfolg verbuchen. Der Außenminister hatte sich schon vor seiner Vereidigung überlegt, wie er dem Amt wieder etwas mehr Glanz und Einfluss verleihen kann, gerade im Vergleich zum Kanzleramt. Er weiß, dass es dabei auch um kleine Gesten geht.

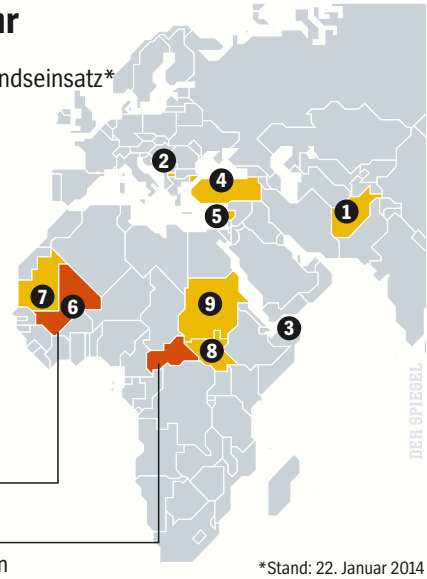
Steinmeier ließ gleich nach seinem Amtsantritt im Dezember vergangenen Jahres prüfen, ob es nicht doch möglich sei, die syrischen Chemiewaffen in Deutschland vernichten zu lassen. Der Plan dazu war am damaligen Außenminister Westerwelle gescheitert. Dieser befürchtete, es könnte Proteste wie beim Transport von Castor-Behältern mit Atommüll geben. Als Merkels außenpolitischer Berater Christoph Heusgen Mitte November sagte, es sei nicht ausgeschlossen, dass Deutschland einen Beitrag leiste, pfiff ihn Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert zurück. Die Kanzlerin wollte in die-

## Auslandseinsätze der Bundeswehr

**4925** deutsche Soldaten sind aktuell im Auslandseinsatz*

Einsatzort, Truppenstärke und Mandatsende

1. Afghanistan, Usbekistan **3135** – 28. Februar 2014
2. Kosovo **784** – 11. Juni 2014
3. Horn von Afrika **335** – 31. Mai 2014
4. Türkei **280** – 31. Januar 2014
5. Libanon **148** – 30. Juni 2014
6. Mali **99** – 28. Februar 2014
7. Senegal/Mali **69** – 30. Juni 2014
8. Südsudan **16** – 31. Dezember 2014
9. Sudan **10** – 31. Dezember 2014




Mögliche Ausweitung des deutschen Engagements

**Mali:** Aufstockung auf bis zu 250 Mann zur Entlastung der rund 1600 französischen Soldaten

**Zentralafrikanische Republik:** Unterstützung des EU-Militäreinsatzes mit Transport- und Sanitätsflugzeugen

*Stand: 22. Januar 2014



BUNDESREGIERUNG / GETTY IMAGES

**Regierungspartner Merkel, Steinmeier:** *Ringen um den Kurs in der Außenpolitik*

ser Frage keinen Konflikt mit Westerwelle riskieren.

Aus Sicht Steinmeiers bot die Vernichtung der Chemikalien für Deutschland die Möglichkeit, Verantwortung zu beweisen, ohne ein großes Risiko einzugehen. Von der Leyen, mit der er in der zweiten Januarwoche über das Thema sprach, sah es ähnlich. Gemeinsam überzeugten sie Merkel von ihrem Vorhaben.

Auch in der Europapolitik will Steinmeier stärker mitmischen als sein Vorgänger. Der Franzose Fabius konnte seine Geringschätzung nur schlecht verbergen, wenn er mit Westerwelle zusammentraf. Nun hat er sich bereit erklärt, mit Steinmeier auf gemeinsame Reisen zu gehen. „Im Außenministerium hat man erkannt, dass der Schlüssel zum europäischen Projekt in den deutsch-französischen Beziehungen liegt“, sagt Ulrike Guérot von der Open Society Initiative for Europe.

Auch der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, sieht in der vom Außenminister und von der Verteidigungsministerin betriebenen Hinwendung zu Frankreich einen wichtigen Schritt. „Solche Signale sind oft die Voraussetzung dafür, dass sich auch in der Substanz etwas ändert“, so Perthes.

Die spannende Frage ist nun, ob sich von der Leyen und Steinmeier verbünden und in die Domäne des Kanzleramts in der Außenpolitik eindringen können. Dafür spricht, dass sich ihre Ideen von Deutschlands Rolle in der Welt ähneln. Steinmeier will die europäischen Institutionen stärken, von der Leyen hat sich schon in ihrem früheren Amt als Arbeitsministerin für „Vereinigte Staaten von Europa“ ausgesprochen. Merkel hält nichts von solchen Träumereien. Sie hat genug damit zu tun, das Alltagsgeschäft zu erledigen.

Allerdings gibt es traditionell eine scharfe Konkurrenz zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsressort, das macht es nicht leicht, sich auf Dauer unterzuhaken. Darüber hinaus weiß von der Leyen nicht so recht, ob sie dem Außenminister über den Weg trauen soll. Als am Samstag vor einer Woche die Pläne für einen Mali-Einsatz in der „Süddeutschen Zeitung“ standen, vermutete von der Leyen sofort Steinmeier hinter der Indiskretion. Das Auswärtige Amt bestritt das zwar, aber so richtig überzeugt war von der Leyen nicht.

Trotzdem wollen sich die beiden auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die

**Zwei Minister der Großen Koalition machen sich daran, Westerwelles Erbe beiseitezuräumen.**

am kommenden Freitag beginnt, erst einmal als Vertreter eines gewandelten Deutschland präsentieren. In den letzten Jahren musste sich die Bundesregierung dort oft wegen ihrer Passivität verteidigen. Dieses Mal wollen die Deutschen selbstbewusst auftreten.

Dass Berlin die Signale der Partner verstanden hat, wird auch das Staatsoberhaupt deutlich machen. Joachim Gauck will, so legen es Planungen aus dem Präsidialamt nahe, in seiner Eröffnungsrede in München an die Deutschen appellieren, sich ihres Platzes in der Welt bewusst zu werden. Das liegt genau auf der Linie Steinmeiers und von der Leyens.

Der Verteidigungsministerin geht es nicht nur darum, das Image Deutschlands bei den Partnern aufzupolieren. Sie will ihre Zeit im Berliner Bendlerblock auch dazu nutzen, eine europäische Verteidigungspolitik aufzubauen, die diesen Namen verdient. Bisher ist das vor allem daran gescheitert, dass so stolze Nationen wie Frankreich und Großbritannien nicht im Traum daran dachten, den Zugriff auf ihr Militär nach Brüssel zu delegieren und damit den Kern ihrer Souveränität aufzugeben.

Von der Leyen hofft, dass in diesem Punkt ein Umdenken einsetzt wegen des immer größer werdenden Spardrucks, den alle europäischen Regierungen spüren. Die Wehrbudgets schrumpfen, und deswegen denken selbst große Länder darüber nach, ob es sich lohnt, teure Transportflugzeuge oder Jäger zu kaufen, wenn der Partner jenseits der Grenze sie schon im Hangar stehen hat.

Das sogenannte Pooling and Sharing, die Zusammenlegung militärischer Fähigkeiten, ist bislang vor allem Theorie. Das liegt auch daran, dass die Deutschen zum Beispiel beim Einsatz in Libyen ihre Soldaten aus den „Awacs“-Aufklärungsflugzeugen über dem Mittelmeer abzogen. Länder wie Frankreich oder Großbritannien wollen sich nicht auf deutsche Fähigkeiten verlassen, die sie im Ernstfall nicht nutzen können.

Von der Leyen will die deutsche Glaubwürdigkeit erhöhen, sie bringt sogar eine gemeinsame europäische Armee ins Gespräch. Die hatte ihr Amtsvorgänger Thomas de Maizière noch vor einem Jahr auf der Sicherheitskonferenz in München ausdrücklich abgelehnt.

Wie weit Steinmeier und von der Leyen mit ihrer neuen Politik kommen, hängt vor allem von Merkel und ihrer Stärke ab. Im Kanzleramt war man in den vergangenen Jahren oft nicht glücklich über Westerwelles Wortwahl, aber im Grundsatz hat man dort seine Politik der militärischen Zurückhaltung geteilt.

Aus Sicht Merkels soll Deutschlands außenpolitische Rolle vor allem darin bestehen, Partner in schwierigen Regionen zu befähigen, in Krisen selbst für eine Lösung zu sorgen. Dafür erlaubte sie sogar deutsche Waffenexporte in autoritäre Länder wie Indonesien oder Saudi-Arabien.

Auf der Klausurtagung des Kabinetts in Meseberg in der vergangenen Woche trugen Steinmeier und von der Leyen ihre Sicht der Dinge vor. Der Außenminister redete über Mali, die Verteidigungsministerin über die Zentralafrikanische Republik. Am Ende sagte Merkel: „Ich sage jetzt nicht ja und nicht nein zu dem Einsatz.“ Präziser kann man ihr Politikverständnis nicht formulieren.

Ralf Neukirch, Gordon Repinski

# „Nicht zur Seite schauen“

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen plädiert für ein stärkeres internationales Engagement Deutschlands und erklärt ihre Pläne für eine gemeinsame europäische Armee.



CDU-Politikerin von der Leyen

MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

**SPIEGEL:** Frau Ministerin, Deutschland will sich mit der Bundeswehr stärker in Mali engagieren und möglicherweise auch den Einsatz der EU in der Zentralafrikanischen Republik unterstützen. Wo liegt das deutsche Interesse an diesem Engagement?

**Von der Leyen:** Es geht nicht um ein deutsches, sondern um ein europäisches Interesse. Afrika ist unser direkter Nachbar, an der Meerenge von Gibraltar liegen die Kontinente nur 14 Kilometer voneinander entfernt. Es hat für uns gravierende Folgen, wenn es zu einer Destabilisierung großer Teile Afrikas kommt. Ich erinnere nur an die schrecklichen Bilder der ertrunkenen Flüchtlinge vor der Insel Lampedusa.

**SPIEGEL:** Zentralafrika befindet sich nicht im Norden Afrikas, das Land liegt 5 300 Kilometer Luftlinie von Deutschland entfernt. Was haben deutsche Soldaten dort verloren?

**Von der Leyen:** Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, schon allein aus humanitären Gründen. In Zentralafrika entfaltet sich ein blutiger Krieg zwischen Christen und Muslimen. Wir können nicht zulassen, dass der Konflikt die ganze Region in Flammen setzt. Zentralafrika ist von der Bevölkerungszahl her klein, aber die Republik ist umgeben von Ländern mit mehr als 150 Millionen Einwohnern. In Afrika leben eine Milliarde Menschen. In den nächsten 30 Jahren wird sich die Zahl verdoppeln. Wenn sich dieser Zuwachs in demokratischen Strukturen vollzieht, liegt auch eine Chance für Europa in dem Kontinent. Viele afrikanische Länder stehen heute wesentlich besser da und zeigen, dass Stabilität und Wirtschaftswachstum möglich sind. Ein boomendes Afrika ist eine Chance, gerade für ein Land mit einer so starken Exportwirtschaft wie Deutschland.

**SPIEGEL:** Wie soll das verstärkte Engagement der Bundeswehr in Afrika genau aussehen?

**Von der Leyen:** Der Schwerpunkt liegt in Mali. Schon jetzt bildet die Bundeswehr in Mali afrikanische Soldaten aus und hilft beim Aufbau einer Armee. Derzeit liegt die Mandatsobergrenze bei 180 Mann, 99 Soldaten sind vor Ort. Dieses Engagement könnten wir verstärken, das erwarten auch unsere Verbündeten, allen voran die französische Regierung. Ich könnte mir vorstellen, dass das Mandat auf bis zu 250 Mann aufgestockt wird. Die EU-Außenminister haben zusätzlich in der vergangenen Woche den Einsatz in Zentralafrika auf den Weg gebracht. Jetzt müssen wir ehrlich mit diesem Auftrag umgehen. Dass es nicht um einen deutschen Kampfeinsatz geht, da bin ich mir mit der Kanzlerin und Außenminister



BRYAN DENTON / THE NEW YORK TIMES/REDUX/LAIF

**Flüchtlinge vor Italien:** *„Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung“*

Frank-Walter Steinmeier völlig einig. Die Bundeswehr besitzt aber beispielsweise mit dem MedEvac-Airbus die besondere Fähigkeit, Verwundete sehr schnell zu behandeln und auszufliegen. Falls kein anderer Bündnispartner diese Fähigkeit bereitstellen kann, sollten wir sie anbieten. Voraussetzung für einen Einsatz ist allerdings, dass der Flughafen von Bangui gesichert wird. Und klar ist auch: Für einen erweiterten Einsatz in Mali und die Hilfe in Zentralafrika wäre jeweils ein Bundestagsmandat notwendig. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee.

**SPIEGEL:** In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Klagen der Verbündeten, Deutschland stehe, was internationale Einsätze angeht, zu sehr am Rand und überlasse anderen die Arbeit. Muss Deutschland international mehr Verantwortung übernehmen?

**Von der Leyen:** Im Rahmen unserer Bündnisse, ja. Durch die Globalisierung rücken entfernte Konflikte näher an Europa heran. Ob wir es wollen oder nicht. Deswegen liegt es im ureigensten Interesse der Europäischen Union, für Sicherheit und Stabilität zu sorgen, indem wir Länder in die Lage versetzen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. So bilden wir in Mali Soldaten aus, die gemeinsam mit der Afrikanischen Union im Norden des Landes im Einsatz sind. Wir haben in den letzten Jahren durch den Fall der Mauer, aber auch durch die Digitalisierung und die Vernetzung der Finanzmärkte erfahren, welche dramatischen Konsequenzen es haben kann, wenn die Welt enger zusammenrückt. Nun müssen wir begreifen, dass die Globalisierung auch die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vor völlig neue Aufgaben stellt. Europa muss künftig sicherheitspolitisch mit einer Stimme sprechen. Das funktioniert aber nur, wenn Verantwortung und Risiken zwischen den Partnerländern gerecht verteilt sind.

**SPIEGEL:** War es vor diesem Hintergrund ein Fehler, dass sich Deutschland der Stimme enthielt, als im Jahr 2011 der Uno-Sicherheitsrat über die Libyen-Intervention abstimmte?

**Von der Leyen:** Ich habe die Libyen-Entscheidung als Mitglied des Kabinetts mitgetragen. Aber ich habe danach auch gesehen, welche Irritationen das bei den Verbündeten ausgelöst hat. Aus der Euro-Krise habe ich gelernt: Es ist wichtig, die Dinge durchzudiskutieren, auch wenn das mühevoll ist, um am Ende einen Kompromiss zu finden, den alle mittragen können. Ich würde mir wünschen, dass wir diese Lehre auch auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik übertragen. Wir müssen unsere europäische Position klären. Dann hat die europäische Stimme in der Welt Gewicht.

**SPIEGEL:** Hinter der Enthaltung im Sicherheitsrat stand die Politik der „militärischen Zurückhaltung“, die der damalige Außenminister Guido Westerwelle propagierte. Wollen Sie nun einen Kurswechsel vornehmen?

**Von der Leyen:** Es gibt keine Krise, die man mit militärischen Mitteln allein lösen kann. Wenn man reingeht, muss parallel die politische Lösung vorangetrieben werden. Stichworte sind: humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und zivile Sicherheit, sprich Aufbau von Polizei. Aber Europa kommt im Spiel der globalen Kräfte nicht voran, wenn die einen sich immer dezent zurückhalten, wenn es um militärische Einsätze geht, und die anderen unabgestimmt nach vorne stürmen. Wir haben im Moment ja eine kuriose Situation: Deutschland engagiert sich heute in einem guten Dutzend Missionen rund um den Globus mit enormem militärischem und finanziellem Aufwand. Aber bei den Verbündeten bleibt trotzdem immer noch das Zögern haften, mit dem wir unsere Zurückhaltung zum Ausdruck gebracht haben.

**SPIEGEL:** Können Sie die Kritik der Partner an Deutschland nachvollziehen?

**Von der Leyen:** Unsere Verbündeten müssen verstehen, dass wir eine Parlamentsarmee haben. In Deutschland entscheidet letztlich das Parlament über die Entsendung von Soldaten und in Frankreich dagegen der Präsident. Dieses Momentum müssen die Partner akzeptieren, genauso wie wir ihre Eigenarten akzeptieren müssen.

**SPIEGEL:** Das Beispiel Afghanistan zeigt, dass auch ein langjähriger Militäreinsatz des Westens keine Garantie dafür ist, ein Land zu stabilisieren.

**Von der Leyen:** Afghanistan ist an einem kritischen Punkt. Der Kampfeinsatz wird Ende 2014 enden, und wir sorgen uns um die Sicherheitslage. Aber wir können auch dort Erfolge vorweisen: Die große Mehrheit der unter dem Schutz der Isaf-Truppen aufgewachsenen Kinder kann mittlerweile lesen und schreiben. In der Elterngeneration sind 70 Prozent Analphabeten. Aber ich will nicht bestreiten: Die Erfolge sind fragil. Wie es weitergeht, liegt nicht alleine in unserer Hand. Die afghanische Regierung muss das Sicherheitsabkommen mit den USA unterzeichnen. Erst dann können die Nato und wir planen, wie es nach 2014 weitergeht.

**SPIEGEL:** Was können Sie aus Afghanistan für den Mali-Einsatz lernen?

**Von der Leyen:** Wir haben in Afrika Voraussetzungen, die es in Afghanistan nicht gab. So tritt die Afrikanische Union selbstbewusst auf und hat den Anspruch, Probleme auf dem eigenen Kontinent selbst zu lösen. Diesen Weg unterstützen wir. Für mich ist klar, dass wir künftig bei jeder Entscheidung für einen militärischen Einsatz vom ersten Tag an darauf achten müssen, die Staaten auch im zivilen Bereich zu stärken, zum Beispiel beim Aufbau von eigenen Sicherheitskräften oder mit Entwicklungshilfe. Da hat Europa traditionell seine Stärken. Militärische Mittel können nur eine von mehreren Komponenten sein, wenn wir den Ländern nachhaltig helfen wollen.

**SPIEGEL:** Was bedeutet eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik für den Rüstungsbereich?

**Von der Leyen:** Kein Land Europas kann in Zukunft bei sinkenden Verteidigungsbudgets alle militärischen Fähigkeiten in voller Bandbreite und Quantität behalten.

**SPIEGEL:** Ist eine gemeinsame europäische Armee Ihr Ziel?

**Von der Leyen:** Bis dahin sind noch sehr viele Zwischenschritte zu gehen. Klar ist nur, dass in diesem Fall die Parlamente ihre Mitspracherechte nicht verlieren dürfen. Aber ich glaube, gemeinsame Streitkräfte werden eine logische Folge einer immer stärkeren militärischen Zusammenarbeit in Europa sein.

Interview: René Pfister, Gordon Repinski



Internationalist Brie

UTE MAHLER / OSTKREUZ / AGENTUR FOCUS

LINKE

# Einsichten eines Leidensgenossen

**Nach schwerer Krankheit versucht André Brie ein Comeback als Europapolitiker. Dafür geht er mit sich und seiner Partei ins Gericht.**

Manchmal sucht er noch nach dem richtigen Wort. Dann bricht ein Satz in der Mitte ab, die Hand fährt über den vernarbten Kopf, die Augen flirren. „Mist“, murmelt André Brie, „und das mir.“

Brie, 63, ist immer ein Mann des Wortes gewesen, ein Mann der klugen Gedanken und scharfsinnigen Formulierungen. Deshalb galt er als „Vordenker der Linken“. Ob als Wahlkampfleiter der PDS, langjähriger Europaabgeordneter oder mutiger Warner vor dem „Lafontainismus“: Bries Worte hatten Wirkung. Doch dann verstummte er.

Vor knapp zwei Jahren, an einem Sonntag im März 2012, fiel Brie die steile Kellertreppe in seinem Haus in Mecklenburg-Vorpommern hinunter: Er erlitt einen sechsfachen Schädelbruch, Rippen, Lunge und Schulter wurden verletzt. Brie wurde in ein künstliches Koma versetzt, vier Monate lag er im Krankenhaus, zum Schweigen verdammt, der Sprache beraubt. Es folgten Operationen, eine lange Reha, Logopädie: viel Zeit zum Nachdenken. Über sich. Über seine Partei. Über die Politik.

Wenn die Linke Mitte Februar in Hamburg ihr Programm für die Europawahl verabschiedet, wird Brie zum ersten Mal wieder auf großer Bühne das Wort ergreifen. Er bewirbt sich um einen Listenplatz. Er werde dort eine „zugespitzte Rede“ halten, kündigt er an. Mit einem sicheren Listenplatz wird es nicht so einfach werden. Denn mit seinen EU-freundlichen Überzeugungen ist Brie in seiner Partei nicht mehrheitsfähig. Er ist überzeugter Internationalist. Die als europafeindlich wahrgenommenen Töne der Linken regen ihn auf, ein Programmentwurf, in dem die EU als undemokratisch und militaristisch gegeißelt wird. „Ich habe in meiner Zeit als einfacher Abgeordneter im Europaparlament über 500 Anträge durchgebracht: Das nenne ich demokratisch.“

Brie hält es für „gefährlich“, wenn die Linke den Eindruck zulässt, sie wolle zurück zum Nationalstaat. „Einen populistischen Überbietungswettbewerb mit den Euro-Skeptikern der Alternative für Deutschland können wir nur verlieren.“ Und die Kritik, die Fraktionschef Gregor Gysi am Europa-Entwurf äußerte, empfand Brie als „viel zu vorsichtig“.

Mit Gysi verbindet Brie eine lange Geschichte. Beide stammen aus Familien mit jüdischen und kommunistischen Wurzeln, die verfolgt wurden wegen des Widerstands gegen die Nazis. Beide hatten sehr prägende Väter, die im SED-Staat Karriere machten. In ihrem Leben war Privates immer politisch.

Jahrelang gingen Gysi und Brie durch dick und dünn. Zusammen mit Lothar Bisky, Dietmar Bartsch und einigen anderen waren sie die unverwüstliche Keimzelle der PDS. Der Bruch kam, als Gysi öffentlich den gemeinsamen Freund Bartsch demütigte, um Oskar Lafontaine zu gefallen – die „Rückkehr des Stalinismus durch die Hintertür“, wie Bisky es nannte. Brie hat das Gysi nie wirklich verziehen, mied sogar dessen Geburtstagsfeier und schrieb ihm stattdessen einen Brief voller Vorwürfe. Gysi nahm ihm das nicht übel. Als Brie im Krankenhaus lag, rief er jeden zweiten Tag an und erkundigte sich beim Personal. Irgendwann saß er bei ihm am Bett und weinte.

Doch erst als Gysi auf dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 seine mittlerweile legendäre Rede über den Hass in der Fraktion hielt, fühlte sich Brie ihm wieder nah. Als er die Aufzeichnung der Rede im Garten des Krankenhauses sah, konnte er noch nicht sprechen. Aber er reagierte in einer anderen, für ihn neuen Sprache: Jetzt war er es, der weinte.

Brie war immer ein Parteimensch. Ein Linientreuer, einer, der die Parolen und Phrasen der SED nicht in Zweifel zog. Die Partei hatte immer recht. Als sein Bruder Michael es wagte, die SED zu kritisieren, verprügelte er ihn. Als sein Stiefbruder als „Unzuverlässiger“ nicht in die Partei aufgenommen wurde, fand er das richtig. Und zu seiner Biografie gehört eine ziemlich schmutzige Stasi-Akte als IM „Peter Scholz“. „Damit“, sagt Brie, „muss ich für den Rest meines Lebens klarkommen. Ich werde nie aufhören, darüber nachzudenken.“

Die Monate in der Klinik haben Bries Blick auf die Politik verändert. Er bekam viel Post, auch von Menschen, von denen er das nicht erwartet hatte, von Guido Westerwelle zum Beispiel. Was ihn veränderte, waren aber die Begegnungen mit anderen Patienten. Alle wollten mit ihm über Politik diskutieren: „Nur ganz anders, als ich es gewohnt war.“ Die Leute interessierten sich nicht für die großen Linien, über die er so viel geschrieben und geredet hatte. Sie wollten konkrete Antworten auf konkrete Fragen.

Seitdem treibt ihn die Frage um, ob die Politik, wie er sie sein Leben lang gemacht hat, ein Irrweg ist: die Parteischarmützel, das stundenlange Streiten über große Fragen, die endlose Produktion von Grundsatzpapieren. Die politische Sprache erscheint ihm plötzlich hohl. „Wir sind zu weit weg von den Menschen, nicht mehr greifbar und begreifbar.“

André Brie hat sich verändert, aber er will trotzdem zurück in die große Politik. Die Partei hat ihn mit einem Landtagsmandat in Schwerin versorgt, er könnte jetzt Zeit mit seiner Familie verbringen, seiner Tochter, er könnte lesen, schreiben, die richtigen Worte wiederfinden. Warum drängt es einen, der an der Politik zweifelt, dennoch zurück auf die große Bühne? Brie denkt lange über eine Antwort nach. Er sucht das richtige Wort. Die Narbe an seinem Kopf leuchtet rot. „Schweigen“, sagt er „wäre nicht links.“

MARKUS DEGGERICH

VERBRAUCHER

# Lotsen ohne Kompass

Vermeintlich objektive Institutionen wie die Stiftung Warentest, der ADAC und der TÜV sind in die Schlagzeilen geraten – sie verlieren ihre Glaubwürdigkeit auch deshalb, weil sie wie Wirtschaftsbetriebe handeln.

Die Nachricht, dass die Stiftung Warentest in einer Eilentscheidung vor dem Landgericht München gegen „Ritter Sport“ verloren hat, weil sie eine Schokolade des Herstellers mit „mangelhaft“ bewertet hatte, war noch gar nicht weit verbreitet. Da jagte schon die nächste Eilmeldung durchs Internet: „Stiftung Warentest benotet Landgericht München mit ‚mangelhaft‘.“

Abgesetzt hatte die vermeintliche Neuigkeit eine Satire-Seite. In einem „Schnellcheck“ seien Justizeinrichtungen getestet worden. Sechs Landgerichte hätten ein „sehr gut“ bekommen. Nur München nicht. „Urteile eines derart schlecht bewerteten Gerichtes haben quasi keinerlei Aussagekraft“, höhnten die Komiker.

Die Häme traf mit der Stiftung Warentest eine Organisation, deren wichtigster Wert ihre Seriosität ist, eine Organisation, die Verbraucher bislang als ihre Lobby begriffen haben, einen verlässlichen Lotsen im Dschungel der Konsummärkte. Das Münchner Urteil hat diesen Nimbus erheblich beschädigt.

Wie flüchtig das hohe Gut der Glaubwürdigkeit sein kann, erleben gerade zwei weitere Institutionen, die den Deutschen jahrzehntelang als unbestechliche Autorität galten. Der ADAC, dessen Gelbe Engel liegengebliebenen Autofahrern helfen, musste zugeben, die Öffentlichkeit belogen zu haben. Die Führung des Clubs gestand, die Zahlen einer Umfrage über die Beliebtheit von Autos geschönt zu haben. Rasch wuchs sich die Schummelei zum Skandal aus.

Noch größere Probleme plagen die TÜV-Gesellschaften. Mit ihren Prüfplaketten für Autos nehmen sie hoheitliche Aufgaben wahr, doch als Garant für Sicherheit und deutsche Ingenieurskunst haben sie an Ansehen eingebüßt. Das liegt an Fehltritten wie dem des TÜV Rheinland, der wiederholt fehlerhaften Medizinprodukten sein Siegel gab. Vergangene Woche verurteilte ein Gericht in Frankreich den TÜV zur Zahlung von Schadensersatz an Frauen, die sich minderwertige Brustimplantate mit dem deutschen Prüfstempel hatten einsetzen lassen.

Pferdefleisch in der Lasagne oder Gift in Babyspielzeug – an die Hiobsbotschaften aus der Welt der globalisierten Wirtschaft haben sich die Verbraucher gewöhnt; sie vertrauten darauf, dass Prüfer von Instanzen wie ADAC, TÜV und Warentest das Übel entdecken und das Schlimmste verhindern mögen. Doch nun wird offenbar, dass auch die Lotsen die Orientierung verloren haben.

Geschehen konnte das auch deshalb, weil sich die drei Institutionen von ihrem Kerngeschäft entfernten – oder in ihrem Kerngeschäft Konkurrenz bekamen. Heute sind sie gewöhnliche Dienstleister, die sich auf dem Markt kaum weniger behaupten müssen, als böten sie Hackfleisch oder Babyrasseln an. Die Stiftung Warentest ringt mühsam um Aufmerksamkeit, um sich finanzieren zu können. Die TÜV-Gesellschaften verloren ihre Prüfmonopole durch die Liberalisierung des Marktes und müssen sich seitdem mit Wettbewerbern wie der Dekra herumschlagen; die Vereine reagierten mit einer aggressiven Expansionspolitik und wandelten sich zu internationalen Consulting-Unternehmen. Der ADAC häutete sich von einem Verein, der nachts Autofahrer vom Standstreifen rettete, zu einem Warenkonzern mit 8600 Mitarbeitern und einem Milliardenumsatz, der von der Skibrille über Reisen bis zu Schneeketten ein breites Produktsortiment anbietet – der aber immer noch wie ein Kegelclub organisiert ist.

Die Stiftung Warentest wurde 1964 gegründet. Der Bund gab Kapital, um den Westdeutschen durch den neuen Konsum-Wirrwarr zu helfen. Warentest finanziert sich heute im Wesentlichen durch den Verkauf der Zeitschriften „Test“ und „Finanztest“ sowie das kostenpflichtige Herunterladen von Testergebnissen. Die Stiftung muss hart kalkulieren, trotz Erträgen von 45 Millionen machte sie 2012 zum ersten Mal in ihrer Geschichte Verluste.

Unter Druck gesetzt wird die Organisation von der Konkurrenzzeitschrift „Ökotest“, die oft mit spektakulären Testergebnissen und krawalligen Schlagzeilen aufwartet, auch wenn diese nach Ansicht von Experten nicht immer seriös sind. Warentest muss mithalten, und je öfter die Stiftung schlechte Noten vergibt, desto höher das Interesse, desto besser der Umsatz.

Die Paprikachips der Bio-Kette Alnatura etwa wurden in der „sensorischen“ Prüfung mit „ausreichend“ benotet, sprich: Den Testern schmeckten die Chips nicht. Lebensmitteltechnisch war an ihnen jedoch nichts auszusetzen. Häufig bewertet die Stiftung Warentest teure Produkte schlecht und billigere gut – genau das will der Konsument lesen.

Auch im Fall „Ritter Sport“ legte man sich mit einem Großen der Branche an. Es ging um das Aroma Piperonal, das der Voll-Nuss-Schokolade beigemengt wird, 0,3 Milligramm pro Kilogramm. Dass der Stoff in der Schokolade enthalten ist, ist unstrittig. Warentest behauptete im Dezemberheft jedoch, das nachgewiesene Aroma werde chemisch hergestellt, und da im Zutatenverzeichnis nur natürliche Aromen genannt würden, handle es sich um eine „Irreführung“ des Verbrauchers.

## ADAC

**Verein**
gegründet 1903

Mitgliedsbeiträge 2012
**671 Mio. €**

Umsätze der Tochtergesellschaften 2012
**1,0 Mrd. €**

**18,6 Millionen**
Mitglieder Mai 2013

## Stiftung Warentest

**Verbraucherorganisation**
gegründet 1964

Erträge gesamt 2012
**45,1 Mio. €**

staatliche Zuwendungen 2012
**4,5 Mio. €**

**199**
Mitarbeiter 2012

## TÜV-Gesellschaften

**Eingetragene Vereine**
gegründet 1866

Führen auf privatwirtschaftlicher Basis staatlich vorgeschriebene Sicherheitskontrollen durch.

**Holdings**
TÜV SÜD · TÜV Rheinland · TÜV NORD

**unabhängige Unternehmen**
TÜV SAARLAND · TÜV THÜRINGEN

Die Schokolade hätte „nicht verkauft werden dürfen“.

Für Firmenchef Alfred Ritter war das ein Schock. Sie seien von den großen Tafelherstellern „die einzigen, die auf Chemie verzichten, und ausgerechnet uns versucht man mit falschen Behauptungen zu schädigen“, sagt er, „der Vorwurf war für uns existenzbedrohend. Wir haben in den Abgrund geschaut“.

Was die Ritter-Leute aufregt: Die Stiftung habe sie vor der Veröffentlichung mit dem Vorwurf des Etikettenschwindels nicht konfrontiert. „Es geht der Stiftung nicht um objektives Testen, es geht ihr nur darum, einen Skandal zu produzieren“, sagt Ritter. Auch andere namhafte Firmen wie Faber-Castell, Puky Kinderlaufräder oder Hipp Babynahrung gingen gerichtlich gegen die Stiftung vor. Einmal musste Warentest nach einem Vergleich Schadensersatz zahlen. Das Ritter-Urteil will die Stiftung nicht annehmen, sie hat angekündigt, in Berufung zu gehen

Auch der mehr als 110 Jahre alte ADAC hat sein Aktionsfeld stetig erweitert. Allein oder mit Hilfe von Partnern vertreibt er Versicherungen, Reisen, Handyverträge und vieles mehr. Der Autoclub ist einer der führenden Co-Anbieter von Kreditkarten. Gleichzeitig betreibt er die größte Rettungshubschrauberflotte der Republik.

Die Konsequenz: Die Grenzen zwischen dem angeblich neutralen Verbraucherschützer und dem gewinnorientierten Unternehmen zerfließen. Auf der Internetseite des Clubs liegt die Rubrik „Info, Test und Rat“ direkt neben „Reise und Freizeit“ und „ADAC Produkte“. So bekommt ein Skihelm im ADAC-Test das Urteil „gut“ und kann mit ein paar Klicks im eigenen Online-Shop bestellt werden. Der ADAC bewertet regelmäßig Produkte aus dem eigenen Sortiment oder von Dienstleistern, mit denen er Geschäftsbeziehungen pflegt. Otmar Lell vom Verbraucherzentrale Bundesverband fordert vom ADAC, seine Unternehmenskonstruktion zu hinterfragen: „Wenn Geschäftsmodelle und Verbrauchertests vermischt werden, wird sich die Glaubwürdigkeit immer anzweifeln lassen.“

Im ADAC hält man das für völlig unproblematisch. Aber im ADAC gilt es auch noch als zeitgemäß, dass ein Milliardenkonzern von Ehrenamtlichen gesteuert wird. Die Geschäfte führen fünf hauptamtliche Manager, die jedoch streng nach Anweisungen des Präsidiums handeln, dem acht von der Hauptversammlung gewählte Funktionäre angehören.

Einen regelmäßig tagenden Aufsichtsrat, der die Entscheidungen der Konzernspitze penibel überprüft und bei Fehlentscheidungen gegen das Management vorgeht, sieht das patriarchalische System des ADAC nicht vor. Als Kontrolleure fungieren lediglich die Chefs der 18 Regionalclubs. Und die hielten sich mit Kritik bislang auffallend zurück.



MICHAEL TINNEFELD / AGENCY PEOPLE IMAGE

**Kommunikationschef Ramstetter am 16. Januar:** *Den ADAC in den Crash gelenkt*

Der Kommunikationschef Michael Ramstetter konnte den ADAC auch deshalb in den Crash lenken, weil er als Vertrauter des Präsidenten frei agieren durfte, auch bei der Autowahl „Gelber Engel“. „Rambo“, wie Ramstetter wegen seiner cholerischen Ausfälle intern hieß, nahm die brieflichen Stimmen aus dem Technikzentrum Landsberg entgegen, genau wie die Ergebnisse der Online-Abstimmung aus der IT-Abteilung. Dann addierte er die analog und digital ermittelten Zahlen – und stellte wohl fest, dass das peinlich wenige waren. Seine Lösung: Er multiplizierte bei der Auszählung einfach mit dem Faktor zehn.

Weil sich der Automobilclub längst als alle Lebensbereiche des Menschen abdeckender „Mobilitätsdienstleister“ versteht, sind ihm Feldweg und Straße nicht mehr genug: Voriges Jahr erhielt er vom Verkehrsministerium die Zusage, in naher Zukunft Prüfungen für Sportbootführerscheine abhalten zu dürfen – eine Aufgabe, die seit Jahrzehnten der Deutsche Seglerverband gemeinsam mit dem Deutschen Motoryachtverband (DMYV) erfüllt. „Es drängt sich der Verdacht auf, dass ein großer Lobbyist seine Machtstellung ausnutzen möchte, um durch die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben weitere Zuwächse erzielen zu können“, beklagte der DMYV-Präsident Winfried Röcker.

Wachstum, Expansion, neue Geschäftsfelder – so tönt es auch aus den Chefetagen der TÜVs, deren erster vor 140 Jahren gegründet wurde, um Dampfkessel zu begutachten. Heute sind sie Kontrollkonzerne mit Filialen in China und Indien, die

den Umgang von Spargelbauern mit ihren Saisonkräften ebenso zertifizieren wie die Arbeit der deutschen Bestatter, wie Bio-Joghurt oder Brustimplantate.

Alles machen und überall sein, das birgt Risiken. So bekam das Immobilienunternehmen S & K, das Tausende Anleger um mehr als 100 Millionen Euro geprellt haben soll, den TÜV-Stempel. Und so bestand die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch die Prüfung durch den TÜV Rheinland, bevor sie im April vergangenen Jahres einstürzte; mehr als 1100 Menschen starben. Die Kontrolleure hatten einige Wochen vor dem Kollaps des Gebäudes sogenannte Sozialaudits durchgeführt – und ihr Siegel vergeben. Als die Christliche Initiative Romero wagte, dies zu kritisieren, verlangte der TÜV eine Unterlassungserklärung.

Problematisch erscheint auch, wie sich die altehrwürdige Prüfinstanz mehr und mehr zu einer Beratungsfirma gewandelt hat. Der TÜV hilft Unternehmen gern dabei, jene Dinge zu bauen, die er später prüfen soll. Consultants vom TÜV Rheinland beraten etwa den Berliner Flughafenchef Hartmut Mehdorn, wie er doch noch einen genehmigungsfähigen und betriebsbereiten Hauptstadt-Airport an den Start bringen kann.

Erst jüngst hatte ein TÜV-Berater eine Inbetriebnahme eines zentralen Kabelkanals laut einem Vermerk „als grob fahrlässig“ bezeichnet, aber auch Wege zur Lösung des Problems aufgezeigt. Eine andere Tochter des TÜV Rheinland ist für die Abnahme der technischen Anlagen des Flughafens zuständig.

Doch wie will der TÜV unabhängig und objektiv entscheiden, wenn seine eigenen Berater Geschäftspartner des zu überwachenden Unternehmens sind? „Das sind klar getrennte Bereiche“, erklärt TÜV-Rheinland-Sprecher Hartmut Müller-Gerbes, außerdem gebe es „klare rechtliche Vorgaben“.

Dass die nicht immer helfen, zeigen die Erfahrungen des TÜV Rheinland bei der Prüfung von Medizinprodukten. Als Zertifizierungsstelle für Produkte wie Hüftimplantate oder Spritzen übernimmt der TÜV eine Überwachungsfunktion des Staates. Doch inzwischen steht fest, dass er den französischen Brustimplantathersteller PIP nur lasch geprüft hat. Vorige Woche entschied ein französisches Berufungsgericht in zweiter Instanz, dass der TÜV 1600 Betroffenen jeweils 3000 Euro Schadensersatz auszahlen muss.

In der kommenden Woche muss sich der TÜV Rheinland in derselben Sache vor dem Landgericht Nürnberg verantworten. Der Berliner Medizinrechtler Jörg Heynemann hat Geschäftspapiere und E-Mail-Verkehr des TÜV mit dem Hersteller ausgewertet und die Versäumnisse der Prüfer dokumentiert. „Der für einen Kontrolleur und Kontrollierten ungewöhnliche Ton lässt den Schluss zu“, schreibt Heynemann, „dass es sich hier eher um eine Art Kumpanei als um eine Kontrolle handelt.“ Auf der Strecke blieben die Verbraucher – in diesem Fall die Frauen, denen deutsche Ärzte die Implantate aus Industriesilikon einsetzten.

Dabei war PIP nicht der erste Sündenfall des TÜV bei Medizinprodukten. Der TÜV Nord zertifizierte die fehlerhafte ANA.NOVA-Hüftprothese, der TÜV Süd die nicht minder schlechte Varicon-Prothese von Falcon Medical. Und auch bei einem der größten Medizinskandale des Landes spielte der TÜV eine unrühmliche Rolle. Der TÜV Rheinland zertifizierte vor Jahren den Operationscomputer Robodoc – und stellte ihm damit die Eintrittskarte in deutsche Krankenhäuser aus.

Dort fräste der Roboter dann Hunderte Hüftkranke zu Invaliden. 136 Patienten erhielten bislang Schadensersatz in Höhe von insgesamt 3,8 Millionen Euro, weitere werden folgen. Welche Schuld der TÜV hatte, wurde gerichtlich nie festgestellt. Alle Verfahren endeten bisher im Vergleich.

Markus Brauck, Dinah Deckstein, Margret Hucko, Nils Klawitter, Udo Ludwig, Christoph Stockburger, Janko Tietz, Andreas Wassermann



CDU-Mann Spahn



Grünen-Politiker Nouripour

FOTOS: CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Nicht noch eine Chance verpassen“

Zwei Bundestagsabgeordnete, der Christdemokrat Jens Spahn, 33, und der Grüne Omid Nouripour, 38, plädieren für ein schwarz-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl 2017 und kritisieren den mutlosen Start der Großen Koalition.

**SPIEGEL:** Herr Nouripour, Herr Spahn, nach der Bundestagswahl sind die Sondierungen für eine schwarz-grüne Koalition im Bund gescheitert. Wurde da eine historische Chance vertan?

**Spahn:** Ich finde es bedauerlich, dass die Verhandlungen vorzeitig abgebrochen wurden. Da wäre mehr möglich gewesen. 2009 hatte man das Gefühl, dass Schwarz-Gelb vier Jahre zu spät kommt, denn die große Reformstimmung für eine christlich-liberale Koalition herrschte in den Jahren 2004 und 2005. Meine Sorge ist, dass wir jetzt wieder den richtigen Zeitpunkt verpassen, dieses Mal den für Schwarz-Grün.

**Nouripour:** Über diese Sondierungen sind viele Legenden im Umlauf. Wenn ich mir den jetzigen Koalitionsvertrag ansehe, muss ich aus Sicht der Grünen sagen: Das hätte uns nicht gereicht.

**SPIEGEL:** Eigentlich war die Gelegenheit doch günstig wie nie. Für die klassischen Koalitionen – Schwarz-Gelb und Rot-Grün – reichte es nicht. Wer war schuld daran, dass es trotzdem nicht geklappt hat?

**Spahn:** Mein Eindruck ist, dass es während der Gespräche gegenteilige Entwicklungen gab. Einige in der Union stellten überrascht fest: Mensch, das könnte doch was werden. Bei den Grünen war es genau umgekehrt. Die merkten: Oh Gott, das könnte tatsächlich klappen, holt uns hier raus!

**Nouripour:** Ach was! Wir Grüne fürchten weder Tod noch Merkel. Die Inhalte müssen aber jedes Mal stimmen, und hier stimmten sie nicht. Wenn die Union ein tragfähiges Angebot vorgelegt hätte, hätten wir nicht nein gesagt.

**SPIEGEL:** Sie beide wollen nun dafür sorgen, dass es nach der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2017 klappt. Sie haben einen Gesprächskreis mit etwa 30 zumeist jüngeren Abgeordneten gegründet. Bereiten Sie die nächste Koalition vor?

**Spahn:** Jedenfalls wollen wir nicht noch einmal so eine Chance verpassen. Jedem ist klar: Die Große Koalition ist nur ein Bündnis auf Zeit, nach vier Jahren gehen beide Partner wieder getrennte Wege. Also müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie es danach weitergeht.

**SPIEGEL:** Ihr erstes Date fand vor zwei Wochen bei einem Italiener in Berlin-Mitte statt. Hat’s gefunkt?

**Spahn:** Es ging erst einmal darum, sich kennenzulernen. Der harte Wahlkampf hat die Sondierung von Union und Grünen nicht einfacher gemacht. Da gab es eine massive Zuspitzung von beiden Seiten, Stichwort Merkel-Bashing oder Pädophilie-Debatte. All das muss sich erst einmal setzen.

**SPIEGEL:** Herr Nouripour, die Grünen klangen nach dem Treffen reservierter.

**Nouripour:** Wahr ist: Für viele von uns ist es noch immer nicht selbstverständlich, auf Bundesebene mit den Schwarzen zu reden, auch für mich persönlich nicht.

**SPIEGEL:** Wieso nicht?

**Nouripour:** Ich bin in Hessen wegen der Doppelpass-Kampagne von Roland Koch im Landtagswahlkampf 1999 politisch aktiv geworden. Das betraf mich persönlich, diese Hetze ging mir als gebürtigem Iraner sehr nahe. Jetzt haben wir mit der Hessen-CDU eine Einbürgerungskampagne verabredet.

**SPIEGEL:** Haben Sie der Union verziehen?

**Nouripour:** Darum geht es nicht. Wir Grüne müssen uns endlich neu aufstellen und in alle Richtungen gesprächsoffen sein, auch

in Richtung der Linkspartei. Es reicht nicht, immer auf Parteitagen die Eigenständigkeit zu beschließen und dann jedes Mal nur mit der SPD koalieren zu wollen. Zwar sind wir programmatisch nach wie vor der SPD näher als der Union. Wir Grüne müssen uns aber verabschieden vom inneren Sozialdemokraten.

**SPIEGEL:** Sie sind im Kern eine sozialdemokratische Partei?

**Nouripour:** Ganz und gar nicht. Wir sind programmatisch eigenständig: Bei der Ökologie sind wir wertkonservativ, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit links und wenn es um die Freiheit geht, libertär.

## „Künftige Generationen wären mit Schwarz-Grün besser gefahren."

**Jens Spahn**

**SPIEGEL:** Zu Zeiten der Pizza-Connection in den neunziger Jahren in Bonn waren die Treffen zwischen Schwarzen und Grünen fast ein revolutionärer Akt, ein Aufstand gegen den Mief der Ära Kohl. Was ist heute an Schwarz-Grün noch aufregend?

**Spahn:** Schwarz-Grün fällt nicht mehr in die Kategorie revolutionär, aber eine solche Koalition wäre spannend. Es geht darum, die Kontakte zwischen beiden Parteien zu normalisieren. CDU und Grüne sind beides wertkonservative Parteien. Darauf lässt sich aufbauen.

**SPIEGEL:** Worin könnte heute ein schwarzgrünes Projekt bestehen?

**Spahn:** Ich würde nicht von Projekt sprechen. Aber es gibt viele spannende Fragen, zu denen eine Koalition aus Union und Grünen mindestens so gute Antworten finden könnte wie die Große Koalition. Nehmen Sie die Energiewende, das große Vorhaben der nächsten Jahre. Der Impuls der Grünen, Solar und Windkraft auszubauen, war richtig. Nur muss der Strom auch bezahlbar bleiben, für die Verbraucher und für die Industrie. Und da liegt die Kompetenz der Union. Auch grüne Energie geht nur mit schwarzen Zahlen.

**SPIEGEL:** Herr Nouripour, Sie stammen aus Iran und haben selbst zwei Pässe. Ist mit der Union moderne Einwanderungspolitik möglich?

**Nouripour:** Mit Slogans wie „Wer betrügt, der fliegt" sicherlich nicht. Zumal die CSU das auf Doktortitel ihrer eigenen Leute nicht anwendet. Aber wir wissen natürlich auch, dass die bayerische CSU nicht für die ganze Union spricht. Und uns ist nicht verborgen geblieben, wie sehr Frau Merkel ihre Partei verändert hat. Sie reagiert zwar damit darauf, dass wir Grüne die Gesellschaft verändert haben, aber immerhin.

**Spahn:** Omid, auch die Grünen sind nicht mehr dieselben wie 2002, und das ist gut so. Wenn wir zum Beispiel damals forderten, dass, wer dauerhaft in Deutschland leben will, auch Deutsch sprechen muss, wurden wir von euch sofort in die rechte Ecke gestellt. Heute finden sich entsprechende Forderungen auch im grünen Parteiprogramm.

**SPIEGEL:** Wie steht es in der Außenpolitik? Soll sich Deutschland stärker in Mali und Zentralafrika engagieren, auch militärisch?

**Nouripour:** Es hängt davon ab, wie das Mandat aussehen wird, das uns die Bundesregierung vorlegt. Bei Panzern nach Saudi-Arabien haben wir einen großen Konflikt mit der Union. Bei anderen Fragen stehen wir uns näher als jeweils der SPD. Das sieht man vor allem im Umgang mit Russland, da haben wir beide eine andere Haltung als die SPD. Es bringt nichts, sich an Putin ranzukuscheln.

**Spahn:** Stimmt, wenn es um Russland oder China geht, ist die SPD oft viel zu unkritisch. Im Umgang mit der Bundeswehr sind die Grünen übrigens erfreulich pragmatisch geworden. Als die Grünen 1999 auf ihrem Bielefelder Parteitag den völkerrechtswidrigen Bundeswehreinsatz im Kosovo akzeptierten, das war großes Kino. Dagegen ist ein schwarz-grünes Bündnis doch ein Kinderspiel.

**SPIEGEL:** Die Große Koalition will Milliarden für die Mütterrente ausgeben und weicht die Rente mit 67 auf. Sie beide betonen dagegen die Nachhaltigkeit. Macht die Koalition die falsche Rentenpolitik?

**Spahn:** Künftige Generationen wären mit Schwarz-Grün jedenfalls besser gefahren. Die abschlagsfreie Rente mit 63 ist das falsche Signal. Wir hatten in Deutschland ein Verständnis dafür erreicht, dass wir gemeinsam weniger und älter werden und dass wir daher etwas länger arbeiten müssen. Die Rente mit 67 findet langsam Akzeptanz. Davon nun so abzurücken fällt echt sauschwer.

**Nouripour:** Gleich zu Beginn bewahrheitet sich: Die Große Koalition ist von allen Bündnissen immer das teuerste. Unter dem Strich wäre etwa Schwarz-Grün für alle das günstigere Bündnis. Wenn es um nachhaltige Finanzen geht, waren Jens und ich schon im Haushaltsausschuss oft einer Meinung. Die Schwierigkeiten von Schwarz-Grün liegen weniger bei Fragen finanzieller Nachhaltigkeit, sondern eher in der Gesellschaftspolitik.

**SPIEGEL:** Sie sprechen die kulturellen Unterschiede zwischen beiden Parteien an. Für Helmut Kohl war Jürgen Trittin ein Kommunist, Trittin wiederum bescheinigte dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer einst die „Mentalität eines Skinheads". Ist das nur düstere, längst vergessene Vergangenheit?

**Spahn:** Ja. Aber als einer von wenigen CDU-Abgeordneten, die schon mal auf einem Bundesparteitag der Grünen waren, kann ich Ihnen bestätigen: Es gibt auch heute noch große parteikulturelle Unterschiede. Mit dem moralingetränkten Überschuss an Gutmenschentum, der da manchmal durchschlägt, kann ich nix anfangen.

**Nouripour:** Mir ist beispielsweise befremdlich, dass die Union 2009 das Wahlprogramm exakt so abgenickt hat, wie es vorgelegt wurde. Es gab keinen Änderungsantrag, keinen einzigen! Das ist bei den Grünen unvorstellbar. Bei uns gibt es normalerweise über 2000 davon. Und über

## „Wir Grüne müssen uns verabschieden vom inneren Sozialdemokraten."

**Omid Nouripur**

die stimmen wir nicht nur ab, da diskutieren wir und hauen uns die Argumente um die Ohren.

**Spahn:** Strittige Diskussionen über mehrere Stunden sind bei der Union tatsächlich leider eher ungewöhnlich. Und wir gehen halt auch gerne dann mal zum gemütlichen Teil über und wollen ein paar Bier trinken. Man darf die kulturellen Unterschiede nicht unterschätzen. Aber was wichtig ist: Schwarz-Grün wächst von unten. Es gibt viele wirklich gut funktionierende kommunale Bündnisse bis hinein in größte Städte.

**Nouripour:** Ja, in den Städten und Gemeinden funktioniert das gut, aber eben auch nur, weil wir da heikle, meist bundespolitische Themen ausklammern. Wenn ich bei mir in Frankfurt über eine neue Fußgängerzone rede oder über die Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, dann geht das auch mit den Schwarzen. Wenn ich dann aber Horst Seehofer im Fernsehen über Migranten reden höre, setzt die Ernüchterung ein.

**Spahn:** Ich finde nicht, dass die Gemeinsamkeiten auf lokaler Ebene enden. Ein Beispiel: Wenn man als Schwuler Händchen hält, kann es einem heute sogar hier



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

**Nouripour, Spahn, Spiegel-Redakteure***
*„Als Option wahrgenommen werden"*

* Ralf Beste und Peter Müller im Berliner SPIEGEL-Büro.



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

**Unionsverhandlungsführer*:** *„Ihr werdet ja noch multikulti“*



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

**Grünen-Delegation*:** *„Notfalls in die Dönerbude“*

im Berliner Szenekiez Schöneberg passieren, dass man angepöbelt oder verdroschen wird. Dann gibt es selbst aus der Schwulenszene den Ruf nach mehr Polizei und besserer Integration. Da vertreten dann Menschen, die meist eher den Grünen nahestehen, auf einmal ganz konservative Forderungen.

**SPIEGEL:** Aber gerade in den Großstädten ist die Union doch hoffnungslos vom Zeitgeist abgehängt. Ist Schwarz-Grün für die Union eine Chance, urbane Wähler zurückzugewinnen?

**Spahn:** Die Leute, die ich in Bezirken wie dem Prenzlauer Berg in Berlin treffe, leben eigentlich das CDU-Programm. Familie und Nachbarschaft sind ihnen wichtig, gesunde Ernährung und solides Wirtschaften ebenso. Trotzdem erreicht die CDU da gerade mal 13 Prozent. Und die Leute haben noch nicht mal was gegen uns, sie haben uns einfach gar nicht auf dem Radar. Ich glaube schon, dass Schwarz-Grün für die Union eine Chance bietet, hier überhaupt mal wieder als Option wahrgenommen zu werden.

**SPIEGEL:** Dann ist Schwarz-Grün doch eine Gefahr für Sie, Herr Nouripour?

**Nouripour:** Das glaube ich nicht. Erfolge zahlen sich für die Partei aus, die ein Thema angestoßen hat. Als es in Deutschland mit Guido Westerwelle zum ersten Mal einen homosexuellen Außenminister gab, haben wir nicht gesagt, „jetzt ist uns ein Thema abhandengekommen“. Die Leute wissen, wer das Original ist.

**SPIEGEL:** Während Sie gemeinsam essen gehen, macht der knöcherne Konservative Volker Bouffier in Hessen vor, wie Schwarz-Grün in der Praxis funktioniert. Ist Hessen der eigentliche Wegbereiter für den Bund?

**Spahn:** Entscheidend ist: Jetzt, wo es in Hessen zu einer Koalition gekommen ist, liegt Schwarz-Grün endlich auch im Bund als normale Option auf dem Tisch. Das heißt nicht, dass Union und Grüne ihre jeweiligen Wunschpartner im Bund jetzt einfach aufgeben, wir arbeiten gut, gerne und verlässlich mit der FDP zusammen. Und natürlich würden die Grünen Rot-Grün machen, wenn es möglich wäre. Doch wenn das Wunschrestaurant geschlossen hat, muss man halt zur Dönerbude nebenan gehen. Das ist nicht immer die schlechteste Wahl.

**Nouripour:** Vielen Dank für das Kompliment. Ihr werdet ja noch multikulti. Im Bund geht es darum, aus Einzelstimmen ein Orchester zu machen – und dabei gibt’s natürlich auch Dissonanzen. Unser Gesprächskreis bringt ganz bewusst gerade auch die Skeptiker eines solchen Bündnisses zusammen, um über unsere Unterschiede zu diskutieren. Dort sind, anders als die Kollegen damals bei der Pizza-Connection, nicht nur Fans von Schwarz-Grün versammelt.

**SPIEGEL:** Was muss sich an der Union ändern, damit die Grünen beim nächsten Mal ihr Jawort geben?

**Nouripour:** Merkel muss zu erkennen geben, für welche Politik die CDU eigentlich steht. Ist der Modernisierungskurs nicht nur angetäuscht, gäbe es Anknüpfungspunkte. Ausschließen werden wir eine Koalition mit der Union vor der nächsten Wahl jedenfalls nicht. Aber auch nicht eine mit der Linkspartei.

**SPIEGEL:** Herr Spahn, was geht bei den Grünen nicht?

**Spahn:** Wenn die Grünen wie bei der vergangenen Wahl weiter versuchen, die Linken links zu überholen, wird Schwarz-Grün nichts werden. Aber wenn die Grünen ihre bürgerlichen Wurzeln ernst nehmen, gibt es eine echte Option.

**SPIEGEL:** Viele Mitglieder der früheren Pizza-Connection haben im Laufe der Jahre Karriere unter Angela Merkel gemacht. Mit Peter Altmaier und Hermann Gröhe sitzen sogar zwei im Kabinett. Wo sehen Sie sich in 20 Jahren?

**Spahn:** Omid, du bist dann Außenminister.

**Nouripour:** Aber von Hessen.

**SPIEGEL:** Herr Nouripour, Herr Spahn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Am 15. Oktober 2013 auf dem Weg zu den Sondierungsgesprächen im Berliner Reichstagspräsidentenpalais.

# Herausgefordert

Gläubige aus aller Welt durften in einer Vatikan-Umfrage die katholische Sexualmoral bewerten. Das Ergebnis ist vernichtend – und ein Testfall für Franziskus: Wird der Papst die Kirche reformieren, oder belässt er es bei freundlichen Gesten?



Papst Franziskus in Rom



IMAGO

Mit Erwachsenen über Sex zu reden, finden Jugendliche peinlich. Das gilt erst recht, wenn der Erwachsene ihr katholischer Seelsorger ist.

Etwa 20 Mädchen und Jungen sitzen auf Ledersofas in einem Kellerraum des katholischen Gemeindezentrums St. Josef am Stadtrand von Berlin. Die Wände sind bunt gestrichen, auf einem Tisch in der Mitte liegen Gummibärchen-Tüten und Schokolade.

Hannah, Jonas und ihre Freunde müssen kichern, als Harald Tux, ein freundlicher Herr mit Halbglatze und Brille, einen Fragebogen des Vatikans vorliest. Es geht um vorehelichen Verkehr, Rom will wissen, was die jungen Katholiken in Berlin-Weißensee davon halten. „Kommt Empfängnisverhütung für dich in Frage?“, referiert der Theologe. Die Jugendlichen tuscheln bereits, sie grinsen, als Tux schließlich zum Höhepunkt seines Vortrags kommt: „Wenn du verhütest, würdest du das beichten?“

„Hä?“, fragt ein Mädchen und verzieht das Gesicht. „Das ist doch keine Straftat“, ruft ein Junge im Kapuzenpulli. Alle prusten laut los.

Dann debattieren sie. „Für unsere Generation ist es auch eine Frage von Verantwortung: Wenn man nicht mit 16 oder 17 Jahren Eltern werden möchte, muss man verhüten“, sagt Hannah. Der 16-Jährigen und ihren jugendlichen Mitdiskutanten fallen noch viele andere Punkte ein, bei denen sich etwas ändern müsste. „Damit Kirche zu allen passt, sollten auch Homosexuelle heiraten dürfen“, sagt Jonas. „Es ist der Kirche nicht gestattet, sich da einzumischen.“

An diesem Montag treffen sich die deutschen Bischöfe zu einer zweitägigen Konferenz in Würzburg, wo sie die Antworten von Hannah, Jonas und anderen Katholiken aus allen 27 Diözesen zusammentragen und auswerten wollen. Bis Freitag müssen sie ihre Erkenntnisse in Rom vorlegen. Damit kommen dort die Gläubigen in einer Vielzahl zu Wort wie wohl nie zuvor in 2000 Jahren Kirchengeschichte.

Bislang informierte sich die Kurie vorzugsweise bei den Bischöfen über die Stimmung an der Basis; deren Berichte enthielten mitunter mehr fromme Wünsche als Fakten.

Jetzt hat das Volk Gottes gesprochen. Kirchenmitglieder weltweit durften ihre Meinung zu den strittigsten Themen des Katholizismus kundtun. Sie erklärten, was sie von den strengen Verboten ihrer Religion halten, vom Familienbild bis zur Sexualmoral. In den nächsten Wochen und Monaten werden ihre Angaben aufbereitet und analysiert, im Oktober wird Papst Franziskus in Rom mit Bischöfen aus aller Welt auf einer

außerordentlichen Synode darüber beraten.

Der SPIEGEL hat das Stimmungsbild in allen 27 deutschen Bistümern recherchiert. Manche gaben nur wenige Informationen preis, viele andere stellten umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung. Katholische Familien- und Jugendorganisationen, die sich bei der Umfrage besonders engagierten, trugen ebenfalls zur Aufklärung bei.

Das Ergebnis ist niederschmetternd für die Hüter der reinen Lehre. Die Reaktionen selbst engagierter Katholiken schwanken zwischen Desinteresse, Häme und tiefer Verletztheit. Viele können die alten Dogmen nicht mehr nachvollziehen und fühlen sich von ihrer Kirche alleingelassen. Sogar im konservativen Bayern können 86 Prozent der Gläubigen keine Sünde darin erkennen, die von der Kirche verdammte Pille oder die gleichfalls verdammten Kondome zu benutzen.



PETER-JULICH.COM / DER SPIEGEL

**„Warum sollen die Gläubigen sich nicht auch zu homosexuellen Partnerschaften äußern dürfen?“**

Pfarrer Zedtwitz

Der Blick in die Gemeinden macht deutlich: Auf Rom rollt eine Protestwelle zu, wie sie der Kirchenstaat lange nicht erlebt hat.

Zwar ist die tiefe Kluft zwischen Lebenswirklichkeit und Lehre für die meisten Katholiken kein junges Phänomen. Doch bisher wollten die Päpste von dieser Realität wenig wissen. Insbesondere Benedikt XVI. wandte sich vom modernen Leben ab und bestand auf uralten Dogmen.

Nun wird die Zerrissenheit der Kirche amtlich festgestellt. Papst Franziskus steht damit vor der größten Herausforderung seines noch jungen Pontifikats. Er muss zeigen, ob er dem Ruf seiner Gläubigen folgen und den Katholizismus reformieren will. Oder ob er es bei seinen sympathischen, mit großem Applaus bedachten, aber wirkungslosen Gesten belässt.

In wenigen Wochen, am 19. März, feiert Jorge Mario Bergoglio seinen ersten Jahrestag als Pontifex. Demütige Auftritte und überraschende Interviews haben den Hirten „vom Ende der Welt“ binnen kurzem zum globalen Star gemacht. Papa Francesco sendet, trotz seiner 77 Jahre, mit dem Elan eines frisch Verliebten auf allen ihm verfügbaren Kanälen frohe Botschaften. Mal steckt er sich eine Clownsnase auf, mal lässt er seine Kardinäle allein tafeln und setzt sich lieber mit den Armen von Assisi zu Tisch.

Im Petersdom thront nicht länger ein entrückter Professor, sondern ein PR-Genie. Wie Barack Obama auf George W. Bush scheint Jorge Bergoglio auf Joseph Ratzinger zu folgen: als Mann mit Zukunft, der die Menschen von der konservativen Doktrin eines umstrittenen Vorgängers zu befreien verspricht.

Oder hat sich am Heiligen Stuhl nur der Sound geändert – nicht aber die Substanz? Kein einziges Dogma seiner strengen Kirche hat der argentinische Papst, obwohl er es im Alleingang könnte, bislang gemildert oder gar gestrichen. Wie im Weißen Haus erweist sich auch im Vatikan nicht zu Beginn einer Amtszeit, sondern erst zum Ende hin, ob der neue Bewohner mehr kann als Charisma und große Worte. Ob er seinen Apparat in den Griff bekommt oder zum Getriebenen der ihn umgebenden machtbewussten Eliten wird.

Die Zeit des Kennenlernens neigt sich nach bald einem Jahr dem Ende zu. Nun bahnt sich im Vatikan und in den Gliedern der weltgrößten Religionsgemeinschaft erneut ein Richtungsstreit über die Zukunft ihrer Kirche an.

Der Papst und der verdammte Sex: Zahllose Katholiken wünschen sich endlich mehr Offenheit von ihrer Kirche und eine Seelsorge, die ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird – während eine veränderungsfeindliche Kurie betagte Vorschriften verteidigt, die oft nicht den Geist des Neuen Testaments, sondern des Mittelalters atmen.

Und mittendrin steht ein älterer Herr aus Argentinien und weiß wohl selbst nicht so recht, was er der Basis anbieten und seiner Kirchenhierarchie zumuten kann.

Wie schwer sich Bergoglio mit seiner neuen Herde tut, zeigt schon das Zustandekommen der Umfrage. Seine Theologen formulierten den Fragebogen wie gewohnt so, als würden sie sich nur an ein bischöfliches Fachpublikum wenden. Schon die erste der 39 Fragen ist eine Herausforderung: „Wie steht es um die wirkliche Kenntnis der Lehren der Bibel, um die Kenntnis von „Gaudium et spes“*, „Familiaris consortio“** und anderer Dokumente des nachkonziliaren Lehramtes über die Bedeutung der Familie nach der Lehre der katholischen Kirche?“, wollte die Kurie ohne weitere Erklärung von der Basis wissen.

Ende Oktober schickte der Vatikan den Text an die Deutsche Bischofskonferenz und deren Schwesterorganisationen weltweit; allerdings ohne dabei festzulegen, wer die Fragen beantworten sollte. Reichte ein Votum von Laiengremien aus, die – etwa als Diözesanrat – vielen Bischöfen treu zur Seite stehen? Sollten die Pfarrer zu Wort kommen? Oder tatsächlich alle Katholiken? „Wir wollen keine persönlichen Bewertungen der Bischöfe, sondern wollen wissen, was die Menschen denken und wie sie leben“, verfügte die Kurie lediglich. Halbherzig überließ sie es danach den Diözesen, wie die erwünschten Informationen zu beschaffen seien.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, spielte den Ball weiter und machte ebenfalls keine Vorgaben, von wem die päpstliche Umfrage vor Ort zu beantworten sei.

Entscheidungsfreudiger zeigte sich Zollitsch in einem anderen, allerdings sehr bedeutsamen Punkt: „Die Fragen 1, 2, 5, 7 und 8“, ließ er seinen Sekretär in einem Schreiben an die deutschen Bischöfe verkünden, „werden zentral vom Sekretariat beantwortet.“ Um Zeit zu sparen, sollten bereits vorliegende Positionen verwendet werden.

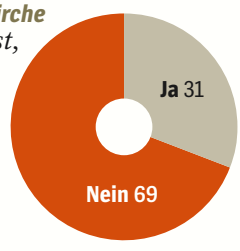
* „Freude und Hoffnung“: ein Schlussdokument des Zweiten Vatikanischen Konzils.
** „Die Kirche im Dienst der Familie“: apostolisches Schreiben von 1981 über die Aufgaben der christlichen Familie.

## Leere Lehre

Umsetzung der Vatikan-Umfrage am Beispiel des Familienbunds der Katholiken in Bayern

Online-Befragung vom 11. November bis 15. Dezember 2013. 1142 Rückläufe, davon 958 elektronisch verwertbar; Teilnehmer im Alter von 15 bis 90 Jahren; 78 % verheiratet, 6 % geschieden, 8 % in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft; Angaben in Prozent

*„Soweit mir die **Lehre der Kirche** bekannt ist, lebe ich gänzlich nach ihr.“*




*Anfragen von **geschiedenen, wieder Verheirateten** nach Sakramenten der Eucharistie*






Versammlung deutscher Bischöfe in Fulda

DAPD / DDP IMAGES

Tatsächlich wurden besonders strittige Themen dem Kirchenvolk damit vorenthalten. Der Fragenkomplex 5 zum Beispiel befasst sich mit homosexuellen Paaren, die Fragen zu Punkt 7 mit Verhütung und Abtreibung.

In einer Welt ohne Internet hätte der etwas tollpatschige Zensurversuch vielleicht funktioniert. Als aber die englischen Bischöfe, weniger ängstlich, den kompletten Fragebogen kurzerhand ins Netz stellten, nahm die Basis in Deutschland die Angelegenheit einfach selbst in die Hand.

Zum Beispiel Pfarrer Klaus Zedtwitz aus dem Erzbistum Freiburg. Wie üblich stöberte der 63-Jährige am 1. November abends durch die Nachrichtenportale im Internet, als er auf eine überraschende Meldung stieß. Der Papst habe eine Umfrage zur Familienlehre in Auftrag gegeben, die sich an Gläubige rund um die Welt richte, las Zedtwitz.

Er war begeistert. Umgehend fischte er sich den Fragebogen aus dem Netz und sprach das Thema schon am folgenden Sonntag bei der Predigt in seiner Mannheimer Gemeinde Am Luisenpark an.

Allerdings fand Zedtwitz den lateinisch geprägten Duktus des Papiers aus Rom viel zu kompliziert. Wie sollten seine Gläubigen verstehen, dass die Kurie sich für Ehen ohne Trauschein interessiert, wenn sie nach einem Zusammenleben „ad experimentum“ fragt? Der Mannheimer Pfarrer formulierte eine einfachere Version, in der er sowohl auf den Theologen-Sound des Originals verzichtete als auch auf Zensurversuche nach dem Beispiel der Bischofskonferenz. Heikle Fragen einfach ausklammern? „Das hat ein Geschmäckle“, sagt Zedtwitz. „Warum sollen sich die Gläubigen nicht auch zu homosexuellen Partnerschaften äußern dürfen? Die Vorgaben der Bischofskonferenz waren mir zu eng.“ Es sei den Laien durchaus zuzutrauen, sich eine eigene Meinung zu bilden.

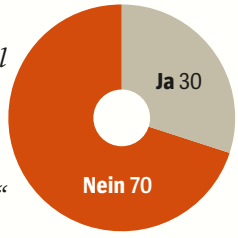
Und das taten sie. 116 Rückläufe erhielt der Pfarrer von seinen Gläubigen. Es „fielen sehr häufig Begriffe wie Barmherzigkeit, Achtung, Liebe, Offenheit, Nachsicht“, heißt es in seiner Auswertung. Viele verurteilten die katholische Lehre als „realitätsfremd“.

Schnell verbreitete sich die Papst-Umfrage im ganzen Land. Laienorganisationen machten sich mit Enthusiasmus an die Arbeit, um der Amtskirche endlich die Meinung zu sagen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zum Beispiel legte eine vereinfachte Form des Fragebogens vor. Knapp 10 000 Teilnehmer reichten online ihre Antworten ein.

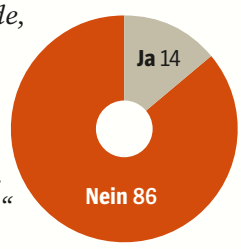
Sollten der Pontifex und seine Bischöfe noch Illusionen über ihren Einfluss auf junge Gläubige hegen, sind diese nun eindrucksvoll zerstört. „Die kirchliche Se-

***Falls Sie getrennt leben oder geschieden und wieder verheiratet sind:***

*„Haben Sie – zum Beispiel in belastenden Phasen der Trennung – Unterstützung durch Kirchenmitglieder oder kirchliche Dienststellen erlebt?“*




*„Empfanden Sie es als Sünde, wenn Sie bei der **Geburtenregelung** sogenannte unerlaubte Methoden verwandt haben?“*




*„Sind Sie deshalb schon der Eucharistie **ferngeblieben?**“*




DER SPIEGEL



Besucherinnen des Weltjugendtags 2013 in Rio de Janeiro

NICOLAS TANNER / AP / DPA

xualmoral spielt für neun von zehn katholischen Jugendlichen keine Rolle“, heißt es im Fazit des BDKJ, „Sex vor der Ehe und Verhütung gehören zu ihrem Beziehungsleben selbstverständlich dazu.“

Und so gut wie niemand hat ein schlechtes Gewissen dabei. Für die Generation der Großeltern war vorehelicher Geschlechtsverkehr gleichbedeutend mit einem Leben in Sünde. In Moralpredigten hatten Oma und Opa noch gelernt, sich nach sexuellen Freiheiten „beschmutzt“ zu fühlen. Heute haben laut BDKJ 96 Prozent der Menschen, die ohne kirchliche Heirat „sexuelle Gemeinschaft“ pflegen, damit kein Problem. Die jungen Katholiken machen einfach, was ihnen gefällt, und nehmen trotzdem an den Sakramenten teil.

„Ich bin der Meinung, wenn Gott gewollt hätte, dass man keinen Sex hat, hätte er es sicher nicht so spannend gestaltet“, lautet zum Beispiel die Antwort einer 20-Jährigen.

Aber nicht nur die Jugendlichen protestieren. Die Diözesen bekamen Unmut aus allen Altersschichten zu hören. Je nachdem, wie benutzerfreundlich Kirchenleute vor Ort die Umfrage organisierten, fiel das Echo aus: In Bonn zum Beispiel gab es eine Online-Umfrage, 2217 Katholiken machten mit. In Oberbayern dagegen hatte „der offizielle Informationsfluss wohl große Lücken“, wie Katharina Hänel vom Katholischen Deutschen Frauenbund Peißenberg beklagt; etliche Ortspfarrer hätten die Umfrage offenbar gar nicht erst weitergeleitet, sagt ihre Kollegin Sabine Slawik vom Frauenbund in der Diözese Augsburg.

Weitgehende Einigkeit bestand aber in der Bewertung: Selten hat eine Institution von ihren Mitgliedern ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt bekommen. „Die Ergebnisse der Umfrage erzeugen und verstärken, auch wenn sie nicht repräsentativ sind, den Eindruck einer unglücklichen, fatalen Situation“, sagt der Mainzer Bischof Kardinal Karl Lehmann. Der 77-Jährige ist bis heute in Deutschland die führende Stimme eines weltoffenen Katholizismus. „Eigentlich wissen wir schon lange darum“, sagt Lehmann über die tiefe Kluft zwischen Kirchenvolk und -hierarchie, „vieles wurde verdrängt.“

Auf 156 Seiten haben seine Mitarbeiter das Stimmungsbild im Bistum Mainz zusammengefasst. Es ist ein seltenes Dokument der Entfremdung, das zeigt, wie selbst wohlmeinende Katholiken mit ihrer Kirche hadern. Angefangen mit der als „Zumutung“ empfundenen Sprache: „Als Mitteleuropäer fühlt man sich um mindestens hundert Jahre zurückversetzt“, klagten Gläubige nach der Lektüre. Andere verbaten sich jede Einmischung in ihr Familienleben – vor allem „von Zwangszölibatären, die heimlich Kinder zeugen, aber nicht heiraten dürfen“.

Große Verwirrung löste auch die Frage aus, wie gut die Gläubigen die Lehre von „Humanae vitae“ kennen. „10 von 10 spontan Befragten dachten an eine vitalisierende Körperlotion“, heißt es in einem in Mainz eingegangenen Fragebogen. Tatsächlich gemeint war aber das päpstliche Lehrschreiben „Über die Weitergabe des Lebens“: Die Pillen-Enzyklika von Paul VI.

## Deutsche Bistümer über die Stimmung an der Basis

**AACHEN**

„Die kirchliche Ehe- und Sexualmoral stellt für viele ein Glaubenshindernis dar.“

**AUGSBURG**

„Die Menschen fühlen sich vielfach als Versager und Sünder behandelt.“

**BAMBERG**

„Die Antworten bringen eine kritische Haltung gegenüber der Morallehre zum Ausdruck.“

**DRESDEN-MEISSEN**

„Viele wünschen sich, dass nicht Verbote im Vordergrund stehen.“

hatte 1968 den Gebrauch von Verhütungsmitteln verboten und verursachte damals einen tiefen Spalt zwischen Amtskirche und Gläubigen.

Seither lieferte sich der Vatikan immer wieder heftige Auseinandersetzungen mit deutschen Katholiken über die Sexualmoral. Zum Beispiel als Rom 1998 den Ausstieg der Kirche aus der Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland verlangte und damit nicht nur viele Gläubige, sondern auch liberale Bischöfe enttäuschte. Unbarmherzig bestand Papst Johannes Paul II. auch auf einem Verbot von Kondomen. Geschiedene, die wieder heiraten, werden ausgegrenzt, Homosexuelle diskriminiert.

Stets setzten sich die Hardliner der Amtskirche durch. Nun zeigt sich, dass sie auf verlorenem Posten stehen. In zentralen Fragen der Sexualität verweigern die Gläubigen die Gefolgschaft.

An erster Stelle steht das strikte Verbot der Empfängnisverhütung, das fast alle Katholiken ignorieren. „Die überwiegende Mehrheit weist die Entscheidung in diesen Fragen der Verantwortung der Partner zu“, heißt es in einer Auswertung des Bistums Rottenburg-Stuttgart.

Ebenso überholt ist die Vorstellung des Vatikans, dass Paare erst nach der Hochzeit zusammenziehen und miteinander schlafen. Ein Zusammenleben auf Probe „ist eine heutzutage nicht mehr wegzudenkende Realität“, teilt die Diözese Augsburg mit. Und so geht es weiter durchs Alphabet der Bistümer bis hin nach Würzburg, wo ebenfalls „etwa 90 Prozent aller Paare ein Zusammenleben ‚ad experimentum‘ praktizieren“.

Kaum jemand unter den Gläubigen versteht noch, wie die verschiedenen Verbote zusammenpassen sollen. Erst sollen Paare vor der Hochzeit keinen Sex haben. Dann dürfen sie nicht verhüten. Und wenn die Ehe scheitert, ist es der Kirche auch wieder nicht recht.

Besonders erzürnt äußern sich viele Katholiken deshalb über den Umgang mit Geschiedenen, die wieder geheiratet haben und damit, so die Formulierung im Fragebogen, in „irregulären Ehesituationen“ leben und von der Kommunion ausgeschlossen sind. In einem Rücklauf heißt es dazu: „Ich lebe seit 14 Jahren in einer solchen ‚irregulären‘ Situation, aber so krass wie in diesem Fragebogen hat mir meine Situation noch nie jemand vorgeworfen. Ich bin geschockt.“ Eine andere Person schreibt: „In über 30 Jahren meines Geschiedenseins und dann auch Wiederverheiratung hat sich die Kirche niemals für mich, meine Probleme oder gar meine Glaubensnöte interessiert.“

Große Unterstützung von der Basis gibt es schließlich für eine weitere, von der Kirche der Sünde bezichtigte Gruppe: Homosexuelle. „Viele Christen können diese Haltung nicht nachvollziehen“, haben die Mitarbeiter des Kölner Kardinals Joachim Meisner den Umfrageergebnissen entnommen. Tatsächlich wissen die Katholiken rund um den Dom nur zu gut, dass ihr konservativer Erzbischof Schwule verurteilt. Nun kann Meisner in der Analyse seines eigenen Ordinariats über die Folgen lesen: „Viele haben sich schon von der Kirche abgewandt. Dies kann – so die Überzeugung vieler – nicht weiter hingenommen werden.“

Viele Christen nutzten schließlich die einmalige Gelegenheit, dem Papst die Meinung auch zu Themen zu sagen, nach denen gar nicht gefragt worden war. Zum Beispiel zum Keuschheitsgebot für Geistliche.

Peter Brandl ist Pfarrer in Neunkirchen im Erzbistum Bamberg, zehn Tage lang hat er mit Gemeindemitgliedern über die Umfrage diskutiert, dann stand fest, dass seine Pfarrei St. Michael und St. Augustin nicht nur einen neuen Umgang mit wieder verheirateten Geschiedenen sowie gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften fordert. Sondern eben auch ein Ende des Pflichtzölibats: „Wir sind hier alle der Meinung: Das muss abgeschafft werden“, sagt Pfarrer Brandl. „Es war unseren Leuten sehr wichtig, dass wir den Punkt noch hinzufügen.“

Der Befund also ist eindeutig, von Neunkirchen bis zur katholischen Jugendgruppe St. Josef in Berlin. Nun stellt sich die Frage, ob die für die Kirche schmerzliche Diagnose auch unverzerrt den Papst erreicht.

Zweifel sind angebracht. Weihevolle Prosa durchzieht so manche Fragebogen-Auswertung der bischöflichen Ordinariate. „Gute und erklärende Predigten sollten wieder mehr aufzeigen, dass der Ehemann in der Familie der Hirte ist und so auch die Aufgabe hat, diese geistlich zu führen“, hat beispielsweise das Bistum Augsburg nach der Basisbefragung erkannt.

Laienvertreter sind alarmiert: „Wir fordern die Bischöfe auf, die Ergebnisse der Umfragen ungeschminkt und ungeschönt nach Rom zu geben, aber auch in Deutschland zu veröffentlichen“, sagt Christian Weisner, der Bundesvorsitzende der Basisbewegung „Wir sind Kirche“ – „so schwer es den Bischöfen auch fallen mag.“

Auch der Vorsitzende des Bunds der Deutschen Katholischen Jugend, Dirk Tänzler, mahnt die Hirten, „die Ergebnisse, die sie nach Rom weitergeben, transparent zu machen“. Elisabeth Bußmann, die Präsidentin des Familienbunds der Katholiken in Deutschland, sagt: „Die Umfrage hat eine Dynamik ausgelöst, die sich nicht mehr stoppen lässt.“ Und Alois Glück, der Chef des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, erklärt: „Die Umfrage war durchaus mit methodischen Mängeln angelegt. Aber die Signalwirkung, die davon ausgeht, ist von außerordentlichem Wert.“ Als Ergebnis erkennt auch er eine starke Diskrepanz zwischen Lehramt und Wirklichkeit: „Nun kommt es darauf an: Wie geht Rom damit um?“



THOMAS EINBERGER / ARGUM / DER SPIEGEL

**„Der offizielle Informationsfluss hatte wohl große Lücken.“**

Laienvertreterinnen Hänel, Slawik

Genau das lässt der Adressat all dieser Bemühungen, Papst Franziskus, bislang nicht erkennen.

Auf den ersten Blick, so scheint es, müsse sich der Pontifex keine Sorgen machen: Millionen Menschen sind schon zu seinen Auftritten geströmt, weit mehr als bei seinem Vorgänger Benedikt XVI.

Zuspruch bekommt er vor allem wegen seiner bescheidenen, oft unkonventionellen Auftritte. Franziskus küsst vor Fernsehkameras den tätowierten Fuß eines Strafgefangenen. Er wäscht, zum Entsetzen mancher Kardinäle, die Füße von Frauen, Schwarzen, Muslimen. Er umarmt den entstellten, von Boulevardmedien „Warzen-Mann“ getauften Vinicio Riva aus Isola Vicentina und tätschelt ihm die knotigen Stellen. Die Lakaien an seinem Hofstaat sind ihm nicht wichtig; lieber trägt er seine abgeschabte Ledertasche selbst. Beim morgendlichen Gebet

**ESSEN**

„Befragte sprechen sich dafür aus, gleichgeschlechtlichen Paaren eine Segnungsfeier zu ermöglichen.“

**FREIBURG**

„Das Zusammenleben vor einer kirchlichen Trauung ist kein Sonderfall, sondern der Normalfall.“

**FULDA**

„Junge Menschen fühlen sich von der Kirche nicht richtig wahrgenommen.“

**KÖLN**

„Insgesamt wird die Lehre der Kirche als welt- und beziehungsfremd angesehen.“

**LIMBURG**

„Viele Menschen, die wiederverheiratet sind, fühlen sich ausgegrenzt und von der Kirche verletzt.“

nimmt der Heilige Vater wie ein gewöhnlicher Gläubiger in den hinteren Reihen der Hauskapelle Platz. Und zu Terminen fährt er im gebrauchten Ford Focus oder Fiat Idea vor.

Jeder dieser Auftritte wirkt wie ein kalkuliertes Signal, wie eine Botschaft, sorgsam adressiert an unterschiedliche Regimenter aus dem Heer der Zukurzgekommenen. In der Politik würde es heißen: an bisher vernachlässigte Wählerschichten.

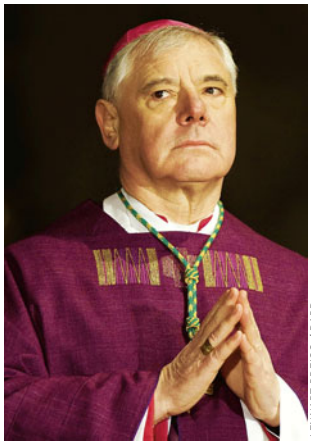
„Wenn jemand homosexuell ist und Gott sucht und guten Willens ist, wer bin ich, über ihn zu richten?“, sagte Franziskus scheinbar verständnisvoll, als er vom Weltjugendtag in Rio de Janeiro zurück nach Rom flog. Auch geschiedenen Katholiken gegenüber gab er sich einfühlsam, während er über den Wolken schwebte. „Ich glaube, wir leben in einer Zeit der Gnade.“ In seinem ersten Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ tauchte allein in der Einleitung 48-mal das Wort „Freude“ auf.

Entsprechend verzückt reagierte die Öffentlichkeit. „Time“ kürte den Stellvertreter Jesu kurz vor Weihnachten zum „Menschen des Jahres“.

Weniger Aufmerksamkeit gibt es dagegen, wenn der Vatikan – auch unter Bergoglios Führung – die katholische Lehre energisch verteidigt. In den Kirchenstaat hinein hat der neue Chef längst die einschlägigen Signale gesandt. „Ich bin ein Sohn der Kirche“, beruhigte er seine Kurie, als die öffentlichen Erwartungen in den Himmel schossen und dem Katechismus schon ein ähnliches Schicksal zu drohen schien wie dem real existierenden Sozialismus.

„Papastroika“ spotten Kritiker bereits über den Kurs von Papa Francesco, als wäre dessen Politik mit dem Umbau der Sowjetunion, der Perestroika, vergleichbar – was bekanntlich im Chaos endete. Anders als damals Michail Gorbatschow hat Franziskus in seinem Reich bislang allerdings keine einzige relevante Vorschrift geändert oder gestrichen.

„Unzucht ist die körperliche Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau, die nicht miteinander verheiratet sind. Sie ist ein schwerer Verstoß gegen die Würde dieser Menschen“, heißt es zum Beispiel im katholischen Katechismus. „Zudem ist sie ein schweres Ärgernis, wenn dadurch junge Menschen sittlich verdorben werden.“ Masturbation („eine schwere ordnungswidrige Handlung“) wird ebenso verdammt wie Homosexualität („in keinem Fall zu billigen“). Ganz schlimm, sogar „unsittlich“, verhält es sich überdies mit der Ehescheidung – „weil sie in die Familie Unordnung bringt … und für die Gesellschaft aufgrund ihrer ansteckenden Wirkung zu einer tiefen Wunde wird“.



LENNART PREISS / DAPD

**Ließe man Geschiedene „zur Eucharistie zu, bewirkte dies Verwirrung bei den Gläubigen hinsichtlich der Lehre der Kirche“.**

Glaubenspräfekt Müller

Der Mann, der die Einhaltung dieser Regeln streng überwacht, heißt Gerhard Ludwig Müller und ist Präfekt der Glaubenskongregation im Vatikan; früher trug sein Amt den Titel Heilige Römische Inquisition. Benedikt XVI. hatte Müller im Sommer 2012 nach Rom geholt. Der damalige Bischof von Regensburg hatte sich durch erzkonservative Positionen empfohlen sowie durch einen unerschrockenen Umgang mit kritischen Medien, die er mit einem „zischenden Gänsestall“ verglich.

Franziskus hätte den Scharfmacher in ein weniger exponiertes, einflussärmeres Amt versetzen können. Stattdessen hat er verkündet, Müller im Februar zum Kardinal zu befördern.

Zwischen beiden, Papst und Glaubenswächter, zeichnet sich eine Arbeitsteilung nach dem Vorbild amerikanischer Polizeiserien ab: Als „good cop“ tritt Franziskus dem gemeinen Sünder mit freundlichem Antlitz gegenüber, während „bad cop“ Müller jede Verfehlung geißelt.

Und so läuft es in der Praxis: Der Pontifex ruft eine geschiedene Frau an und tröstet sie, was wie zufällig die halbe Welt erfährt. Unterdessen geißelt sein Präfekt eine Initiative aus dem Erzbistum Freiburg, die wieder verheiratete Geschiedene nicht länger ausgrenzen, sondern an der Kommunion teilhaben lassen wollte. „Ließe man solche Menschen zur Eucharistie zu, bewirkte dies Verwirrung bei den Gläubigen hinsichtlich der Lehre der Kirche“, wies Müller den deutschen Katholiken-Chef und Freiburger Erzbischof Zollitsch zurecht. Im „Osservatore Romano“ veröffentlichte er außerdem ein Traktat „Zur Unauflöslichkeit der Ehe“.

Acht Monate Zeit bleiben den wichtigsten Fraktionen im Kirchenstaat noch, um sich für die außerordentliche Bischofssynode im Oktober zu rüsten. Dann werden der Papst und seine Hirten über die gerade beendete Familienumfrage diskutieren. Bischöfe nicht nur aus Deutschland, sondern von Belgien über Südafrika bis nach Neuseeland hatten den Fragebogen ins Netz gestellt; entsprechend bunt dürften die Ergebnisse sein. Nun wird es in Rom darum gehen, wer die Oberhand gewinnt: Reformer, die im Sinne so vieler Katholiken den Katechismus entrümpeln wollen, oder Hardliner wie Müller, die eine jahrhundertealte Tradition gegen den Zeitgeist verteidigen.

Franziskus weiß, dass seine Kirche aus vielen Strömungen und Splittergruppen besteht. Ein Alleingang könnte ihn schnell scheitern lassen. Darum hat er sich eine Art Kronrat geschaffen, dem acht Kardinäle aus aller Welt angehören; das manchmal auch „G8“ genannte Gremium gilt als Gegengewicht zur Kurie. Die persönlichen Berater des Papstes stammen unter anderem aus Indien, der Demokratischen Republik Kongo und Honduras, auch der Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx gehört dazu – die Herkunft der Eminenzen soll sicherstellen, dass die Belange von Katholiken weltweit im romfixierten Vatikan besser gehört werden.

Koordinator der päpstlichen „G8“ ist Oscar Andrés Rodríguez Maradiaga, ein schillernder Erzbischof aus Honduras, der auch schon als Hubschrauberpilot, Psychotherapeut und Hobbypianist aufgefallen ist. Niemand weiß zwar, wie weit der Einfluss des internationalen Schattenkabinetts bereits reicht, wie sehr es die Politik der Kirche prägen kann, gerade auch in Sachen Sexualmoral. Was bislang im Gremium besprochen und entwickelt wurde, blieb geheim.

**MAGDEBURG**

„Für den Lebensbereich von Ehe und Familie hat die Kirche weitgehend ihre Deutungshoheit verloren.“

**MAINZ**

„Die Verwerfung künstlicher Methoden der Empfängnisregelung wird von fast allen Menschen abgelehnt bzw. weithin als völlig irrelevant betrachtet.“

**MÜNSTER**

„Katholische Ideale und katholische Wirklichkeit klaffen auseinander.“

**OSNABRÜCK**

„Immer mehr wenden sich von der Kirche ab.“



ABACA PRESS / ACTION PRESS

Heilige Väter Franziskus, Benedikt mit Sekretär Georg Gänswein im Vatikan

Eines aber ließ Kardinal Rodríguez Maradiaga schon erkennen – sein tiefes Misstrauen gegenüber dem Glaubenspräfekten Müller. „In seiner Mentalität gibt es nur richtig oder falsch, das war's“, erklärte Rodríguez Maradiaga in einem Interview, „aber ich sage: Die Welt, mein Bruder, die Welt ist nicht so. Du solltest ein wenig flexibel sein.“

Franziskus hält sich vorerst alle Optionen offen. Mit seiner bisherigen Personalpolitik bewies er schon mehrfach seinen Respekt vor dem konservativen Lager: Einen Opus-Dei-Mann holte er in seine Reformkommission für die Vatikanbank, ein Vertreter der ebenso reaktionären Legionäre Christi stieg zum Generalsekretär des Vatikanstaats auf.

Besonderen Wert legt Franziskus strategisch schlau auch auf die Einbindung der Anhänger von Benedikt XVI. Er hat den Deutschen von Anfang an demonstrativ umarmt und ihn als Verwandten bezeichnet, der in seinem Haus wohne. Er spricht, wo es geht, gut über seinen Vorgänger, er übernahm dessen nicht beendete Enzyklika – und änderte darin wenige Worte.

Franziskus will sich nicht unnötig als Gegenpol zu Benedikt XVI. stilisieren, obwohl er es zweifellos ist.

Der emeritierte Papst ist im Kirchenstaat der Fixstern der Traditionalisten. Seine Residenz Mater Ecclesiae – zu Deutsch: Mutter der Kirche – liegt nur wenige Schritte vom Petersdom entfernt, idyllisch in den Vatikanischen Gärten, und bildet das intellektuelle Zentrum des alten Katholizismus.

Joseph Ratzinger hält allein durch seine Anwesenheit mahnend das strenge Weltbild seiner Ära präsent. In den Wochen nach dem Rücktritt ging es Benedikt gesundheitlich schlecht. Er lag mit Herz- und Kreislaufbeschwerden danieder, abgemagert und geschwächt, von Depressionen geplagt, viele um ihn herum dachten schon, es ginge zu Ende. Dann aber hat er sich erholt.

Höchst lebendig ist insbesondere sein Ideal einer entweltlichten Kirche als Gegenpol zu einer säkularisierten, haltlosen Gesellschaft. Fürs konservative Establishment setzt Ratzinger damit bis heute Maßstäbe.

Nach außen hin freilich hält sich der emeritierte Pontifex zurück. Nur eine einzige größere Messe hielt „el viejo“, der Alte, wie er von seinem Nachfolger respektvoll genannt wird, bislang im Vatikan: für seine ehemaligen Mitarbeiter, Doktoranden und Studenten, ein Treffen betagter Herren. Der Schülerkreis war Ende August zu seiner jährlichen Fachtagung zusammengekommen. Benedikts Predigt kreiste dabei um ein Lieblingsthema des neuen Papstes: Demut und Bescheidenheit. Es scheint, als wolle auch Benedikt nicht unnötig Widerspruch zu Franziskus provozieren.

Die alten Eliten sind weniger diskret. Sie rümpfen bereits die Nase, weil Franziskus im Gottesdienst, anders als seine Vorgänger, nicht vorsingen will. Dass ihr Heiliger Vater bei der Generalaudienz manchmal beide Daumen wie bei einem Fußballspiel nach oben streckt, halten sie schlicht für unwürdig.

Und erst sein Wohnsitz, das Gästehaus Santa Marta, in dem Bergoglio im zweiten Stock auf 90 Quadratmetern die Suite 201 bewohnt, Tür an Tür mit seinen engsten Vertrauten! Im Vergleich zum Apostolischen Palast ist die neue Machtzentrale, aus Sicht der Traditionalisten, kaum besser als ein zweitklassiges Vertreterhotel. Zur Mittagszeit in der Kantine von Santa Marta kommt es immer wieder vor, dass der Papst einen Bekannten erblickt, vom Tisch aufspringt, ihm hinterherläuft oder ruft: „Können wir mal miteinander reden?“ Und dann macht er das, ohne Termin, ohne Vorabsprache, ohne dass jemand etwas darüber erfährt. So erzählt man es sich in seinem Hofstaat mit Gruseln, schließlich ist das Leben der Päpste jahrhundertelang strikten Zeremonien gefolgt.

Längerdienenden im Stab des Vatikans ist so viel unkonventionelles Treiben nicht geheuer. Doch das Gebot der Stunde lautet: sich bloß nichts anmerken lassen. Und so berichtet dann selbst der 72-jährige Erzbischof Claudio Maria Celli, zuständig in der Kurie für soziale Kommunikationsmittel, inzwischen stolz auf Neu-Italienisch, wie oft die päpstlichen Worte „re-tweettati“ – weitergezwitschert – worden seien. Immerhin hat sich die Zahl von Bergoglios Twitter-Anhängern auf über elf Millionen erhöht und damit mehr als verfünffacht. „Fautores dilecti“ adressiert der Kirchenfürst seine „hochgeschätzten Anhänger“ in der lateinischen Version.

Ist das vereinbar mit dem angestammten Bild von Christi Stellvertreter auf Erden, der ex cathedra ewige Wahrheiten verkünden kann? Natürlich nicht, sagen die Papst-Kritiker, in Italien wortstark angeführt von dem Philosophen Mario Palmaro und seinem Co-Autor, dem Journalisten Alessandro Gnocchi.

„Dieser Papst gefällt uns nicht“, haben sie in einem Debattenbeitrag postuliert. Ihren Kommentatoren-Job bei einem katholischen Radiosender haben sie daraufhin zwar verloren. Ansonsten gewannen sie aber, wie Gnocchi berichtet, jede Menge Zuspruch, auch aus dem Inneren der zerstrittenen Kurie.

Beide Autoren beklagen die Tendenz zur Vereinfachung, zur Aufweichung der Lehre unter Franziskus. Sie vermissen die „begründete Strenge, die unter Bene-

**PASSAU**

„Es gibt kein Verständnis dafür, dass es für das Scheitern einer Ehe keine Vergebung gibt.“

**ROTTENBURG-STUTTGART**

„Ein Verbot von Kondomen wird als sträflich bezeichnet.“

**SPEYER**

„Viele Gläubige bringen ihr Verständnis von Barmherzigkeit nicht mit den kirchenrechtlichen Aussagen zu Scheidung und zweiter ziviler Ehe überein.“

**TRIER**

„Die Antwortenden erwarten gelebte Barmherzigkeit in Fragen der Ehe, des Scheiterns, des Neuanfangs und der Sexualität.“

dikt XVI. Wiedereinzug gehalten hatte und zusammen mit Askese und Gebet vor den Sirenengesängen der Welt schützte“. Sie diagnostizieren, dass da einer der Menge erzähle, was sie gern höre, und dass bedauerlicherweise „die Zahl der Follower auf Twitter sich umgekehrt proportional zur Kraft und Klarheit der Botschaft verhält“. Mit relativierenden Aussagen zur Unverletzlichkeit des Ehesakraments lege der Papst die Axt an die Wurzeln des katholischen Glaubensgebäudes.

Ihre Attacke liefert einen Vorgeschmack auf den Machtkampf der kommenden Monate. „Dieser Papst ist authentisch, der weiß, was er will und setzt es auch durch. Dass es da jetzt grummelt in der Kurie und anderswo, weil plötzlich jeder gefragt werden kann, was er für ein dickes Auto fährt, ist doch klar“, sagt der eremitierte Kurienkardinal Walter Kasper, der für den Pontifex bis Ende Februar ein Thesenpapier zum heiklen Familienthema erstellen soll: „Was Franziskus sagt, hat nichts mit Relativismus zu tun, sondern mit Realismus; er kennt das wahre Leben; er wird die Kurie in seinem Pontifikat nicht komplett ändern können, aber reformieren – sie sollte sich in Zukunft mehr als Dienstleister verstehen.“

Darauf haben auch zahllose Gläubige gebaut, als sie jenen Fragebogen ausfüllten, den der Papst im Oktober verschickte. Für Franziskus und seine Kirche bricht ein Jahr der Entscheidungen an. Wird der Ruf der Basis nach Aufmerksamkeit hinter den dicken Mauern des Vatikans gehört werden? Dürfen die Laien darauf vertrauen, dass die Kirche sich künftig auch nach ihren Wünschen entwickelt? Dass ihre Lebenswirklichkeit in Rom nicht länger verachtet und verurteilt wird?

Selbst weltoffene Berater von Franziskus sind besorgt, dass dieser die Geister, die er rief, nicht mehr loswerden kann. Marcello Semeraro ist der Sekretär des Kronrats, jener Beratergruppe von acht Kardinälen aus aller Welt, die den Papst bei den Reformen unterstützen sollen. Er tut alles, um die himmelstürmenden Erwartungen der Basis-Katholiken zu dämpfen.

Manche dächten wohl, „dass der Fragebogen den Anschein einer Befragung erwecke, bei der dann Mehrheiten für gültig zu erklären wären“, stellte Semeraro kürzlich klar: „Nichts davon trifft zu. Die Rolle des Papstes und der Bischöfe besteht nicht darin, die Notare einer Mehrheit zu sein.“

Theresa Authaler, Frank Hornig, Sebastian Jannasch, Walter Mayr, Conny Neumann, Peter Wensierski

**Animation: Das Leben von Papst Franziskus**

spiegel.de/app52014franziskus
**oder in der App DER SPIEGEL**

INTERNETKRIMINALITÄT

# Ich ist ein anderer

Der Fund von Millionen gestohlener Daten zeigt, womit man im Netz viel Geld verdienen kann: mit dem Diebstahl digitaler Identitäten.

Der Drohbrief der Abzockmafia ist so dreist wie dämlich. Er erscheint wie aus dem Nichts auf dem Bildschirm argloser Internetnutzer, er lässt sich nicht wegklicken, er blockiert alle Funktionen.

Als vermeintlicher Absender fungiert die geballte Staatsmacht: die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, Interpol. Die Vorwürfe, abgefasst in radebrechendem Deutsch: Kinderpornografie, Zoophilie, Raubkopieren. Die angedrohte Strafe: drei, sieben oder elf Jahre Knast.

Alles nur ein Fake. Aber die digitalen Angstmacher schockten im vergangenen Sommer Tausende Internetnutzer. Die hatten ihren Rechner gerade eingeschaltet, da ploppte die angeblich amtliche „WARNUNG!“ hoch, verbunden mit der Aufforderung, 100 Euro zu zahlen – andernfalls bleibe der Computer gesperrt.

Es war die neueste von mittlerweile unzähligen Varianten des „BKA-Trojaners“, einer ziemlich durchsichtigen Methode, von Online-Surfern Geld zu erpressen – aber einer ziemlich erfolgreichen.

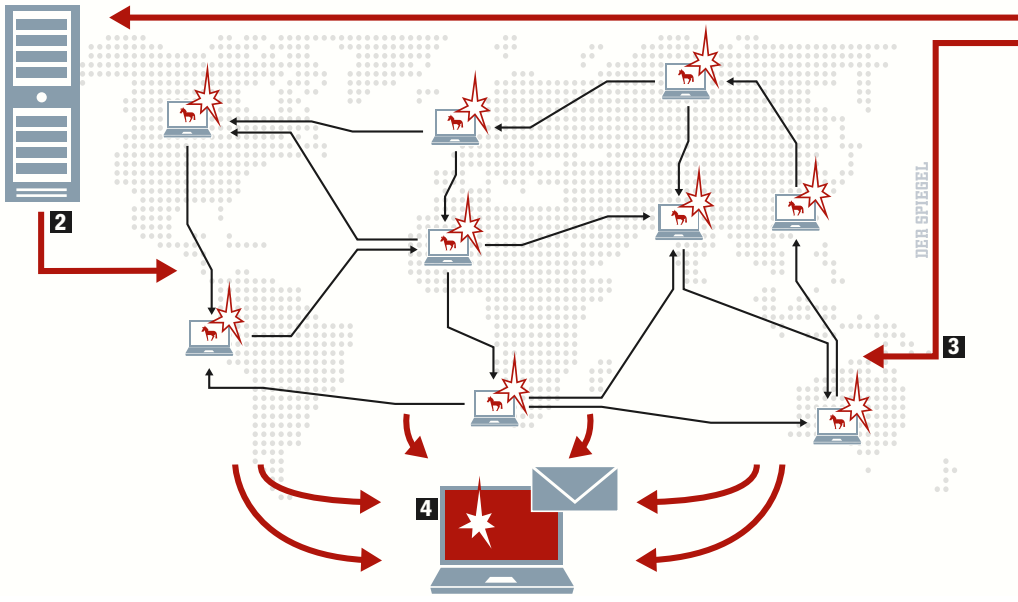
Den Hintermännern auf die Schliche zu kommen, versuchen Ermittler in ganz Europa seit Jahren. Darunter sind auch vier Staatsanwälte aus dem beschaulichen Verden an der Aller, die im vergangenen Jahr einen Zufallsfund machten: eine Datenbank mit 16 Millionen E-Mail-Adressen und dazugehörenden Passwörtern.

Gern hätten die Netzfahnder aus Niedersachsen nach den Datendieben gesucht, ohne ihren Fund öffentlich zu machen. Dagegen stand jedoch das Argument, dass über das Adressenpaket eine Menge kriminelle Energie freigesetzt werden kann: für lau shoppen, fremde Rechner ausspionieren, in soziale Netzwerke eindringen oder Online-Bankkonten plündern – ohne dass die eigentlichen Besitzer der E-Mail-Adressen es merken.

Am vergangenen Dienstag ging das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) deshalb in die Öffentlichkeit. Es handle sich um den bislang größten Einzelvorfall von Identitätsdiebstahl in der Bundesrepublik; gut die Hälfte der 16 Millionen E-Mail-Adressen stammt mutmaßlich von deutschen, ein knappes Viertel von französischen Nutzern. Das Bundesamt, einmalig in der Geschichte der hiesigen Internetkriminalität, forderte die Bundesbürger auf, ihre Mail-Konten auf dem BSI-Server zu überprüfen. Bis Ende vergangener Woche ließen die mehr als 25 Millionen Adressen prüfen, rund 1,5 Millionen waren betroffen.

Die Spuren der Cyberkriminellen, die die Datensätze millionenfach gehortet haben, führen ins Baltikum. Strafrechtlich ist ihnen wohl nicht beizukommen. „Datenhehlerei ist in Deutschland nicht strafbar“, heißt es bei der Verdener Staatsanwaltschaft. Zudem seien die E-Mail-Adressen und Passwörter auf einem Server im Ausland gesammelt worden, die Zugriffsmöglichkeiten auf die Täter daher begrenzt. Hinweise darauf, „dass

**Zombiefarmen** Das ferngesteuerte Netzwerk



die Daten schon für kriminelle Aktivitäten genutzt worden sind“, hatten die Staatsanwälte vorige Woche noch keine.

Zahllose der betroffenen E-Mail-Konten seien seit Jahren inaktiv, andere würden aber noch genutzt, heißt es beim BSI. Es sei daher unwahrscheinlich, dass sämtliche 16 Millionen Datensätze bei einem einzigen kriminellen Fischzug entwendet wurden. Man gehe eher von einer „Wanderdatei“ aus, die schrittweise mit aktuellen Daten gefüttert wurde.

An Nachschub mangele es auf dem Schwarzmarkt des Netzes nicht, sagt BSI-Vizepräsident Andreas Könen: „Wir hören beim Thema Identitätsdiebstahl ein permanentes Grundrauschen.“ Aktuell weiß seine Behörde von 30 000 verschiedenen Schadprogrammen, die darauf abzielen, massenhaft personenbezogene Daten abzusaugen. 2013 zählte das BSI in Deutschland im Schnitt 40 000 gestohlene Identitäten – pro Monat.

Der spektakuläre Aufruf des BSI hat den Scheinwerfer auf ein Feld der Cyberkriminalität gelenkt, das die Ermittler schon länger umtreibt. Zuletzt kamen vor allem in Firmen riesige Datenbestände abhanden: Bei der US-Supermarktkette Target sollen es bis zu 70 Millionen Datensätze von Kunden gewesen sein. Der Software-Hersteller Adobe musste im vorigen Oktober sogar den Verlust von etwa 150 Millionen Datensätzen melden.

Für das digitale Diebesgut gibt es florierende Schwarzmärkte in Untergrundforen des Internets. Kreditkartendaten aus den USA sind für vier Dollar im Angebot – je nach Quantität und Qualität, denn auch Cyberkriminelle geben Mengenrabatt. Gehackte Facebook- und Twitter-Accounts sind für etwa 2,50 Dollar erhältlich, ein aktives iTunes-Konto bringt rund acht Dollar ein. Europäische Ausgaben von Visa- und Mastercard-Kreditkarten kosten 7 bis 15 Dollar. Am teuersten beim Datenhandel sind die Codes fürs Online-Banking. Sie variieren je nach dem aktuellen Kontostand des Opfers.

Was die Verdener Staatsanwälte im Netz aufspürten – E-Mail-Konten plus Passwörter – gehört in den Hacker-Supermärkten zu den Angeboten vom Grabbeltisch. Die fremden Ichs werden meist in Blöcken verscherbelt, Tausende Adressen gibt es bereits für dreistellige Dollar-Beträge. Der Schaden kann hingegen gewaltig sein. Er hängt davon ab, was der Bestohlene über seine Mail-Adresse alles abwickelt – und ob er dasselbe Passwort auch bei anderen Diensten wie Ebay, PayPal oder Amazon nutzt.

Manche Datendiebe haben es gar nicht auf einzelne E-Mail-Konten abgesehen, vielmehr operieren sie mit der schieren Masse. Dabei schließen sie die Rechner der gekaperten Adressen zu einem sogenannten Botnetz zusammen.

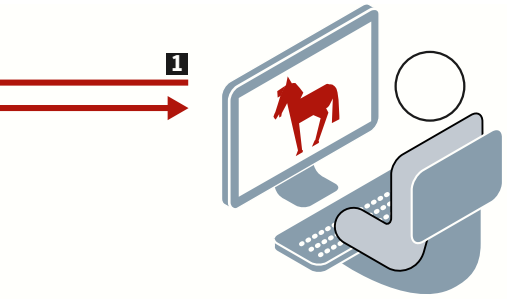
Ein Botnetz, erklärt ein Ermittler, müsse man sich „wie eine Armada infizierter Rechner vorstellen, die von Cyberkriminellen über eine Schadsoftware gesteuert werden kann“ – ohne Spuren zu hinterlassen. So eine Armada werde dann beispielsweise an Spam-Versender vermietet: Eine Million verschickte Spam-Mitteilungen kosteten im russischen Computer-Untergrund zuletzt ein paar hundert Dollar.

Lukrativer und in den vergangenen Jahren auf dem Vormarsch ist das Geschäftsmodell, die geklauten Adressen zur massenhaften Verbreitung von Erpressungs-Software („Ransomware“) zu missbrauchen. Darin kann schon mal Kinderpornografie stecken, die fortan die Festplatte des ahnungslosen Internetnutzers kontaminiert. Zudem können jüngere Versionen von Ransom-Software, sogenannte Cryptolocker, die Dateien des okkupierten Computers derart verschlüsseln, dass sie dauerhaft verloren sind.

Dass die digitale Erpressung jeden treffen kann, zeigt ein Beispiel vom November. Als Beamte einer Polizeiwache in Swansea im US-Bundesstaat Massachusetts ihren Rechner starten wollten, verweigerte der den Zugriff auf diverse Dateien – ein Cryptolocker hatte sie verschlüsselt. Was sie sahen, war die Aufforderung, 750 Dollar „Lösegeld“ in der Digitalwährung Bitcoin zu zahlen. Die Beamten hatten von Bitcoin noch nie gehört und zogen das FBI hinzu.

Auch dessen Experten waren ratlos. Die Polizisten zahlten – und stellten fest, dass sie an Ganoven mit Ehrgefühl geraten waren. Die Cyberkriminellen hielten Wort und lieferten tatsächlich einen funktionierenden digitalen Schlüssel.

Michael Fröhlingsdorf, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler




**1** Kriminelle Hacker laden Schadsoftware (Trojaner) auf Server, zum Beispiel zum Musikdownload.

**2** Diese verbreitet sich und infiziert massenhaft Rechner, die zu einem Botnet zusammen geschaltet werden.

**3** Der Hacker kann nun aus der Ferne auf die infizierten Rechner zugreifen, sie steuern und persönliche Daten, etwa Passwörter, abgreifen.

**4** Über massenhaft infizierte Rechner werden auch groß angelegte Spamkampagnen oder sonstige Cyberattacken ausgeführt, die andere Server oder Websites lahmlegen sollen.



Abb. 5 / Quelle: Fotograf Uwe Weber – 16:51:22 Uhr Ausschnitt Datei _DSC0137.jpg

**Foto aus dem Bericht der Ermittler (Ausriss)**

JUSTIZ

# Die schäbige Stadt und der Tod

**Dreieinhalb Jahre nach der Duisburger Love Parade steht die Anklage bevor. Doch den Opferfamilien droht eine Enttäuschung: Offenbar wird weder die Polizei belangt noch jener Dezernent, der sich besonders machtvoll dafür eingesetzt hat, dass die Party steigt.**

Gut, dass sie den Advent hinter sich hat. Die Zeit der Besinnung. Wenn all ihre Sinne nur sagen, dass der Schmerz nicht zum Aushalten ist. Die Zeit der Lichterketten, der Schleifen. Und auf den Küchentischen die Kipferl, die Kränze, die Kerzenlichter.

Hier, an diesem Küchentisch, hat Eike immer gesessen, auf dem Stuhl hinten in der Ecke. Und hier, in ihrer Küche, hat Stefanie Mogendorf an einem Abend vor dreieinhalb Jahren gewartet, auf ihren Sohn. Dann schellte es, draußen stand ein Polizeiwagen, und sie wusste, was das hieß. Am Abend der Duisburger Love-Parade-Katastrophe.

Advent ist seitdem für die anderen. Für Menschen, die noch nicht den Glauben verloren haben, den Glauben an die Welt und dass diese Welt eine heile sein kann. Für die Mogendorfs in Belm bei Osnabrück ist Advent die schlimmste Zeit im Jahr. Keine Lichterkette, keine Schleife, kein Kranz. Im Advent waren sie diesmal in Vietnam.

Erst Heiligabend kamen sie zurück, um Weihnachten auf der Betonrampe in Duisburg zu sein. Da, wo es passiert ist, wo sie ihren Eike verloren haben. Klaus-Peter Mogendorf hat an der Gedenkstätte gestanden, er hat mit seinem toten Sohn gesprochen, hat alles gesagt, was ihm durch den Kopf ging, und natürlich stellte er die Frage, die er Eike hier immer stellt: „Menschenskind, Eike, warum bist du nicht mehr da?“

Die entscheidende Frage. Die Mogendorfs begleitet sie jeden Tag, seit dem 24. Juli 2010, demnächst wird die Staatsanwaltschaft in Duisburg eine Antwort darauf geben. Ihre zumindest. Denn im Februar, gut dreieinhalb Jahre nach der Katastrophe, wollen die Ermittler Anklage erheben. Wollen erklären, wer aus ihrer Sicht Schuld daran hatte, dass bei der Techno-Party 21 Raver starben. Junge Menschen, die damals einfach nur Spaß haben wollten und ihre Lust am Leben

mit dem Verlust ihres Lebens bezahlten. Erdrückt, erstickt in einem Menschenberg, am Fuß der Rampe, die zum Festplatz hochführen sollte, aber nachmittags zur Sackgasse wurde. Zur Todesfalle.

21 Familien hatten damals darauf vertraut, dass ihre Kinder, ihre Angehörigen sicher sind. Sie hatten sich auf die Stadt Duisburg verlassen, die das Spaß-Spektakel genehmigte, und auf die Polizei, die mit mehreren Hundertschaften angerückt war, um die Party zu sichern. Familien, die sich nicht vorstellen konnten, wie viel der Veranstalter Lopavent riskieren würde, um mit der Parade für die Muckibuden-Kette McFit zu werben. Wie viel die Stadt durchgehen lassen würde, um sich mit dem Event eine Frischzellenkur gegen ihr Image vom sterbenden Ruhr-Ort zu verpassen. Und wie lange die Polizei die Lage unterschätzen würde, bis ihre verzweifelt kämpfenden Beamten in den Tunneln und auf der Rampe nur noch zuschauen konnten, beim Sterben.

Aus Vertrauen ist für 21 Familien Trauer geworden, nun können sie noch auf die Ankläger hoffen. Doch nach einem der größten Todesermittlungsverfahren der deutschen Justizgeschichte, mit mehr als 3000 Zeugen und einer rund 35 000 Seiten starken Hauptakte, die der SPIEGEL in großen Teilen einsehen konnte, zeichnet sich ab: Auch die Strafverfolger werden die meisten Angehörigen enttäuschen.

Schon lange war klar, dass weder der Lopavent- und McFit-Chef Rainer Schaller noch der inzwischen abgewählte Oberbürgermeister Adolf Sauerland auf der Anklagebank sitzen werden. Beide, so sehen es die Strafverfolger, waren persönlich zu weit weg von den tödlichen Entscheidungen; gegen sie wurde nicht mal ermittelt. Aber auch von den bisher 16 Beschuldigten werden wohl nur 10 angeklagt. So wie es aussieht, trifft es 4 Mitarbeiter der Firma Lopavent, die für Schaller die Sause organisierte, und 6 Vertreter der Duisburger Stadtverwaltung, alle aus der Baubehörde; an ihrer Spitze den inzwischen pensionierten Dezernenten Jürgen Dressler.

Nicht vor Gericht muss dagegen wohl der Mann, der nach Lage der Akten im Rathaus den größten politischen Druck gemacht hat, dass die Love Parade stattfand: Ordnungsdezernent Wolfgang Rabe. Auch auf Dressler, der sich mit seinen Leuten vom Bauamt gegen die Veranstaltung gestemmt hatte, übte Rabe offenbar so viel Druck aus, dass die Bauverwaltung kurz vor der Katastrophe einknickte und abnickte, was niemals eine Freigabe hätte bekommen dürfen.

Fehlen wird auf der Anklagebank zudem ein Vertreter der Polizei. Gegen den einzigen Beschuldigten, den Einsatzleiter Kuno S., wird die Staatsanwaltschaft das Verfahren voraussichtlich einstellen. Und das, obwohl die Akten nun einen weiteren, grotesken Fehler der Polizei offenbaren, der möglicherweise dazu beigetragen hat, dass die Raver übereinanderfielen und sich auftürmten zu einem tödlichen Menschenberg: Um 16.51 Uhr, als sie auf der Rampe immer mehr zu einem Paket von Körpern zusammengequetscht wurden, drückte sich ein Polizei-Bulli durch die Massen – mit zwei Beamten, die auf dem Love-Parade-Gelände die Besatzung eines Gefangenentransporters ablösen sollten. Dem Fahrer hatte vorher keiner gesagt, in welches Chaos er hineinsteuert.

**Wenn etwas schiefgehe, warnte der Amtsleiter, könne das „sogar strafrechtliche Dimensionen“ annehmen.**

Doch die Ankläger verfolgen offenbar die Linie, dass mit der Genehmigung bereits alle entscheidenden Fehler gemacht waren. Am Tag der Love Parade habe die Katastrophe dann nur noch ihren vorgezeichneten Lauf genommen.

Für Klaus-Peter Mogendorf, Eikes Vater, setzt sich das Staatsversagen damit nur fort: „Wenn weder Rabe noch der Einsatzleiter der Polizei vor Gericht kämen, wäre das ein Schlag ins Gesicht für alle Angehörigen“, sagt er.

Die Planungsphase der Love Parade in Duisburg zog sich über mehr als drei Jahre hin, von 2007 bis zum Juli 2010. Wenn in den nächsten Wochen die Anklage erhoben wird, beschreibt sie nicht nur das Chaos dieser Planungszeit, sie wird auch ein zynisches Zeugnis sein: über Schlaue und Dumme. Die Schlauen erkennt man daran, dass sie in der Anklage nicht vorkommen. Die Dummen sind die, deren Namen an der Genehmigung kleben. Namen, die sonst keinen interessiert hätten, wenn die Love Parade zum Fest geworden wäre, nicht zum Fiasko.

Die Ankläger konzentrieren sich deshalb auch nur auf den Teil der Geschichte, auf den es strafrechtlich ankommt. Zur ganzen Geschichte gehört indes, dass viele die Veranstaltung in Duisburg wollten, aber keiner die Verantwortung dafür.

Worauf sich die Stadt einlassen würde, konnte Ordnungsdezernent Rabe schon im Februar 2009 ahnen, eineinhalb Jahre vor der Love Parade. Damals bekam er einen sarkastischen Brief aus dem eigenen Haus, von seinem Ordnungsamt. Darin regte sich Amtsleiter Hans-Peter Bölling über die nassforschen Kollegen vom Stadtmarketing auf, die in der Lokalzeitung so taten, als wäre die Suche nach einer sicheren Strecke für die Love Parade ruck zuck erledigt. Da sei er aber sehr gespannt, ätzte Bölling, anscheinend kenne er sich in seiner Stadt nicht so gut aus wie die Leute vom Marketing. Er selbst könne sich nämlich „keine Strecke in Duisburg vorstellen“, die für eine Million Besucher „unbedenklich ist“. Das wolle er den Werbern auch noch sagen.

Kurz zuvor hatte Bochum die Love Parade 2009 gestrichen, aus Sicherheitsgründen. Dass sich die Image-Polierer im Duisburger Rathaus eine solche Blöße nicht geben wollten, ahnte wohl auch Bölling. Doch nach seiner Warnung könnten die später immerhin nicht „sagen, das haben wir nicht gewusst“.

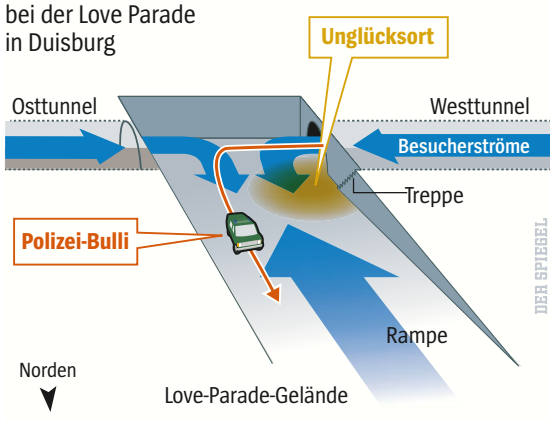
Spätestens im Herbst 2009 war dann klar, wo sich die Stadt eine Love Parade vorstellen konnte: auf dem Gelände des stillgelegten Güterbahnhofs. Aber Rabe blieb vorsichtig, aus gutem Grund. Zuständig für die Sicherheit einer Großveranstaltung im öffentlichen Raum ist in erster Linie das Ordnungsamt, verantwortlich wäre er also am Ende selbst. Wenn etwas schiefgehe, warnte sein Mann Bölling, könne das „sogar strafrechtliche Dimensionen“ annehmen.

Gefahren gab es reichlich – und dazu ein Kardinalproblem: Das Bahngelände sollte nur einen Zugang für die Massen haben, die Rampe nämlich, und zu allem Überfluss war die auch nur durch zwei Tunnelröhren zu erreichen (siehe Grafik). Am Fuß dieser Rampe würden sich zwei Menschenströme vereinen, der aus dem Eingangstunnel West und der aus dem Eingangstunnel Ost. Zugleich war die Rampe aber nicht nur der Eingang, sondern auch der Hauptausgang. Und das bei einer Veranstaltung, bei der vorher schon klar war, dass es ein ständiges Kommen und Gehen geben würde, sich kreuzende Ströme, ausgerechnet an einer der engsten Stellen.

Nachdem das Ordnungsamt sicherheitshalber den Panikforscher Michael Schreckenberg konsultiert hatte – auch zur eigenen Absicherung –, beantwortete der

## Fahrtstrecke des Polizei-Bullis

bei der Love Parade in Duisburg





STEFAN THOMAS KROEGER / DER SPIEGEL

**Ehepaar Mogendorf:** *„Menschenskind, Eike, warum bist du nicht mehr da?“*



DANIEL ROLAND / AFP

**Pressekonferenz nach der Duisburger Katastrophe*:** *Die Schlauen und die Dummen*

schon im Oktober 2009 die Frage nach der Machbarkeit einer Parade auf dem Güterbahnhof laut einem Bölling-Protokoll mit: „eher nicht“. Schreckenberg forderte, dass es zumindest einen einfachen Rückweg geben müsse, „ohne Verzahnung mit ankommenden Besuchern“.

Damit hatte er auch schon die Antwort auf eine Frage gegeben, die sich Ende Oktober eine große Runde im Rathaus stellte, mit Vertretern von Stadt, Polizei, Feuerwehr und Bezirksregierung Düsseldorf: „Ist ein Zu- und Abweg zur Veranstaltungsfläche, der auch noch in einem Tunnel liegt, ausreichend?“ Nein, so die Staatsanwaltschaft heute, war er nicht. Aber abgenickt wurde das Nadelöhr mit der Rampe am Ende doch.

Allerdings nicht von Rabe und dem Ordnungsamt. Solange Rabe noch der Hauptverantwortliche für die Love Parade war, schätzte er ihre Gefahren offenbar höher ein als ihre Chancen für das Image der Stadt. Am 23. Februar 2010 drohte er sogar mit Absage. Die Fläche sei zu klein für die Besuchermassen. Zu klein für die 400 000, mit denen Lopavent damals rechnete, und sowieso zu klein für die mehr als eine Million, die Schallers Leute als Marketinglüge in die Welt gesetzt hatten. Die Eingänge dicht zu machen, wenn die Besuchergrenze erreicht sei, komme aber auch nicht in Frage, so Rabe, weil dann genervte Raver vor den Toren randalieren könnten. Wenn Lopavent glaube, sich das Geld für mehr Fläche sparen zu können, dann müsse man die Love Parade wohl ausfallen lassen.

Doch nur zwei Tage später erfuhr das Ordnungsamt, dass der Veranstalter feste Zäune um das ganze Festgelände ziehen wollte. Das änderte zwar nichts an der Größe der Fläche, aber trotzdem alles.

Eine abgeriegelte Veranstaltung? Dadurch wurde aus dem öffentlichen Raum – juristisch betrachtet – plötzlich eine Art Stadion. Und da galt nun die Sonderbauverordnung; zuständig für Rettungswege und Besucherkapazität war jetzt nicht mehr das Ordnungsamt, nicht mehr Rabe, sondern das Bauamt, mit Stadtentwicklungsdezernent Dressler.

Von da an findet sich in den Akten kaum noch ein Indiz, dass Rabe die Love Parade für zu riskant hielt, im Gegenteil: Für ihn, so der Eindruck, war jedes Problem nur noch eine Petitesse, und wer mit Petitessen nicht klarkam, war selbst das Problem.

Rabe wurde damit im Rathaus in den folgenden Monaten zum wohl größten politischen Freund der Schaller-Truppe, und die hatte einen Freund dringend nötig. Denn auf der anderen Seite stand die Baubehörde. Jetzt verantwortlich. Jetzt schuldig, wenn etwas schiefgehen würde. Jetzt auf der Seite der Paragrafen, nicht der Parade – vor allem die zuständige Amtschefin Baurecht Anja Geer. „Unser Hauptgegenspieler“, wie es im April 2010 in einer Mail von einem Lopavent-Anwalt hieß. Die sei, Vorsicht!, eine „Juristin mit Geltungsbewusstsein“.

Dabei schwebte die Berliner Lopavent, wie interne Mails zeigen, in Duisburg mit der Haltung ein, dass die „schäbige Stadt“ doch froh sein sollte, mit dem hippen Hyper-Hyper-Event beschenkt zu werden. Dass Geer und ihre Leute sich bei der zulässigen Besucherzahl und Breite der Fluchtwege ständig an die Sonderbauverordnung klammerten, empfanden die Macher offenbar als puren Undank.

Schon im März 2010 sprach der Lopavent-Anwalt von einer „Schwachsinns-Idee“, dass Geer auf einer genauen Besucher-Zählung bestehen könnte. Da müsse man früh gegenhalten und sich Bündnispartner suchen. Denn so was werde bestimmt nicht nur teuer: Je mehr „wir kontrollieren können“, umso mehr Verantwortung habe Lopavent am Ende auch.

Verantwortung, davon wollten offenbar aber auch die Parade-Planer so wenig wie möglich haben. Die sollte bei der Stadt Duisburg liegen. Und dort, im Rathaus, könne man dann die „Zuständigkeiten“ gegebenenfalls „gegeneinander ausspielen“, hieß es in einer weiteren Mail der Veranstalter. Für den Lopavent-Anwalt zählte, dass selbst im schlimmsten Fall kaum eine „persönliche Haftung für einen von uns“ in Frage käme. Also werde man die Auflagen erfüllen. Die Frage war aber, wie man dafür sorgen konnte, dass die Auflagen nicht so streng ausfielen.

Was also tun? Der Anwalt empfahl als Strategie, die Bauverwaltung zu einem größeren „Maß an Kooperation“ zu bewegen. Love-Parade-Manager Stephan S. gab die Parole aus: Statt zu streiten lieber

* Ordnungsdezernent Rabe (l.), Veranstalter Schaller (2. v. r.), Oberbürgermeister Sauerland (r.) am 25. Juli 2010.

mit „Frau Geer ‚kuscheln' gehen". Die Lopavent würde also die Raver zum Tanzen bringen, das Bauamt die Paragrafen.

Für das erste Problem, die maximale Besucherzahl, lieferte Lopavent ein Rechenmodell. Danach würden immer nur so viele Raver kommen und gehen, dass nie mehr als 250 000 gleichzeitig auf der Fläche sein würden. Das sei natürlich „alles Scharlatanerie", gab der Lopavent-Anwalt in einer Mail an Produktionschef Stephan S. zu; alles nur für den Fall, dass Geer nachfrage. Vorsichtshalber solle man auch keine Kopien solcher Berechnungen machen oder gar verteilen. Aber die Zahlen seien immerhin so plausibel, dass man damit durchkommen könne.

Tatsächlich sollte die Geer-Mannschaft das Rechenmodell am Ende akzeptieren, und was das Zählen der Besucher anging: Das werde man der Lopavent zwar vorschreiben, aber aus dem Amt werde eben keiner zur Love Parade gehen, um das zu kontrollieren. „Diese Lösung finde ich doch charmant", schrieb Geer im Mai an einen Kollegen.

Das zweite Problem blieb dagegen auch aus Sicht des Lopavent-Anwalts der „potentielle Killer": die Fluchtwege, zusammen nur 155 Meter breit. Bei 250 000 Besuchern verlangten die Vorschriften mindestens 500 Meter, da ließ sich auch nichts schönrechnen.

Am 18. Juni 2010 kam es deshalb zu einem Krisengespräch von Stadt und Lopavent; Geer wehrte sich, pochte auf die vorgeschriebene Breite der Fluchtwege. Auch sie hatte offenbar genug davon, dass Lopavent den Rhythmus vorgab und „wir zu tanzen haben", wie einer ihrer Mitarbeiter geklagt hatte. Doch an diesem Tag hatte Ordnungsdezernent Rabe seinen großen Auftritt.

Der Anwalt des Veranstalters schrieb hinterher, Rabe habe sich „weit aus dem Fenster" gelehnt und das Bauamt zur Kooperation mit Lopavent „verpflichtet". Es gebe keinen Zweifel, dass Rabe „alles tut, was er kann". Und so las sich das auch im Protokoll von Geer: „Herr Rabe stellte (…) fest, dass der OB die Veranstaltung wünsche und dass daher hierfür eine Lösung gefunden werden müsse." Wenn also Panikforscher Schreckenberg am Ende ein Sonderkonzept für die Entfluchtung absegne, dann, so Rabe, müsse das der Baubehörde eben auch reichen. Und damit Schreckenberg zustimmen könne, sollten die städtischen Behörden den Partymachern vorher mit einem Entfluchtungskonzept helfen.

Geer beschwerte sich; das sei doch nicht ihre Sache, so etwas auszuarbeiten, sondern die von Lopavent. Ihr Dezernent Dressler entrüstete sich in einer persönlichen Anmerkung auf dem Protokoll. Er lehnte eine „Zuständigkeit und Verantwortung" seines Amtes ab, so etwas entspreche „in keinerlei Hinsicht einem ordentlichen Verwaltungshandeln".

Am Ende aber gewann Lopavent, offenbar auch dank Rabes Machtwort. Das Bauamt half, ließ sich auf Sonderwege ein, gab das alte Bahngelände schließlich für die Love Parade frei. Es übernahm damit die Verantwortung, auf die seine Mitarbeiter heute von den Staatsanwälten festgenagelt werden: Dressler, Geer, vier ihrer Kollegen.

**Im Duisburger Rathaus könne man die Zuständigkeiten „gegeneinander ausspielen", schrieb einer der Love-Parade-Macher.**

Sie müssen jetzt dafür geradestehen, dass sie sich haben verbiegen lassen, und ihre Verteidigungslinie könnte sein, dass sie nicht die Love Parade an sich genehmigt, sondern nur das Gelände dafür freigegeben haben. Rabe dagegen kommt offenbar ohne Prozess davon. Genauso Bölling, der Ordnungsamtschef. Der hatte kurz nach dem Krisengespräch im Juni noch ein kluges Papier geschrieben, sehr klug für alle Fälle: Er sehe sich nicht in der Lage, eine Genehmigung der Baubehörde inhaltlich zu bewerten und „mit meiner Paraphe zu dokumentieren", dass er sie mittrage. Als „Ultima Ratio" müsse man eben den Anlass aller Probleme beseitigen, die Love Parade selbst – und die Party absagen.

Aber auch Böllings Warnung konnte die Lopavent-Allianz nicht erschüttern. Dezernent Rabe war offenbar schon unheilbar infiziert von der Lockerheit der Party-Macher.

Am Tag vor der Love Parade inspizierten der Polizeioberrat Rudolf K. und eine Gruppe mit Rabe das Gelände, als ihnen eine junge Lopavent-Frau über den Weg lief. K. sagte nach der Katastrophe aus, sie habe alle per Handschlag begrüßt, nur Rabe mit Küsschen rechts, Küsschen links und einer kurzen „Streichelbewegung".



ANGELIKA BARTH / WAZ FOTOPOOL

**Beschuldigte Geer**
*„Charmante Lösung"*



FRIEDHELM GEINOWS / WAZ FOTOPOOL

**Dezernent Dressler**
*Am Ende gewann Lopavent*

Es war am Ende nicht die Breite der Fluchtwege, die 21 Menschen zum Verhängnis wurde, auch nicht die Gesamtzahl der Besucher auf dem Gelände. Sondern der eine Weg, der Auf- und Abgang über die Rampe. Und die Menge der Besucher, die hier gegen 17 Uhr aufs Gelände drängte, während andere schon wieder über die Rampe nach Hause wollten.

Das Gutachten des britischen Forschers Keith Still, auf das sich die Staatsanwaltschaft jetzt stützt, lässt keinen Zweifel: Die Genehmigungsbehörde hat komplett versagt. Denn folgt man Still, dann war die Katastrophe kein Unglück, keine Verkettung unglücklicher Umstände, sondern unausweichlich. Es konnte gar nicht gutgehen. Für die Zahl der Besucher, die Lopavent am späten Nachmittag erwartet hatte, waren die Zugangstunnel von vornherein zu schmal. Genauso die Rampe, die aufs Gelände führte und die auch noch teilweise mit Zäunen verengt war, weil dahinter Polizeiautos parkten.

Am Nachmittag stauten sich die Musikfans draußen vor den Tunneleingängen. Aufgeputscht, oft auch angetrunken oder zugedröhnt, steigerten sie sich in Rage, drückten sich in Massen durch den Sperrzaun, als eine Lücke für einen Rettungswagen geöffnet wurde, überliefen sie zwei Polizeiketten in den Tunneln und drängten zur Rampe. Dort jedoch kamen ihnen von oben schon wieder andere Besucher entgegen, die nach Hause strömten und eine dritte Polizeikette durchbrochen hatten. Die drei Ströme – der aus dem Westtunnel, der aus dem Osttunnel und der vom Partygelände – trafen im Nadelöhr Rampe aufeinander. Dort schob nach Stills Berechnung dann die Kraft von etwa 45 000 Körpern den tödlichen Menschenberg zusammen. Wie der Experte meint, hätten die Risiken der Engstelle auch vorher schon klar sein müssen: im Genehmigungsverfahren.

Sein Gutachten sagt aber auch, dass die Katastrophe noch am Tag der Parade zu verhindern gewesen wäre. Schon um 13.05 Uhr warnte ein Beamter über Polizeifunk, dass die Einlasssperren bald überrannt werden könnten. Die Staus vor den Eingängen am frühen Nachmittag – für Still waren sie ein klarer Hinweis auf ein „Systemversagen"; selbst Laien hätten das erkennen können. Und Experten hätten wissen müssen, dass sich die Staus nicht mehr auflösen würden, alles noch viel schlimmer käme; zu schmal die Eingänge, die Tunnel, die Rampe. Also hätte man schon früh am Nachmittag eingreifen müssen und die Party abbrechen können.

Umso mehr drängt sich die Frage auf, warum die Staatsanwaltschaft trotzdem offenbar niemanden anklagen will, der am Tag der Love Parade die Entscheidun-



STEPHAN EICKERSHOFF / WAZ FOTOPOOL

**Unglücksort am 24. Juli 2010:** *Tödliche Kraft von 45 000 Körpern*

gen traf: nicht den Crowd-Manager, der für die Lopavent das Öffnen und Schließen der Eingänge steuern sollte. Und auch keinen von der Polizei, die mit mehreren Hundertschaften in Duisburg war, um das Schlimmste zu verhindern. Falls das Veranstalterkonzept versagt.

Lange zählte die Staatsanwaltschaft Kuno S., den Einsatzleiter, zu den Beschuldigten. Er habe zu spät reagiert, obwohl das Desaster schon früh absehbar gewesen sei. Fest steht: Den Polizisten auf der Rampe und in den Tunneln gelang es nicht, die Katastrophe aufzuhalten. Die Beamten mussten außerdem ständig mit Funklöchern kämpfen, und eine funktionierende Anlage für Lautsprecherdurchsagen, die der Veranstalter stellen sollte, gab es nicht. Zumindest nicht dort, wo sie am dringendsten gebraucht wurde.

Doch warum hatte Kuno S. nicht schon viel früher die Eingänge rigoros schließen lassen? So wie es dann erst um 15.46 Uhr angeordnet wurde, ziemlich erfolglos, und gegen 16.48 Uhr, nun endlich mit genügend Kräften? Da war schon alles zu spät, bald darauf meldeten Polizisten ein „Gedränge vom Allerfinstersten“, „akute Lebensgefahr“, „mehrere Tote“, eine Lage „wie auf dem Schlachtfeld“. Und wo blieb die Verstärkung für Tunnel und Rampe? Er warte schon die ganze Zeit auf „die längst angeforderten Kräfte“, rief ein Polizist an der Rampe um 17.03 Uhr in sein Funkgerät.

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft reicht das alles offenbar nicht für eine Anklage: Denn Kuno S. hat sich womöglich darauf verlassen können, dass die Stadt alles geprüft hat, demnach hätte er bei den ersten Problemen nicht sofort mit einer Katastrophe rechnen müssen. Der Anwalt von Kuno S. sieht daher keine Schuld bei seinem Mandanten; die Verteidiger von Rabe, Bölling und den Beschuldigten, die jetzt angeklagt werden sollen, wollten sich auf Anfrage nicht äußern.

So wird es voraussichtlich zwar zu einem der größten Prozesse der deutschen Justizgeschichte kommen, so groß, dass wohl nicht im Duisburger Landgericht verhandelt wird, sondern möglicherweise im Düsseldorfer Messe- und Kongresszentrum. Dennoch wird vieles ungeklärt bleiben, und auch ein schier unfassbarer Fehler der Polizei wird, wenn überhaupt, wohl nur am Rande eine Rolle spielen. Der Bulli auf der Rampe um 16.51 Uhr.

Um 17 Uhr sollten sich zwei Polizisten aus Bochum auf dem Love-Parade-Gelände melden. Die Beamten waren als Besatzung für einen Gefangenentransporter eingeteilt, mussten die Kollegen der Frühschicht ablösen. Mit ihrem VW-Bulli erreichten sie um 16.41 Uhr den Westeingang und wurden zum Tunnel durchgelassen. Sie hätten überhaupt nichts von der Lage weiter vorn gewusst, sagte der Fahrer später aus. Der Polizeifunk sei ausgeschaltet gewesen. Das lag daran, dass sie die Pläne mit den Funkkanälen erst später, am Einsatzort, erhalten sollten. Zunächst sei ihr Bulli im Tunnel aber auch gut durchgekommen, im Schritttempo, mit Blaulicht und Martinshorn.

Da wussten die Beamten nicht, dass die Massen, die hier kurz vorher noch gestanden hatten, die Polizeikette überrannt hatten und nun schon weiter vorn in das Nadelöhr Rampe drückten. Unterwegs sammelte der Bulli vier Sanitäter von den Maltesern ein, außerdem drei oder vier Partygäste, die zu kollabieren drohten. Dann bog der Wagen aus dem Tunnel nach links auf die Rampe ab, und da sei er völlig „überrascht“ gewesen, wie „voll es plötzlich war“, so der Fahrer. Überwachungskameras erfassten den Bulli um 16.51 Uhr auf der Rampe, exakt in dem Moment, als wenige Meter entfernt der tödliche Menschenberg entstand.

Die Raver standen so dicht, dass der Fahrer fast keine Sicht mehr hatte, „gefühlte 25 Minuten“ brauchte er, um sich zentimeterweise durch den Pulk bis zum Rampenkopf zu schieben. Erst später, so der Beamte, sei ihm klargeworden, dass die Menschen genau zu dem Zeitpunkt starben, als „wir uns mit dem Wagen auf der Rampe befanden“. Es sei „fatal“ gewesen, dass sie im Bulli „keine Ahnung von der Lage“ gehabt hätten. Aber sicherlich habe die Durchfahrt „nichts mit dem Unglück“ zu tun gehabt.

Kann er sich da wirklich sicher sein? Mike P., der in der Masse eingeschlossen war, erinnerte sich in seiner Zeugenaussage an den Bulli: Als er auf die Rampe gefahren sei, „ging nichts mehr“. Aus dem Kleinbus seien Durchsagen gekommen, man solle Platz machen, aber „wir hatten doch selbst keinen Platz“. Und der Zeuge Alexander S. schilderte, wie er den Menschenberg erreicht habe, kurz nachdem der Bulli aus dem Tunnel gekommen sei. Der sei „direkt in die Menschenmenge“ gefahren, und dadurch sei es „noch enger“ geworden. Der Polizist Maximilian E. sagte aus, dass es so eng gewesen sei, dass er und seine Kollegen den Versuch, sich zu dem Bulli durchzukämpfen, abbrechen mussten.

Ob die Fahrt durch die Menge „einen Einfluss auf den Menschenberg nahm“, könne „hier nicht geklärt werden“, heißt es in einem Bericht der Ermittler, die Überwachungsvideos auswerteten. Im Gutachten von Still taucht der Bulli seltsamerweise an keiner Stelle auf.

**Es sei „fatal“ gewesen, dass sie „keine Ahnung von der Lage“ auf der Rampe gehabt hätten, sagt der Fahrer des Polizei-Bullis.**

Es sind solche Dinge, die es Klaus-Peter Mogendorf in Belm kaum noch möglich machen, die Fassung zu bewahren. Etwa beim Gedanken, Rabe zu begegnen. „Besser nicht, es könnte sein, dass ich mich vergessen würde.“ Bei diesem Dezernenten, der einfach im Amt geblieben war, als könnte er sich an seine Rolle, seine Verantwortung nicht erinnern.

Und auch nicht an den Brief vom 21. Juli 2010, drei Tage vor der Parade. Da bedankte sich der Lopavent-Anwalt bei Rabe persönlich, dass sich das Verhältnis zum Bauamt „deutlich entspannt“ habe, nach dem Krisentreffen, nach Rabes Machtwort. Wenn die Parade erst mal vorbei sei, prophezeite der Advokat, werde man wahrscheinlich ohnehin zu dem Schluss kommen, dass der ganze Ärger um Zuständigkeiten, Verfahren und Wertungen völlig „überflüssig“ gewesen sei.

Sven Becker, Georg Bönisch, Jürgen Dahlkamp, Jörg Diehl, Sven Röbel, Barbara Schmid, Fidelius Schmid

STUDENTEN

# Raus hier!

Bloßstellen, ausschließen, ignorieren? Universitäten ringen um den richtigen Umgang mit Rechtsextremen im Hörsaal.




CHRISTOPH KOITKA

**Protestplakat an der Bochumer Universität:** *„Beste Werbung für die Partei"*

Als es im Hörsaal 1 der Ruhr-Universität Bochum laut wird, doziert der Professor gerade über die „Grundlehren des Bürgerlichen Rechts". Eine Gruppe der Antifa stürmt die Erstsemester-Veranstaltung. Die linken Aktivisten haben sich als Weihnachtsmänner verkleidet, sie zeigen mit einem Pfeil auf einen Studenten. Fast niemand in dem Raum weiß, um wen es sich bei dem jungen Mann mit dem Kurzhaarschnitt und den Pausbacken handelt.

In einschlägigen und zuweilen schlagenden Kreisen ist Michael Brück, 23, indes eine bekannte Größe. Der Student war Mitglied der Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund", bis sie vor eineinhalb Jahren verboten wurde. Ihre Kader terrorisierten Andersdenkende, feierten auf Partys Adolf Hitler und gingen auch mal mit einem Messer und Pfefferspray auf Ausländer und Polizisten los. Heute führt Brück als stellvertretender Landesvorsitzender die rechtsextreme Splitterpartei „Die Rechte".

„Raus hier! Raus!", brüllt Dozent Georg Borges. „Euer Mitstudent ist ein Neonazi!", rufen die Aktivisten. Dann geht der Professor auf sie zu, packt einen Weihnachtsmann am Arm und drängt ihn zur Tür. Es wird gerangelt, geschubst. Später wird Borges sagen, er sei von den Vermummten angegriffen und geschlagen worden. Dass die Handgreiflichkeiten von den Aktivisten ausgingen, bestätigt ein Handy-Video indes nicht. „Ich konnte es nicht hinnehmen, dass gegen einen meiner Studenten vorgegangen wird", sagt Borges. Er setzte die Vorlesung nach dem Zwischenfall mit blutender Nase fort.

Die Bochumer Antifa-Aktion von Anfang Dezember wirft eine Frage auf, mit der sich viele Hochschulen in Deutschland auseinandersetzen müssen: Was tun, wenn sich Rechtsextreme fürs Studium einschreiben? Und wie soll man reagieren, wenn sie öffentlich an den Pranger gestellt werden?

An der Leibniz Universität Hannover enttarnten im November linke Aktivisten eine Studentin als hochrangige NPD-Funktionärin. Das Institut für Politische Wissenschaft verurteilte daraufhin das Vorgehen der Antifa als „denunziatorische Form der Protestaktion". Und Marian Döhler, der Direktor des Instituts, betonte: „Wir unterrichten hier unabhängig von der politischen Meinung, Religionszugehörigkeit oder sonstigen Merkmalen." Die NPD-Studentin freute sich derweil auf Facebook über „beste Werbung für die Partei".

Wie mit Parteigängern der Rechtsextremen umzugehen ist, darüber gibt es an deutschen Hochschulen unterschiedliche Ansichten. So wollte die Universität Potsdam einem Politikstudenten verwehren, sich seine Zeit bei der NPD als Pflichtpraktikum anrechnen zu lassen; doch der Student siegte vor Gericht.

Auch die Reaktion in der Studentenschaft ist uneinheitlich. In Leipzig und Bielefeld wurden Neonazis im Hörsaal bloßgestellt; in Trier und Köln wurden Rechtsradikale hingegen in Studentenräte gewählt. Neonazis studieren oft Jura, auch um später als Anwalt Kameraden vertreten zu können. Frauen, sagt Marc Brandstetter von der Initiative Endstation Rechts, schrieben sich gern für Erziehungswissenschaften ein – wohl um die braune Ideologie an Kinder weiterzugeben.

Doch ein Grund, sie vom Uni-Betrieb auszuschließen, ist das nicht. Elmar Weiler, Rektor der Universität Bochum, distanzierte sich nach dem Vorfall in Hörsaal 1 von „rechtsextremen Gedanken", verwahrte sich jedoch dagegen, dass ein Jurastudent angeprangert werde. Professor Borges sagt, dass man niemandem das Recht auf ein Studium verwehren dürfe, sofern er die formalen Anforderungen dafür erfülle. Sollte er Brück einmal persönlich treffen, würde er ihm jedoch die „dringende Anregung" geben, die eigene Ideologie zu überdenken.

Der Fachschaftsrat Jura bat in einer ersten Erklärung darum, „Diskriminierung wegen parteipolitischen Engagements" zu unterlassen, betonte aber später, dass rechtsextremes Gedankengut in der Fachschaft keinen Platz habe. Nachfragen lehnt der Fachschaftsrat ab. Eine weitere Debatte würde „dem Ruf der Fakultät schaden", heißt es.

Doch ist Schweigen eine Lösung? Die Hochschulen sollten das Problem offensiv angehen, sagt Andreas Zick, Leiter des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung. Auch an seiner Universität schrieben sich in diesem Jahr fünf Rechtsextreme ein. „Wir können rechte Studenten nicht exmatrikulieren, aber wir können unsere Haltung deutlich zum Ausdruck bringen", sagt Zick.

Die Universität Bielefeld verteilte zu Beginn des Wintersemesters Buttons und Postkarten an Studienanfänger. Die Aufschrift lautete „Uni ohne Nazis". Zick organisierte zu dem Thema eine Ringvorlesung und lud Anti-Rassismus-Trainer sowie einen Anwalt der NSU-Opferfamilien ein. Außerdem schult er Dozenten, wie sie auf rechte Slogans reagieren können. Zick sagt: „Wir dürfen die Aufarbeitung nicht allein der Antifa überlassen."

Dabei ist das Outing rechter Studenten auch innerhalb der antifaschistischen Gruppen umstritten. Die Methode erinnere an das Vorgehen von Neonazis, die Andersdenkende gezielt attackierten, kritisiert eine Berliner Aktivistin.

Nach der Rangelei in Hörsaal 1 richtete sich der Zorn der Studenten auf der Facebook-Seite der Universität denn auch zunächst mehrheitlich gegen die Antifa – und nicht gegen Neonazi Brück.

Philipp Alvares de Souza Soares, Maximilian Popp

# Was war da los, Frau Najdi?

**Rima Najdi, 28, Performance-Künstlerin aus Beirut, über Angst:** „Mein Leben in Beirut wird von dem Gefühl beherrscht, pausenlos in Gefahr zu sein. Ständig überlege ich mir Strategien dafür, wo ich unbesorgt langgehen kann, wo ich mich mit Freunden treffe, welches Auto verdächtig aussieht. Um dieses Gefühl sichtbar zu machen, habe ich mich eines Tages als Bombe verkleidet. Kurz zuvor war wieder ein Sprengsatz explodiert, dabei sind ein ehemaliger Minister und sechs weitere Menschen umgekommen. Ich will nicht, dass wir diese Anschläge einfach hinnehmen, wir dürfen uns daran nicht gewöhnen. Mehrere Stunden lang bin ich im Kostüm durch die Stadt gelaufen. Einige Menschen erschraken, andere lachten. Nur in ein Shopping-Center ließen mich Wachleute nicht hinein. Sie sagten, die Touristen dort würden nicht verstehen, dass ich bloß ein Kostüm trage.“



MARIA KASSAB

Najdi

# Warum twittern wir so selten, Herr Fuchs?

*Martin Fuchs, 34, ist Digital- und Politikberater in Hamburg. Er analysiert soziale Medien auf der Seite Pluragraph.de und betreibt den Blog „Hamburger Wahlbeobachter“.*

**SPIEGEL:** Herr Fuchs, Regierungschefs wie Barack Obama, François Hollande und David Cameron haben einen Twitter-Account – Angela Merkel hat keinen. Warum?
**Fuchs:** Für Merkel ist Twitter das falsche Medium. Zum einen erwartet man von ihr, dass sie Europa rettet und nicht Tweets durch die Gegend sendet. Zum anderen würde man ihr nicht abnehmen, dass sie selbst twittert. Und Twitter lebt von der persönlichen Note.
**SPIEGEL:** Ist Twittern auch eine Frage der Landeskultur?
**Fuchs:** In der Tat ist Twitter in den angelsächsischen Ländern viel stärker verbreitet. US-Amerikaner, Australier, Briten und auch die Völker Südostasiens twittern viel mehr als Deutsche. Politische Prozesse beschleunigen sich dadurch, Proteste werden schneller in die Breite getragen. Politiker haben auf diese Weise eigene Kanäle aufgebaut.
**SPIEGEL:** Wo liegt Deutschland im internationalen Twitter-Vergleich?
**Fuchs:** In Europa und weltweit liegt Deutschland bei den Nutzerzahlen am Ende der Rangliste, irgendwo bei Nigeria. Deutschland hat Schätzungen zufolge etwa vier Millionen Twitter-Accounts, Großbritannien fast zehnmal so viele.
**SPIEGEL:** Warum ist das so?
**Fuchs:** Viele Deutsche denken: Ich habe doch nichts Wichtiges zu sagen. Und in der Tat ist da was dran. In anderen Ländern ist es üblich, dass man auch belanglose Dinge der Öffentlichkeit mitteilt. Außerdem gehen Deutsche eher vorsichtig mit Informationen über ihr Leben um – und zwar nicht erst seit dem NSA-Skandal.
**SPIEGEL:** Wer benutzt dann Twitter in Deutschland?
**Fuchs:** Twitter ist in Deutschland ein reines Multiplikatorennetzwerk. Journalisten, Interessengruppen, Politiker und Blogger nutzen vor allem diesen Dienst. Das sind dieselben Menschen, die Diskussionen bislang auch analog bestimmt haben. Wer nicht gern im Mittelpunkt steht, sollte Twitter lieber nicht aktiv benutzen.




PICTURE ALLIANCE / DPA

**Tweet auf Obamas Account**

# Das Experiment

**EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE:** Das neue Leben eines Obdachlosen – als Programmierer

Leo Grand war lange Zeit nur ein Schatten im Leben des Programmierers Patrick McConlogue. Jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit sah McConlogue diesen Schatten, er schaute gar nicht richtig hin.

Der Schatten war unnütz, ein Obdachloser, eine finstere Gestalt neben einer Laderampe in der Nähe des Central Park in New York. Zusammen mit anderen Obdachlosen lungerte Leo Grand dort herum, und McConlogue interessierte sich nicht für die Männer. Das änderte sich im August vergangenen Jahres, als der Programmierer sah, dass Leo Grand nicht mehr untätig neben der Laderampe saß, sondern anfing zu trainieren. Der Obdachlose hatte sich schwere Eisenketten über die Schultern gelegt und machte Liegestütze. Er wirkte ehrgeizig, geradezu verbissen. Vielleicht, sagte sich der Programmierer, steckt in diesem Obdachlosen mehr als nur ein Taugenichts. Hätte es Sinn, ihn mit einer richtigen Arbeit zu beauftragen? Nur als Versuch, als kleines soziales Experiment?

Patrick McConlogue ist 23 Jahre alt, ein Angestellter in einer aufstrebenden Firma. Er hat schon als Kind programmiert, er hatte immer ein Ziel. Er lebt in einem schönen Apartment in New York City, hat einen gutbezahlten Job. Seiner Karriere steht nichts im Weg.

Auch Leo Grand konnte früher einmal auf eine Karriere hoffen. Aber dann wurde er zu früh Vater, lernte die falschen Leute kennen, verlor seinen Job und wurde aus seiner Wohnung geschmissen. Seit zwei Jahren lebt er auf der Straße.

McConlogue nahm sich an jenem Augusttag vor, den Obdachlosen vor die Wahl zu stellen: Leo Grand könnte 100 Dollar geschenkt bekommen, bar, oder er könnte sich für ein lohnenderes Ziel entscheiden. Er könnte von McConlogue lernen, wie man programmiert.

McConlogue hielt das für einen fairen Vorschlag, und er veröffentlichte ihn in seinem persönlichen Blog Thnkr. Schon wenige Stunden später stand er im Mittelpunkt einer hitzigen Internetdebatte, in der man ihm vorwarf, sein Experiment sei arrogant und menschenverachtend. Im Kern ging es um die Frage: Muss man ein Arbeitsangebot moralisch einwandfrei präsentieren, oder darf man daraus ein Spiel machen?

Die Diskussion brachte den Programmierer nicht von seinem Vorhaben ab. Er traf sich erneut mit Leo Grand und stellte ihn vor die Wahl. Leo Grand zögerte. Er ist schwarz, Mitte dreißig. Warum sollte ein Weißer ihm helfen? Andererseits, was hatte er zu verlieren? Leo Grand sagte zu, und die beiden begannen, die Details zu besprechen.

McConlogue versprach, in den kommenden Monaten an jedem Arbeitstag eine Stunde früher als gewöhnlich aufzustehen, um Grand zu unterrichten. Grand versprach, im Laufe des Tages das Gelernte zu vertiefen. Außerdem versprach McConlogue, einen Laptop und Lehrbücher zu beschaffen, die sich mit der Programmiersprache Javascript beschäftigen.

Wenige Tage später brachte McConlogue einen gebrauchten Laptop zu Leo Grand, das Buch „Javascript for Beginners“ und ein Solarladegerät für den Laptop. Die anderen Obdachlosen neben der Laderampe schauten ungläubig zu.

Grand sagte, er wolle etwas für die Umwelt tun und eine App programmieren, die es möglich mache, Mitfahrgelegenheiten über das Internet zu organisieren.

In den Wochen darauf trafen sich McConlogue und Grand immer montags bis freitags, und der Obdachlose lernte, was es mit Strings und booleschen Werten auf sich hat. Er war ein aufmerksamer Schüler, ging den Lehrstoff genauso entschieden an wie seine Liegestütze, und McConlogue räumt heute ein, dass die Probleme nicht da lagen, wo er sie vermutet hatte. Nicht der Mensch enttäuschte ihn, sondern die Technik.

Das Solarladegerät des Laptops war zu schwach. Das war ein großes Problem, und erst der Concierge einer Wohnanlage löste es, als er dem Obdachlosen Zugang zu einer Steckdose bot. Später wurde Grand verhaftet, weil ein Obdachloser nach Ansicht der New Yorker Polizei nur dann einen Laptop besitzen kann, wenn er ihn gestohlen hat. Dann wurde der Laptop tatsächlich gestohlen, vermutlich von einem anderen Obdachlosen, und eine Google-Mitarbeiterin aus San Francisco setzte sich ins Flugzeug, um Grand einen Ersatzrechner persönlich zu überreichen.

Im Dezember, nach 3621 Zeilen Code, erschien Leo Grands App „TreesforCars“ im iTunes-Store und stand dort wenige Tage später auf Platz eins in der Rubrik „Verkehr“. Mittlerweile ist sie auch im Google Playstore zu bekommen, und wenn man McConlogue fragt, ob Grand sich jetzt ein Apartment mieten könnte, dann sagt er: „Nein, wir arbeiten dran.“ Es gibt da noch unbezahlte Rechnungen. Aber Grand besucht inzwischen einen Programmierkurs.

Im Moment sucht Grand jemanden in New York, der ein Zimmer frei hat und ihn aufnimmt, für sechs Monate. Eine einmonatige Probezeit sei kein Problem. Er will sich niemandem aufdrängen.

Uwe Buse




GETTY IMAGES

**McConlogue, Grand (r.) in der NBC-Show „Today“**

**Leo Grand: Wie ein obdachloser New Yorker eine eigene App auf die Beine stellte**

**Im September 2013 haben wir über den obdachlosen Leo Grand berichtet, dem ein Entwickler kostenfreie Programmierkurse angeboten hatte. Anscheinend mit Erfolg: Seine erste App ist jetzt für iOS und Android**

**Von der Website t3n.de**

KARRIEREN

# Der Kassierer

**Mathias Döpfner, Chef von Axel Springer, zerlegt seinen Verlag. Zugleich verspricht er eine neue Ära des Journalismus. Er sehnt sich danach, ein bedeutender Verleger zu werden.** *Von Matthias Geyer*



CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

An einem lichtlosen Berliner Wintermorgen steigt Mathias Döpfner in ein Flugzeug von Easyjet, um seine Firma zu verkaufen. Sein Schneider hat ihn einmal bei 2,02 Metern vermessen, er sitzt in der ersten Reihe, damit er genug Platz hat. Er verdient ungefähr zehn Millionen Euro im Jahr, aber wenn der Typ mit dem Teewagen kommt, muss er sich sagen lassen, dass seine Beine im Weg sind. Er bestellt einen Cappuccino für 2,50 und gibt 3 Euro.

Döpfner ist Vorstandsvorsitzender des Axel-Springer-Konzerns, er fliegt von Berlin-Schönefeld nach Barcelona, er muss zu einer Roadshow von Morgan Stanley, wo er Analysten und Fondsmanager trifft. Er macht so was zwei-, dreimal im Jahr, und er macht es eigentlich ganz gern. Man kann von morgens bis abends reden. Ein Drittel aller frei verfügbaren Springer-Aktien sind in der Hand dieser Leute, die Milliardenbeträge verschieben. Von der Frage, ob sie kaufen oder verkaufen, ob sie Döpfners Darstellung glauben oder nicht, hängt ab, ob der Aktienkurs raufgeht oder runter. Bei Döpfners Roadshow geht es darum, dass er seinen eigenen Laden schönredet. „Also, ich kann mich darauf jetzt richtig freuen“, sagt Döpfner.

Er trägt eine Tüte mit der Aufschrift „Die Welt“ bei sich. „Die Welt“ ist eine der letzten Zeitungen aus einem Verlag, der sich langsam auflöst. Döpfner scheint die „Welt“-Tüte wie eine Erinnerung bei sich zu tragen. Er transportiert darin Papiere, die ihm die Abteilung „Investor Relations“ mitgegeben hat. Finanzgeschichten.

In einem Papier geht es um die Werbeerlöse für gedruckte Zeitungen. 55 Millionen Euro Minus in den ersten neun Monaten des letzten Jahres. Döpfner betrachtet die Zahl durch eine große Lesebrille mit goldfarbenen Bügeln. „Traurig“, sagt er. 55 Millionen Minus heißt in der Logik von Investor Relations: verkaufen.

Döpfner ist jetzt 51 Jahre alt. Als er vor 12 Jahren Vorstandsvorsitzender wurde, machte das Unternehmen 200 Millionen Euro Verlust. Axel Cäsar Springer hatte im letzten Jahrhundert ein großes Zeitungshaus gebaut, er war ein grandioser Erfinder. Er erfand die „Bild“-Zeitung, das „Hamburger Abendblatt“, die „Hörzu“, mit dem Fernsehprogramm für die Großen und dem Igel Mecki für die Kleinen. Springer war eine Erfolgsfirma der alten Bundesrepublik, ein Königreich aus Papier. Als sich die Welt neu sortierte, begann es zu zerbröseln.

Heute macht die Firma über 300 Millionen Euro Gewinn, sie hat aber mit Journalismus immer weniger zu tun. Döpfner hat Springer mit allerlei digitalen Geschäften aufgepumpt, die gut laufen. Man bekommt bei Springer Pflegetipps für die Frau und Kaufempfehlungen für Salzstreuer, man kann über Springer

Flüge buchen, Wohnungen finden und erfahren, wo es in der Nähe billige Schweinekoteletts gibt. Döpfner hat aus einem Verlag einen Supermarkt gemacht, in dem es an der Kasse auch ein paar Zeitungen gibt.

Im Sommer vergangenen Jahres schien er jeden Halt verloren zu haben. Er verkaufte ein großes Paket von Zeitungen für 920 Millionen Euro an die Essener Funke-Gruppe, darunter waren die „Hörzu“ und das „Hamburger Abendblatt“. Springers Stammzellen, ausgespuckt wie verdorbenes Essen.

Merkwürdig ist, dass Döpfner in dem Moment, als die Zeitungen weg waren, damit begann, eine neuen Epoche des Qualitätsjournalismus herbeizureden. Wenn Döpfner redet, scheint erst mal alles vollkommen logisch zu sein. Es gibt in seinem Reden keine Unebenheiten, keine Engstellen, kein Gefälle, keinen Tempowechsel. Sein Reden ist ein breiter, schneller Fluss, der alles mitreißt.

Er bietet jetzt Wetten an. Er wettet, dass Springer in fünf Jahren besseren Journalismus herstellen wird als jemals zuvor. Er hat die Fähigkeiten eines Hütchenspielers. Man kann ihm manchmal nur schwer folgen.

Döpfner zieht den Chart mit der Springer-Aktie aus den Papieren. Als er anfing, war die Aktie 19,33 Euro wert. Jetzt liegt sie bei 48,33 Euro. „Fast verdreifacht“, sagt er. Zwischen beiden Punkten bricht die Kurve einmal senkrecht in die Tiefe, das war, als Döpfner die Deutsche Post angreifen wollte und sich mit dem Kauf eines Konkurrenzunternehmens verzockte. Da waren 572 Millionen weg. Dann kam die Finanzkrise. „Furchtbar“, sagt er. Er nimmt einen Stift, setzt ihn da an, wo die Kurve bricht, zieht die Linie steil nach oben, als hätte es den Absturz nie gegeben, und sagt: „Nicht auszudenken, wenn das so gelaufen wäre.“

Das Flugzeug landet am frühen Vormittag in Barcelona. Döpfner hat nur Handgepäck dabei. Er läuft mit langen, elastischen Schritten in die Ankunftshalle und sagt: „So, jetzt müsste hier ein Fahrer warten.“ Es ist aber kein Fahrer da. Normalerweise ist immer ein Fahrer da. Er lässt sich von einem Taxi zum Arts Hotel bringen, das Morgan Stanley für die Roadshow gemietet hat.

Man muss sich ein Fünfsternehotel, in dem eine Roadshow stattfindet, vorstellen wie einen Luxuspuff. Es gibt verschiedene Etagen mit verschiedenen Zimmern, jede Firma hat ein eigenes Zimmer. Vor den Zimmern stehen junge Frauen auf hohen Absätzen, an denen Männer auf weichem Teppichboden vorbeilaufen. Die Männer tragen Anzug und haben kein Gepäck dabei. Die Frauen klopfen gegen die Tür, die Männer huschen hinein, und nach 40 Minuten laufen sie wieder raus. Dann kommen die nächsten.

Die Aktiengesellschaft Axel Springer ist im Zimmer 606 untergebracht. In der Mitte des Zimmers steht ein runder Tisch. Neben Döpfner sitzen zwei Kollegen von Springers Finanzvorstand und ein Mann aus der Abteilung Investor Relations. Döpfner ist der Einzige ohne Krawatte. Er wird seinen Leuten später erklären, dass Krawatten in diesen Kreisen nicht mehr cool sind. Er trägt einen schwarzen Anzug und ein weißes Hemd. An seinem Jackett steckt ein Namensschild mit einem roten Balken. Rot heißt „Company“. Rot tragen die, die Fragen von Leuten beantworten müssen, die Geld investieren wollen. Oder eben auch nicht.

Auf der anderen Seite des Tisches sitzt ein Mann mit grünem Balken auf dem Namensschild. Grün heißt „Investor“, Grün tragen die, die Fragen stellen. Die Firma des Mannes verwaltet ein Gesamtkapital von 41 Milliarden Dollar. Das ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt von Panama. Ein bisschen davon will Döpfner haben.

Am Handgelenk des Mannes steckt eine Rolex, er hat seine Haare mit Gel nach hinten gekämmt, im Nacken wellen sie sich in die Höhe. So sah Michael Douglas als Finanzhai Gordon Gekko in „Wall Street“ aus.

Auf dem Tisch liegt ein Ringbuch mit Zahlen über Axel Springer. Auf der ersten Seite steht: „Our corporate mission: The leading digital publisher“, unsere Mission: der führende digitale Verlag. Was die Leute, die in dieses Zimmer kommen, langweilt, ist der Begriff „publisher“. Was sie interessiert, ist der Begriff „leading“.

Auf der nächsten Seite steht eine Zahl wie ein Appetitanreger. 920 Millionen. Daneben sieht man die Logos von Zeitungen. Die Zeitungen sind weg, die 920 Millionen sind flüssig. Einer aus dem Finanzvorstand sagt: „Wir haben 95 Million Ebitda verkauft.“

Döpfner redet sich quer durch seine eigene Erfolgsgeschichte. „Unser Geschäft ist nicht, teuer zu kaufen und billig zu verkaufen“, sagt er. Er redet davon, vielleicht mal etwas ganz Neues zu erfinden, „eine echte journalistische Innovation, möglicherweise?“. Die 920 Millionen nennt er seine „fire power“.

Der Weg von Mathias Döpfner bis hinauf in dieses Zimmer ist schwer zu begreifen. Man kann seine Karriere bei Springer vielleicht nur mit der Karriere von Angela Merkel bei der CDU vergleichen. Es sprach eigentlich alles dagegen. Döpfner hat mal Musikwissenschaften studiert. Dann wurde er Journalist und schrieb unauffällige Musikkritiken für die „FAZ“. Später wurde er Chefredakteur verschiedener Zeitungen, von denen die meisten unter seiner Führung langsam verdorrten. Jetzt ist er ein CEO, der Gordon Gekko seine Aktie andrehen muss. Für Zahlen scheint er noch mehr Talent zu haben als für Buchstaben.

Erstaunt ihn das alles manchmal auch?

„Es geht immer mehr, als man auf den ersten Blick denkt. Und erst da wird es doch interessant.“

Wenn man Döpfner bei so einer Roadshow eine gewisse Zeit lang folgt, erscheint einem der Verkauf seiner Zeitungen irgendwann vollkommen logisch. Sobald Mecki in die Zusammenhänge der internationalen Kapitalmärkte gerät, verschieben sich die Perspektiven.

Für den Rückflug konnte er einen Learjet organisieren. Er hat jetzt endlich Platz für die Beine. Er holt Dosenbier und Nüsse aus dem Kühlschrank und fällt in weiches, beigefarbenes Leder. Das Tischchen vor ihm ist aus poliertem Wurzelholz. Er trinkt das Bier aus und zieht sein MacBook aus der Reisetasche. Er möchte noch etwas schreiben.

Auf dem Laptop öffnet sich eine Datei, über der steht: „Leitbild der Axel Springer AG“. Es geht dabei um die Frage, was

**Sobald Mecki in die Zusammenhänge der internationalen Kapitalmärkte gerät, verschieben sich die Perspektiven.**

Ebitda ist die Währung, um die es hier geht. Grob gesagt: der Gewinn vor Steuern. Das Zeitungspaket, das Döpfner nach Essen verschoben hat, hatte ein Ebitda von 95 Millionen Euro. Verkauft wurde es für 920 Millionen, weit über Wert. Es war ein großartiges Geschäft für Springer.

Der Gegelte sitzt vor einem Laptop, manchmal schreibt er ein paar Sätze hinein, die ihm interessant erscheinen. Er blickt selten auf. Er nimmt das Ringbuch und blättert darin wie in einer einfallslosen Speisekarte. „Okay. What next?“, fragt er. 920 Millionen sind eine Größe aus der Vergangenheit. Er will wissen, was in der Zukunft kommt.

für ein Laden das eigentlich ist. Ein Verlag oder eine digitale Glücksspielbude. An dem Papier arbeitet Döpfner schon seit vielen Wochen. Er ist sogar mit Führungskräften für drei Tage in den Spreewald gefahren, um an den Formulierungen zu schleifen.

„Es geht um die Sinn- und Wesensfrage dieses Unternehmens“, sagt Döpfner. Das Papier ist ihm sehr wichtig.

Er setzt seine Lesebrille auf und beginnt, mit den Worten zu ringen. „Schreiben ist ein erotisches Erlebnis“, sagt er. Er löscht Nebensätze und tauscht Begriffe aus. Er streicht „Content“ und schreibt stattdessen „Inhalt“. Aus „Inhalte-Unter-

nehmen“ macht er „Haus des Journalismus“.

Das Papier ist zunächst mal für seine Belegschaft gedacht, die unruhig geworden ist. Aber da draußen versteht ihn ja auch keiner mehr.

Wenn in seinem Haus etwas los ist, guckt er gern nach, was das Feuilleton der „Süddeutschen Zeitung“ oder der „FAZ“ dazu sagt – die Blätter mit Niveau. Er liest da nichts Gutes mehr über sich. Sie halten ihn für einen Schönredner, einen Wachstumsjünger, einen seelenlosen Verlagsmanager. Axel Springer nannte seine Verlagsmanager „Flanellmännchen“.

Flanellmännchen. Die Sache nimmt gerade keine gute Richtung.

Ein paar Wochen vor dieser Reise nach Barcelona saß Mathias Döpfner in seinem Büro in der 18. Etage des Springer-Hochhauses, er wollte erst mal ein informelles Gespräch führen und danach entscheiden, ob er sich eine Zeitlang begleiten lässt oder nicht. Er wollte wissen, worum es genau gehen soll.

Um die Frage, was er eigentlich ist. Ein Verleger oder ein Flanellmännchen.

Wenige Tage später kam eine E-Mail von seiner Sprecherin, in der Betreffzeile stand „Namen“. Sie schickte, ohne dass man danach gefragt hatte, eine Liste mit möglichen Gesprächspartnern, die etwas über Döpfner erzählen könnten. Die Liste war sehr lang, sie verlief von Frank Schirrmacher über Lord Weidenfeld bis hinunter zu Guido Westerwelle. Wieder ein paar Tage danach kam die nächste Mail, sie hieß: „Noch mehr Namen“. Die neue Liste begann mit Henry Kissinger. Es fehlte jetzt praktisch nur noch Warren Buffett.

Mathias Döpfner hat einen Doktor in Musikwissenschaften. Er kennt zu jeder Gelegenheit das passende Zitat von Fontane. Er hat ein eigenes Museum, ein Stück von ihm aus Stein, etwas, das bleibt. Zu Hause sammelt er „Nudes“, Nackte. Er kennt sich inzwischen richtig gut aus mit Nudes. Er hat in der „Welt“ mal einen Artikel über ein Gemälde von Gustave Courbet geschrieben, es heißt „L’Origine du monde“. Der Artikel war 1323 Zeilen lang und schlug einen Bogen über die komplette Menschheitsgeschichte. Dabei geht es bei dem Bild zunächst mal nur um das behaarte Geschlechtsteil einer Frau.

Flanellmännchen? Pfff.

Im Learjet leuchtet Döpfners Laptop, er ist jetzt fast fertig mit dem Text. Auf der anderen Seite des Learjets sitzt einer vom Finanzvorstand. Döpfner fragt ihn: „Was halten Sie davon, wenn wir das Ganze ‚Hausordnung‘ nennen?“ Der Finanzvorstand hat auch einen Laptop geöffnet, arbeitet aber an Excel-Tabellen.

„Find ich gut“, sagt er. Dann rechnet er weiter.

Döpfner findet, dass das Ganze noch kompakter werden könnte. Kurz vor der Landung schreibt er „Homepage“ darüber und formuliert einen ersten Satz, den man an die Schlosskirche von Wittenberg nageln könnte. „Sinn und Seele des Unternehmens ist der Journalismus.“




CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

**Manager Döpfner, Witwe Springer:** *„Und, Friede? Ist alles gut?“*

In Berlin hat Mathias Döpfner eine Verabredung mit Friede Springer. Er hat einen Kleinbus gemietet, um ihr die neue Welt zu zeigen. Friede Springer ist 71 Jahre alt, sie war die fünfte und letzte Frau des Verlagsgründers. Sie sitzt in der Reihe hinter dem Fahrer, am Fenster. Was sie weiß, ist, dass das Geld von den Zugkräften der neuen, digitalen Welt angesaugt wird und sich darin irgendwie vermehrt. Aber sie hat keine Ahnung, wie es in dieser Welt aussieht. Sie kann E-Mails schreiben und Kurznachrichten verschicken, die sie mit einem Finger in ihr Mobiltelefon tippt. Das ist alles.

Döpfner hat eine Tour zu verschiedenen Start-ups organisiert, jungen Internetunternehmen mit Wachstumschancen. Sie hält eine abgegriffene Ledertasche mit beiden Händen auf dem Schoß. Sie guckt aus dem Fenster und verarbeitet ihre Eindrücke. Sie versucht zu verstehen, wo ihr ganzes Geld hingeht.

Döpfner sitzt auf dem Platz neben ihr. Er trägt einen weiten schwarzen Mantel. Von hinten betrachtet sieht er aus wie ein Kardinal. Er neigt sich hinunter zu Friede Springer und fragt: „Und, Friede? Ist alles gut für dich?“

„Ach, ja, es ist interessant“, sagt sie, „aber man versteht ja nur die Hälfte. Höchstens.“

Vorhin haben sie ein Gebäude besichtigt, das früher, als Springer noch eine rechte Festung war, als Notredaktion diente. Für den Fall, dass Rudi Dutschke das Haupthaus räuchert. Jetzt wuselten junge Start-up-Leute durch die Räume, die von Springer mit Geld unterstützt werden. Die Wände sind mit Graffiti beschrieben. „Saufen, ficken, malen“, solche Dinge stehen da. Friede Springer lief in einem tadellos gebügelten Kostüm daran vorbei und ließ sich von den jungen Leuten deren Geschäftsmodelle erklären.

Die meisten sprachen Englisch. Manche Begriffe pfiffen wie Kugeln durch den Raum, von „Hashtags“ war die Rede, von „Slash“ und „drag and drop“. Friede Springer hörte still zu. Als jemand von einem „Banner“ sprach, fragte sie: „Ein Banner? Was ist ein Banner?“ Mathias Döpfner stand Gott sei Dank direkt neben ihr und sagte: „Im Internet nennt man eine Anzeige ein Banner.“

Der Kleinbus ruckelt über die löchrigen Berliner Straßen.

„Weißt du“, sagt Döpfner zu Frau Springer, „ich bemühe mich ja immer, verständlich zu sein, aber manchmal geht es nicht anders.“

„Ich weiß ja“, sagt sie.

Sie halten vor einem Haus, an dem Friede Springer erst mal das schöne Jugendstil-Treppenhaus auffällt. Ein Verlag für Online-Medien hat hier seine Büros. Der Chef ist ein Asiate, der akzentfrei Deutsch spricht.

Das Gespräch dauert eine halbe Stunde. Es ist wieder alles schwer zu verstehen. Am Ende fragt der Asiate, ob Frau Springer noch etwas wissen möchte.

„Ja“, sagt sie, „eine Frage habe ich: Sind Sie Japaner?“

„Nein, ich komme aus Südkorea.“

„Ich liebe Südkorea“, sagt Friede Springer.

Sie greift ihre Ledertasche und läuft das Treppenhaus hinunter. Draußen wartet ihr Fahrer. Döpfner wollte ihr noch sechs andere Start-ups zeigen, aber sie möchte jetzt nach Hause. Sie liest gern gute Bücher auf Papier.

Döpfner klettert in den Kleinbus zurück, er setzt sich auf ihren Platz am Fenster und sieht ein bisschen alleingelassen aus.

Er sagt: „Wir leben in einer neuen Gründerzeit. Wie 1871 oder ab 1946. Wir brauchen journalistische Erfindungen für die digitale Welt. Wir brauchen die große Idee.“

Hat er eine?

„Vielleicht hat sie einer im Unternehmen schon, aber ich kenne sie noch nicht“, sagt Döpfner.

Am nächsten Morgen öffnet Friede Springer die Tür zu ihrem Büro, es ist nur ein paar Schritte von Döpfners Büro entfernt, aber wenn man hineingeht, glaubt man, dass sie und er in verschiedenen Firmen arbeiten. Die Wände sind mit dem dunklen Holz der Douglasfichte verkleidet, alte, in Leder gebundene Bücher mit Goldschnitt bedecken die Wände wie Schlingpflanzen, auf der Fensterbank stehen gerahmte Fotos von Axel Springer. Früher hat Springer in diesem Büro gearbeitet. Der Kalender auf dem Schreibtisch ist seit seinem Tod nicht mehr umgeschlagen worden. Man erkennt auf blass gewordenem Papier noch das Datum, 22. September 1985.

„Ich habe hier nichts verändert“, sagt Friede Springer. Sie lebt in ihrem Büro wie eine stille Museumswärterin. Sie ist eine gläserne, irgendwie züchtige Gestalt, mit der man auf den ersten Blick nichts Mitleidloses verbinden würde.




EDVARD A. DYHR

**Verleger Springer 1958:** *Ausgespuckt wie verdorbenes Essen*

Kurz vor seinem Tod sagte Springer zu seiner Frau: „Friede, du machst das schon.“ Sie hat das als wirtschaftlichen Auftrag verstanden, nicht als inhaltlichen. Von Journalismus hatte sie keine Ahnung, von Geld irgendwann schon. Man kann sie leicht unterschätzen.

Sie setzt sich vorsichtig auf einen cremefarbenen Sessel und sagt, man möchte bitte auf dem Sofa gegenüber Platz nehmen. „Da sitzt Mathias immer, wenn es etwas zu besprechen gibt.“

Friede Springer ist die Patentante von Döpfners zweitem Sohn. Als neben seinem Grundstück am Heiligen See in Potsdam eine Villa frei wurde, zog Friede Springer ein. Später kaufte Döpfner ein noch größeres Grundstück, er zog weiter. Und Friede Springer zog wieder aus, sie wollte da nicht allein leben. Sie hat Döpfner vor einiger Zeit ein Aktienpaket im Wert von 73 Millionen Euro geschenkt, damit er nie mehr weggeht. „Er hat ja so viele Verbindungen in Amerika“, sagt sie.

Sie hat ihn vor vielen Jahren bei einem Abendessen im Haus des Historikers Arnulf Baring kennengelernt. „Alles, was er sagte, gefiel mir. Ein Journalist mit Unternehmergeist – da dachte ich: Solche Leute brauchen wir.“

Möglicherweise haben die 2,02 Meter eine Rolle gespielt. Von einem, der 2,02 Meter groß ist, muss man annehmen, dass er weit sehen kann. Außerdem ist es schon ein Unterschied, ob man mit 1,80 Metern Fontane zitiert oder mit 2,02 Metern.

Warum hat sie ihn eigentlich zum Vorstandsvorsitzenden gemacht?

„Wir Frauen haben ein schnelles Gefühl“, sagt sie.

Es gibt ein Schwarzweißfoto von Axel Springer, auf dem er neben einer Druckmaschine steht, mit dem „Hamburger Abendblatt“ in der Hand. Es ist ein Foto voller Stolz. Man fragt sich, ob Friede Springer alles richtig findet, was Döpfner mit ihrem Unternehmen macht.

„Ich sehe ja, dass es mit den Zeitungen“, ihre Fingerspitzen zeigen zu Boden, „nach unten geht, nicht?“

Sie bekommt jeden Morgen eine Mappe mit dem Wichtigen auf den Schreibtisch. Das Wichtigste sind die Kurven. Die Kurven, die nach unten laufen, sind die Zeitungskurven. Die Kurven ihres Mannes, wenn man so will. Die Kurven, die nach oben gehen, sind die Digitalkurven. Döpfners Kurven.

Über die Richtung sind sie sich einig, der Rest ist seine Sache. „Ich vertraue ihm. Er will und wird dafür sorgen, dass wir ein Verlag bleiben. Wir sind uns einig, dass wir hier nicht mit Matratzen handeln“, sagt Friede Springer.

Irgendwann im Frühjahr vergangenen Jahres kam Döpfner herüber. Sie hört immer schon an seinen Schritten, wenn etwas Wichtiges ist. Er stand vor ihrem Schreibtisch und sagte: verkauft.

Wie ging es ihr, als Döpfner zum ersten Mal mit der Idee kam?

„Als ich das gehört habe, habe ich einige Fragen gestellt und dann zugestimmt. Natürlich hatte ich auch eine Träne im Auge. Das ist ja DNA von Axel Springer.“

Sie nennt ihren Mann immer Axel Springer, wie einen Fremden. Oder ein Idol. Aber so wertvoll, dass sie damit untergehen würde, ist Axel Springers DNA dann auch wieder nicht.

Wer Friede Springer einmal in ihrem Büro besucht hat, versteht, dass sie ein romantisches Verhältnis zu ihrem Mann

hat, nicht zu dem, was er vor vielen Jahrzehnten mal aus der Druckmaschine gezogen hat. Sie kann das eine offenbar vom anderen trennen. Sie hat ein wirtschaftliches Interesse an ihrem Unternehmen, kein journalistisches. So gesehen hat Mathias Döpfner freie Bahn.

Alfred Neven DuMont war 24, als er von Köln nach Hamburg zog, um beim „Hamburger Abendblatt“ ein Volontariat zu machen. Sein Vater war Zeitungsverleger, Neven DuMont musste das Handwerk lernen. Alle 14 Tage kam Axel Springer in die Redaktion und baute Zeitungsseiten zusammen. Neven DuMont konnte Springer dabei zusehen. „Er hat das mit einer unglaublichen Liebe gemacht, er war ein Blattmacher von Geblüt“, sagt er.

Neven DuMont erzählt über seine Begegnungen mit Springer in seinem Kölner Büro, in dem er sich einen Schlafplatz eingerichtet hat. Er ist 86 Jahre alt, kommt aber immer noch jeden Tag in den Verlag. Er besitzt eine Reihe von Regionalzeitungen, einigen davon geht es im Moment nicht besonders gut. Als Mathias Döpfner schon irgendwelche Internetportale einsammelte, kaufte Neven DuMont die angesehene, aber kranke „Frankfurter Rundschau“. Wirtschaftlich hatte er eine falsche Entscheidung getroffen. Aber er dachte, man müsse die Zeitung retten.

„Im Nachhinein muss man sagen: Es war wohl ein bisschen zu leidenschaftlich, voll von gutem Willen.“ Die „Frankfurter Rundschau“ war nicht zu retten. Neven DuMont hat das viel Geld gekostet.

Er sitzt hinter seinem Schreibtisch wie ein König. Aus seiner Westentasche hängt die goldene Kette einer Taschenuhr, seine Beine liegen auf einem großen Kissen, das mit weichem Leder bezogen ist. Um ihn herum erheben sich kleine Türme aus Tageszeitungen. Wenn Renoir einen Verleger in Öl gemalt hätte, wäre Alfred Neven DuMont dabei herausgekommen.

„Was Döpfner macht, ist mir unverständlich. Zum einen weil man so mit einem Erbe nicht umgeht. Zum anderen weil ich an die Zeitung glaube“, sagt er. „Döpfner betreibt Verrat an der Sache.“

Neven DuMont hat ein politisches Interesse an Zeitungen, nicht nur ein ökonomisches. Er ist in der Nazi-Zeit groß geworden. Demokratien beginnen auf dem Boden, sagt er, „und der Boden, das sind für mich die Lokal-, die Regionalzeitungen“.

Für Mathias Döpfner sind Regionalzeitungen Wachstumsbremsen. Döpfner hat ein ökonomisches Interesse an Zeitungen, kein politisches. Er hat jetzt noch die „Bild“-Zeitung, die macht immer Geld. Er hat die „Bild am Sonntag“, und wenn er da zur Blattkritik eingeladen wird, heißt sein erster Satz: „Sie sind der Stolz des Hauses, denn Sie sind das Blatt mit dem größten Gewinn pro Exemplar.“ Er hat auch noch die „Welt“, die noch nie Geld gemacht hat. Es gibt Leute in Berlin, die sagen, dass es die „Welt“ nur noch gibt, damit Friede Springer und Mathias Döpfner auf kultivierten Empfängen sagen können, sie hätten ja auch noch etwas mit Niveau.

**Wenn Döpfner von Qualitätsjournalismus redet, meint er damit wahrscheinlich kleine Ruhezonen.**

Der Wert von Journalismus ist für Döpfner eine Frage der Abwägung. Verkauft er seine Zeitungen, stößt er seine Belegschaft vor den Kopf und reizt das Feuilleton. Verkauft er sie nicht, verängstigt er die Aktionäre und bringt Friede Springer möglicherweise auf dumme Gedanken.

Am Ende geht es ja auch um seinen eigenen Kurswert. Hätte er ein übergeordnetes Interesse an Zeitungen, könnte er dem Gegelten sagen: Hör zu, Mann, wir leisten uns hier Sachen, von denen du nichts verstehst, aber unser Ebitda ist trotzdem Weltklasse. Aber das macht Döpfner ja nicht.

„Ich bin der Spiritus Rector der Redakteure“, sagt Alfred Neven DuMont. „Man muss doch Leidenschaften haben. Das Schlimmste für mich wäre, Bankier zu sein und nur noch an das Geld denken zu müssen.“

Kann man Mathias Döpfner als Verleger bezeichnen?

Neven DuMont sagt: „Diese Frage hat er selber beantwortet. Hat er irgendetwas davon bewiesen? Eine geistige, publizistische Tat?“

Man kann Alfred Neven DuMont glauben, dass ihn der Wunsch nach gutem Journalismus antreibt. Bei Mathias Döpfner sollte man da vorsichtig sein. Er hat sich für einen Supermarkt entschieden. Wenn er von Qualitätsjournalismus redet, meint er damit wahrscheinlich kleine Ruhezonen. Kleinode, in denen man sich bei dem ganzen Gewimmel niederlassen kann. Wenn er seinen Supermarkt verkleinern müsste, wenn er sich entscheiden müsste zwischen den Ruhezonen und den Schweinekoteletts, dann flögen die Ruhezonen raus. Er könnte vermutlich auch Vorstandsvorsitzender von BASF sein.

Kurz vor Weihnachten lädt Mathias Döpfner ein paar wichtige Leute in die 19. Etage seines Hochhauses in Berlin ein. Es werden Sektgläser und warme Gerichte auf kleinen Tellern herumgetragen. Döpfner hat eine gute Nachricht zu verkünden, die etwas mit Journalismus zu tun hat. Er hat Stefan Aust gekauft. Aust, der ehemalige Chefredakteur des SPIEGEL, wird Herausgeber der „Welt“. Außerdem hat Springer Austs Nachrichtensender N24 übernommen. Alles zusammen hat rund hundert Millionen Euro gekostet. In Stefan Aust steckt also gewissermaßen das komplette Ebitda all der Blätter, die jetzt weg sind.

Man kann nicht behaupten, dass Aust eine neue Erfindung wäre. Nicht die große, digitale Idee, die Döpfner brauchte. Aber Aust ist immerhin mehr als ein dazugekauftes Internetportal.

Aust steht in einem Raum, den man bei Springer den „Journalistenclub“

## Verlagskaufhaus

Publikationen und Beteiligungen des Axel-Springer-Konzerns (Auswahl)

| Digitale Geschäfte | Deutsche Tageszeitungen | Deutsche Zeitschriften | Print international | Services/ Holding |
|---|---|---|---|---|
| idealo.de<br>immonet.de<br>gofeminin.de<br>StepStone<br>kauf·DA<br>autohaus24.de<br>SeLoger<br>LADENZEILE.DE | Bild<br>B·Z<br>DIE WELT | Sport Bild<br>Computer Bild<br>Rolling Stone | über 190 Zeitungen und Zeitschriften<br>Niederlassungen und Joint Ventures<br>internationale Lizenzen | Zeitungsdruckereien<br>Logistik und Vertrieb |

Operativer Gewinn* Jan. bis Sept. 2013: 427 Millionen Euro

Operativer Gewinn/Verlust* nach Sparten

| 196,6 Mio. € | 156,1 Mio. € | 75,3 Mio. € | 36,0 Mio. € | –36,9 Mio. € |
|---|---|---|---|---|

* Ebitda

DER SPIEGEL




CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

**Unternehmer Döpfner in Berlin:** *„Schreiben ist ein erotisches Erlebnis“*

nennt. Der Journalistenclub ist ein Salon für ältere Herren, die gern in tiefen Lesesesseln sitzen und zum Cognac eine gute Zigarre rauchen. An den Wänden hängen Bilder und Urkunden aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Das Gemälde eines Zeitungsverkäufers, die Lizenz der Militärverwaltung.

Aust reicht Döpfner nicht mal bis zur Schulter. Er steht neben ihm wie sein persönlicher Journalistenpreis. Mathias Döpfners Karriere scheint damit verbunden zu sein, dass er sich zur richtigen Zeit auf kleinere Leute stützen kann. Friede Springer hat ungefähr dieselbe Größe wie Stefan Aust.

Während der Feier kommt noch einmal eine Mail von Döpfners Sprecherin. In der Betreffzeile steht diesmal „Unterlagen“. Sie schreibt: „Habe einen Leitz-Ordner mit Lesestoff für Sie.“ Döpfner hat einen Band mit Zeitungsartikeln zusammenstellen lassen, die er selbst geschrieben hat. Als müsse er sich irgendwo als Journalist bewerben. Der Ordner ist nach Jahrgängen sortiert und beginnt im Jahr 1987.

Unten, vor dem Eingang zum Springer-Hochhaus, werden Umzugswagen beladen. Am Tag, an dem Stefan Aust einzieht, zieht die „Berliner Morgenpost“ aus. Sie war ein kleiner Teil des großen Pakets, das Mathias Döpfner verkauft hat.

Am Abend läuft er an den Umzugsleuten vorbei in die Tiefgarage. Er hat für 19 Uhr einen Tisch in der Paris Bar bestellt. Er steigt in einen gepanzerten Audi A8, bei dem man die Lehne des Vordersitzes abgeschraubt hat, damit Döpfner seine Beine ablegen kann.

Morgen Abend, sagt er, mache die „Morgenpost“ eine Feier in ihren neuen Räumen. Er sei da eingeladen. Und er werde auch hingehen. „Man darf sich in so einer Situation nicht verstecken“, sagt Döpfner.

Er erfährt, dass diese Feier heute ist, nicht morgen.

Er zieht sein Telefon aus der Tasche und ruft im Büro an. „Wann ist diese Feier bei der ‚Morgenpost‘? Heute oder morgen?“, fragt er. Dann bittet er darum, die Reservierung in der Paris Bar um eine Stunde zu verschieben. Sein Fahrer bringt ihn zum neuen Redaktionsgebäude der „Morgenpost“, Döpfner läuft mit schnellen Schritten hinauf, er kommt rechtzeitig zu den Reden. Danach muss er einen großen Kuchen anschneiden, mit der „Morgenpost“ aus Marzipan obendrauf. Er geht ans Fenster, von hier oben sieht man die Gedächtniskirche leuchten. „Also, die Aussicht ist wirklich unbezahlbar, das muss man sagen“, sagt er.

Später in der Paris Bar bestellt er Weinbergschnecken, Huhn und guten Bordeaux. Vor den Schnecken kommt ein Zeitungsverkäufer mit den Blättern von morgen. Döpfner hätte gern eine „BZ“ und eine „Berliner Morgenpost“.

„1,70 Euro“, sagt der Zeitungsverkäufer.

Döpfner zieht sein Portemonnaie aus der Gesäßtasche und sucht nach einem Schein. Vorn in seinem Portemonnaie sind Dollar-Scheine, dahinter Euro-Scheine. Es ist ein internationales Portemonnaie. Ein Springer-Portemonnaie.

„Oh, das tut mir leid“, sagt Mathias Döpfner.

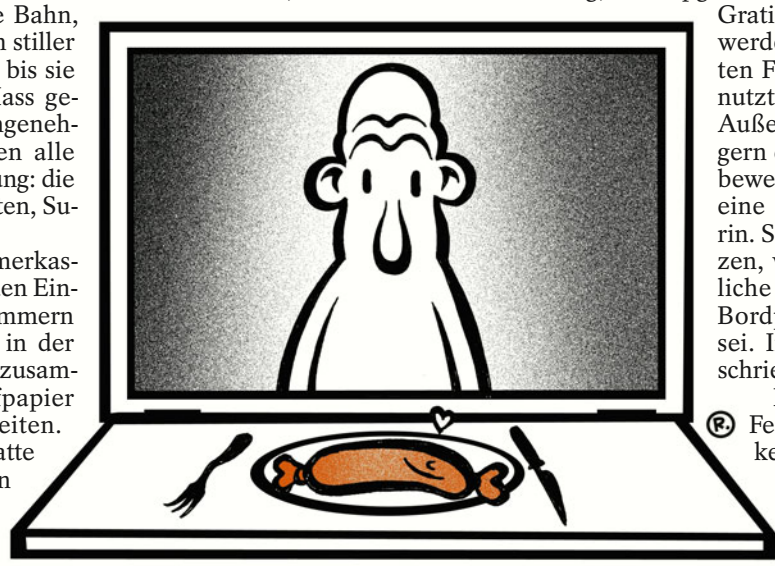
Er hat nur einen 200-Euro-Schein. Der Verkäufer geht weiter und versucht, seine Zeitungen an einen anderen zu verkaufen. ◆

# Petze

**HOMESTORY** Wie meine Meinung plötzlich wichtig wurde

Ich weiß nicht mehr genau, wann diese Feedback-Seuche über uns hereinbrach. Für mich begann es vor einem Jahr, im Eurostar von London nach Paris, als auf meinem Mobiltelefon eine Kurznachricht erschien. Der Absender war der Zug. Er fragte, ob ich ein wenig Zeit hätte, eine Beurteilung meiner Reise zu schreiben. Auf einer Skala von eins bis zehn: Was halte ich vom Kundenservice am Schalter? Ich drückte die Nachricht weg, aber der Eurostar gab nicht auf. Einige Tage später schrieb er eine E-Mail. Ob ich Vorschläge hätte, wie man die Fahrt verbessern könne?

Es gab eine Phase in der Frühgeschichte der Menschheit, in der man von Unternehmen nicht ständig behelligt wurde, seine Meinung zu dieser oder jener Dienstleistung kundzutun. Die älteren Leser werden sich erinnern. Es war die Zeit, in der man seinen Groll gegen die Bahn, die Telekom oder die Post in stiller Aggression pflegen konnte, bis sie zu gutem, altmodischem Hass gerann. Im Nachhinein eine angenehme Zeit. Inzwischen warten alle sehnsüchtig auf meine Meinung: die Stromfirma, Fluggesellschaften, Supermärkte.



Früher gab es einen Kummerkasten, der bei Kaiser's neben den Einkaufswagen hing. In Hotelzimmern lag ein Feedback-Formular in der braunen Kunstledermappe, zusammen mit vergilbtem Briefpapier und den Sauna-Öffnungszeiten. Nur wenn man viel Zeit hatte oder wütend war, füllte man das Formular aus. Wozu auch? Wenn das Hotel eine Katastrophe war, kam man einfach nicht zurück. Das war der Deal im Kapitalismus. Kunden kommen wieder, wenn sie zufrieden sind. Wenn nicht, dann nicht. Inzwischen sieht es aus, als erwarteten Hotels ein klärendes Beziehungsgespräch, wenn man im Duschabfluss Haare vom Vorgast entdeckt.

Firmen sind zu peinlichen Liebhabern geworden, die nach dem Geschlechtsverkehr fragen: Na, wie war's, Baby? Selbst mein Friseur fordert mich auf, ihm nach dem Haareschneiden eine Mail mit einer Bewertung zu schicken. Ich sage jetzt laut: „Du warst gut, Ben." Es bringt nichts. Neulich schrieb mir ein Taxiunternehmen nach der Fahrt zum Flughafen: „Helfen Sie uns, Ihnen zu helfen!" Es klang wie die Weihnachtskarte von Unicef. Unter anderem sollte ich verraten, ob der Mann am Steuer eine Krawatte trug. Ich wollte erst antworten, dass ich unterwegs Schwierigkeiten hatte, im Gemurmel des Fahrers einen Sinn zu erkennen. Dann entschied ich mich dagegen, weil der Kerl meinetwegen nicht seinen Job verlieren sollte, obwohl ich heimlich fand, dass er unnötig langsam gefahren war.

Vielen Leuten macht es Spaß, ihre Meinung in die Welt zu blasen. Es gibt Dutzende Plattformen im Internet, auf denen man seine Erlebnisse in Flugzeugen, Hotels und Kneipen einschätzen und Kommentare hinterlassen kann. Wir sind zu Bewertungsmonstern geworden. Alle petzen jetzt. Die Firmen haben Angst vor uns, sie hecheln nach Anerkennung. Man kann keine Bratwurst mehr essen, ohne dass hinterher der Typ am Grill eine Umfrage zum Genusserlebnis verschickt.

Aus Neugier habe ich angefangen, die Fragebögen zu beantworten. Ich weiß, dass ich einer von Tausenden bin, die in der Ankunftshalle von London-Heathrow die Smiley-Tasten an der Schnellbewertungsbox drücken, aber die Warteschlange vor der Passkontrolle ist bis jetzt nicht kürzer geworden. Ich gebe nicht auf.

Meiner Bank habe ich gesagt, dass die Überziehungszinsen zu hoch sind, und meinem Friseur, dass ich gern rascher einen Termin hätte. Vorige Woche habe ich ein Bewertungsformular an Easyjet abgeschickt. Eines der großen deutschen Nationalhobbys ist schließlich das Gemecker über schlechten Service und das anschließende Verfassen von Beschwerden, in der stillen Hoffnung, ein Upgrade herauszuschlagen oder eine Gratistüte Gummibärchen. Leider werden fast alle online versandten Formulare anonymisiert. Was nutzt meine Wut dann überhaupt? Außerdem hätte ich bei Easyjet gern den Abstand zum Vordersitz bewertet sowie meine Nachbarin, eine bierfassförmige Amerikanerin. Stattdessen musste ich ankreuzen, wie wichtig mir der „persönliche Abschiedsgruß durch das Bordpersonal beim Aussteigen" sei. In das Feld „Anmerkungen" schrieb ich: Champagner für alle.

Das Bedrückende an der Feedback-Flut ist, dass die Welt keineswegs benutzerfreundlicher wird, wenn man ihr die Meinung sagt, obwohl die Unternehmen genau das suggerieren. Es wird nur die Illusion von Mitbestimmung erzeugt, vergleichbar mit den Wahlen zum Europäischen Parlament. Vor einigen Monaten hing ich knapp anderthalb Stunden in der Warteschleife meines Stromanbieters fest. Kurz nachdem ich aufgelegt hatte, rief eine fröhliche Roboterstimme an und fragte, ob ich Zeit für Verbesserungsvorschläge hätte. Hannah Arendt beschrieb die Bürokratie in ihrem Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" als besonders perfide Herrschaftsform, weil sich niemand für die Unterdrückung verantwortlich machen lässt. Es gibt nur ein undurchschaubares System von Verordnungen. Ähnlich ausgeliefert kommt man sich als Kunde von EDF Energy oder der Deutschen Bahn vor.

Mein Vorschlag ist, die Mitarbeiter, Roboter und Algorithmen, die für den Versand und die Auswertung von Kundenfragebögen zuständig sind, umzuschulen und umzuprogrammieren. Sie könnten sinnvollere Dinge tun. Meine Anmerkungen kommen offenbar nur bei kleinen Unternehmen an. Die Taxifirma erklärt am Telefon, wenn sich Kunden dreimal über einen Fahrer beschweren und der sich nicht bessere, fliege der Fahrer raus. Vorigen Mittwoch bat ich beim Friseur um einen Termin. Es ging nicht. Sie mussten das Feedback besprechen.

CHRISTOPH SCHEUERMANN

**Firmen sind zu peinlichen Liebhabern geworden, die fragen: Na, wie war's?**

THILO ROTHACKER FÜR DEN SPIEGEL

# Hundert Jahre Krieg

Im Zuge des Ersten Weltkriegs eroberten Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten und teilten ihn untereinander auf. An keinem Schauplatz sind die Folgen des damaligen Konflikts so gegenwärtig wie in der arabischen Welt. *Von Bernhard Zand*



**1914 DER KRIEG UND DAS HEUTE 2014**

**In einer sechsteiligen Serie beleuchtet der SPIEGEL die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die heutige Welt. Im Nahen Osten wurden die Spannungen, die damals entstanden, nie gelöst – bis heute wird die Region von Kriegen und Bürgerkriegen erschüttert.**

Damaskus, im dritten Jahr des Bürgerkriegs. Auf dem Berg Kassiun, an dessen Fuß Kain seinen Bruder Abel erschlagen haben soll, hat sich die 4. Division der syrischen Armee verschanzt. Von irgendwo dort oben, ermitteln Ballistiker der Vereinten Nationen, wurden die Giftgasraketen abgefeuert, die unten in Muadamija und in Ain Tarma einschlugen. 1400 Menschen starben in den Morgenstunden des 21. August 2013, 1400 von mehr als 100 000, die seit Beginn des Aufstands ums Leben kamen.

Bagdad, das ehemalige Palastviertel hinter dem Assassinen-Tor. Zwei Jahre nach dem Abzug der US-Armee regieren wieder Iraker in der „Grünen Zone“ am Tigris-Knie. Hier hatten sich die Amerikaner einbetoniert, als ihnen das besetzte Zweistromland um die Ohren flog. Doch nun geht es den aktuellen Machthabern nicht besser. Jenseits der Mauer, in der „Roten Zone“, wird wieder gestorben, dutzend-, hundert-, tausendfach. Über 8200 Tote waren es im vergangenen Jahr.

Beirut, die von allen Arabern so geliebte Hauptstadt des Libanon. Hier leben und hier streiten sie: die Frommen und die Säkularen, die Muslime und die Christen, die Sunniten und Schiiten, die Drusen, Maroniten und Chaldäer. Seit von Libyen bis Syrien erneut gekämpft wird, seit Tunesien, Ägypten und der Irak in Aufruhr sind, lautet die Frage wieder: Hat Beirut den letzten Ausbruch der Gewalt gerade hinter oder den nächsten vor sich?

Zwei Jahre nach den Aufständen von 2011 erscheint der Nahe Osten wieder so trostlos wie zuvor. Kaum ein Land zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Schatt al-Arab, der Türkei im Norden und dem Roten Meer im Süden, das in den vergangenen Jahrzehnten nicht von einem Krieg oder Bürgerkrieg heimgesucht worden wäre; keines, von dem nicht zu befürchten wäre, dass ihm erneut einer bevorsteht.

Die Bewegung, die als Arabischer Frühling begann, droht in Gegenrevolten und in Staatsstreichen unterzugehen. Doch überraschen mag das nur jene, die mit dem Aufruhr in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien die Hoffnung auf eine historische Wende im Nahen Osten verbanden.

Die Aufstände vom Maghreb bis an den Golf sind nicht nur ein blutiger Neuanfang, sie sind zugleich der vorläufig letzte Akt in einem fast ununterbrochenen Bürgerkrieg, der vor hundert Jahren begann und nie wirklich zu Ende ging.



JAMES FRANCIS HURLEY / ULLSTEIN BILD

**Australische Soldaten auf der Sinai-Halbinsel 1918**
Eine Linie im Wüstensand

An keinem Schauplatz des Ersten Weltkriegs sind die Folgen jenes epochalen, von Europa ausgegangenen Konflikts so gegenwärtig und bestimmen bis heute die politischen Verhältnisse so unmittelbar wie im Nahen Osten.

Gingen der sogenannte europäische Bürgerkrieg 1945 und der Kalte Krieg 1990 zu Ende, so sind die Spannungen, die mit dem Ersten Weltkrieg in der arabischen Welt aufbrachen, heute so akut wie je zuvor. In gewisser Weise steht der Nahe Osten jetzt dort, wo Europa nach dem Versailler Vertrag 1919 stand: vor einer politischen Landkarte, die die ethnischen und konfessionellen Wirklichkeiten dieser Region missachtet.

In Afrika, Lateinamerika, nach dem Blutzoll des Zweiten Weltkriegs auch in Mitteleuropa, haben sich die meisten Völker mit den Grenzen abgefunden, die ihnen die Geschichte aufgedrückt hat. Im Nahen Osten nicht. Die Staaten, die dort in den Jahren nach 1914 gegründet, die Grenzen, die gezogen wurden, genießen in der Wahrnehmung vieler ihrer Bürger – und der ihrer Nachbarstaaten – bis heute keine Legitimität.

Die Legitimität von Staaten, schreibt der US-Historiker David Fromkin in „A Peace to End All Peace“, dem Standardwerk zur Entstehung des modernen Nahen Ostens, entstehe in dieser Region entweder aus ihrer Tradition, aus der Stärke und Verwurzelung ihrer Gründer – oder sie entstehe eben nicht.

Nur zwei Länder des erweiterten Nahen Ostens, Ägypten und Iran, verfügen über eine so lange ununterbrochene Geschichte, dass ihre staatliche Integrität trotz schwerer Krisen kaum zu erschüttern ist. Zwei andere stehen bis heute auf dem Fundament, das ihre Gründer schufen – die Türkische Republik Mustafa Kemal Atatürks und das Königreich Saudi-Arabien, das Abd al-Asis Ibn Saud 1932 schlussendlich einte.

Von diesen vier großen Ländern eingerahmt aber bilden fünf Staaten und ein scheinbar ewiger Nichtstaat den Kern des Nahen Ostens. Fromkin nennt sie „Englands und Frankreichs Kinder“: der Libanon, Syrien, Jordanien, der Irak, Israel – und Palästina.

Keine Gruppe von Staaten, zumal von so geringer Größe, hat in den vergangenen Jahrzehnten so viele Kriege, Bürgerkriege, Umstürze und Terroranschläge gesehen wie diese sechs. Um zu verstehen, wie es zu dieser historischen Anomalie gekommen ist, muss vieles berücksichtigt werden: die deprimierende Geschichte der Region vor dem Ersten Weltkrieg, das Versagen der arabischen Eliten und die fortwährenden Eingriffe der Supermächte danach; die Rolle des politischen Islam, die Entdeckung des Erdöls, die Gründung Israels, der Kalte Krieg.

Am Anfang der hundert Jahre Krieg im Nahen Osten aber steht der mutwillige Beschluss zweier europäischer Kolonialmächte, diesen Teil der Welt nach ihren Bedürfnissen zu ordnen und buchstäblich eine Linie in den Wüstensand zu ziehen – „A Line in the Sand“, wie der britische Historiker James Barr seinen 2011 erschienenen Abriss dieser Entscheidung überschreibt.

Wohin der Arabische Frühling führt, was aus dem Nahen Osten wird, ist noch immer völlig offen. Apokalyptische Szenarien sind so spekulativ wie die Hoffnung, dass die Region zu neuen, stabileren politischen Verhältnissen und Grenzen findet.

Woher aber rührt dieser Mangel an Legitimität, dieser Abgrund an Misstrauen, der den Nahen Osten vergiftet? Wie ist es zu diesem „Peace to End All Peace“ gekommen, dem „Frieden, der jeden Frieden beendete“?

Istanbul, im Sommer 1914. Die Hauptstadt des Osmanischen Reiches scheint eine halbe Welt weit entfernt von jenem sonnigen Zimmer in der Ischler Kaiservilla, in dem Kaiser Franz Joseph I. am 28. Juli sein Manifest „An meine Völker!“ unterzeichnet und mit der Kriegserklärung an Serbien den Weltkrieg auslöst.

Über Jahrhunderte hat das Osmanische Reich das südliche und östliche Mittelmeer beherrscht, von Alexandretta bis




AP

**Milizionäre im irakischen Basra 2008**
Den nächsten Ausbruch der Gewalt vor sich?



SCHERL / SUEDD. VERLAG

**Deutsch-türkische Schiffsbesatzung 1915**
Istanbul schlägt sich auf Berlins Seite

Arisch, vom Maghreb bis Suez. Doch Algerien und Tunesien sind von den Franzosen erobert worden, Ägypten fiel an die Briten, und 1911 haben die Italiener in Libyen einen Brückenkopf errichtet. Von der heutigen Türkei abgesehen besteht das Reich am Vorabend des Krieges nur noch aus der Levante, dem Zweistromland bis an den Persischen Golf und der Arabischen Halbinsel bis in den Jemen.

Um diese Landstriche geht es in den Nahost-Feldzügen des Ersten Weltkriegs. 400 Jahre lang haben sie tief im Schatten der Geschichte gelegen, nun verwandeln sie sich binnen weniger Jahre in jenen Krisenbogen, dessen Städtenamen für Generationen zu Chiffren des Unfriedens werden: Basra und Bagdad, Aleppo und Damaskus, Beirut, Gaza, Suez.

Dass im Hinterhof des Osmanischen Reiches die größten Erdölreserven der Welt lagern, ahnen die Akteure des Ersten Weltkriegs nur dunkel; wüssten sie es bereits, würde der Kampf im Nahen Osten vermutlich noch viel härter und kompromissloser ausfallen.

So aber sind die Kriegsziele beider Seiten von einer Weltordnung bestimmt, die sich in den kommenden vier Jahren auflösen wird: Großbritannien will den Seeweg zum Verbündeten Russland öffnen und seine Verbindung über den Suez-Kanal und den Persischen Golf nach Indien sichern; das Deutsche Reich will genau das verhindern.

Für ein paar Tage ist unklar, ob das Osmanische Reich selbst überhaupt in den Krieg eintreten wird und, wenn ja, an wessen Seite. Kurz nach Kriegsbeginn schlägt sich Istanbul dann auf die Seite Berlins und Wiens. Am 2. August unterzeichnen Deutsche und Osmanen ein Geheimabkommen, kurz darauf brechen die beiden deutschen Kriegsschiffe SMS „Goeben“ und SMS „Breslau“ aus dem westlichen Mittelmeer nach Konstantinopel auf. Dort werden sie – offiziell ist Istanbul noch neutral – unter den Namen „Yavuz“ und „Midilli“ der osmanischen Marine übergeben; die weiterhin deutschen Besatzungen tragen nun den Fez.

Mit dem Durchbruch der beiden Schlachtkreuzer ans Goldene Horn und der Verminung der Dardanellen tritt der Casus Belli ein: Osmanen und Deutsche blockieren damit die Verbindung der Briten und Franzosen zu ihrem Verbündeten Russland; kurz darauf bombardiert die „Goeben“ unter osmanischer Flagge russische Häfen am Schwarzen Meer. Anfang November erklären Russland, Großbritannien und Frankreich dem Osmanischen Reich den Krieg. In London keimt der Gedanke, die Meerengen militärisch zu öffnen und Istanbul einzunehmen.

Drei Monate später trifft eine britisch-französische Flotte an der Südspitze der Halbinsel Gallipoli ein. Der Angriff, zuerst von der See, dann mit Landstreitkräften geführt, scheitert dramatisch; der Erfolg der Osmanen führt zum Rücktritt des britischen Marineministers Winston Churchill, begründet den Ruhm des späteren türkischen Staatsgründers Atatürk und wird zum Trauma der auf Seiten der Alliierten kämpfenden Australier und Neuseeländer (siehe Seite 64).

Vor allem aber wird die Niederlage von Gallipoli zum strategischen Wendepunkt des Krieges im Nahen Osten. Da der Plan der Alliierten misslungen ist, das Osmanische Reich am Haupt zu treffen, versuchen sie nun verstärkt, es an den Gliedern zu packen – seinen militärisch schwächer verteidigten arabischen Provinzen. Dieser Plan deckt sich mit dem Bestreben der Araber, das Joch der osmanischen Herrschaft abzuschütteln. Im Juli 1915 nimmt Sir Henry McMahon, der britische Hochkommissar in Ägypten, einen geheimen Briefwechsel mit Hussein Bin Ali auf. Dem Scherifen des Hedschas und der heiligen Stadt Mekka und seinen Söhnen Ali, Faisal und Abdullah schwebt, wie den Eliten in Damaskus, die Gründung eines arabischen Nationalstaats vom Taurus bis ans Rote Meer und vom Mittelmeer bis an die iranische Grenze vor.

Im Oktober 1915 schreibt McMahon Hussein einen Brief, in dem er, ein paar vage Einschränkungen vorausschickend, Großbritanniens Bereitschaft erklärt, „die Unabhängigkeit der Araber in den Gebieten anzuerkennen, deren Grenzen der Scherif vorgeschlagen hat“. Es ist der britische Teil einer historischen Abmachung, die auf die Zerschlagung des Osmani-

## Die Neuordnung des Nahen Ostens

**10. August 1914**
Die beiden deutschen Kreuzer „Goeben“ und „Breslau“ erreichen die Dardanellen und werden der osmanischen Marine übergeben.

**2. November 1914**
Nach Bombardements russischer Schwarzmeer-Häfen durch die beiden ehemaligen deutschen Schlachtschiffe erklärt Russland dem Osmanischen Reich den Krieg. Drei Tage später folgt die britische Kriegserklärung.

**Februar 1915**
Die Alliierten greifen die türkische Halbinsel Gallipoli an; die Eroberung scheitert jedoch nach monatelanger Schlacht. Daraufhin bereiten die Briten Angriffe auf die arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs vor.

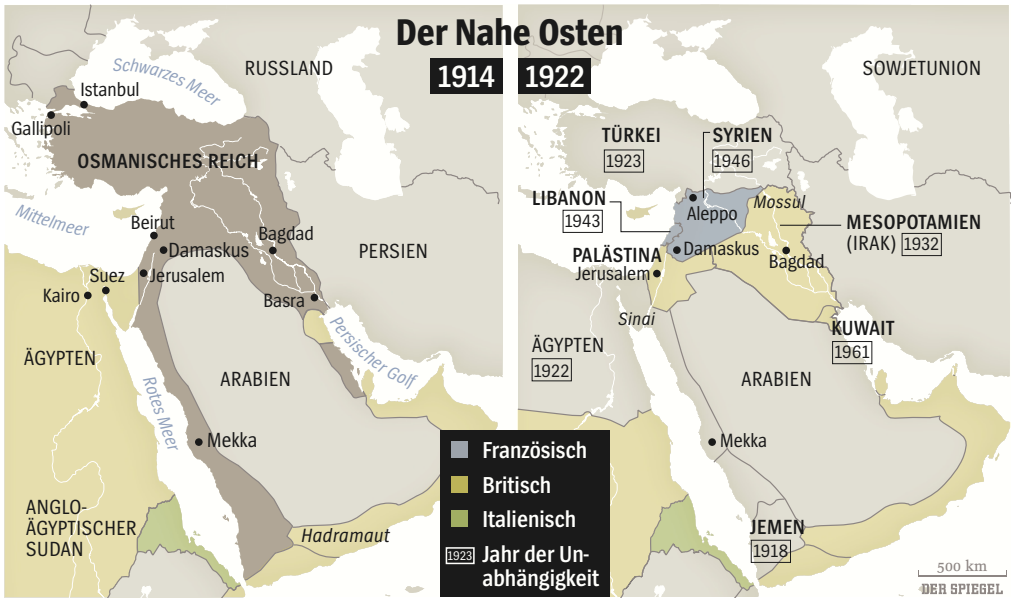
**Oktober 1915**
Sir Henry McMahon, der britische Hochkommissar in Ägypten, sagt dem Scherifen von Mekka die Unterstützung im Konflikt mit den Türken und die Gründung eines unabhängigen Araberstaats zu. Die Franzosen werden von den Briten über diese Zusage nicht informiert.

**16. Mai 1916**
Briten und Franzosen besiegeln das geheime Sykes-Picot-Abkommen, in dem sie ihre Einflusssphären im Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg festlegen. Den Arabern enthalten die Briten dieses Abkommen vor.



ALBERT SAMAMA-CHIKLI/M. CULTURE/A

1914 • 1915 • 1916




schen Reiches und die Neuordnung seiner arabischen Provinzen zielt.

Die Araber erfüllen ihren Teil der Abmachung. Im Juni 1916 beginnen sie ihren Aufstand gegen die Osmanen, der den Vormarsch der britischen Truppen vom Sinai über Jerusalem bis Damaskus entscheidend stützt. Militärisch inspiriert werden sie vom britischen Archäologen und Agenten Thomas Edward Lawrence, der später unter dem Namen „Lawrence of Arabia“ berühmt wird.

Die Briten spielen aber nicht mit offenen Karten. Die Revolte der Araber, schreibt Lawrence schon Anfang 1916 in einem Geheimpapier, werde dem Empire von Nutzen sein, „weil sie unserem unmittelbaren Ziele dient, den islamischen ‚Block‘ aufzulösen und das Osmanische Reich zu besiegen“. An einen geeinten arabischen Nationalstaat, von dem Hussein und seine Söhne träumen, denken die Briten keineswegs. „Die (vom Scherifen) in der Nachfolge der Türken gegründeten Staaten wären für uns harmlos“, schreibt Lawrence. „Die Araber sind noch unsteter als die Türken. Richtig behandelt, würden sie über das Stadium eines politischen Mosaiks nicht hinauswachsen, ein Gewebe kleiner, eifersüchtiger Fürstentümer, unfähig zum Zusammenhalt.“

Wichtiger als ihre arabischen Waffenbrüder sind den Briten die Franzosen, mit deren Soldaten sie zusammen an der europäischen Front stehen und unerhörte Opfer bringen. „Die Freundschaft Frankreichs“, sagt der britische Premier David Lloyd George später zu seinem französischen Kollegen Georges Clemenceau, „ist uns zehn Syrien wert.“ Frankreich ist eine Kolonialmacht, die seit langem Anspruch auf die zum Teil christlich bevölkerten arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs erhebt. Großbritannien würde die Region lieber allein kontrollieren, doch vom gemeinsamen Gegner Deutschland bedroht, ist London bereit, die zu erwartende Beute zu teilen.

Noch während McMahon Briefe mit dem Scherifen Hussein wechselt, handelt der britische Abgeordnete Sir Mark Sykes mit dem französischen Diplomaten François Georges-Picot ein Abkommen aus, das dem Geist dieses Briefwechsels grundsätzlich widerspricht. Es teilt die noch verbliebenen arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches so auf, dass die Gebiete im Norden an Frankreich und die im Süden an die Briten fallen. „Ich würde eine Linie ziehen, die vom ‚e‘ in Acre (Akko) bis zum letzten ‚k‘ in Kirkuk reicht“, sagt Sykes, als er den Pakt Ende 1916 am Kartentisch in 10 Downing Street erläutert.

Das Sykes-Picot-Abkommen ist ein ungeniert imperialistisches Dokument. Es nimmt keine Rücksicht auf die Wünsche der betroffenen Bevölkerung, setzt sich willkürlich über die ethnischen und konfessionellen Grenzen der arabischen und kurdischen Welt hinweg und beschwört damit Konflikte herauf, welche die Region noch hundert Jahre später plagen werden. „Selbst unter den Maßstäben der Zeit“, schreibt James Barr, sei es „ein schamlos eigennütziger Pakt“.

Ein Hauch schlechten Gewissens durchweht denn auch die Diskussionen um den zunächst geheimen Vertrag. An dessen Durchsetzung als Gründungsdokument des modernen Nahen Ostens ändert das nichts, im Gegenteil. Als im November 1917 die Bolschewiken die provisorische Regierung stürzen und unter anderen Geheimverträgen auch das Sykes-Picot-Abkommen öffentlich machen, sind die Briten bereits eine weitere Verpflichtung eingegangen – von der sie weder den Arabern noch den Franzosen etwas erzählt haben.

Am 2. November 1917 hat Außenminister Arthur James Balfour der zionistischen Föderation in London „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ zugesagt. Mehrere Motive bewegen die Briten dazu, den verfolgten Juden ein Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen und ihnen dafür ein Stück aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches in Aussicht zu stellen. Eines der wichtigsten ist die mit jedem Kriegsjahr lauter werdende Kritik am Imperialismus. Nicht dass die Imperialisten im britischen Kabinett diese Kritik teilten – aber sie stört sie, zumal die Kritik mit der Wiederwahl des US-Präsidenten Woodrow Wilson im November 1916 einen prominenten Fürsprecher gewonnen hat.

„Jedes Volk sollte frei sein, sein eigenes Schicksal zu bestimmen“, sagt er im Januar 1917 vor dem Kriegseintritt der USA. Wilson kennt das Sykes-Picot-Abkommen zu diesem Zeitpunkt nicht, aber die



Ministerpräsident Aristide Briand (M.), muslimische Verhandlungsführer 1916 in Paris

**11. März 1917**
Die Briten nehmen Bagdad ein, am Jahresende auch Jerusalem.

**2. November 1917**
Der britische Außenminister Arthur James Balfour verspricht, das jüdische Volk bei der Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ in Palästina zu unterstützen.

**30. Oktober 1918**
Mit dem Waffenstillstand von Mudros wird das Osmanische Reich, mit Ausnahme Anatoliens, unter Briten, Franzosen und ihren Partnern aufgeteilt.

**April 1920**
Auf der Konferenz von San Remo erhält Frankreich ein Mandat für Syrien und den Libanon, Großbritannien das für Mesopotamien, den späteren Irak. Palästina wird Mandat des Völkerbunds, der es 1922/23 den Briten überträgt. In der heutigen Türkei müssen die Siegermächte ihre Beschlüsse von 1920 zurücknehmen: Hier gründet Mustafa Kemal, der spätere Atatürk, die Türkische Republik.

1917 • 1918 •



UNITED ARCHIVES / IMAGO

**Agent Lawrence (l.)***
„Den islamischen ‚Block' auflösen"

Briten ahnen, dass sie es ihrem neuen Alliierten irgendwann werden offenbaren müssen. Die Balfour-Erklärung ist auch ein Versuch, der zu erwartenden Reaktion der Amerikaner auf ihre eigenmächtige Neugestaltung des Nahen Ostens vorzubeugen.

Unterdessen schaffen die Briten – mit Hilfe der Araber – militärische Fakten. Sie rücken unter starker Gegenwehr der Osmanen und der Deutschen über den Sinai und Palästina nach Damaskus vor; zugleich marschieren sie den Euphrat hinauf nach Bagdad und besetzen das Zweistromland. Mehr als anderthalb Millionen Soldaten sind von 1915 bis 1918 im Nahen Osten im Einsatz, mehrere hunderttausend fallen – nicht eingerechnet die etwa eine Million Armenier, die im Osmanischen Reich getötet werden oder verhungern.

Im Oktober 1918 endet der Erste Weltkrieg am östlichen Mittelmeer mit dem Waffenstillstand von Mudros. Das Osmanische Reich ist geschlagen und wird, abgesehen von Anatolien, unter den Siegern und ihren Partnern aufgeteilt. Dem Nahen Osten wird jener Friede aufgedrückt, „der jeden Frieden beendet" – für ein ganzes Jahrhundert.

Als US-Präsident Wilson Anfang 1919 bei den Friedensverhandlungen in Paris mit dem britischen Premier Lloyd George und dessen französischem Kollegen Clemenceau zusammentrifft, wird er Zeuge eines für ihn unerwarteten Schauspiels. Die Führer der beiden Siegermächte sind tief zerstritten und liefern einander, sekundiert von ihren Außenministern, ein schneidendes Rededuell um die Zukunft des Nahen Ostens. Die Franzosen bestehen darauf, das Mandat für den heutigen Libanon, aber auch für die Gebiete bis zum Tigris zu übernehmen; die Kontrolle über das dem heutigen Syrien entsprechende Land hatten sie sich im Sykes-Picot-Abkommen zuschreiben lassen.

Die Briten, die über ihr eigenes Mandat in Palästina nachdenken und soeben genauere Nachrichten über den immensen Ölreichtum des benachbarten Mesopotamien erhalten haben, stellen sich quer. Frankreich ein Mandat für Syrien zu geben widerspräche den Zusagen, die man am Anfang des Krieges den Arabern gemacht habe. Im Übrigen habe das Empire den Krieg im Nahen Osten mit fast einer Million Soldaten und 125 000 Toten und Verwundeten praktisch im Alleingang geführt. „Ohne England gäbe es gar keine syrische Frage", sagt Lloyd George.

Da schaltet sich Präsident Wilson ein. Die einzige Möglichkeit herauszufinden, ob die Bewohner Syriens ein französisches und die Palästinas und Mesopotamiens ein britisches Mandat akzeptierten, sei, „die Wünsche der Bevölkerung in diesen Gebieten zu ermitteln". Es ist ein ebenso schlichter wie naheliegender Gedanke. Zwei Monate lang reisen der Chicagoer Geschäftsmann Charles Crane und der US-Theologe Henry King durch den Nahen Osten und interviewen Hunderte arabischer Notabeln und Petitionäre. Obwohl Briten und Franzosen ihre Mission zu beeinflussen suchen, wo sie nur können, ist deren Befund völlig eindeutig: Die lokale Bevölkerung will kein französisches Mandat in Syrien und kein britisches in Palästina; dass die Amerikaner sich in Mesopotamien umhören, haben die Briten erfolgreich verhindert.

Im August legen King und Crane ihren Bericht vor: Sie empfehlen ein Mandat über ein vereinigtes Syrien und Palästina, das von den neutralen USA und nicht von den europäischen Kolonialmächten übernommen werden solle. Husseins Sohn Faisal, den sie als „herausragende Persönlichkeit" beschreiben, möge Oberhaupt dieses Araberstaates werden.

Der bis heute nur Spezialisten bekannte King-Crane-Bericht ist in der Rückschau eine der großen und vergebenen Chancen in der Geschichte des Nahen Ostens. Auf Druck der Briten und Franzosen und wegen der schweren Erkrankung Präsident Wilsons im September 1919 wird der Bericht archiviert und erst drei Jahre später veröffentlicht. Unterdessen einigen sich Paris und London auf eine Neugestaltung des Nahen Ostens, die den Empfehlungen Kings und Cranes diametral widerspricht: Frankreich teilt sein Mandatsgebiet in die Staaten Libanon und Syrien auf; Großbritannien übernimmt das Mandat über Mesopotamien, dem es später den Namen Irak gibt, verleibt sich zuvor aber noch die ölreiche Provinz Mossul ein. Zwischen Syrien, dem Irak und ihrem Mandatsgebiet Palästina richten sie einen Pufferstaat namens „Transjordanien" ein.

Anstelle des einen arabischen Nationalstaats, den die Briten dem Scherifen Hussein in Aussicht gestellt haben, teilen die Siegermächte den Nahen Osten zunächst in vier Staaten auf, die aufgrund ihres geografischen Zuschnitts und ihrer ethnischen und konfessionellen Struktur bis heute zu den am schwierigsten regierbaren der Welt gehören.

Und sie wissen, was sie tun. Als kurz vor Abschluss der Verträge die Frage aufkommt, wo genau eigentlich die Nordgrenze Palästinas – und mithin des späteren Israel – verlaufen solle, schreibt ein Berater aus London an den britischen Pre-

## Pulverfass Nahost

Bewaffnete Konflikte nach 1918

**1936–1939**
Ein Generalstreik in Palästina entwickelt sich zu einem **arabischen Aufstand.**

**1948/49 Erster Arabisch-Israelischer Krieg**
Nach der Unabhängigkeitserklärung Israels am 14. Mai greifen die Armeen Ägyptens, Libanons, Transjordaniens, Syriens und des Iraks den jüdischen Staat an.

**1956/57 Suez-Krise**
Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Nasser. Israel besetzt daraufhin, unterstützt von London und Paris, den Gaza-Streifen und den Sinai, muss sich aber auf Druck der Supermächte bis März 1957 wieder zurückziehen. Der Einfluss der USA in der Region nimmt zu.

**1967 Sechstagekrieg**
Um einem Angriff mehrerer arabischer Staaten zuvorzukommen, beschließt Israel einen Präventivschlag und besetzt Westjordanland, Gaza-Streifen, Sinai, Golanhöhen und Ostjerusalem. Die arabischen Truppen erleiden eine totale Niederlage.

**1973 Jom-Kippur-Krieg** *(Oktoberkrieg)*
Der Überraschungsangriff der ägyptischen und der syrischen Armee auf Israel endet mit einem von der Uno vermittelten Waffenstillstand.

**1980–1988 Iran-Irak-Krieg** *(Erster Golfkrieg)*
Nach der „Islamischen Revolution" 1979 greift Saddam Hussein Iran an. Der Krieg endet ohne Sieger.

**1991 Erster Irak-Krieg** *(Zweiter Golfkrieg)*
Nach der gewaltsamen Annexion Kuwaits durch den Irak befreit eine von den USA angeführte Koalition das Emirat. Aufstände irakischer Schiiten und Kurden werden durch Saddam blutig niedergeschlagen.

**2003 Zweiter Irak-Krieg** *(Dritter Golfkrieg)*
Der Einmarsch einer US-geführten Koalition ohne Uno-Mandat in den Irak führt zum Sturz Saddams und entfesselt einen konfessionellen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten.

DER SPIEGEL

* Mit Faisal I. (auf dem Beifahrersitz) und arabischen Kämpfern im März 1918 in der Nähe von Akaba am Roten Meer.

mier Lloyd George: „Die Wahrheit ist, dass jede Teilung Arabiens zwischen Aleppo und Mekka unnatürlich ist. Strategische Überlegungen sind der beste Ratgeber.“ Am Ende entscheiden ein britischer General und ein Direktor der Anglo-Persian Oil Company über den genauen Grenzverlauf.

Nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch in Europa werden nach dem Ersten Weltkrieg Grenzen gezogen, mit denen sich die Völker nicht abfinden mögen. Doch drei Faktoren führen im Nahen Osten zu fatalen und langfristigen Konsequenzen.

Erstens: Anders als viele Europäer, die spätestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts nationales Bewusstsein und eigene politische Klassen etabliert haben, reißt der Erste Weltkrieg die Araber aus dem Schlaf der Geschichte. Die Osmanen hatten ihre nahöstlichen Provinzen vergleichsweise zurückhaltend, aber auch ohne jeden Gestaltungswillen regiert. Sie hatten nichts getan, um dort intellektuelle oder ökonomische Eliten heranzubilden. Keimte dennoch irgendwo nationales Selbstbewusstsein, so wurden seine Repräsentanten verbannt oder kurzerhand exekutiert. Mit diesem Erbe belastet, starten die Menschen des Nahen Ostens in das 20. Jahrhundert, und der vormoderne Staatsbegriff ihrer Religion erschwert ihre politische Organisation zusätzlich.

Zweitens: Die Willkür, mit der Frankreich und Großbritannien die ehemaligen arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches neu ordnen, hinterlässt ein Trauma der Verschwörung, das sich über die folgenden Jahrzehnte zu einer Obsession auswächst. Bis heute hält sich die Legende, der rätselhafte Knick der Wüstengrenze zwischen Saudi-Arabien und Jordanien rühre daher, dass jemand den Kolonialminister Winston Churchill angerempelt habe, als er am Kartentisch seine Linie zog. Das Gerücht ist absurd – doch so ähnlich haben Sykes und Picot, Lloyd George und Clemenceau die Region ja tatsächlich filetiert.

Drittens: Anders als in Europa löst sich die Spannung, die der untaugliche Friede in der arabischen Welt hinterlässt, nicht in einer einzigen Eruption. Im Zweiten Weltkrieg ist der Nahe Osten nur ein Nebenkriegsschauplatz.

Doch die ungelösten Konflikte des Ersten und die aus der europäischen Katastrophe herüberschwappenden Folgen des Zweiten Weltkriegs – die Gründung Israels, der Kalte Krieg und der Wettlauf um die Ressourcen am Persischen Golf – werden zu einer historischen Last, die den Nahen Osten in einen nicht enden wollenden Krieg verstrickt. Er ist bis heute, knapp hundert Jahre nach dem Sommer von 1914, nicht vorüber. ◆





**Anzac-Day-Parade in Sydney 2013, australische Soldaten auf Gallipoli 1915:** „Aus der Katastrophe heraus gaben sie unserer jungen Nation ein Gefühl für

# „Der Geist lebt!“

Ihren ersten großen Kriegseinsatz feiern die Australier heute als Gründungsmythos der Nation – obwohl sie 1915 auf der türkischen Halbinsel Gallipoli eine verheerende Niederlage erlitten.

Fast 15 000 Kilometer ist Ken Steward geflogen, von Sydney nach Istanbul. Dort hat er sich zwei Tage in einem Hotel ausgeruht und ist dann in einen Bus gestiegen, der ihn in sechsstündiger Fahrt an die Spitze der türkischen Halbinsel Gallipoli gebracht hat. Nun, am Ziel seiner Reise, steht der 76-Jährige auf einem kleinen Friedhof am Strand, nimmt seine Mütze ab und seufzt: „Hier ist er also angekommen, hier ging es los.“

Er – das war der Bruder seines Vaters, ein australischer Soldat, der am 25. April 1915 gemeinsam mit 12 000 Kameraden an der Westküste Gallipolis aus den Landungsbooten sprang.

Stewards Onkel kam mit dem Leben davon, doch Tausende andere Soldaten starben fern der Heimat. Sie wurden Opfer des ersten großen Kriegseinsatzes der noch jungen australischen Nation. Ihr türkisches Abenteuer endete in einem Desaster. Das Gedenken daran erfuhr indes eine ungewöhnliche Metamorphose: Die Schlacht von Gallipoli gilt vielen Australiern bis heute als Ausweis besonderer militärischer Tüchtigkeit.

Tausende pilgern jährlich an den Ort des Geschehens, darunter immer mehr junge Leute. Den Jahrestag der Landung auf der Halbinsel begehen sie in Sydney, Perth und anderswo mit festlichen Gottesdiensten, bunten Paraden und lautem Tschingderassabum. Es ist der wichtigste offizielle Feiertag – seit 2008 gar in einer besonderen Variante: Fällt der 25. April auf ein Wochenende, ist eben am darauffolgenden Montag frei.

Der letzte Gallipoli-Veteran starb 2002, doch im Gedenken leben die Teilnehmer als Helden fort. „Aus der Katastrophe heraus gaben sie unserer jungen Nation ein Gefühl für Identität und einen Platz in der Welt“, sagt Brendan Nelson, Direktor des Kriegsmuseums in Canberra.

Der Australische Bund bestand gerade 13 Jahre, als Großbritannien 1914 in den Krieg eintrat – und die ferne Ex-Kolonie als Dominion sogleich Gefolgschaft versicherte. Viele Australier sahen eine gute Gelegenheit, aktiv an der Seite Englands zu kämpfen und damit sowohl Eigenständigkeit als auch Bündnistreue zu beweisen.

An Freiwilligen fehlte es nicht: Junge, abenteuerlustige Männer stürmten die Rekrutierungsbüros. Vergleichbares geschah in Neuseeland, und so formierte sich innerhalb weniger Wochen eine gemeinsame Armee, das „Australian and New Zealand Army Corps“, kurz Anzac.

Im Herbst 1914 wurden erste Truppen Richtung Europa verschifft. Sie sollten bei der Eroberung Gallipolis helfen, einer langgestreckten Landzunge im Ägäischen Meer. Von dort aus lässt sich die Meerenge der Dardanellen kontrollieren, eine zum Teil nur 1,4 Kilometer schmale Lücke zwischen Europa und Asien.

Die strategisch wichtige Wasserstraße führte nach Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, damals Hauptstadt des Osmanischen Reichs. Die Alliierten wollten die Durchfahrt zum Schwarzen Meer erzwingen und so eine schnelle und eisfreie Verbindung zu Russland herstellen.

Mitte März hatten britische und französische Kriegsschiffe bereits einen Durchbruch versucht, waren aber kläglich gescheitert: Zu leicht war die Meerenge von beiden Seiten mit Kanonen zu sichern. Außerdem hatten die Türken einen dichten Minengürtel im Wasser gelegt.

Nun also sollte es auf dem Landweg gelingen. Ausgeheckt hatte den Plan Winston Churchill, Erster Lord der Admiralität des Britischen Empire. Der Einsatz war umstritten, zumal sich die vorgesehenen Invasionstruppen starken feindlichen Kräften in unwirtlichem Gelände gegenübersehen würden.

Doch Churchill setzte sich durch, und so landeten in den frühen Morgenstunden des 25. April 1915 britische, französische,



JAMES CROUCHER / NEWSPIX / ACTION PRESS (L.); MARY EVANS / INTERFOTO (R.)

Identität“

australische und neuseeländische Einheiten auf Gallipoli. Die Anzac-Truppen stiegen in einer Bucht an der Westküste aus.

Ob veraltete Karten oder schlampige Navigation: Es war der falsche Ort, ein paar Kilometer vom eigentlichen Ziel entfernt. Erwartet hatten die Invasoren langsam ansteigendes Gelände, hier aber erhoben sich gleich hinter dem schmalen Strandstreifen schroffe Hänge bis hinauf zu einem Plateau. Dort hatten die osmanischen Verbände Position bezogen.

Und während die Anzac-Soldaten an das steinige Ufer wateten oder sich durch dorniges Gestrüpp auf die Anhöhe kämpften, wurden sie von oben mit Mörsern und Gewehren beschossen. Nicht weit vom Meer entfernt mussten sie sich bereits eingraben und Schutzwälle bauen. Jene, die es weiter landeinwärts geschafft hatten, irrten in zerklüftetem Terrain umher.

Unter großen Verlusten kamen die Invasoren zwar etwas voran, doch die Gegner unter dem Kommando von Mustafa Kemal, der als Atatürk später Karriere machen und zum Gründungsvater der modernen Türkei aufsteigen sollte, ließen kaum Geländegewinne zu.

Beide Seiten verbarrikadierten sich in Schützengräben, oft nur wenige Meter voneinander entfernt. Handgranaten wurden bisweilen hin- und hergeworfen, bevor sie ihre tödliche Mission erfüllten. Bald lagen Tausende Leichen im schmalen Niemandsland. Wie an der Westfront verharrten die Gegner monatelang im zermürbenden Stellungskrieg.

Bis das britische Oberkommando sich eingestehen musste, diesen Feldzug nicht gewinnen zu können, wurde es Dezember. Sechs Tage vor Heiligabend begannen die Alliierten endlich mit ihrem Abzug und beendeten eine der sinnlosesten und blutigsten Schlachten des Ersten Weltkriegs. Churchill war bereits vorher von seinem Posten zurückgetreten.

Rund 130 000 Gefallene liegen in der Erde Gallipolis, darunter mehr als 11 000 Anzac-Soldaten. 31 Friedhöfe und etliche Gedenkstätten erinnern auf einem als Nationalpark gepflegten Terrain an sie.

Vielen Menschen Down Under ist bis heute nicht klar, dass der erste bedeutende militärische Einsatz ihres Landes eine verheerende Niederlage war. Und obwohl im Verlauf des Weltkriegs später mehr Australier an der Westfront in Frankreich fielen und obwohl es dort für sie auch militärische Erfolge gab, gilt der Tag, an dem die Anzac-Truppen auf jener Halbinsel in der Ägäis landeten, der Nation als Pfeiler ihres Gründungsmythos.

„Schwer zu sagen, warum genau Gallipoli so wichtig für Australier geworden ist“, so der prominente Historiker und Autor Jonathan King, „aber es hat gewiss etwas mit den scharf zensierten Zeitungsberichten von der Front zu tun, die das blutige Desaster als ein heroisches Bravourstück malten.“ Heimische Gazetten überboten sich in Patriotismus und Begeisterung für die „Diggers“, wie man die Soldaten nannte. Als „herrlichste Heldentat in diesem Krieg“ bejubelte der „Sydney Morning Herald“ die Landung auf der türkischen Halbinsel.

Als die Wahrheit ans Licht kam, die vielen Opfer beklagt wurden und die Niederlage eingestanden werden musste, war es zu spät: Die Legende von einem ruhmreichen Feldzug war längst in der Welt. Schon Anfang 1916 diskutierte die Öffentlichkeit ernsthaft darüber, die geplante neue Hauptstadt nicht Canberra, sondern Anzac zu nennen.

„Sie starben, damit wir in Frieden leben können“, lernten bald die Schüler aus ihren Büchern, und als 1983 die Segelyacht des Multimillionärs Alan Bond den America’s Cup gewann, rief Bond begeistert: „Dies ist Australiens größter Sieg seit Gallipoli!“ Als der konservative Premierminister John Howard 2004 die australischen Truppen im Irak besuchte, lobte er die Soldaten: „Eure Werte gehören zu der großen und alten Tradition, die 1915 an den Stränden von Gallipoli geformt wurde.“

Heute feiern in nahezu allen australischen Städten Hunderttausende Menschen den 25. April als Anzac-Day, ein Akt der nationalen Selbstvergewisserung. Den Auftakt macht dabei stets der „dawn service“, eine Veranstaltung mit Ansprachen, Gebeten und Nationalhymne im Morgengrauen zu jenem Zeitpunkt, an dem die Truppen an der türkischen Küste landeten – um 4.30 Uhr in der Früh. „Wer die Australier verstehen will, muss uns am Anzac-Day beobachten“, sagte Premierministerin Julia Gillard vergangenes Jahr.

Einen neuen Höhepunkt werden die Feierlichkeiten erfahren, wenn sich 2015 der Tag zum hundertsten Mal jährt. Erinnern will man dann nicht nur an die im fernen Europa Gefallenen, sondern auch an alle anderen Männer und Frauen, die seither für den fünften Kontinent an militärischen Aktionen beteiligt waren, sei es in Vietnam, im Irak oder in Afghanistan.

Nahezu jede Gemeinde wird eigene Volksfeste organisieren, Straßen schmücken und Plätze nach Kriegshelden benennen. Hinzu kommen offizielle Staatsakte und Gottesdienste – mehr als 90 Millionen Euro lässt sich die Regierung in Canberra den Spaß kosten. „Der 100. Jahrestag von Anzac wird eine der herausragendsten Gedenkveranstaltungen, die wir jemals erleben werden“, verspricht das Festkomitee in Canberra, „100 Jahre Anzac – der Geist lebt!“ lautet das offizielle Motto.

Der Nationalpark auf Gallipoli erwartet einen Besucheransturm. Um ein Chaos zu verhindern, haben sich Australien, Neuseeland und die Türkei darauf geeinigt, lediglich 10 500 Menschen die Teilnahme am „dawn service“ zu erlauben. Die Plätze werden ausgelost, bis Ende Januar läuft die Bewerbungsfrist.

Hans-Ulrich Stoldt

**Lesen Sie im nächsten Heft:**
**Warum das Ende des Ersten Weltkriegs zum Auftakt für den Zweiten wird. Die Hyperinflation von 1923 prägt bis heute die Angst vor Geldentwertung.**



Einkaufszentrum in Frankfurt am Main

DIETMAR SCHERF

KONJUNKTUR

# Schnelleres Wachstum

Die Bundesregierung sieht die Konjunkturentwicklung optimistischer als noch im Herbst. Die Experten von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) wollen ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr auf 1,8 Prozent anheben. Vor einigen Monaten rechneten sie mit einem Plus von 1,7 Prozent. Die Zahl wird noch mit dem Bundeskanzleramt sowie den Ministerien für Finanzen und für Arbeit abgestimmt und soll im neuen Jahreswirtschaftsbericht veröffentlicht werden. Im nächsten Jahr werde die Konjunktur weiter an Tempo gewinnen, erwarten die Regierungsexperten. Sie rechnen für 2015 mit einem Wachstum von zwei Prozent. Dieser Wert wird nicht veröffentlicht und nur intern verwendet. Dank des anziehenden Wachstums dürfte sich auch die Arbeitsmarktlage weiter verbessern. Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten in beiden Jahren die Schwelle von 42 Millionen deutlich überschreitet.

FREIHANDEL

# „Auf den Prüfstand“

Die Entscheidung der EU-Kommission, die Verhandlungen mit den USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen teilweise auszusetzen, geht auch auf Druck mehrerer EU-Staaten zurück. Im Rahmen der geplanten Freihandelszone sollen Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, sofern sie sich durch die Gesetzgebung in einem Land bei ihren Investitionen geschädigt fühlen. Einige EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, sehen keine Notwendigkeit, im Vertrag mit den USA eine entsprechende Sondergerichtsbarkeit einzubauen. Andere Mitglieder im EU-Rat beklagen, dass unklar sei, wer im Fall der Fälle zahle – das verklagte Land oder die gesamte EU. Die Kommission hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die Verhandlungen über die sogenannten Investitionsschutzklauseln für drei Monate auszusetzen. Kritiker wie die Lobbyisten-Watchgroup Corporate Europe Observatory fürchten, die Auszeit solle auch dazu dienen, das Thema aus dem bevorstehenden Europawahlkampf herauszuhalten. Der Grünen-EU-Abgeordnete Martin Häusling fordert deshalb: „Es reicht nicht, nur die Verhandlungen zum Investitionsschutz auszusetzen. Der ganze Prozess muss auf den Prüfstand.“

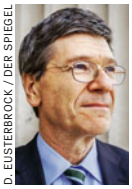



Demonstranten in Berlin

PETER HOMANN

SD13-107

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT


D. EUSTERBROCK / DER SPIEGEL

# „Deutschland ist der Goldstandard“

*US-Ökonom Jeffrey Sachs, 59, auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum über Europas Rezepte gegen die Krise*

**SPIEGEL:** Herr Sachs, vor allem US-Ökonomen fürchten, die von Deutschland verordnete Sparpolitik verschärfe die Krise in Südeuropa. Zu Recht?
**Sachs:** Ich misstraue diesen Slogans. Nehmen Sie das Beispiel Frankreich: Es ist dort absolut notwendig, das Rentensystem zu beschneiden. Es ist zu großzügig, die Renten machen einen zu großen Anteil der Wirtschaftsleistung aus. Aber Einschnitte dürfen nicht zu Lasten der wirklich Benachteiligten gehen, etwa arbeitsloser Jugendlicher.
**SPIEGEL:** Die Jugendlichen leiden besonders unter der Krise. Was tun?
**Sachs:** Deutschland ist der Goldstandard, wenn es darum geht, jungen Leuten von der Schule in den Arbeitsmarkt zu helfen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist niedrig, das duale Ausbildungssystem funktioniert. Es wäre sehr hilfreich, Elemente dieses Konzepts in anderen Ländern zu kopieren.
**SPIEGEL:** Derzeit versuchen die Regierungen eher, im Kampf gegen die Krise die Finanzindustrie zu stützen; eine Politik, die vor allem den Reichen nutzt. Trügt der Eindruck, dass die Ungleichheit in der Welt zunimmt?
**Sachs:** So pauschal stimmt das nicht. Die Wirtschaft in den unterentwickelten Ländern ist zuletzt im Schnitt schneller gewachsen als in den Industrienationen, die Kluft zwischen reichen und armen Ländern ist kleiner geworden. Doch zugleich hat sich innerhalb der meisten großen Volkswirtschaften die Schere zwischen Reich und Arm geöffnet.
**SPIEGEL:** Woran liegt das?
**Sachs:** Der technologische Wandel macht viele Jobs überflüssig, vor allem zu Lasten gering qualifizierter Arbeitnehmer. Die Globalisierung führt dazu, dass auch in Industrienationen für viele Tätigkeiten keine Löhne mehr gezahlt werden, die zum Überleben reichen. Doch es gibt auch politische Gründe für die wachsende Ungleichheit.
**SPIEGEL:** Welche meinen Sie?
**Sachs:** Ein extremes Beispiel ist Amerika. In den USA richtet sich das politische System sehr stark an den Interessen der Reichen aus. Das ist kein Wunder, schließlich finanzieren sie die Parteien und Wahlkämpfe. Die USA sind zu einer sehr korrumpierten Demokratie verkommen. Der Einfluss des Geldes auf die Politik ist seit der Finanzkrise wahrscheinlich sogar noch gewachsen.
**SPIEGEL:** Trotzdem sind viele Ökonomen davon überzeugt, dass die USA auch in sozialer Hinsicht besser aus der Krise gekommen sind als viele europäische Länder. Stimmen Sie zu?
**Sachs:** Nein, in Europa sind die sozialen Sicherungssysteme besser entwickelt, das Ausmaß der Armut ist geringer, die politischen Prozesse funktionieren. Aber die Schuldenkrise hat auch dort die Ungleichheit verschärft.

BAYERNLB

# Angriff der Verteidigung

Der Deutsche Bankenverband muss bis Dezember an zwei Tagen pro Woche auf die Anwesenheit seines Hauptgeschäftsführers Michael Kemmer verzichten. So lange soll der Prozess gegen ihn und sechs weitere Ex-Vorstände der BayernLB dauern, der an diesem Montag vor dem Landgericht München beginnt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen Untreue beim Kauf der Kärntner Skandalbank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) vor. Einige Beschuldigte und ihre Anwälte wollen unter anderem die Annahme der Ermittler angreifen, wonach der Vorstand der Staatsbank unter dem damaligen Vorsitzenden Werner Schmidt den Verwaltungsrat arglistig täuschte, um dessen Zustimmung zu dem angeblich überteuerten Erwerb der HGAA zu bekommen. Mit diesem Argument begründen die Staatsanwälte auch, warum sie gegen die Aufseher erst gar nicht vorgehen, darunter auch CSU-Granden. Die Ermittler behaupten, die zentrale Tischvorlage für den Verwaltungsrat zur Übernahme der HGAA sei bewusst frisiert worden, um Risiken zu kaschieren und den möglichen Kaufpreis nach oben zu treiben. Die Ex-BayernLB-Manager bestreiten das – unter Berufung auf dasselbe Papier. Es enthalte alle wichtigen Zahlen und Fakten.


GOTTSCHALK/DDP IMAGES/DAPD

**Kemmer**



JOCHEN ZICK / ACTION PRESS

Montage eines Windrads in Mecklenburg-Vorpommern

ENERGIE

# Die große Flaute

**Nach der Pleite der Öko-Firma Prokon zittern bundesweit Windstrom-Investoren um ihr Geld. Eine Branchenanalyse zeigt: Mindestens die Hälfte der Projekte, in die Sparer mit dem Versprechen auf hohe Rendite gelockt wurden, läuft schlecht.**

Drei Übertragungswagen, zehn Kamerateams, rund 50 Journalisten: An Aufmerksamkeit mangelte es Carsten Rodbertus nicht, als er vergangenen Donnerstag in der schleswig-holsteinischen Provinz in Jeanshemd und mit Firmenblouson eine Montagehalle seiner Firma Prokon betrat – und der Ökounternehmer mit dem grauen Zopf erfüllte die Erwartungen. Die Pressekonferenz geriet zum Spektakel.

Mehrere hundert Mitarbeiter begrüßten Rodbertus mit Applaus und Bravorufen – obwohl er einen Insolvenzverwalter mitgebracht hatte.

Doch im Grunde sei die Firma gesund, so die Botschaft des Ökogurus, „zwölf Tage am Stück, zwölf Stunden am Tag“ habe die Belegschaft zuletzt geackert, um eine Pleite zu verhindern.

Dass es nicht gelang, die Firma zu retten, ist in Rodbertus’ Welt vor allem Schuld der Anleger, die insgesamt 1,4 Milliarden Euro in die Firma gesteckt haben. Sie fordern nämlich derzeit in Scharen ein, was er ihnen einst versprochen hat: mindestens sechs Prozent Zinsen pro Jahr oder eine Rückzahlung des Kapitals, wenn sie den Vertrag kündigen. Vergangene Woche musste Prokon deshalb vorläufig Insolvenz anmelden. 75 000 Sparer bangen um ihr Geld.

Es ist eine der spektakulärsten Pleiten eines Geschäftsmodells, von dem sich Politiker und Geldanleger einen doppelten Gewinn versprachen: Wer sein Geld in Windparks anlegt, so lautete die Losung, hilft gleichzeitig der Umwelt und dem eigenen Kontostand. Und weil der Staat 20 Jahre lang feste Fördersätze garantiert, erschien vielen Bürgern die Verheißung der Anlagebranche durchaus plausibel: auf sichere Weise satte Rendite machen, und das mit gutem Gewissen.

Doch nun mehren sich die Anzeichen, dass der grüne Kapitalismus nicht alle Hoffnungen erfüllen kann. Bei Gerichten in ganz Deutschland stapeln sich Klagen von Windpark-Anlegern, die seit Jahren keine Ausschüttungen mehr aus ihrem Investment gesehen haben oder deren

Parks schlicht pleite sind. Verbraucherschützer klagen, dass viele Projekte falsch konstruiert und undurchsichtig gemanagt sind. Und in der Ökostrom-Branche grassiert die Angst, dass nach der Prokon-Pleite und den jüngsten Energiewendeplänen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel immer weniger Anleger in Windparks investieren wollen.

Das gilt vor allem für jene große Zahl an Projekten, die nach dem Investorenmodell der sogenannten geschlossenen Fonds organisiert sind. Sie sind in der Regel auf eine Laufzeit von 20 Jahren angelegt, werden von einem begrenzten Kreis von Anlegern gespeist und versprechen jährlich Auszahlungen.

Doch neue Zahlen, zusammengetragen und über Jahre hinweg ausgewertet, belegen nun, was geprellte Anleger schon lange vermuteten: Bei rund der Hälfte dieser kommerziellen Windpark-Gesellschaften laufen die Geschäfte derart schlecht, dass die Anleger froh sein können, wenn sie nach der üblichen Laufzeit von 20 Jahren ihr Kapital zurückbekommen.

Das jedenfalls ist das Ergebnis einer Auswertung von 1150 Jahresabschlüssen, die Werner Daldorf, Vorstandsvorsitzender im Anlegerbeirat des Bundesverbandes Windenergie, im Laufe von etlichen Jahren gesammelt hat. Daldorf ist eigentlich Steuerberater, ein typischer noch dazu: zurückhaltend, akribisch, mit randloser Brille und braunem, gescheiteltem Haar. Seit 1990 fungiert der 63-Jährige als Berater bei Windenergie-Projekten – und seit 2002 ist er im Anlegerbeirat des Bundesverbands Windenergie aktiv, der Interessenvertretung der Branche.

Für diese Aufgabe hat der Kasseler umfangreiches Material zusammengetragen, das Regalreihen voller Leitz-Ordner füllt und erstmals eine Bewertung der Geschäfte von über 170 kommerziellen Windparks über mehr als zehn Jahre hinweg erlaubt (siehe Grafik).

Das Ergebnis ist ernüchternd: Im Schnitt haben die Anleger pro Jahr Ausschüttungen in Höhe von 2,5 Prozent ihres eingesetzten Kapitals bekommen. „Über den Verlauf von zehn Jahren sind das also 25 Prozent der Einlage – während nach den Prospekten schon 60 bis 80 Prozent geflossen sein sollten“, sagt Daldorf.

Selbst wenn die Ausschüttungen in den kommenden Jahren noch stark zunehmen sollten, weil beispielsweise die Bankschulden der Fonds dann abgetragen sind, dürften sich nur Parks in sehr guten Lagen wirklich rechnen.

Schaut man sich die Ergebnisse im Detail an, ist das Bild noch schlimmer. Ein Fünftel aller Parks, für die Abschlüsse über einen Zeitraum von zehn Jahren vorliegen, haben ihren Anlegern nämlich nicht in einem einzigen Jahr mehr als zwei Prozent ihres Einsatzes überwiesen.

Daldorfs Erkenntnisse sind überraschend, angesichts der üppigen Subventionen, die der Staat seit Jahren in alternative Energien steckt. Der garantierte Preis für eine Kilowattstunde Ökostrom beträgt derzeit im Schnitt 17 Cent – das ist das Vierfache des Börsenpreises. Wegen der großzügigen Staatszuschüsse werben Anbieter von Öko-Investments bis heute mit Slogans wie: „Profitieren auch Sie von der Energiewende!“

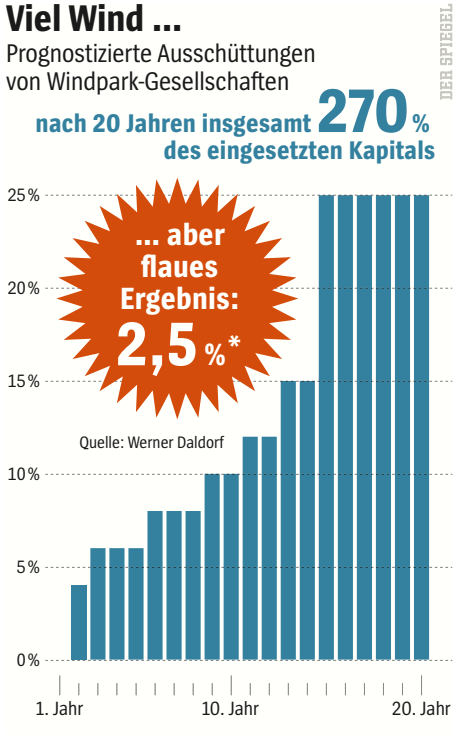
Auch Volker Hippe dachte, dass er nicht nur in eine sichere, sondern auch in eine gute Sache investiert. Seine Frau starb vor 13 Jahren, da war er gerade einmal Mitte vierzig. Eine Lebensversicherung zahlte ihm rund 35 000 Euro aus. „Leg es an für die Kinder“, habe er sich gedacht – die jüngste von drei Töchtern war damals sechs.

Hippe steckte das Geld in den Windpark Amesdorf-Wellen in Sachsen-Anhalt. Der Fonds-Anbieter, die Umwelt Management AG, versprach jährliche Auszahlungen von fünf bis sechs Prozent in den ersten Jahren – und von 20 Prozent und mehr ab 2012.

Nach kurzer Zeit allerdings blieben die in Aussicht gestellten Überweisungen aus.

Wer als Anleger derart reinfällt, muss sich oft anhören, dass er eben vorsichtiger hätte sein sollen. Doch Hippe machte den Fehler, den viele machen: Er vertraute einer Bank. Allerdings nicht der Deutschen oder der Commerzbank – sondern der Umweltbank, die auf ökologische Investments spezialisiert ist.

In einem Informationsheftchen bejubelte das Institut im Jahr 2001 Beteiligun-





CARSTEN REHDER / DPA

**Prokon-Chef Rodbertus (r.)**
*Hängepartie für Anleger*

gen „an einem solide kalkulierten Windpark“ als „ideale Zusatzrente“.

Wohl kalkuliert waren bei vielen Windpark-Projekten aber allenfalls die Gebühren und Provisionen, die von den beteiligten Firmen abgeräumt wurden. Nicht selten machen die Kosten bei geschlossenen Fonds 15 oder sogar 20 Prozent der Einzahlungen aus, denn bei den komplexen Finanzierungskonstrukten kassiert oft ein halbes Dutzend Unternehmen mit – für bizarr klingende Posten wie Projektierung, Eigenkapitalbeschaffung oder schlicht für: Marketing.

Große Gewinne lassen sich da nur schwer einfahren. Der finanzielle Risikopuffer etwa ist häufig dünn, weil zuzüglich zum eingesammelten Anlegerkapital noch gigantische Kredite bei Banken aufgenommen werden. Oft beträgt der Anteil dieser Fremdfinanzierung 70 Prozent des Fonds-Volumens oder sogar mehr. Viele Verbraucherschützer halten allenfalls die Hälfte für vertretbar, um das Risiko für Anleger überschaubar zu halten.

Denn Gefahren gibt es auch so schon genug. Die junge Windenergie-Technik etwa zeigte schnell ihre Tücken, als sie nach der Jahrtausendwende großflächig zum Einsatz kam: Getriebe versagten, kostspielige und vor allem aufwendige Reparaturen wurden erforderlich.

Vor allem aber spielte die Natur nicht mit. Die Prognosen, wie viel Strom eine Anlage liefern kann, glichen oft Rechnungen aus dem Wolkenkuckucksheim. Der Grund: Gutachter gründen ihre Aussagen oft auf eine nicht ausreichende Methodik und verzichten auf kostspielige Langzeitmessungen.

Das Problem: Selbst wenn die Prognosen nur knapp danebenliegen, sind die Auswirkungen gewaltig. Weicht die tatsächliche Windgeschwindigkeit beispielsweise um zehn Prozent vom prognostizierten Wert ab, nimmt die Stromausbeute in einer Dreierpotenz ab: Sie schrumpft um knapp 30 Prozent.

Ob die Angaben der Parkbetreiber angesichts solch enormer Risiken überhaupt

Sinn machten, überprüfte trotzdem lange niemand. Wenn die Finanzaufsicht BaFin Verkaufsprospekte kontrollierte, beschränkte sie sich auf den Check von Formalitäten.

Ein neues Gesetz, das vergangenen Sommer unter anderem für geschlossene Fonds verabschiedet wurde, soll das zwar ändern: Welche Windenergie-Firmen unter die Regelungen fallen, ist wegen etlicher Ausnahmeklauseln aber noch unklar – und die Branche hat längst andere Finanzierungsmodelle gefunden, die für sie nicht weniger lukrativ und für Anleger nicht weniger riskant sind.

Die Darmstädter Windenergie-Firma Breeze Two Energy etwa platzierte im Jahr 2006 Unternehmensanleihen im Wert von 470 Millionen Euro am Markt, für die eigentlich zwischen 5,3 und 6,1 Prozent Zinsen bezahlt werden sollten. Im Portfolio konnte Breeze Two rund 35 Windparks mit einer Leistung von 310 Megawatt vorweisen – so viel wie ein kleineres Kohlekraftwerk also.

Doch zwischen 2008 und 2011 liefen hohe Verluste auf. Zum Ende des Jahres 2011 war die Firma mit 205,5 Millionen Euro „bilanziell überschuldet“, wie es im damaligen Geschäftsbericht hieß. Nur weil das Insolvenzrecht inzwischen geändert wurde, konnte eine Pleite abgewendet werden: Seit 2008 reicht eine „positive Fortführungsprognose“, damit die Geschäfte weiterlaufen.

Im Grünstrom-Gewerbe ist eine solche Perspektive leicht zu konstruieren: Man muss einfach nur die Behauptung aufstellen, der Wind werde im nächsten Jahr stärker wehen. So gilt das Überleben von Breeze Two der damaligen Geschäftsführung zufolge als „überwiegend wahrscheinlich“ – etliche Anleger verbuchten trotzdem Verluste.

Auf eine ähnliche Hängepartie sollten sich auch Prokon-Investoren einstellen, die sich über sogenannte Genussrechte an dem Unternehmen beteiligt haben. Denn Firmenchef Rodbertus verkündete am Donnerstag zwar vollmundig, er wolle die Liquidität des Unternehmens durch den Verkauf einiger Windparks wiederherstellen.



HC PLAMBECK

# Faktor zehn

**Wirtschaftsminister Gabriel will die Ökostrom-Hilfen für die Industrie kürzen.**

Die Debatten um die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sind nicht verklungen, da bereitet Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) schon den zweiten Coup zur Rettung der Energiewende vor. Fieberhaft arbeiten seine Beamten an einem Plan, die milliardenschweren Ökostrom-Subventionen für die Industrie zu kürzen.

In den Chefetagen deutscher Unternehmen hat das Zittern begonnen. Denn Gabriel steht unter Druck aus Brüssel: Die EU-Kommission hat wegen der Ausnahmen ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Gabriel muss reagieren, und er weiß auch schon wie. In seiner Schublade liegt ein entsprechendes Konzept der Beratungsfirma Agora Energiewende, die bis vor wenigen Wochen von seinem Staatssekretär Rainer Baake geleitet wurde. Die Grundzüge des Plans dürften auch die Grundzüge von Gabriels Reform werden.

Danach wird die Zahl der Unternehmen, die eine geringere Ökostrom-Umlage zahlen müssen, radikal gestutzt. Nur noch 15 Industriezweige sind aufgelistet. Eisen-, Stahl-, Aluminium-, Papier- und Chemieindustrie fallen darunter. Andere Branchen, wie Zement- und Nahrungsmittelindustrie oder Schienenbetriebe, sollen nicht mehr begünstigt werden.

Zudem sollen sich die privilegierten Firmen stärker an den Kosten der Energiewende beteiligen. Derzeit zahlen die größten nur einen Bruchteil der EEG-Umlage in Höhe von 6,24 Cent pro Kilowattstunde, nämlich 0,05 Cent. Legt man heutige Kosten zugrunde, müssten sie künftig den zehnfachen Betrag abführen.

Die Ausnahmen für die hiesige Industrie schienen zunächst nachvollziehbar: Konzerne mit hohem Energieeinsatz würden im Wettbewerb benachteiligt, wenn sie die hohen Preise für Ökoenergie in Deutschland zahlen müssten, während die Konkurrenz jenseits der Grenzen billigen Atomstrom einsetzt.

Doch anstatt die Kriterien eng zu fassen und nur wenige Ausnahmen zuzulassen, weitete die Politik die Regeln immer stärker aus. So zählten 2005 gerade einmal 297 Unternehmen zu den geförderten Betrieben. 2013 waren es mehr als 1700, darunter Bäckereien, Mineralwasserabfüller oder Schlachtbetriebe.

Mehr als vier Milliarden Euro wurden den Großverbrauchern im vergangenen Jahr erlassen – auf Kosten mittelständischer Betriebe und normaler Stromkunden. Auf deren Rechnung werden die Ausfälle umgelegt.

„Es verzerrt den Wettbewerb, wenn innerhalb derselben Branche manche begünstigt sind und andere nicht“, sagt Agora-Direktor Patrick Graichen. Zudem habe nur ein Teil der Industrie mit ausländischer Konkurrenz zu kämpfen, so argumentiert die EU-Kommission.

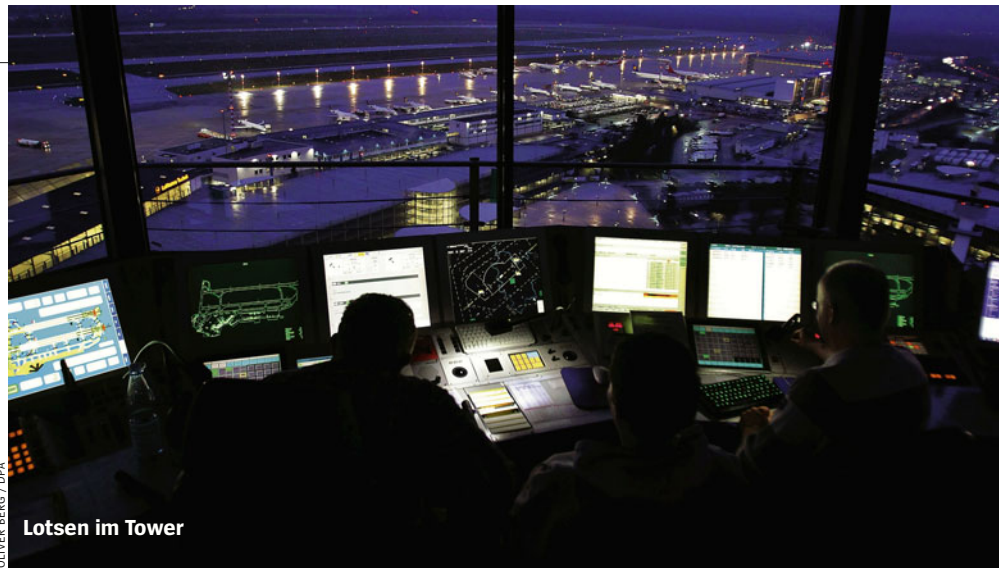
Folgt Gabriel dem Konzept seiner Berater, wären die Konsequenzen erheblich. Die begünstigte Strommenge würde drastisch reduziert, und die auf alle Stromrechnungen erhobene EEG-Um-

Doch selbst wenn ihm das gelingt, ist unklar, wie und wann die Investoren zu ihrem Geld kommen. Es gebe „Anhaltspunkte dafür“, erklärte der Insolvenzverwalter des Unternehmens am vergangenen Donnerstag, dass „sogenannte nachrangige Forderungen im Insolvenzverfahren nicht berücksichtigt werden müssen“.

Unter bestimmten juristischen Voraussetzungen hieße das: Solange Prokon alle anderen Verbindlichkeiten bedient, aber trotzdem weiter klamm ist, muss die Firma Anlegern womöglich weder Zinsen noch Kapital auszahlen.

Und zwar auf unbestimmte Zeit.

Gunther Latsch, Anne Seith, Gerald Traufetter



OLIVER BERG / DPA

Lotsen im Tower

lage könnte allein dadurch um 20 Prozent auf rund fünf Cent pro Kilowattstunde fallen. Normalzahler, so die Argumentation, würden dadurch entlastet, wichtige Industrie bliebe trotzdem geschützt.

Auch die Einwände der EU-Kommission könnten mit dem Konzept ausgeräumt werden. Die Liste der 15 Sektoren nämlich wurde von der EU vor geraumer Zeit selbst aufgestellt, um energieintensive Betriebe vor zu hohen Belastungen aus dem europäischen Klimaschutzprogramm zu schützen, wie es in dem Reformpapier heißt.

Bei der Industrie freilich stößt der Plan auf große Skepsis. Zumal Gabriel die Unternehmen vergangene Woche überraschend dazu verdonnerte, künftig EEG-Umlagen für Kraftwerke zur Eigenstromerzeugung zu zahlen. Auch das steht in dem Agora-Konzept. Viele Konzerne hatten in den vergangenen Jahren solche Kraftwerke gebaut, um die steigenden Abgaben zu umgehen. Sollten auf ihren Strom nun EEG-Umlagen erhoben werden, wären sie mit einem Schlag unrentabel, kritisierte die Chemieindustrie.

Der Stahlkonzern ThyssenKrupp hat ausgerechnet, dass ihn die Pläne mit weit über 50 Millionen Euro pro Jahr belasten könnten. Und auch bei den in NRW ansässigen Kohlebetrieben würden die Kosten steigen – allein im RWE-Braunkohletagebau um einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr.

Vor einer „Pleitewelle“ in seiner Branche warnt Martin Schneider, Hauptgeschäftsführer der Zementindustrie. Und Bahn-Chef Rüdiger Grube hat bereits durchblicken lassen, wie sein Unternehmen auf die veränderten Regeln reagieren würde: mit einer Erhöhung der Fahrpreise um zehn Prozent.

Frank Dohmen, Gerald Traufetter

LUFTVERKEHR

# Präsent zum Fest

**Fluglotsen sind eine privilegierte Berufsgruppe. Nun dürfen sie sich über einen weiteren Vorteil freuen: Ihr Chef übernimmt die Steuern für Kuren auf Firmenkosten.**

Es gibt nicht viele gute Nachrichten, die Klaus-Dieter Scheurle, 59, seinen Angestellten derzeit überbringen kann. Der Chef der Deutschen Flugsicherung (DFS) muss sparen, weil das Flugaufkommen schrumpft. Auch die EU drängt darauf, Kosten zu senken, um die Airlines zu entlasten.

Umso glücklicher war Scheurle, dass er die rund 2000 Lotsen des bundeseigenen Unternehmens jüngst mit einer guten Nachricht überraschen konnte. Die Firma, teilte er seinen Mitarbeitern kurz vor Weihnachten mit, werde ihnen nicht nur weiter regelmäßige Kur-Urlaube bezahlen, sie werde auch die darauf anfallenden Steuern für die Mitarbeiter übernehmen.

Das Präsent für die DFS-Angestellten, die mit Jahresgehältern von bis zu 180 000 Euro zu den Spitzenverdienern im Lande zählen, zeigt einmal mehr: Kleine, aber einflussreiche Berufsgruppen können sich beachtliche Privilegien sichern, wenn sie nur wollen.

So verlangt die Gewerkschaft der Lokführer für ihre Schutzbefohlenen gerade einen kompletten Rundumschutz, wenn sie bei der Bahn versetzt werden. Die Pilotenvereinigung Cockpit will das Recht ihrer Mitglieder, schon ab dem 55. Lebensjahr in den vorgezogenen Ruhestand zu wechseln, notfalls per Streik verteidigen. Und den Fluglotsen bleibt das Anrecht auf firmenfinanzierte Erholungsreisen erhalten. Es ist sogar in einem gesonderten Tarifvertrag geregelt.

Demnach können die hochbezahlten, aber auch stark belasteten Spezialisten je nach Stressgrad alle drei bis fünf Jahre in ausgewählten Hotels einen knapp vierwöchigen Aufenthalt auf Firmenkosten buchen. Einzige Bedingung: Die Beschäftigten müssen neben Bar, Restaurant und Pool hin und wieder das Fitnessstudio und – zumindest am Anfang – einen Arzt aufsuchen. Und, besser noch, die Kuren mussten bislang nicht einmal als sogenannter geldwerter Vorteil versteuert werden, weil sie die Gesundheit fördern.

Auch die zuständigen Finanzbehörden am Sitz der DFS spielten jahrelang mit – bis zu einem höchstrichterlichen Urteil des Bundesfinanzhofs im März 2010. Der entschied damals in einem seit längerem anhängigen Verfahren, dass derartige Reisen immer dann als verkappter Arbeitslohn einzustufen seien, wenn der medizinische Teil der Sause zu gering, die „persönliche Freiheit“ des Teilnehmers dagegen relativ groß ausfällt. Das damalige DFS-Management fragte daraufhin beim zuständigen Finanzamt in Langen bei Frankfurt an, was der Spruch bedeute. Die Beamten ließen sich Zeit, viel Zeit. Eine Antwort trudelte erst im vergangenen September ein. Sie lautete: Alle Reisen der DFS-Angestellten unterliegen rückwirkend ab 2009 und auch in Zukunft voll der Steuerpflicht.

Die Lotsen waren aufgebracht, und auch DFS-Chef Scheurle wollte nun unbedingt verhindern, dass seine Leute mit Steuernachzahlungen von teilweise mehreren tausend Euro belastet werden. Wenige Wochen später entschied er: Die DFS übernimmt die Forderungen des Fiskus für seine Angestellten in Höhe von rund fünf Millionen Euro. Außerdem will die Firma sich darum bemühen, dass die Erholungsreisen vom nächsten Jahr an wieder steuerfrei genossen werden dürfen.

Seit Anfang Januar können Deutschlands Fluglotsen nun wieder unbeschwert kuren, nur einen Nachteil gibt es: Von 2015 an müssen sie dabei wohl deutlich häufiger als bisher einen Arzt konsultieren.

Dinah Deckstein



U-Boot der 214er-Klasse

INSA KORTH / DDP IMAGES

AFFÄREN

# Teure Unterschriften

**Deutsche Rüstungsfirmen werden beschuldigt, griechische Beamte bestochen zu haben. Mit dabei: die Bremer STN Atlas, die damals von BDI-Präsident Ulrich Grillo geführt wurde.**

Als Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) vertritt Ulrich Grillo die Interessen von rund 100 000 produzierenden Unternehmen in diesem Land. Und er scheut sich dabei nicht, den politischen Führern des Landes weise Ratschläge zu erteilen.

Zum Beispiel vorige Woche. Da forderte Grillo auf einer Energiekonferenz Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zu mehr Mut zum Umdenken auf – mit einem Zitat von Konrad Adenauer: „Es kann mich doch niemand daran hindern, über Nacht klüger zu werden."

Doch in den vergangenen Tagen war der BDI-Mann vor allem mit seinen eigenen Interessen beschäftigt. Schuld daran ist ein alter, kranker Mann aus Athen. Panagiotis Efstathiou heißt er. Der ehemalige Vizechef des Verwaltungsstabs der hellenischen Marine steckt derzeit als zentrale Figur in einem Korruptionsskandal, der Griechenland seit Wochen in Atem hält.

Nur gegen eine halbe Million Euro Kaution ist der 83-Jährige auf freiem Fuß. Die Richter ließen auch deshalb Milde walten, weil Efstathiou geständig war. Mit Namen und konkreten Zahlungsbelegen glaubt er detailliert dokumentieren zu können, wie er seit Ende der neunziger Jahre als Repräsentant der Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall und deren damaliger Tochter STN Atlas Elektronik griechische Offiziere und Beamte geschmiert hat. Millionenschwere Rüstungsaufträge habe er nur mit Hilfe illegaler Zahlungen für die beiden Firmen an Land ziehen können – angeblich auf ausdrückliche Anweisung des deutschen Managements. Solche Praktiken sind in Deutschland seit 1998 verboten.

Was die Geschichte hierzulande so brisant macht: Finanzchef der Rheinmetall-Rüstungssparte DeTec AG und gleichzeitig Chef der Bremer STN Atlas Elektronik GmbH war bis in die erste Hälfte 2001 Ulrich Grillo.

Als der SPIEGEL den BDI-Chef in der vergangenen Woche mit seinen Recherchen konfrontierte, kam bei Grillo Hektik auf. Er versicherte sich bei Rheinmetall, dass sein Name in den Ermittlungen nicht auftauche, dann vergrub er sich noch einmal in die mehr als zehn Jahre alten Geschäftsberichte seiner früheren Firma. „Mir lagen damals keine Informationen vor, dass es bei unseren Geschäften in Griechenland zu unregelmäßigen Zahlungen gekommen ist", erklärte Grillo daraufhin vorigen Freitag. Selbst wenn es die Zahlungen gegeben hätte, hätte er davon nichts erfahren, weil er in seiner gehobenen Position „keine Einbindung ins Projektgeschäft" gehabt habe.

Aber trägt ein Vorstand nicht zumindest die ethische Verantwortung dafür, wenn in seinem Betrieb geschmiert wird? Und muss er sich nicht vorwerfen lassen, sein Haus nicht im Griff gehabt zu haben? Diese Fragen mussten sich die Unternehmenschefs bei allen Korruptionsaffären der vergangenen Jahre stellen, ob bei Siemens, MAN oder ThyssenKrupp.

Damals, um das Jahr 2000 herum, waren Rheinmetalls Militärsparte und STN Atlas noch unter einem Firmendach. Die Geschäfte liefen schlecht, Millionenaufträge wurden dringend benötigt. Und Griechenland schien für die Geschäftsführung um Ulrich Grillo ein lukrativer Markt zu sein. Ob Panzer, U-Boote, Transporthubschrauber oder Flugabwehrsysteme: Kein Land der EU investierte, gemessen an der Wirtschaftsleistung, damals so viel Geld in Waffen wie Griechenland.

Dadurch aber sei auf dem griechischen Markt ein „harter Konkurrenzkampf" entstanden, sagte Efstathiou bei seiner Vernehmung aus. Diese Tatsache sei von einigen Militärs ausgenutzt worden, „die die Ansicht vertraten, dass ihre Unterschrift belohnt werden müsse".

Eigens für die Schmiergeldzahlungen habe er ein zweistufiges Firmenkonstrukt aufgebaut, eines für legale und eines für illegale Zahlungen. STN Atlas habe damals Gelder auf Konten seiner englischen Firmen Tredeco Consulting oder Demtec Ltd. bei der Barclays Bank überwiesen, offiziell für Marktstudien, Produktpräsen-

tationen oder das Sammeln von Informationen über die Konkurrenz. Bis zu 15 Prozent Provision hätten ihm die deutschen Rüstungsfirmen im Erfolgsfall gezahlt.

Dieses Geld habe er in England ordnungsgemäß versteuert, beteuert Efstathiou. Die benötigten Bestechungsgelder habe er dann von dort an eine Firma namens Ironhelm Ltd. weitergeleitet, die ebenfalls ihm gehört habe. Ironhelm wiederum hatte ein Konto bei der BNP Paribas in Genf. Von dort seien die Schmiergelder dann auf ausländische Konten geflossen. Die Konten gehörten griechischen Entscheidern wie Antonios Kantas, bis 2002 Direktor für Rüstung im Athener Verteidigungsministerium.

Es sei damals um den Kauf von U-Booten der 214er-Klasse der Kieler Werft HDW gegangen und um die Frage, ob man die dazugehörigen Gefechtsführungssysteme bei der US-Firma Lockheed Martin, beim französischen Thomson-Konzern oder eben bei der Bremer STN Atlas bestelle.

Die U-Boot Experten der griechischen Marine hätten das System von STN Atlas bevorzugt, als er, Efstathiou, einen Anruf von Kantas aus dem Verteidigungsministerium erhalten habe mit der Bitte, ihn in seinem Büro aufzusuchen.

„Ich denke, du weißt, dass bei den neuen U-Booten das System von STN Atlas verbaut werden soll“, erinnert sich Efstathiou an das Gespräch mit dem Beamten. Der habe gefragt: „Was fällt für mich ab?“ Kantas habe ihm damit gedroht, STN Atlas „einen Strich durch die Rechnung“ zu machen, wenn er nicht zahle, und das Geschäft im letzten Moment zu verhindern.

Darauf, so erzählte Efstathiou den Ermittlern, habe er sich an einen Prokuristen der STN Atlas und einen für das U-Boot-Geschäft zuständigen Manager gewandt und diesen von der Drohung berichtet. „Sie überredeten mich, Kantas Schmiergeld anzubieten, und ich akzeptierte“, so der alte Mann. Anschließend habe er mit dem Herrn im Verteidigungsministerium ein Bestechungsgeld von einem halben Prozent des Auftragswerts ausgemacht.

Ähnlich soll es auch beim Verkauf von 54 ASRAD-Flugabwehrraketen der STN Atlas gelaufen sein. Liefervolumen: rund 140 Millionen Euro. Kantas habe ihm gedroht: „Du weißt, solche Unterschriften kosten Geld. Sonst wird die Ausschreibung als ‚ergebnislos‘ deklariert.“ Der Spitzenbeamte gibt zu, Geld erhalten zu haben, weist aber jede Erpressung zurück.

Wie auch immer, jedenfalls hätten die deutschen Rüstungsmanager Efstathiou erneut aufgetragen, das Schmiergeld zu zahlen – ein Prozent des Auftragsvolumens. So jedenfalls sagt er.

Er habe im Zusammenhang mit diesen beiden Projekten nicht nur an Kantas 1,5 Millionen Euro gezahlt, sondern auch an weitere Militärs, die in den Beschaffungsgremien saßen, sagte Efstathiou weiter aus. Alles zusammen von 2001 an rund acht Millionen Euro.

Rheinmetall hat stets bestritten, Schmiergeld gezahlt zu haben, die Provisionen seien im „üblichen Rahmen“ gewesen. Das sei auch Ergebnis interner Ermittlungen, so der Konzern. Auch BDI-Präsident Grillo verweist auf das positive Ergebnis der Rheinmetall-Untersuchungen. Wie gesagt, der Name Grillo taucht bislang in den Akten nicht auf.

Die internen Ermittler des Rüstungskonzerns kannten bisher allerdings nicht die Aussagen, die Kantas und Efstathiou rund um den Jahreswechsel gemacht haben. Efstathiou behauptete sogar, dass deutsche Rüstungsmanager bei den schmutzigen Griechenland-Deals mitkassiert hätten. Er schilderte den Athener Ermittlern, dass auch Mitarbeiter von Rheinmetall von dem Schmiergeld etwas abbekommen hätten. Der Ex-Offizier nannte in seiner Vernehmung sogar Namen. „Es war üblich, dass die Deutschen, die die Zahlungen von Schmiergeldern anordneten, eine Rückzahlung der illegalen Gelder an sie selbst verlangten.“ Einmal will er fast 40 000 Euro, einmal rund 29 000 Euro an die Rüstungsmanager bezahlt haben.



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

**BDI-Chef Grillo:** *„Keine Einbindung ins Projektgeschäft“*

Der Hinweis dürfte auch die Bremer Staatsanwaltschaft interessieren, die bereits seit 2011 in dem Rheinmetall/Atlas-Komplex ermittelt. Konkret geht es ihr um Bestechung und Steuerhinterziehung. Auf der Beschuldigtenliste stehen bislang zehn ehemalige Rheinmetaller und sechs Mitarbeiter von Atlas – einige sind auch heute noch für die Firmen tätig.

Tatsächlich wurden die Staatsanwälte erst auf eine Art Selbstanzeige von Atlas hin tätig: Im Jahr 2010 war eine Potsdamer Kanzlei bei internen Ermittlungen auf gewaltige Zahlungen an vermeintliche Briefkastenfirmen gestoßen – die Firmen von Efstathiou. Aber erst als Betriebsprüfer 2011 ebenfalls auf die „auffallend hohen und unangemessenen“ Zahlungen an Tredeco und Demtec stießen, legten die Ermittler eine offizielle Akte an.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Bremer Staatsanwälte flossen an Efstathiou mehr als 40 Millionen Euro. Die Verantwortlichen von Rheinmetall und STN Atlas hätten dabei „billigend in Kauf genommen“, dass Amtsträger in Griechenland dafür bezahlt werden, sich „für eine Vergabe der Aufträge an Rheinmetall ohne Rücksicht auf für sie bestehende Vorschriften einzusetzen“, heißt es in den Akten. Rheinmetall sagt dazu: „Es hat keine unzulässigen Zahlungen an griechische Amtsträger gegeben, noch wurden solche veranlasst oder gebilligt.“ Und STN Atlas will die Vorwürfe nun intern prüfen lassen und mit den Ermittlern kooperieren.

Und was hat der heutige BDI-Chef Grillo von alledem mitbekommen? Er habe die Firma zwar grundlegend umkrempeln müssen, weil sie trotz guter Auftragslage im operativen Geschäft nicht gut funktionierte. Er sei auf seine Erfolge auch sehr stolz. Aber: „Wäre bestochen worden und ich hätte es erfahren, dann wäre ich da entschieden eingeschritten“, sagt der Verbandsfunktionär heute. Er sei sich seiner Organisationsverantwortung bewusst.

Efstathiou ließ über seinen Anwalt erklären, dass er Grillo einmal anlässlich einer Vertragsunterzeichnung in Athen begegnet sei. Über Schmiergeldzahlungen habe man damals nicht gesprochen. Er beharrt indes darauf, dass die Konzernspitze im Bild hätte sein müssen. „Jeder, der die Höhe meiner Provisionen kannte, muss gewusst haben, dass darin auch Schmiergeldzahlungen enthalten sein müssen“, sagt er.

Die deutschen Fahnder scheinen das ähnlich zu sehen. In einem Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Bremen in dem Fall heißt es: „Schon im Jahr 1999 hatte die damalige STN Atlas Elektronik GmbH bei der Konzernspitze wegen der Handhabung ungewöhnlich hoher Provisionszahlungen an den ‚Kooperationspartner‘ eines griechischen Handelsvertreters angefragt.“

Auch dazu hat Grillo, gegen den nicht ermittelt wird, in den letzten Tagen Nachforschungen angestellt. Die hätten ergeben, sagt er, dass der Durchsuchungsbeschluss auf einen Brief anspiele, den ein Finanzmanager von STN Atlas an den Leiter Steuern der Muttergesellschaft Rheinmetall geschrieben habe. Doch der datiere vom Oktober 1999.

Grillo fühlt sich entlastet, verweist auf seinen Lebenslauf. „Ich habe meinen Posten bei STN Atlas erst im November 1999 angetreten.“

Jörg Schmitt,
Gerald Traufetter




Aldi-Filiale

FALK HELLER / ARGUM

HANDEL

# Unverhohlene Drohung

**Lidl hat Coca-Cola aus dem Sortiment verbannt, weil der Getränkemulti auch Aldi beliefert. Der Machtkampf eskaliert, am Ende könnten alle verlieren.**

Wer seine Einkäufe regelmäßig bei den Discountern Aldi und Lidl erledigt, darf sich neuerdings wie im Kinderspiel „Verkehrte Welt“ fühlen. Während Aldi über Jahrzehnte verlässlich No-Name-Produkte zu günstigen Preisen anbot, gab es beim Konkurrenten Lidl schon ewig Markenware, nur meistens billiger als im klassischen Lebensmittelhandel von Rewe bis Edeka. Je nach Vorliebe bevorzugten die Käufer entweder den einen Billiganbieter oder den anderen.

Doch spätestens seit Lidl vergangene Woche die Deutschen mit der Meldung überraschte, künftig keine Coca-Cola mehr zu verkaufen, wird klar: Die sorgsam aufgeteilte Welt der beiden Großdiscounter existiert nicht mehr, ihr Wettbewerb erreicht eine neue Stufe.

Denn stattdessen setzt Aldi neuerdings voll auf Markenware, die jüngste Eskalation des Machtkampfes hat ihren Ursprung vor knapp zwei Jahren, als Aldi mit seiner neuen Strategie begann. Haribo oder Ritter Sport gab es schon länger. Dann konnten Biertrinker plötzlich zwischen der angestammten Aldi-Eigenmarke Karlsquell sowie den Markenbieren Holsten oder Astra wählen. Später kamen beliebte Produkte wie Nutella, Ferrero Küsschen oder Mon-Cherie-Schokolade hinzu. Seit letztem Jahr finden sich in den Drogerieartikelregalen auf einmal Produkte des Kosmetikherstellers Beiersdorf, 14 verschiede Nivea-Artikel locken die Kunden.

Doch mit der Aufnahme von Coca-Cola, Fanta und Sprite ins Aldi-Sortiment erreichte die Produktexpansion ihren vorläufigen Höhepunkt. Aldi kopiert Lidl, Lidl wehrt sich gegen Aldi, und am Ende könnten beide die Verlierer sein.

Dass Lidl nun im Gegenzug Coca-Cola verbannt, zeigt die gewachsene Nervosität des Handelsriesen. Denn das braune Zuckerwasser bringt nicht nur jede Menge Umsatz, es gehört auch zu jenen vier, fünf Attraktionsartikeln, derentwegen die Kunden überhaupt einen Lidl-Markt aufsuchen, um ihren Wochenendeinkauf zu erledigen. Entsprechend selbstbewusst erklärte Coca-Cola, man habe sich mit Lidl „nicht auf ein gemeinsames Vermarktungskonzept“ einigen können. Das lässt sich auch so übersetzen: Man habe sich nicht erpressen lassen wollen. Coca-Cola auszulisten war ein Fanal mit Signalwirkung für die gesamte Lebensmittelbranche.

Von jeher verfolgt Lidl das Ziel, bei Markenprodukten stets der Billigste zu sein. Dieser Anspruch ist bedroht, und so forderte der Konzern offenbar, Coca-Cola solle sich bei Aldi wieder zurückziehen oder zumindest seine Brause dort zu schlechteren Konditionen anbieten. „Doch warum sollten sie?“, fragt Boris Planer, Chefökonom bei Planet Retail, einem der führenden Handelsforschungsunternehmen. „Für beide Seiten ist es ein enormer Erfolg. Aldi zieht neue Kunden ins Geschäft und Coca-Cola hat enorme Zusatzumsätze gemacht, seit es die Getränke bei Aldi gibt.“

Kein Wunder, dass der Getränkemulti vor den Verhandlungen mit Lidl in einem Brief signalisierte: Man erwarte künftig höhere Regalpreise statt niedrigere. In der Weihnachtszeit hatte die Handelskette die 1,25-Liter-Flasche Coca-Cola für den Kampfpreis von 66 Cent angeboten, um den Konkurrenten in Schach zu halten – 23 Cent unter dem Aldi-Preis. Coca-Cola sah sich zur Ramschmarke degradiert.

Doch Lidl wollte nicht nachgeben – und sandte stattdessen die unverhohlene Drohung an andere Markenhersteller wie Unilever, Mondelez (früher Kraft Foods) oder Nestlé, sich nicht mit Aldi einzulassen. Lidl will ein Exempel statuieren, ganz nach dem Motto: Die oder wir.

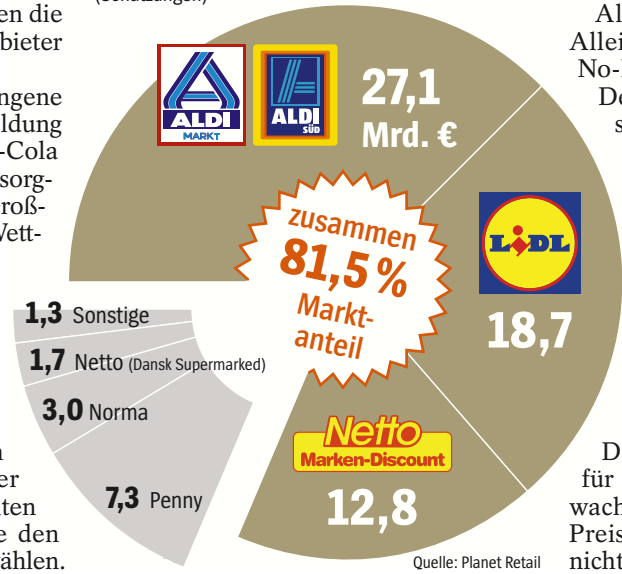
Der Machtkampf ist nun voll entbrannt, und es ist nicht absehbar, wer als Sieger daraus hervorgehen wird. Lidl riskiert, dass „die Kunden wegbleiben, wenn sie Coca-Cola oder andere Markenware dort nicht mehr bekommen“, warnt Wolfgang Adlwarth von der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg.

Aldi wiederum läuft Gefahr, sein Alleinstellungsmerkmal als führender No-Name- und Billiganbieter in Deutschland zu verlieren. „Eine Preisspirale nach unten ist bei Markenprodukten nicht denkbar“, sagt Adlwarth. „Anders als der Apfelhändler oder die mittelständische Molkerei haben Großkonzerne eine ganz andere Verhandlungsmacht.“ Schon wittern Handelsketten wie Rewe oder Edeka ihre Chance – und bauen ihr eigenes Geschäft mit billigen Eigenmarken kräftig aus.

Gut möglich, dass am Ende beide Discount-Riesen verlieren und auch für den Verbraucher die Bilanz durchwachsen ausfällt: Was nutzen niedrige Preise, wenn es das Lieblingsprodukt nicht mehr zu kaufen gibt? JANKO TIETZ

## Platzhirsche

Umsatz deutscher Discounter 2013, in Milliarden Euro (Schätzungen)




Quelle: Planet Retail




Demonstranten vor Google-Firmenbus in San Francisco

STEVE RHODES / DEMOTIX

DIGITALWIRTSCHAFT

# Belagerung im Valley

**Weil das Internetbusiness blüht, explodieren Mieten und Preise in San Francisco. Der Zorn der Bürger entlädt sich in Protesten gegen Google, Apple und Co., die Lokalpolitiker sind ratlos.**

Eine Bushaltestelle im Zentrum von San Francisco am frühen Morgen, zwei Warteschlangen. Die eine: müde Menschen mit Zeitungen und Frühstück von McDonald's, ein klappriger Bus der Verkehrsbetriebe fährt vor.

Die andere: junge Männer mit Laptop-Tasche und Smartphone oder einer Google-Brille auf der Nase. Ein glänzender weißer Doppeldeckerbus mit verdunkelten Schreiben fährt vor, ausgestattet mit Ledersitzen, Funknetz, Snacks und Getränken.

Dutzende solcher Luxusbusse schieben sich jeden Morgen durch die Stadt. Sie fahren im Auftrag von Google, Apple, Facebook oder einem der anderen großen Tech-Unternehmen. Fast alle unterhalten ihre eigenen Buslinien, um jeden Morgen Zigtausende ihrer Mitarbeiter ins rund 60 Kilometer entfernte Silicon Valley hinauszukarren. Dort haben die Konzerne ihre Zentralen, große campusartige Anlagen, die die Mitarbeiter rundum versorgen, mit Restaurants, Sportplätzen, Kinos.

Nur: In dieser Einöde aus Einkaufszentren und Einheitsbauten wollen die wenigsten leben. Und so ziehen die hochbezahlten Software-Ingenieure, Programmierer und App-Entwickler lieber nach San Francisco und in die umliegenden Vororte. Dank der Luxusbusse ist die Pendelei nicht anstrengend, sondern „eine Erleichterung", sagt ein Facebook-Mann. „Mit dem eigenen Auto ginge das nicht." Und fügt dann hinzu: „Aber man traut sich ja schon nicht mehr, das offen auszusprechen."

Denn die Busse sind zum Symbol geworden für die Arroganz der Tech-Giganten und die Angst der Normalbürger. San Francisco droht überrollt zu werden von den gutverdienenden Arbeitsbienen der Digitalwirtschaft, die dank exorbitanter Gehälter und Aktiengewinne alle anderen verdrängen.

Im „San Francisco Magazine" warnte einer der bedeutenden Intellektuellen der Stadt davor, dass San Francisco von einer Stadt der Aufklärung zur Stadt der Apps werde. Andere prangern an, dass der IT-Boom die Region kulturell aussauge, weil Künstler und Kreative vertrieben und durch eine gleichförmige Masse aus Programmierern ersetzt würden.

Von „Neo-Kolonialisierung" ist die Rede, von Apple, Google und Co. als „neuen dunklen Herrschern". Die IT-Arbeiter, meist junge Männer in Fleece-Pullis und Turnschuhen, blass und bebrillt, werden dämonisiert als neureiche Ultrakapitalisten.

In den vergangenen Monaten eskalierte der Konflikt. Ein Google-Bus wurde von Demonstranten umzingelt, ein Apple-Transporter blockiert, das Twitter-Hauptquartier von Demonstranten belagert. Google lässt nun seine Busse vereinzelt von Wachpersonal schützen und bringt einen Teil seiner Mitarbeiter lieber über Wasser mit Fähren aus der Stadt. Bei einer öffentlichen Anhörung vergangene Woche zum Streit um die Busse ereiferte sich das Publikum über den „ungezügelten Kapitalismus" der „Tech-Barone". Ein Google-Mitarbeiter konterte: „Wir sind doch nicht alle Millionäre."

In San Francisco ist ein Kulturkampf ausgebrochen, und nun fragen sich Nerds wie Normalbürger: Wie konnte das passieren?

Der Tech-Boom hat Zigtausende Arbeitsplätze geschaffen und viele Menschen reich gemacht in der Bay Area, der

Gegend um San Francisco. Aber längst nicht alle profitieren. Und so scheint ausgerechnet das Wirtschaftszentrum des egalitären und liberalen Kalifornien auf dem Weg in eine Zweiklassengesellschaft zu sein: hier all jene, die für ein Tech-Unternehmen arbeiten; dort alle anderen.

San Francisco und das Silicon Valley werden zum Fallbeispiel für eine allzu einseitige Wirtschafts- und Industriepolitik, mangelhafte staatliche Planung und die Verdrängung alteingesessener Bevölkerungsgruppen durch die Gewinner der Digitalisierung.

Es ist eine bizarre Entwicklung. Die IT- und Tech-Branche ist eine blühende Industrie, und die Bay Area ist ihr Herz, Sitz zahlloser Weltkonzerne und Tausender Start-ups. Andere Regionen würden sich freuen, wenn sie auch nur einen Konzern vom Typ Google beherbergen würden. Doch die kalifornischen Politiker und Manager haben es weitgehend versäumt, dafür zu sorgen, dass die blühenden Geschäfte der Netzindustrie auch der übrigen Bevölkerung zugutekommen.

So ist die Infrastruktur von San Francisco schon in den vorangegangenen Boomphasen kaum mitgewachsen. Die Stadtverwaltung hält seit Jahrzehnten an altertümlichen Bauvorschriften fest. Dadurch wirkt San Francisco zwar in vielen Vierteln wie eine Puppenstube: hübsch und konserviert. Doch jedes Jahr entstehen nur wenige hundert Wohnungen und Büros, obwohl Zehntausende neuer Arbeitskräfte in die Stadt strömen. Die Folge: Verteilungskämpfe und Verdrängung.

Der Durchschnittspreis für eine Wohnimmobilie lag zuletzt bei einer Million Dollar. Die Mieten sind sogar höher als in Manhattan. Normale Dreizimmerwohnungen kosten 5000 Dollar im Monat aufwärts, in besseren Lagen deutlich mehr. Mieterhöhungen von 20 Prozent pro Jahr sind keine Seltenheit. Mitunter mieten die Tech-Unternehmen ganze Häuser an und setzen in jedes Zimmer einen Programmierer. Gezahlt wird nicht selten in bar und ein Jahr im Voraus.

Eine politische Diskussion über Mietpreisbremsen gibt es nicht. Sozialwohnungen sind Mangelware. Und während Twitter Steuererleichterungen in Millionenhöhe für ein neues Hauptquartier in der Innenstadt bekommt, wird dem China-Restaurant auf der anderen Straßenseite die Miete um 50 Prozent erhöht.

Allein der Twitter-Börsengang hat 1600 neue Millionäre geschaffen. Die bis zu 100 000 Dollar teuren Elektrosportwagen von Tesla sind auf den Straßen von San Francisco allgegenwärtig.

Gleichzeitig berichten die Lokalmedien seit Monaten immer wieder über Krankenschwestern oder einfache Büroangestellte, die sich die Stadt nicht mehr leisten können. Doch es passiert nichts. Die öffentlichen Transportsysteme sind schlecht ausgebaut, überlastet und störanfällig – nur deshalb kommen die Luxusbusse überhaupt zum Einsatz. Im Industriestaat Kalifornien existiert nicht einmal eine durchgängige Zugverbindung zwischen San Francisco und Los Angeles.

Im direkten Umland und in den besseren Gegenden im Silicon Valley ist die Lage kaum besser, auch dort explodieren die Preise, sei es für Immobilien oder Lebensmittel. Die Armen, Gescheiterten und Kriminellen sammeln sich auf der anderen Seite der Bay, in Oakland: Die Stadt ist die gefährlichste der USA mit den meisten Raubüberfällen und Einbrüchen.



Skyline von San Francisco

DDP IMAGES




Selbst in San Francisco gibt es Viertel, die man nachts nicht betreten sollte, sogar in der Innenstadt. Die Zahl der Obdachlosen ist groß. Viele haben Drogenprobleme oder sind psychisch krank und aggressiv. Auch diesem Problem begegnet die Stadtverwaltung mit einer seltsamen Laisser-faire-Haltung.

Die Bay Area ist seit den sechziger Jahren das Zentrum der amerikanischen Linken, ein Refugium für Alt-Hippies, Kreative und Pazifisten. San Francisco wirkt mitunter wie eine Mischung aus Kreuzberg und Hamburger Schanzenviertel, bevölkert vom Fundi-Flügel der Grünen.

Die linksliberalen Wurzeln haben das Silicon Valley von Anfang an geprägt – und jene „kalifornische Ideologie“ geschaffen, der sich so viele Unternehmer hier verschrieben haben: eine eigenwillige Mischung aus freiheitlichem, bisweilen antistaatlichem Denken, wilder Kreativität und Kapitalismus. Apple-Gründer Steve Jobs lebte sogar für eine Weile in einer Kommune.

Die meisten Techies verstehen sich demnach keineswegs als konservative Kapitalisten, im Gegenteil: Sie fahren Elektroautos, kaufen Bio, tragen Kapuzenpulli statt Krawatte und kämpfen für die Legalisierung von Marihuana.

Für die alteingesessenen Intellektuellen sind sie trotzdem nur die „Monster aus dem Silicon Valley“, wie die Schriftstellerin Rebecca Solnit schreibt. „Die IT-Unternehmen, für die sie arbeiten, sind nicht unsere Freunde. Sie sind im Begriff, eine völlig unkontrollierbare Macht zu werden. Das muss verhindert werden.“

In anderen Teilen der Welt gehen die Menschen auf die Straße, um Werksschließungen zu verhindern, in San Francisco würden manche die Industrie am liebsten aus der Stadt jagen. Vielleicht sollte man das ganze Silicon Valley einfach in die sterbende Industriestadt Detroit verlegen, witzelte ein US-Kulturmagazin: Da würde man sich über die Arbeitsplätze sicher freuen.

Allerdings hat auch das Verhalten der Konzerne bislang wenig dazu beigetragen, den Konflikt zu entschärfen – im Gegenteil. Vergangenes Jahr wurde bekannt, dass Google, Apple und andere mit großem Aufwand vermeiden, in den USA Unternehmenssteuern zu zahlen. Die Empörung darüber war groß, nicht nur in San Francisco.

Auch karitative oder sozial engagierte Unternehmensstiftungen, wie sie etwa Bertelsmann, die Deutsche Telekom oder Bosch betreiben, sind für die meisten Tech-Konzerne kein Thema. Mark Zuckerberg hat offenbar erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Der 29-jährige Facebook-Gründer spendete im vergangenen Jahr eine Milliarde Dollar an die lokale „Silicon Valley Community Foundation“, die unter anderem Bildungseinrichtungen in der Region unterstützt.

Doch keines der durch den Luxusbus-Streit bedrängten Unternehmen nutzte die Gelegenheit, die Politik zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zu drängen oder eine Debatte über das Wachstum der Region zu forcieren. Politisch engagieren sich die meisten Valley-Unternehmen eben nur, wenn ihre Geschäftsinteressen berührt werden.

Es scheint, als würde sich das auch so schnell nicht ändern: Vergangene Woche wurde entschieden, dass die Tech-Konzerne nun dafür zahlen müssen, um die öffentlichen Bushaltestellen zu nutzen. Einen Dollar für jeden haltenden Bus.

Thomas Schulz



THANASSIS STAVRAKIS / AP/ DPA

**Xiros in seiner Videobotschaft**

GRIECHENLAND

## „Wir sind im Krieg“

Aus Angst vor Terroranschlägen haben die Behörden in Athen die Sicherheitsvorkehrungen verschärft und für die Polizei die höchste Alarmstufe ausgerufen. Nach der Flucht des wohl gefährlichsten griechischen Linksterroristen Christodoulos Xiros fürchtet die Regierung eine neue Welle der Gewalt, die sich vor allem gegen ausländische Delegationen und Vertreter der Troika richten könnte. Bürgerschutzminister Nikos Dendias hat eine Belohnung von vier Millionen Euro auf die Ergreifung von Xiros und drei weiteren Extremisten ausgesetzt. In einer Videobotschaft hatte Xiros Anfang voriger Woche mit Anschlägen und bewaffnetem Kampf „bis zum bitteren Ende“ gedroht. Vor Porträts von Che Guevara und ehemaligen griechischen Freiheitskämpfern sitzend, attackierte er die Sparabkommen mit den internationalen Geldgebern „unter deutscher Besatzung“. „Wenn wir nicht jetzt reagieren, werden wir als Volk schon bald nicht mehr existieren“, sagte er. „Wir sind im Krieg.“

Xiros, Ex-Mitglied der Terrorgruppe „17. November“, war 2003 unter anderem wegen mehrfachen Mordes zu sechsmal lebenslänglich verurteilt worden. Trotzdem bekam er öfters Hafturlaub – aus dem er Anfang Januar nicht zurückkehrte. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass er sich an die Spitze von Gewalttätern setzen will, die in etlichen Kleingruppen organisiert sind. Dazu sollen die „Feuerzellen“ gehören, die seit 2008 immer wieder Briefbomben an Politiker und Unternehmer geschickt haben. Auch die „Militanten Revolutionären Volkskräfte“ sollen dabei sein – sie hatten sich dazu bekannt, am 1. November zwei Anhänger der rechtsextremen „Goldenen Morgenröte“ vor deren Parteibüro erschossen zu haben.

BRASILIEN

## Aufstand im Kaufhaus

Sie sind jung und oft dunkelhäutig, sie wollen Spaß und wehren sich gegen alltäglichen Rassismus: Frustrierte Jugendliche aus den armen Vorstädten reklamieren ihren Anteil am neuen brasilianischen Wohlstand, indem sie sich seit Wochen zu Hunderten über Facebook und Twitter zu „rolezinhos“, „kleinen Streifzügen“, verabreden. Sie stürmen und tanzen durch luxuriöse Einkaufszentren in Großstädten und skandieren Slogans gegen Rassismus und Marginalisierung. Vergangene Woche hatten sich 9000 Menschen online zum Lauf durch eine Mall in Rios Nobelviertel Leblon angemeldet und die Angst der Ladenbesitzer geschürt – aus Sicherheitsgründen wurde der ganze Komplex dann vorsorglich geschlossen. Die Polizei löste solche Happenings anfangs rigoros auf, nun aber warnt die Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff davor, die „rolezinhos“ zu kriminalisieren. Rousseff befürchtet eine neue Eskalation der Proteste wie im vergangenen Juni, als es bei Demonstrationen Tote und Verletzte gab. In São Paulo, wo die „rolezinho“-Bewegung ihren Anfang nahm, hat der Bürgermeister zur Vermittlung Gespräche mit den Organisatoren angeboten.



MARIO TAMA / GETTY IMAGES

**Happening in Leblon**

## Richtig gekleidet

Die Universität Michigan hat in sieben muslimisch geprägten Ländern je mehrere Tausend Bürger zur Rolle der Frauen befragt. Unter anderem ging es um die Kopfbedeckung am Beispiel der vorgelegten Bilder: „Welcher Stil ist angemessen für Frauen in der Öffentlichkeit?“

Angaben in Prozent



UNIVERSITY OF MICHIGAN

| | Burka | Nikab | Tschador | Hidschab traditionell | Hidschab modern | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Tunesien | 1 | 2 | 3 | **57** | 23 | 15 |
| Ägypten | 1 | 9 | 20 | **52** | 13 | 4 |
| Türkei | 0 | 2 | 2 | **46** | 17 | 32 |
| Irak | 4 | 8 | 32 | **44** | 10 | 3 |
| Libanon | 2 | 1 | 3 | 32 | 12 | **49** |
| Pakistan | 3 | **32** | 31 | 24 | 8 | 2 |
| Saudi-Arabien | 11 | **63** | 8 | 10 | 5 | 3 |

Quelle: Pew Research Center



CIRIL JAZBEC

**Radikaler Lebenswandel** Der Rückgang des Eises in der Arktis verändert das Leben vieler Inuit auf Grönland massiv. Die eisbedeckte Meeresfläche vor den Küsten schmilzt und schrumpft, dadurch wird die Jagdsaison auf dem Eis immer kürzer. Robbenjäger wie Alberth Lukassen aus Uummannaq im Nordwesten können bei weitem nicht mehr so oft mit Hundeschlitten aufs Meer hinausfahren wie bisher. Auch zu Fuß wächst die Gefahr auf der dünner werdenden Eisdecke, von der einzelne Schollen plötzlich abbrechen können.

ISRAEL

# Verbotene Früchte

Den Verdacht hegten Experten der Europäischen Union schon länger, jetzt liegen ihnen Beweise vor: Bio-Obst und -Gemüse, das aus den israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und auf den Golanhöhen stammt, wird häufig falsch deklariert und als Ware „Made in Israel“ in die EU exportiert. Das Lebensmittel- und Veterinäramt in Brüssel habe bei Kontrollen vor Ort eindeutige Beweise gesichert, heißt es in einem internen Kommissionsbericht, und die israelischen Behörden zur Rede gestellt. Als „Made in Israel“ dürfen Exporteure laut einer Anweisung der EU-Kommission nur Waren deklarieren, die innerhalb der „international anerkannten Grenzen des Staates Israel“ produziert werden. Die EU teilte den Mitgliedstaaten jetzt mit, dass sie die israelische Zertifizierung von Bio-Produkten nicht länger akzeptieren werde. Ab 1. Februar müssen die Mitgliedstaaten den Etikettenschwindel selbst verantworten, wenn sie das wollen. Doch die meisten Länder werden sich der EU-Direktive wohl anschließen. Das Landwirtschaftsministerium in Berlin etwa erklärt, solche Bio-Produkte müssten den Herkunftshinweis „Besetzte palästinensische Gebiete“ tragen – was beim Verkauf hinderlich sein dürfte.



ATEF SAFADI / PICTURE ALLIANCE / DPA

**Apfelproduktion auf dem Golan**



RIA NOVOSTI / CAMERA PRESS / DDP IMAGES

**Aufständische im Zentrum Kiews:** *Ein in Russland geschriebenes Szenario, um ein autoritäres System durchsetzen zu können?*

UKRAINE

# Die Partisanen von Kiew

Nachdem er die Demonstrationsgesetze verschärft hat, will Präsident Janukowitsch die Krise offenbar gewaltsam beenden. Doch auch die Opposition hat sich radikalisiert, militante Nationalisten rufen zum Bürgerkrieg auf.

Der Parlamentsabgeordnete, der den Präsidenten mit allen Mitteln stürzen will, steht mit Jeans und Daunenjacke auf dem Kiewer Maidan Nesaleschnosti, dem Unabhängigkeitsplatz, auf dem seit zwei Monaten um die Macht in der Ukraine gerungen wird. „Was können unsere Pflastersteine, Molotowcocktails und brennenden Reifen schon gegen Wasserwerfer, Kugeln und Panzerwagen ausrichten?“, fragt Igor Miroschnitschenko. „Viele hier sind bereit zu sterben.“

Unter der Jacke trägt er ein besticktes Hemd nach dem Vorbild ukrainischer Trachten. Miroschnitschenko gehört zu den Anführern der rechtsnationalen Partei Swoboda, Freiheit, die zusammen mit der Udar-Partei von Vitali Klitschko und der Vaterlandspartei der inhaftierten Julija Timoschenko die Koalition gegen Präsident Wiktor Janukowitsch bildet.

Miroschnitschenko hatte vor ein paar Tagen versucht, die neuen Gesetze zur Verschärfung des Demonstrationsrechts zu stoppen. Kaum hatte der Präsident sie unterschrieben, drang Miroschnitschenko mit drei anderen Swoboda-Abgeordneten in die Druckerei ein, in der gerade die Regierungszeitung fertiggestellt wurde. Denn erst nach der Veröffentlichung neuer Gesetze werden diese wirksam. Zwar war ein Teil der Auflage schon mit Lastwagen verschickt, den Rest aber verbrannten die Protestler auf dem Maidan.

Immer neue Barrikaden errichteten die Regierungsgegner Ende voriger Woche im Zentrum Kiews, ein „Partisanenkrieg“ stehe bevor, glaubt Miroschnitschenko. „Viel Blut wird fließen, auch das von Unschuldigen. Ich habe keine Hoffnung, dass Janukowitsch nur eine unserer Forderungen erfüllt.“ Drei Tote gab es bis Freitag, einer wurde mit Folterspuren aufgefunden. Hunderte Demonstranten wurden verletzt.

Gemessen an europäischen Maßstäben war der Kurs des Präsidenten vergangene Woche nicht mehr nachzuvollziehen. Zwei Monate lang hat Wiktor Janukowitsch nichts für eine Lösung des Konflikts getan. Und dann Öl ins Feuer gegossen, indem er ein Paket antidemokratischer Gesetze durchpeitschen ließ.

Doch was nun in der Ukraine passiert, das kann nicht mal ein Mann mit so be-

schränktem politischen Horizont wie Janukowitsch gewollt haben. Denn jetzt stehen die Zeichen auf Bürgerkrieg, wird der Hass zwischen Pro-Europäern und Russland-Freunden blutig ausgetragen. Für die Gefolgsleute von Janukowitsch sind die Menschen auf dem Maidan „Extremisten und Terroristen“; selbst Premier Nikolai Asarow benutzt im Fernsehen wie selbstverständlich diese Worte.

Dass es unter den Demonstranten die ersten Toten gegeben hat, findet Arsen Klintschajew, Abgeordneter der Regierungspartei in Lugansk, „völlig richtig“: Sie hätten sich gegen die Führung des Landes gewandt, man müsse „noch viel härter gegen die Protestler vorgehen“.

Für Igor Miroschnitschenko wiederum sind Janukowitschs Anhänger „Faschisten und Banditen“, die aus dem demokratischen Kiew ein „mafiöses Donezk“ machen wollten. Donezk ist die Bergarbeitermetropole im russischsprachigen Osten; in der Stadt fanden in den neunziger Jahren blutige Verteilungskämpfe lokaler Unternehmer statt. Der wegen Diebstahls und Körperverletzung verurteilte Janukowitsch stammt von dort, er vertritt die Interessen Donezker Oligarchen.

Die Basis für Gespräche zwischen beiden Lagern wird dünner, die Spaltung des Landes schreitet voran. Inzwischen gehen auch Ukrainer auf die Straße, die bislang nicht zu den Aktivisten der Opposition gehörten. So stürmten am Donnerstag voriger Woche empörte Bürger Rathäuser und Regionalparlamente nicht nur in westlichen Hochburgen des Widerstands wie Lwiw und Iwano-Frankiwsk, sondern auch in Tscherkassy und Poltawa im Osten. Sie zwangen Gouverneure, ihren Rücktritt zu unterschreiben, oder blockierten Amtsstuben.

Die Leute würden so reagieren, weil die Führung des Landes „ohne Vernunft“ handle, sagt Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine. Er meint die skandalöse Verabschiedung der Demonstrationsgesetze. Diese wurden nicht in den Parlamentskomitees erörtert, die Abstimmung erfolgte im Tumult mittels Handzeichen, und der Parlamentschef hat die Gesetze gegen alle Regeln sofort unterzeichnet.

Die Paragrafen orientieren sich an russischen Gesetzen, die angedrohten Strafen allerdings wurden verschärft. Wenn „Organisatoren von Massenunruhen“ in Russland 4 bis 10 Jahre Haft drohen, sind es in der Ukraine 10 bis 15.

Das Szenario der letzten Tage sei nicht in Kiew, sondern in Moskau geschrieben worden, glaubt der frühere ukrainische Justizminister Sergej Golowaty. Das politische Regime der Ukraine solle „dem Russlands und Weißrusslands angeglichen werden“. Man brauche eine pseudojuristische Basis für Repressionen, sagt Golowaty. Janukowitsch steuere daher auf eine gewaltsame Lösung der Krise hin. Dazu würde auch passen, dass gerade die letzten Gemäßigten aus der Mannschaft des Staatschefs verdrängt wurden – unter ihnen der Chef des Präsidialamtes, Sergej Lewotschkin, der sich für einen Dialog mit der Opposition ausgesprochen hatte. Er wurde durch einen Donezker Gefolgsmann von Janukowitsch ersetzt, der Ende November die erste gewaltsame Räumung des Maidan veranlasst haben soll.

Dass Janukowitsch einen harten Kurs verfolgt, hat auch mit der Schwäche der Opposition zu tun. Klitschko und die Chefs der verbündeten Parteien wurden vor acht Wochen von den Protesten der proeuropäischen Ukrainer überrascht. In den vergangenen Tagen überholte sie erneut die Realität, als Militante das Zepter auf dem Maidan übernahmen – aus Enttäuschung, dass die drei Oppositionschefs ihre vollmundigen Forderungen beim Staatschef nicht durchsetzen konnten.



YURI KOZYREV / NOOR / DER SPIEGEL

**Swoboda-Aktivist Miroschnitschenko:** *„Bereit zu sterben“*

Auch der Swoboda-Mann Miroschnitschenko hält wenig von Klitschko. Dessen Entwicklung zum Politiker verlaufe „ziemlich langsam“, sagt er sarkastisch. „Ich glaube nicht, dass er die Führung der Opposition übernehmen kann, vom aggressiven Maidan ganz zu schweigen.“ Was er nicht sagt: Auch seine eigene Partei ist ein Problem für das Oppositionsbündnis. Denn mit Swoboda hat sich eine Gruppe der Revolte angeschlossen, die bestimmte Menschen- und Minderheitenrechte ablehnt.

Mit zehn Prozent ist Swoboda vierstärkste Kraft im Parlament. Klitschko und die Timoschenko-Partei kommen ohne sie nicht aus. Zudem stellt sie die Speerspitze des Widerstands auf dem Maidan. Doch Klitschko verharmlost die Allianz mit den Rechtsradikalen gern. „Wir haben verschiedene Ideologien, zwei Dinge aber einen uns: Wir kämpfen gegen die heutigen Machthaber, und wir wollen europäische Werte in unserem Land“, sagt er.

Auch die Swoboda-Partei pflegt beste Beziehungen zu Europa, allerdings andere, als Klitschko sich wünscht: zu Frankreichs rechtsextremem Front national und zu den italienischen Neofaschisten von Fiamma Tricolore. Wenn es aber um die Unterdrückung Homosexueller geht, fühlt sich der Abgeordnete Miroschnitschenko ganz nah bei Wladimir Putin – obwohl er sonst alles versucht, um Russlands Einfluss zu bekämpfen.

„Die EU ist für uns die einzige Möglichkeit, Russlands Druck abzuwehren“, sagt er. Für ihn und seine Kameraden sei das Bündnis mit Klitschko rein taktischer Natur. Klitschko will schließlich die Vollmachten des Präsidenten beschneiden; Swoboda dagegen träumt von einem Land mit starkem Führer.

Weltoffen ist Miroschnitschenko nicht gerade, obwohl er vor der Europameisterschaft 2008 Pressesprecher der ukrainischen Fußballnationalmannschaft war. Ausländische Fußballprofis würde er gern ausweisen, weil sie „die ethnische Landkarte der Ukraine verändern“.

2012 mischte er sich in eine Debatte über die in der Ukraine geborene US-Schauspielerin Mila Kunis ein. Sie sei keine Ukrainerin, sondern eine „Jiddin“, ließ er wissen. Antisemitismus gehört zum Programm der Extremisten, bis 2004 nannten sie sich „Sozial-Nationale Partei der Ukraine“, die begriffliche Nähe zu Hitlers Nationalsozialisten war gewollt. Ein führender Jungkader verbreitete noch im letzten Sommer ins Ukrainische übersetzte Texte von Joseph Goebbels.

Ohne die straffe Organisation der Nationalisten wäre die Revolte auf dem Maidan längst in sich zusammengebrochen. Aber aus den Reihen von Swoboda droht zugleich die größte Gefahr. Denn deren Fußsoldaten mit ihrem wirren, rechten Gedankengut werden sich bald nicht mehr bremsen lassen.

Womöglich wartet der Präsident genau darauf. BENJAMIN BIDDER, CHRISTIAN NEEF, WLADIMIR PYLJOW, MATTHIAS SCHEPP

**Video-Reportage:**
**Ein Staat in Flammen**
spiegel.de/app52014ukraine
**oder in der App DER SPIEGEL**

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Es hat sofort klick gemacht“

## Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici über die Reformwende von Präsident Hollande, seine Freundschaft zu Wolfgang Schäuble und ungerechtfertigte Kritik an seinem Land

*Moscovici empfängt im Wirtschaftsministerium im Pariser Stadtteil Bercy, in einem kleinen Salon mit Blick auf die Seine steht ein gedeckter Tisch. Der Minister gibt seine Interviews nach französischer Manier gern beim Essen, es werden Lammspießchen und Mousse au Chocolat serviert. Gerade kommt er aus dem Elysée, wo er mit Präsident François Hollande über Sparmaßnahmen geredet hat, gleich muss er nach Davos. Moscovici, 56, galt bisher als Reformer, der sich nicht durchsetzen konnte. Doch seit der vielbeachteten Rede des Präsidenten von vorvergangener Woche, in der dieser Ausgabenkürzungen und niedrigere Lohnnebenkosten ankündigte, steht Moscovici als Sieger da.*

**SPIEGEL:** Herr Minister, erklären Sie uns doch bitte mal den Unterschied zwischen einem Sozialisten und einem Sozialdemokraten.

**Moscovici:** Ein Sozialdemokrat akzeptiert echte Reformen. Er vertraut auf sozialen Dialog und auf Kompromisse. Trotzdem gehört er zur Familie der Sozialisten, er will Gleichheit und Gerechtigkeit.

**SPIEGEL:** In seiner Reformrede hat sich François Hollande zum ersten Mal als Sozialdemokrat bezeichnet. Das wurde als eine Art Coming-out empfunden. Warum hat das für so viel Aufsehen gesorgt?

**Moscovici:** Jedes Land will seine eigenen Traditionen bewahren, seine Identität. Wenn sich in Deutschland ein SPD-Minister auf einmal Sozialist nennen würde, wäre das wohl ein wenig so, als ob er das historische Parteiprogramm von Bad Godesberg rückgängig machen wollte. Wir haben in Frankreich nun mal eine sozialistische Tradition. Und wenn wir uns nun zur Sozialdemokratie bekennen, erkennen wir die Bedeutung von Reformen und Sozialpartnerschaft an. Es geht nicht nur um ein neues Wort, sondern um eine politische und ideologische Festlegung.

**SPIEGEL:** Sie haben sich selbst immer schon als Sozialdemokrat bezeichnet. Haben Sie den Präsidenten umgedreht?

**Moscovici:** Ich kenne François Hollande seit 30 Jahren, seit wir zwei junge Wirtschaftsdozenten an der Hochschule Sciences Po waren. Er war stets ein Reformer, Europäer und Sozialdemokrat. Aber es stimmt schon: Es ist gut, die Dinge beim Namen zu nennen. Das hat er nun getan, er steht zu seiner Überzeugung.

**SPIEGEL:** Heißt das, Frankreich wird ein wenig deutscher? Und Deutschland durch die Große Koalition vielleicht ein wenig französischer?

**Moscovici:** Es gibt kein deutsches Modell für Frankreich, so wie es kein französisches Modell für Deutschland gibt. Aber wir können uns in manchen Fragen gegenseitig inspirieren. Wir zum Beispiel brauchen dringend Strukturreformen. Deutschland dagegen sollte seine Binnennachfrage ankurbeln.

**SPIEGEL:** Das will die Große Koalition nun mit dem Mindestlohn erreichen.

**Moscovici:** Wir können uns Vorschläge machen, aber gegenseitig nichts aufzwingen. Das Gute ist, wir sehen uns ständig und reden miteinander. Diese Woche empfange ich hier im Ministerium Wolfgang Schäuble und erstmals auch Sigmar Gabriel zum Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrat. Und ohne dessen Vorgänger Philipp Rösler zu nahe treten zu wollen: Ich glaube, Gabriel wird in dieser Funktion ein größeres Gewicht haben.

**SPIEGEL:** Zwischen Angela Merkel und François Hollande gab es einige Differenzen. Wie ist denn Ihr Verhältnis zu Finanzminister Wolfgang Schäuble?

**Moscovici:** Ich sehe ihn wahrscheinlich häufiger als die meisten meiner französischen Kollegen. Mich verbindet eine echte Freundschaft mit ihm, obwohl er sagt, als Franzose würde er meine Partei nicht wählen. Und das gilt umgekehrt auch für mich. Wir verstehen uns, weil wir die gleichen europäischen Überzeugungen teilen. Schäuble hat mich unterstützt, als ich in Brüssel um Aufschub gebeten habe, um unser Defizit in Ordnung zu bringen.

**SPIEGEL:** Gab es dieses Vertrauen von Anfang an?

**Moscovici:** Zwischen Schäuble und mir hat es sofort klick gemacht. An meinem ersten richtigen Arbeitstag im Ministerium, es war Christi Himmelfahrt, habe ich ihn sofort angerufen. Vier Tage später bin ich mit meinen Leuten nach Berlin gefahren, aber ich habe alle weggeschickt und eine Dreiviertelstunde allein mit Schäuble geredet. Ich sagte ihm: Erstens, wir beide brauchen einen direkten Draht. Und zweitens: Diese neue französische Regierung ist europäisch, und sie will Reformen. Wir haben Handynummern getauscht und sind zum Du übergegangen.

**SPIEGEL:** Brechen nach einem schwierigen Beginn nun bessere Zeiten zwischen Deutschland und Frankreich an?

**Moscovici:** Das stimmt und stimmt nicht. Wir haben uns schon immer gut verstanden, aber es kann noch besser werden. Mit der neuen deutschen Regierung können wir vielleicht mehr erreichen, nun, da die Euro-Zone stabilisiert ist. Wir müssen überlegen, wie wir das Wachstum in Europa stärken und den im Dezember beschlossenen deutsch-französischen Kompromiss zur Bankenunion umsetzen können.

**SPIEGEL:** EU-Parlamentspräsident Martin Schulz will die Bankenunion scheitern lassen, weil sie ungenügend sei.

**Moscovici:** Wir haben ein Abkommen der europäischen Finanzminister, das wir hart verhandelt haben. Wir können es in weiteren Gesprächen mit Parlament, Rat und Kommission der EU verbessern, doch das Parlament muss wissen, dass es diesen Kompromiss nicht einfach abschmettern kann. Er kann angepasst, aber er muss umgesetzt werden.

**SPIEGEL:** Man hat Deutschland bei der Bewältigung der Euro-Krise oft Egoismus vorgeworfen, auch in Frankreich.

**Moscovici:** Es gibt Sorgen in Deutschland, die ich nachvollziehen kann. Das bezeichne ich nicht als Egoismus. Ich verstehe, dass die Deutschen ihre öffentlichen Finanzen und die Guthaben ihrer Bürger schützen wollen. Ich habe nie zu denen gehört, die sagten: Deutschland wird schon zahlen. Aber die Deutschen müssen verstehen, dass mutige Instrumente

**„Ich wehre mich, wenn man uns als ein Land im Niedergang beschreibt, das sich nicht reformiert.“**



ANDREW C. KOVALEV / CKOVALEV.COM / DER SPIEGEL

**Sozialdemokrat Moscovici:** *„Je stärker die Partner sind, desto stärker ist Deutschland“*

zur Vergemeinschaftung auch in ihrem Interesse sind. Denn je stärker die Partner sind, desto stärker ist Deutschland.

**SPIEGEL:** Sie wehren sich wie kaum ein anderer lautstark gegen Kritik aus dem Ausland, die Sie als ungerecht empfinden, und sprechen von „French bashing“.

**Moscovici:** Ich bin nicht Monsieur Alles-ist-gut, ich kenne die Probleme unserer Wirtschaft. Aber sie ist immer noch stark, wir sind die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Ich wehre mich, wenn man uns als Land im Niedergang beschreibt, als gelähmte Nation, die sich nicht reformiert.

**SPIEGEL:** Warum kommen Hollandes Ankündigungen erst jetzt? Warum haben Sie die Kehrtwende nicht früher gemacht?

**Moscovici:** Aber es gibt keine Kehrtwende! Wir setzen unsere bisherige Politik fort. Wir gehen jetzt nur schneller und entschiedener voran.

**SPIEGEL:** Wenn es keine Kehrtwende ist, warum applaudiert Ihnen dann die Opposition, warum werfen Ihnen manche Linken eine rechte Politik vor? Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman kritisiert, Sie seien mit Ihren Budgetkürzungen vom richtigen Weg abgekommen.

**Moscovici:** Paul Krugman hat uns lange unterstützt, und ich denke, er wird unsere Bemühungen auch in Zukunft wieder anerkennen. Manche Rechten, die uns gern scheitern sehen würden, kritisieren uns auch jetzt. Aber andere, wie die früheren Premierminister Alain Juppé und Jean-Pierre Raffarin, sehen, dass wir im Interesse des Landes handeln.

**SPIEGEL:** Sie selbst sprachen bereits Mitte 2012 davon, die Lohnnebenkosten senken zu wollen. Doch Hollande hat darauf damals nicht reagiert.

**Moscovici:** In der Politik gibt es Momente, in denen man Vorhaben umsetzen kann oder nicht. Es ist einfach, heute zu sagen, warum haben Sie das nicht 2012 oder Ihre Vorgänger 2010 oder 2005 gemacht? Seit zehn Jahren haben wir an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Wenn wir das aufholen wollen, wenn wir nicht weiter im Mittelfeld der Euro-Zone spielen wollen, müssen wir jetzt handeln.

**SPIEGEL:** Welche konkreten Maßnahmen folgen denn nun den Ankündigungen?

**Moscovici:** Erstens, wir sparen entschieden bei den Staatsausgaben. Ich komme gerade aus dem neuen Expertenrat für öffentliche Ausgaben, zu dem der Präsident heute zum ersten Mal in den Elysée geladen hat. Wir sparen innerhalb von fünf Jahren 75 Milliarden Euro und verringern die Staatsquote von derzeit 57 auf 53 Prozent. Zweitens, wir senken die Lohnnebenkosten für die Unternehmen so massiv wie nie zuvor. Drittens werden wir die Unternehmensteuern reformieren, damit Jobs geschaffen und Investitionen ausgelöst werden. Und viertens werden wir viele komplizierte Bestimmungen für Firmen aufheben.

**SPIEGEL:** Statt Unternehmer wie bisher öffentlich anzupöbeln, wollen Sie nun mit ihnen zusammenarbeiten?
**Moscovici:** Manchmal streiten wir uns schon noch. Wenn uns nun alle mit Gerhard Schröder vergleichen, der sicher viel für Deutschland getan hat, dann muss ich sagen: Anders als er sehe ich mich nicht als „Genosse der Bosse“, ich bin der Minister der Unternehmen.
**SPIEGEL:** Befürchten Sie Massenproteste, für die die Franzosen so berühmt sind?
**Moscovici:** Viele unterschätzen, wie bewusst den Franzosen ist, dass wir Veränderungen brauchen. Es hängt auch davon ab, wie man sie angeht: Beispielsweise haben wir eine Rentenreform gemacht, und es gab kaum Proteste.
**SPIEGEL:** Auch, weil viele Experten Ihre Rentenreform als mickrig bewerten.
**Moscovici:** Das stimmt doch nicht! Wir haben in den vergangenen 20 Monaten mehr Reformen beschlossen als unsere Vorgänger – zum Beispiel bei Arbeitsmarkt und Berufsbildung. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben zugestimmt, das ist neu für Frankreich.
**SPIEGEL:** Könnte Ihr Reformprogramm nicht dem rechtspopulistischen Front national Stimmen bei den Europawahlen zutreiben? Weil es das Gefühl verstärkt, dass Europa an allem schuld ist?
**Moscovici:** Ich kenne die Menschen, die den Front national wählen. Warum tun sie es? Weil sie Angst haben, dass das Land absteigt, dass unsere Automobilindustrie zerfällt, dass Jobs verschwinden. Wenn wir die Wirtschaft in Gang bringen, ist das die beste Antwort auf diese Partei.
**SPIEGEL:** Präsident Hollande hat nicht nur mit seiner Reformrede überrascht, sondern auch durch die Enthüllung seiner Affäre mit einer Schauspielerin. Hat ihm das geschadet?
**Moscovici:** In keiner Weise. In Umfragen sagen mehr als drei Viertel der Franzosen, dass das Private privat bleiben solle. Mir persönlich erscheint diese Reaktion sehr gesund.
**SPIEGEL:** Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Britta Sandberg und Mathieu von Rohr in Moscovicis Pariser Amtssitz.



ANDREW C. KOVALEV / CKOVALEV.COM / DER SPIEGEL

**Moscovici, SPIEGEL-Redakteure***
*„Es gibt keine Kehrtwende“*

SYRIEN

# „Der Gestank war unfassbar“

Das Assad-Regime lässt Gefangene systematisch foltern und verhungern, wie Fotos von 11 000 Leichen zeigen. Dem SPIEGEL vorliegende Zeugenaussagen bestätigen den Massenmord.

Hinrichtungen habe er nicht beobachtet, auch keine Folter. Das war nicht sein Job. Er machte hinterher Fotos von den Leichen. Je vier, fünf pro Person, von Gesicht, Körper und Todesmerkmalen, sofern die sich noch lokalisieren ließen. Zehntausende Male, von März 2011 bis August 2013, bis er floh. 55 000 Aufnahmen hatte er vorher auf USB-Sticks kopiert und außer Landes geschafft: Bilder verhungerter, erdrosselter, zu Tode gequälter Männer, die meisten jung und fast nackt, manchen fehlten die Augen. Bis zu 50-mal am Tag seien er und seine Kollegen gerufen worden, eine Leiche gemeinsam mit einer Nummer zur Registrierung zu fotografieren, sagt der Überläufer, der unter dem Pseudonym „Caesar“ zitiert wird.

Was der frühere Fotograf der syrischen Militärsicherheit den Juristen und Forensikern einer britischen Anwaltskanzlei geschildert hat, belege zusammen mit den Fotos erstmals das „industrielle Ausmaß des Tötens“ durch Syriens Regime. So bezeichnete es Sir Desmond de Silva, ehemaliger Chefankläger beim Sierra-Leone-Tribunal in Den Haag. Überdies liefern die Bilder eine beklemmende Erklärung dafür, wo die vielen Verschwundenen geblieben sind: jene 50 000 oder mehr Menschen, die oft schon vor ein oder zwei Jahren vom Regime verschleppt wurden. Sie sind nicht eingegangen in die Opferstatistiken, die von ungefähr 130 000 Toten ausgehen. Aber es gab auch keine gesicherten Hinweise, wo die Vermissten sind.

Die britischen Experten wählten 5500 Fotos nach dem Zufallsprinzip aus und analysierten sie eingehend. Auf mehr als der Hälfte sind ausgezehrte Körper zu sehen, außerdem Foltermale. Hochgerechnet auf den ganzen Datensatz sei damit die Ermordung von wohl insgesamt 11 000 Menschen dokumentiert worden. Die drei beteiligten prominenten Strafrechtler stuften die Aussagen und Bilder als authentisch ein und sind sich einig: Dies seien „klare Beweise für die systematische Folter und Tötung von Gefangenen“ und damit „Belege für Kriegsverbrechen des gegenwärtigen syrischen Regimes“.

Dass die Regierung von Katar die Untersuchung der Londoner Kanzlei finanziert hat, dürfte den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung zum Beginn der Genfer Syrien-Konferenz erklären, denn Katar unterstützt die Rebellen – aber es ändert nichts an der Beweiskraft dieser Bilder.

Zwar war „Caesar“ wohl nur ein Rädchen in dem bürokratischen Apparat des Tötens. Aber die Fotos könnten entscheidend sein für die Aufdeckung der Verbrechen von Baschar al-Assads Regime. Denn sie belegen, wovon zuvor Zeugen nur berichten konnten.

„Caesars“ Ausführungen decken sich zudem bis in die Details mit bisher unveröffentlichten Aussagen von Zeugen, mit denen der SPIEGEL in den vergangenen 20 Monaten gesprochen hat. Demnach wurden spätestens Anfang 2012 die weitläufigen Militärkrankenhäuser in Homs und Harasta bei Damaskus zu Umschlagplätzen der Opfer der Armee sowie der verschiedenen Geheimdienste und Milizen. Die Toten wurden zentral registriert, fotografiert und dann in Sammeltransporten nach Osten gefahren, zu Massengräbern in den bis heute vom Regime kontrollierten Wüstenzonen.

**„Wir haben versucht, je einen Kopf, zwei Arme und zwei Beine in einen Sack zu packen.“**

Als der damals 19-jährige Soldat Ahmed J. aus Aleppo am 11. März 2012 seinen neuen Posten im Militärkrankenhaus von Homs antrat, sah er im innersten Hof, nahe den Kühlräumen, ein hüfthohes Feld aus Leichen: „Dutzende Meter lang und drei, vier Lagen hoch.“ Ahmed J. war zuständig dafür, die Toten nach dem Fotografieren in weißen Plastiksäcken zu verstauen. Viele seien aufgedunsen, kaum noch erkennbar gewesen. „Und manchmal waren nur Teile übrig, da haben wir versucht, je einen Kopf, zwei Arme, zwei Beine in einen Sack zu packen. Andere kamen noch bekleidet an, hatten Geld und Telefone bei sich. Ich habe nicht nachgedacht, anfangs kaum geschlafen, aber später im Schlaf geredet, erzählten die anderen: ‚Hey, gib mir mal den Kopf da! Nimm das Bein!‘ Dasselbe, was ich tagsüber gesagt hatte.“

Vor allem eines hat er nicht vergessen: „Der Gestank war unfassbar.“

Jede Leiche, sagt Ahmed J., sei dreibis viermal fotografiert worden. „Jedes Einschussloch wurde aufgenommen." Sie seien 15 Mann in zwei Schichten gewesen, „einer fiel am ersten Tag in Ohnmacht und wurde geschlagen. Andere plünderten die Leichen und machten Witze". Ihr Chef, berichtet er, war ein Militärarzt, „der alle halbe Stunde kurz wegging und sagte, er habe Kopfschmerzen. In seinen 30 Berufsjahren habe er so etwas noch nicht erlebt".

Täglich seien mehrere Lieferungen gekommen, „meist aus verschiedenen Vierteln und Vororten von Homs wie Baba Amr, Sultanija, Bab Sbaa oder Houla". Etwa zweimal pro Woche holte ein großer Kühllaster ohne Nummernschild die weißen Säcke ab. Wohin? Schulterzucken. „Keiner durfte Fragen stellen." Am 23. März endete Ahmed J.s Einsatz, zwei Monate später floh er, heute lebt er in der Türkei.

Ein später übergelaufener Militärarzt aus der Stadt Rastan hatte ebenfalls Mitte März einen Termin im Militärkrankenhaus von Homs. Auch er berichtet detailliert vom Umschlagplatz der Leichen, den er an derselben Stelle im Innenhof sah: „Ich war nur kurz dort. Aber da lagen Hunderte, die konnten kaum alle im Krankenhaus gestorben oder umgebracht worden sein." Einen Abtransport von Leichen sah er nicht. Nur Soldaten, die Tote in weiße Plastiksäcke packten.

Ein Regime lässt zigtausendfach seine Bürger umbringen, die Leichen diskret einsammeln, in Massengräbern verschwinden, aber warum werden sie vorher fotografiert und nummeriert?

„Caesar" hatte angegeben, dies sei auch geschehen, um Totenscheine ausstellen zu können. Doch warum wurden Einschusslöcher und Strangulationsmale extra aufgenommen, wenn man die wahre Todesursache geheim halten wollte? Wichtiger scheint daher „Caesars" zweiter Punkt zu sein: Man habe genau festhalten wollen, „welcher der Dienste verantwortlich war für Gefangennahme und Tod". Ein Leistungsnachweis der Bestialität.

Bis weit ins Jahr 2012 hinein arbeiteten die Militärsicherheit, der Luftwaffengeheimdienst, die Staatssicherheit und andere vielfach gegeneinander – und mancher Gesuchte konnte entkommen, weil er auf der Fahndungsliste des einen, aber nicht des anderen Dienstes stand. Um im Geflecht von Konkurrenz und Kooperation die Übersicht zu behalten, wer wen umgebracht hatte, war die Dokumentation vielleicht wichtiger als die Vertuschung.

In Homs verschwanden ab Februar 2012 Tausende beim Sturm der 4. Division auf die Stadt. Hier bedeutete nicht mehr nur die Zugehörigkeit zur Opposition ein Todesurteil, es reichte der falsche Wohnort. Doch die Männer, deren Leichen der Soldat und der Militärarzt im März 2012 sahen, hatte man noch nicht systematisch verhungern lassen, wie es viele Bilder von „Caesar" zeigen.

Das begann später, ab 2013 tauchten immer wieder zu Skeletten abgemagerte Leichen und Freigelassene auf. Auch der britische Arzt Abbas Khan, der Ende 2012 nach Syrien gegangen war, um Verletzte in Krankenhäusern zu behandeln, wurde von der Armee gefangen genommen und in einem Gefängnis der Militärsicherheit zu Tode gequält. Ein Jahr lang versuchte seine Familie, ihn freizubekommen. Seine Mutter reiste nach Damaskus und schaffte es mit Hilfe von Diplomaten, Anwälten und Mittelsmännern, ihren Sohn zu besuchen. Er sei mit brennenden Zigaretten und Elektroschocks traktiert worden, habe Hunger gelitten und schließlich nur noch etwas über 30 Kilo gewogen, erzählte seine Mutter später: „Er sah aus wie ein Skelett."

Ein britischer Parlamentsabgeordneter versprach, nach Syrien zu reisen und zu vermitteln. Die Familie schöpfte Hoffnung. Doch dann kam am 17. Dezember die offizielle Nachricht, Abbas Khan habe sich in seiner Zelle erhängt. „Er hatte die ganze Zeit über Hoffnung, dass er freikommt. Warum sollte er sich umbringen?", fragt seine Schwester Sara.

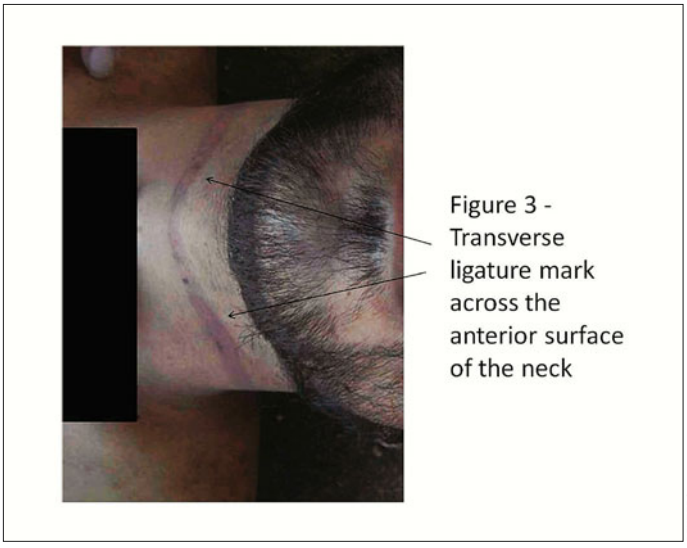
Nach Homs wurden Leichen-Umschlagplätze auch in Damaskus eingerichtet. Es war gewissermaßen ein Systemfehler, der dort einen Immobilienmakler fünf Tage durch die Apokalypse irren ließ, auf der Suche nach seinem Bruder. Er war im November 2012 getötet worden, offensichtlich ein Versehen.

„Wir hatten Kontakte nach ganz oben, kannten den Chef des Luftwaffengeheimdienstes", sagte der Makler bei einem Treffen im vergangenen April. „Also bekam ich offiziell Hilfe bei der Suche nach seiner Leiche." Er fuhr erst zur Geheimdienstabteilung 601 im Westen von Damaskus, dann zum Militärkrankenhaus von Harasta im Osten: „Da lagen die Toten in acht, neun Lagen übereinander, im Keller, im Innenhof, in den Gängen, überall, und fortwährend kamen neue hinzu. Alle Dienste brachten ihre Leichen dahin."

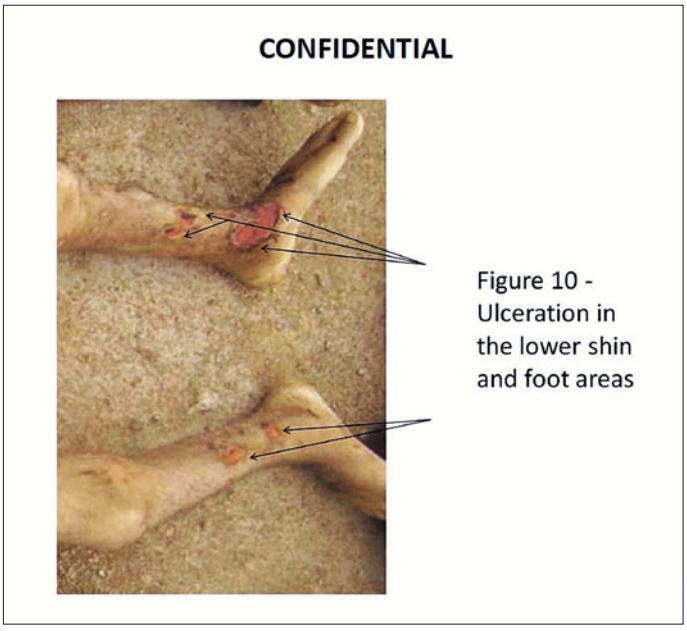
Die Militärsicherheit hatte extra für den Makler zehn Soldaten abgestellt. „Sie wuchteten fünf Tage lang Leichen von einem auf den nächsten Stapel", auf der Suche nach Leiche Nummer 417, seinem Bruder. „Aber er war schon fort."

Er könne sich auch die Bilder anschauen, bot man ihm an: 1550 Getötete aus den vergangenen zwei Monaten, aus dem Großraum Damaskus. „Aber das seien nur die von ihrem Dienst, meinten sie bedauernd. Die anderen hätten sie nicht." Doch Nummer 417 blieb verschollen.

Christoph Reuter, Christoph Scheuermann




REUTERS




REUTERS

**Von „Caesar" fotografierte Folteropfer**
*Leistungsnachweis der Bestialität*

RUSSLAND

# Putins Spiele

**Wenn kommende Woche die olympischen Wettbewerbe in Sotschi beginnen, steht ein Sieger bereits fest: Gastgeber Wladimir Putin. Der Präsident hat das milliardenschwere Spektakel genutzt, um seine Herrschaft zu sichern und Rivalen zu unterwerfen.**

Mit seinem breiten Kreuz und dem mächtigen Schädel wirkt der Chef der Russischen Eisenbahnen wie ein Mann, der vor nichts und niemandem Angst hat. Wenn Wladimir Jakunin Eisenbahntrassen in Iran und Nordkorea verlegt, dann ist er Russlands Nebenaußenminister. Mit seinem Milliardenbudget zählt er außerdem zu den wichtigsten Politikern in Moskau. Und als Herr über knapp eine Million Angestellte ist er der größte Arbeitgeber im Land.

Bei festlichen Gelegenheiten trägt Jakunin gern Uniform. Die silbernen Eichenlaub-Stickereien am Kragen erinnern an jene Zeit, als die Chefs der sowjetischen Eisenbahn noch im Generalsrang dem Vaterland dienten. Zur Eröffnung seines modernen Bahnhofs in der Olympiastadt Sotschi aber kommt Jakunin in Zivil, in dunkelblauem Anzug, mit einer rosa Seidenkrawatte. Doch auch ohne Uniform steht er an diesem Tag stramm wie ein Zinnsoldat vor seinem Präsidenten.

Jakunins Körperhaltung verrät Stolz, aber auch eine Prise Furcht. Und das, obwohl er zu Putins engstem Führungskreis gehört und ihn bereits seit mehr als 20 Jahren kennt. „Im Namen des ganzen Kollektivs der Russischen Eisenbahnen danke ich Ihnen für das Vertrauen, die Hilfe und auch die Kontrolle, der Sie uns stets unterworfen haben“, ruft Jakunin.

Kontrolle. Das ist ein Schlüsselwort, wenn es um Sotschi geht – aber auch für die Spiele um Macht und Geld, die in Moskauer Hinterzimmern, auf den Korridoren der Ministerien und in den Chefetagen großer Unternehmen ausgetragen werden. In diesem Kampf geht es nicht um Medaillen, sondern um Milliarden. Nicht um Plätze in der Nationalmannschaft, sondern in der russischen Machtelite. Nicht um den Beifall des Publikums, sondern um das gnädige Kopfnicken eines einzigen Mannes: Wladimir Putin.

Der Präsident, noch vor anderthalb Jahren angeschlagen nach Wahlfälschungen und Massendemonstrationen, nutzt die Olympischen Spiele, um sich seinem Volk als Alleskönner darzustellen. Aber auch, um seine Herrschaft zu festigen und die



RIA NOVOSTI / REUTERS

**Sportler Putin:** *Vor dem Volk ein Alleskönner*

rivalisierenden Clans in ihre Schranken zu weisen. Wer Putin bedingungslos dient, darf in Sotschi mitverdienen; wer sich gegen ihn stellt, verliert seine Pfründen.

Eisenbahnchef Jakunin ist Putins bester Anwalt, wenn es darum geht, den Kreml gegen Vorwürfe von Korruption, Kostenexplosion und Schwulenfeindlichkeit zu verteidigen. Er erinnert an Franz Josef Strauß, erzkonservativ und wortgewaltig, so tönt er dann von einem „Informationskrieg, den der Westen gegen Russland angezettelt“ habe. „Wir fingen bei null an und haben dann in Rekordgeschwindigkeit Kraftwerke, Autobahnen und Tunnel gebaut – natürlich kostet das Geld.“ Für seinen Großbahnhof in Sotschi habe er dreieinhalb Jahre gebraucht, in Berlin dauerte es dreimal so lange.

Westliche Sportfunktionäre wie den Schweizer Präsidenten des Internationalen Skiverbands würde Jakunin am liebsten vor Gericht zerren, weil der behauptet, „dass ein Drittel der Sotschi-Gelder“ verschwunden sei. „Woher weiß der das, war er selbst an Korruption beteiligt?“, wettert Jakunin. „Er verleumdet Russland.“

Jakunins Eisenbahnkonzern hat in Sotschi acht große Projekte für 6,6 Milliarden Euro aus dem Boden gestampft, darunter die Autobahn und die 42 Kilometer lange Eisenbahnlinie von der Küste in die Kaukasusberge. Und eben den Bahnhof, der so viele Passagiere abfertigen kann wie der in Berlin, nur dass die deutsche Hauptstadt zehnmal so viele Einwohner wie Sotschi hat. Jakunins Leute haben 332 000 Quadratmeter Asphalt gegossen, 54 000 Quadratmeter Granit verlegt und 6000 Pflanzen in der Erde versenkt. „Der Präsident war sehr zufrieden mit unserer Arbeit“, sagt der Chefeisenbahner.

Die Zufriedenheit des Präsidenten lohnt sich: Jakunin ist noch immer im Amt, obwohl der Oppositionsführer und Blogger Alexej Nawalny vor einigen Monaten enthüllte, dass der Eisenbahnkönig nicht nur in Sotschi ein vorzüglicher Baumeister sei, sondern auch dann, wenn es um sein eigenes Wohl gehe. Denn er habe sich vor den Toren Moskaus einen Palast mit mehreren Dutzend Zimmern und einem gekühlten Spezialraum für die Pelzmäntel seiner Frau errichtet. Jakunin tut das als „Schmutzkampagne“ ab.

Kurz zuvor sprang Putin dem Eisenbahnchef bei, als man in Moskau über dessen baldigen Rausschmiss aus der Regierung spekulierte und die staatliche Nachrichtenagentur bereits Jakunins Ablösung verkündet hatte. Dahinter steckte offenbar die Mannschaft von Premier Dmitrij Medwedew. Der will Jakunin schon lange loswerden – doch Putin hält an seinem Getreuen fest.

Medwedew seinerseits wurde vom Präsidenten in den vergangenen Monaten auf politische Zwergengröße geschrumpft, er gilt inzwischen als fast vollständig entmachtet. Die meisten seiner Gefolgsleute wurden aus wichtigen Positionen entfernt, auch von Sotschis Futtertrögen.

Einer von ihnen ist Ahmed Bilalow, ein Bauunternehmer aus der unruhigen Kaukasusrepublik Dagestan, dessen Konzern sich unter anderem den Bau der Sprungschanzen in Sotschi gesichert hat. An ihm statuierte Putin ein Exempel im Kampf gegen die Korruption rund um die teuersten Olympischen Spiele aller Zeiten. Genau ein Jahr vor Beginn der Spiele kanzelte der Kremlchef den Unternehmer Bilalow im Skigebiet oberhalb von Sotschi vor laufenden Kameras ab. Denn die Anlagen waren da noch immer nicht fertig, während sich die Kosten auf 174 Millionen Euro versiebenfacht hatten.

Bilalow war bis zu diesem Zeitpunkt Vizepräsident des russischen Olympischen Komitees und Mitglied der Staatspartei „Einiges Russland“. Kurz nach Putins Fernsehschelte wurde er all seiner Posten enthoben und verschwand nach London.

Seine Entmachtung sollte der Abschreckung dienen. Und wie so oft in Russland fiel sie gnadenlos aus. Denn kaum hatte der Präsident sich über Bilalow erregt, eröffnete die Moskauer Ermittlungsbehörde ein Strafverfahren gegen den Unternehmer: Der habe, so hieß es plötzlich, gemeinsam mit seinem Bruder Magomed, auch Staatsgelder veruntreut. Der Vorwurf: Der Bilalow-Konzern habe für den Bau der Olympiaanlagen einen Kredit erhalten, das Geld aber nicht für Bauarbeiten verwendet, sondern bei einer Bank im Besitz von Magomed angelegt und als Kredit weitergegeben – zum dreifachen Zinssatz. Auf diesem Weg hätten die Brüder einen Gewinn von einer Million Euro gemacht.

Bilalow hält dagegen, die Vorwürfe seien eine „schamlose Lüge“. Hinter dem Skandal stecke ein Großaktionär seines Unternehmens, der sich bei den Sotschi-Bauten selbst überhoben habe – nämlich die staatliche Sberbank, die größte und älteste Bank des Landes. Die Sberbank übernahm nach dem Rückzug der Bilalow-Brüder tatsächlich die Aktienmehrheit der Firma.

Welche Version stimmt, ist ungeklärt. Doch die Affäre lässt ahnen, dass hier jemand zu sehr den eigenen Vorteil suchte, ohne sich genügend den Interessen des Kreml unterzuordnen. Und dass er auf die falschen Beschützer setzte.

Bilalow ist nicht der Einzige, für den Putins glorreiche Spiele zu verlorenen Spielen wurden. Die wenig geliebten Oligarchen aus der Zeit seines Vorgängers Boris Jelzin hatte der Präsident gleich nach dem Zuschlag für Sotschi im Juli 2007 in die Pflicht genommen – und praktisch zu Investitionen gezwungen: den Nickelkönig und ehemaligen Jelzin-Vizepremier Wladimir Potanin, geschätztes Vermögen: 14,3 Milliarden Dollar; und Aluminiumzar Oleg Deripaska, der mit einer Stiefenkelin von Jelzin verheiratet und angeblich 8,5 Milliarden Dollar schwer ist. „Sich an Sotschi zu beteiligen ist für die Oligarchen eine Art Steuer“, sagt der ehemalige Premier Michail Kassjanow. „Wenn du weiter Geschäfte in Russland machen willst, dann musst du Putin eben helfen.“

Potanin ist im Kreml einigermaßen wohlgelitten, weil er seine Objekte im Wert von knapp zwei Milliarden Euro rechtzeitig fertigstellte, darunter einen nagelneuen Bergkurort mit Hotels im Alpenstil und einen ultramodernen Skilift.

Deripaskas Unternehmen Rusal dagegen ist hochverschuldet und inzwischen praktisch abhängig von der Staatsbank WTB. Drei Wochen vor Eröffnung der Spiele wurde noch immer an Deripaskas 500 Millionen Euro teurem Olympiadorf gewerkelt.

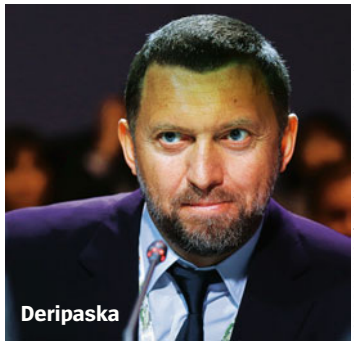
Eines aber eint die beiden Magnaten, die in der Vergangenheit so manchen










PICTURE ALLIANCE / DPA (O.L.); GETTY IMAGES (2. O.R. + U.R.); REUTERS (U.L.)

**Unternehmer:** *„Willst du Geschäfte machen, musst du Putin helfen“*



2014 HARF ZIMMERMANN / THE NEW YORK TIMES SYNDICATE

**Stadion in Sotschi:** *Die russischen Olympiabauten sind 57 Prozent teurer als vergleichbare Anlagen in anderen Ländern*

Zwist miteinander ausfochten: Sie wollen ihre Investitionen am liebsten vom Steuerzahler begleichen lassen. Zusammen mit den Chefs der Staatsunternehmen Gazprom und Sberbank, die beide für Sotschi ebenfalls Milliarden ausgaben, fordern Potanin und Deripaska die Regierung dazu auf, „wenigstens ein Minimum unserer Investitionen zu retten“. Offenkundig glauben sie nicht daran, dass sich Sotschi nach den Winterspielen tatsächlich zu jenem Touristenmekka mit rund 50 000 Übernachtungsgästen täglich entwickelt, von dem der Kreml träumt. Kein Wunder, die 14-Millionen-Metropole Moskau hat gerade einmal doppelt so viele Hotelbetten.

Aber es gibt auch Großunternehmer, für die Sotschi von Anfang an ein Quell neuen Reichtums war: Männer mit einer besonderen Nähe zum Kreml und zu Wladimir Putin. Arkadij Rotenberg zum Beispiel war bis vor gut 30 Jahren Direktor einer unbedeutenden Kinder- und Jugendsportschule in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg. Nach dem Ende der Sowjetunion versuchte er sich im Kleinhandel mit Finnland. Öffentlich in Erscheinung trat er nie, heute jedoch ist der 62-Jährige Milliardär und beherrscht zusammen mit seinem Bruder Boris Banken, Pipeline-Firmen und Baukonzerne.

Der Höhenflug der Rotenberg-Brüder begann, nachdem ein Freund aus Kindertagen seine Moskauer Karriere startete – Wladimir Putin. Sie hatten einst zusammen im Judoclub trainiert; heute gehört der Club dem Milliardär, und Ehrenpräsident ist Putin. Rotenberg gilt als Judotrainer des Kremlchefs. Er ist zugleich Vorstandschef beim berühmten Moskauer Eishockey-Verein Dynamo, in dessen Beirat zahlreiche Kremlgrößen sitzen.

Insofern überrascht nicht, dass Rotenberg innerhalb weniger Jahre zum Milliardär aufstieg. Als Gazprom 2008 fünf Tochterfirmen für den Bau von Pipelines und Kompressoranlagen verkaufte, ging das lukrative Paket für einen Discountpreis von 227 Millionen Euro weg. Firmen aus Zypern griffen zu, ihr Hintermann war Arkadij Rotenberg.

Für Sotschi-Großprojekte haben Rotenbergs Firmen Verträge über 4,8 Milliarden Euro abgeschlossen, wie der US-Finanzdienst Bloomberg ermittelte, etwa für den Bau von Straßen, einer Pipeline und des Medienzentrums. Im Unterschied zu Deripaska und Potanin habe Rotenberg mit dem Sportspektakel kein Geld verloren, sondern kräftig verdient, glauben Beobachter: weil er seine Aufträge vom Staat erhielt.

Der Staat tritt in Sotschi vor allem in Gestalt des Konzerns Olimpstroi in Erscheinung, des Hauptakteurs beim Bau der Sportstätten. Er ist einer von sieben großen Staatsbetrieben in Russland und ein geradezu natürlicher Nährboden für Korruption. Denn Staatskonzerne wie dieser gelten paradoxerweise als nichtkommerzielle Organisationen, sie müssen keine detaillierten Jahresabschlüsse vorlegen.

Das Schicksal von Olimpstroi zeigt die Schwächen des Systems Putin. Eines Systems, das Geld und Macht in wenigen Händen konzentriert – und dadurch Misswirtschaft produziert. Olimpstroi wurde vor gut sechs Jahren gegründet, hat aber schon drei Vorstandschefs verschlissen, die sich entweder bei den örtlichen Machthabern nicht durchsetzen konnten oder mit führenden Regierungsleuten kollidierten. Jetzt hat man einen hohen Beamten aus Moskau an die Spitze gesetzt.

Das Führungschaos beim größten Olympiaunternehmen verweise darauf, „dass es wohl Konflikte zwischen den verschiedenen Eliten gegeben hat, die die Geldströme unter ihre Kontrolle bringen“ wollten, schreibt der Russland-Experte Robert Orttung. Er verweist auf eine Studie zu den Ausgaben von Olimpstroi, wonach vergleichbare Olympiabauten in Russland um 57 Prozent teurer gewesen seien als in anderen Ländern. Die Differenz müssten Insider abgezweigt haben, die die großen Baufirmen kontrollieren.

Keine zwei Wochen bleiben mehr bis zum Beginn der Spiele. Zwar ist es auch unter Moskaus Intellektuellen Mode geworden, sich über den Gigantismus von Sotschi zu erregen, aber der Zoff um Olympia, um Loyalitäten und ums Geld spielt in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Die meisten Russen freuen sich auf das Spektakel am Schwarzen Meer, Boykottaufrufe aus dem Westen erreichen sie nicht. Wenn doch, schütteln sie nur verständnislos lächelnd den Kopf.

Der deutsche Präsident werde nicht kommen? Nie davon gehört. Die Debatte über das Homosexuellen-Gesetz? Bizarr. Das Thema Schwulenfeindlichkeit ist nicht präsent im Bewusstsein der meisten Russen, obwohl viele Fernsehstars und selbst zahlreiche führende Politiker bekanntermaßen homosexuell sind.

Wenn aber die Freude über Olympia in ein paar Monaten verflogen ist, die Wirtschaft weiter lahmt und das in Sotschi ausgegebene Geld in den Portemonnaies der Bürger fehlt, wird Putin ein paar Köpfe rollen lassen.

Und dann gibt es ja in vier Jahren schon das nächste Großereignis, die Fußball-Weltmeisterschaft.

Christian Neef, Matthias Schepp




PAULA BRONSTEIN / GETTY IMAGES

Regierungsgegner in Bangkok

THAILAND

# Blut, Bier und Tränen

Beim Konflikt zwischen Regierung und Opposition geht es um Macht und Pfründen, aber die gesellschaftlichen Bruchlinien gehen tiefer. Zu Besuch bei einem Bauernführer im Norden und der Erbin eines Brauerei-Imperiums in Bangkok. *Von Erich Follath*

Was ist bloß los mit den Menschen in diesem traditionellen Land der Sanften, das nie fremde Kolonialherren erdulden musste, das seit mehr als 80 Jahren eine konstitutionelle Monarchie ist und wo das Frauenwahlrecht weit früher als in der Schweiz eingeführt wurde? Was passiert da gerade in diesem Urlauberparadies, diesem Tigerstaat, dessen Wachstumsrate 2012 bei 6,5 Prozent lag, die Zukunft voller Hoffnung?

Seit November protestieren Zehntausende Demonstranten auf den Straßen von Bangkok. Neun Regierungsgegner sind gestorben, mehrere Dutzend wurden teils schwer verletzt. Jeder scheint sich zum Kampf gegen jeden verschworen zu haben, und fast täglich werden die Töne schriller, aggressiver, unversöhnlicher. Die „Roten“ aus dem rückständigen Bauernland wüten gegen die „Gelben“ in der Hauptstadt. Dauerprotestierer, die wichtige Schaltstellen Bangkoks lahmlegen, verspotten eine hilflose Regierung, die sich am Dienstag vergangener Woche nicht mehr anders zu helfen wusste, als für die nächsten 60 Tage in und um die Hauptstadt den Notstand zu verhängen. Mit möglichen Ausgangssperren und verschärften Polizeiaktionen – für Geschäfte und Hotels in der Hauptsaison eine Katastrophe.

Aber nicht allein dieses Selbstzerstörerische ist so verblüffend und deprimierend. Denn anders als bei anderen Aufständen der vergangenen Jahre, bei den orange- oder safranfarbenen Revolutionen in der Ukraine und in Burma oder – wenigstens zum Anfang – auch beim Arabischen Frühling, geht es hier nicht um freie Wahlen oder eine größere Mitbeteiligung des Volkes. In Thailand scheinen beide Seiten das gegenteilige Ziel anzustreben: Weniger Demokratie wagen!

Die jetzige Regierungschefin Yingluck Shinawatra kann sich auf ein Mandat des Volkes berufen und möchte sich am kommenden Sonntag unter den Bedingungen des Ausnahmezustands noch einmal im Amt bestätigen lassen. Sie gilt als Marionette ihres milliardenschweren Bruders Thaksin Shinawatra, der sich während seiner Zeit als Premier viele Feinde gemacht hat, wegen Korruption verurteilt wurde und nun im Exil lebt. Und der einst offen sagte, wer ihn nicht gewählt habe, dürfe nicht damit rechnen, dass er etwas für ihn tue. Der Populist setzte auf Geschenke für die unterprivilegierten, bevölkerungsreichen Nordprovinzen. Für die Eliten und den Mittelstand in den Großstädten hatte er wenig übrig. Seine Schwester führt diese Politik fort. Gegen viele ihrer

Vertrauten – und neuerdings auch gegen sie selbst – ermittelt unterdessen die Antikorruptionskommission.

Der Anführer der Straßenproteste ist Suthep Thaugsuban, er fordert die Ministerpräsidentin zum Rücktritt auf – und droht, sie andernfalls zu entführen. Die Regierung will er durch einen nach seinem Geschmack zusammengestellten „Volksrat“ ersetzen. „Ich werde diese Wahlen nicht zulassen“, sagt der frühere Vizepremier. Erst später, wenn Reformen nach seinen Vorstellungen durchgeführt worden seien, dürften die Thailänder zu den Urnen gehen, um dann wohl möglichst ihn zu wählen.

Es ist ein Krieg zwischen politischen Parteien, zwischen den etablierten Führern mit ihren übergroßen Egos, ein Kampf um Macht und Pfründen. Aber er hat auch eine andere Ebene, und erst da zeigen sich die wahren, tieferliegenden Bruchlinien dieser Gesellschaft. Man kann sie spüren, wenn man einen charismatischen Dorfvorsteher im Nordosten trifft und eine Milliardenerbin in der Hauptstadt. Zwei Kontrahenten, die sich persönlich nur flüchtig kennen – und doch so bedrohlich nahegekommen sind.

**IM HERZLAND DER ROTEN.** Udon Thani nennt sich „Hauptstadt der Roten“. Mit Kommunisten hat das nichts zu tun, obwohl diese während des Vietnam-Kriegs hier geheime Basen hatten. Rot, das ist die Farbe der Thaksin-Anhänger. Udon Thani ist eine staubige Stadt im Nordosten, knapp 500 Kilometer Luftlinie von Bangkok – und in seiner Entwicklung Lichtjahre entfernt.

Wie eine umgestülpte Mülltonne wirken die Außenbezirke, im Chaos der Hütten haben sich neben den Lagerhallen einige Kleinfabriken für Plastikwaren etabliert. Die Attraktion sind ein Kentucky Fried Chicken und zwei McDonald’s. Und doch ist der Lebensstandard in dieser Provinzstadt mit über 200 000 Einwohnern noch ungleich höher als in den umliegenden Dörfern, wo die Farmer auf kleinen Feldern den mäßig fruchtbaren Böden zwei Reisernten pro Jahr abringen. Die Region Isaan gilt als das Armenhaus des Landes, mit Bewohnern, die es allenfalls zu Hilfskräften in der Hauptstadt bringen – wenn sie es überhaupt weg von ihrer Scholle schaffen.

Es gibt nur eines, was im Norden und Nordosten reichlich vorhanden ist: Menschen. Es bedurfte eines gerissenen Geschäftsmannes wie Thaksin Shinawatra, um zu erkennen, was das bedeutet: Wähler. Und zwar: gut ein Drittel aller Wahlberechtigten im Land. Er musste die politisch Uninteressierten und Desillusionierten nur an die Urnen bringen. Thaksin und später seine Schwester versprachen mehr Geld, bessere Straßen, Gesundheitsvorsorge – und zumindest teilweise lieferten sie auch. Seit 2001 hat die Familie keine Wahl verloren, auch diese Wahl könnte sie wieder gewinnen. Und sie schuf mit immer neuen Subventionen überall Strukturen, die absichern, dass das auch so bleibt.

Das Hauptquartier der Rothemden liegt etwa 15 Kilometer außerhalb von Udon Thani auf einem Feld. Ein buddhistischer Altar, Verkaufsstellen für Hemden und Plakate, im zweiten Stock eine Radiostation. Und überall Bilder vom Bauernführer Kwanchai Praipana, mal mit der Premierministerin, mal bei einem Dorffest in einem Meer von Rot.

„Wir sind eine friedliebende Bewegung, keiner von uns trägt Waffen“, sagt der bullige Kwanchai Praipana, 62, vom Typ eher Freistilringer in der Schwergewichtsklasse als Bauer. „Deshalb ist es auch ein bösartiges Gerücht, dass wir etwas mit den Anschlägen in Bangkok zu tun haben.“ Und das Poster im Hauptquartier, das ihn als waffenstarrenden Rambo zeigt? „Eine Fotomontage, ein Geschenk von Freunden“, lässt der Bauernführer leicht verlegen seine Tochter erklären, die als Radiomoderatorin ebenfalls in der Bewegung aktiv ist.

Was hält er von den „Gelben“? Er spuckt seine Verachtung förmlich aus: „Verwöhnte Großstädter, die versuchen, die Macht an sich zu reißen. Wir dagegen setzen auf den Willen des Volkes.“

Würde denn die Regierung die Wahlen wieder so klar gewinnen? „Wir kriegen mindestens 90 Prozent. Früher gab es hier in der Gegend weder asphaltierte Straßen noch Elektrizität oder fließendes Wasser. Das alles verdanken wir den Shinawatras, den ersten Politikern, die nicht auf uns herabgesehen, sondern uns ernst genommen haben. Wenn Sie mir nicht glauben, fahren Sie doch in eines der Dörfer.“

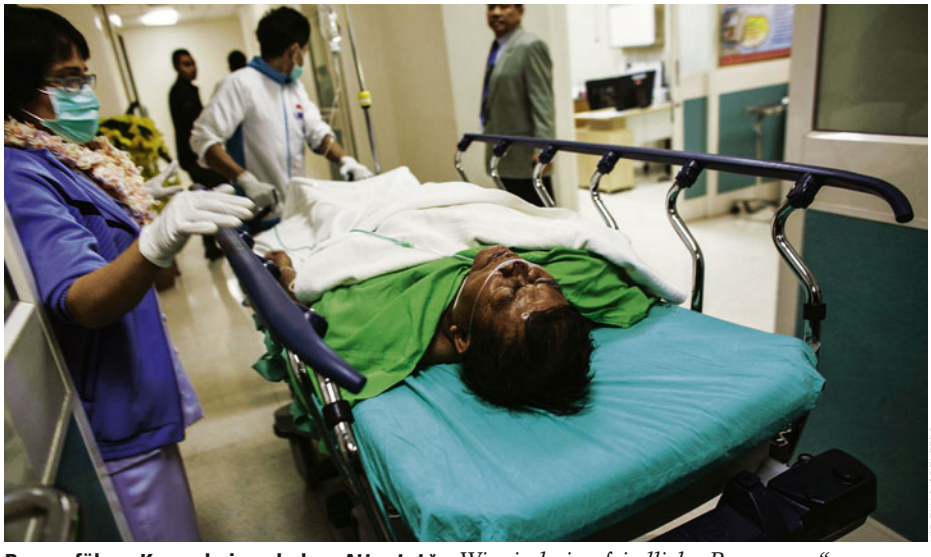
Ku Keaw ist so ein Dorf, mit einer Handvoll Häusern und Hütten zwischen Reisfeldern, 80 Kilometer östlich. Gerade findet ein Treffen des örtlichen Rothemden-Komitees statt. Zwei Männer und ein gutes Dutzend Frauen kauern sich auf dem Boden im Schneidersitz nebeneinander. Wenn die Rede auf „diese Helden-Familie“, die Shinawatras, kommt, recken sie die Fäuste. „Wir wollen wählen, und wir wollen, dass unsere Stimme zählt“, sagt eine Frau, die ein T-Shirt mit dem Abbild der Premierministerin trägt. „Und wenn unser Führer Kwanchai es will, brechen wir alle nach Bangkok auf.“

Die meisten aus dem Dorf waren vor kurzem schon einmal mit einem vom Bauernführer angemieteten Bus in der Hauptstadt. Gefallen hat es keinem dort. „Der Schmutz, der Verkehr, die Preise, und überall diese Gelben!“

Besorgt es sie gar nicht, dass die Regierung jetzt schon seit Monaten nicht mehr für ihre Reislieferungen bezahlt? Denn die Regierung hatte den Bauern feste Abnahmepreise versprochen, und zwar weit mehr, als auf dem Weltmarkt zu erzielen ist. Dass die Gelder ausblieben, liege an der demonstrierenden Opposition, sagen die Frauen. Aus anderen Landesteilen berichtet Thailands Presse allerdings, dass manche Bauern wegen eingefrorener Zahlungen beginnen, sich gegen die Regierung zu wenden.

Das Feindbild von Kwanchai Praipana und seinen Anhängern verkörpert eine Frau ganz besonders: die 28-jährige Milliardenerbin eines Brauereikonzerns, Chitpas Bhirombhakdi. Sie ist bekannt für ihre besonders feurigen Reden bei den Protestkundgebungen der Gelben, und sie gehört auch politisch zum inneren Zirkel der Opposition. Vor kurzem sagte sie: „Vielen Thais fehlt das richtige Verständnis für Demokratie, besonders denen in ländlichen Gebieten.“

Kwanchai sieht darin dieses „hässliche Stereotyp der Dummen, Ungebildeten, Rückständigen im Norden, sie treibt



NIR ELIAS / REUTERS

**Bauernführer Kwanchai nach dem Attentat*:** *„Wir sind eine friedliche Bewegung“*

* Am 22. Januar in Udon Thani.



SEKSAN ROJJANAMETAKUL / BANGKOK POST / AFP

**Oppositionelle Chitpas in Bangkok:** *„Vielen Thais fehlt das Verständnis für Demokratie“*

einen Keil zwischen uns Thais. Dabei müsste sie doch wissen, dass ein großer Teil ihrer Unternehmensgewinne von uns kommt.“ Deshalb hat er eine Demonstration gegen einen Betrieb der Brauereikette gestartet und zu einem Boykott des besonders populären Singha-Biers aufgerufen. Der Verkauf ging zeitweise drastisch zurück.

Aber nicht nur deshalb ist der Bauernführer aus dem Nordosten zur Hassfigur für die Gelben geworden. Er steht mit seiner einfachen Herkunft, seinem Selbstbewusstsein und seinem wachsenden Einfluss für alles, was die Radikalen von der anderen Seite verabscheuen. Und was die Militärs fürchten. „Sollte die Armee einen Putsch wagen, garantiere ich, dass alle Nordprovinzen aufstehen und das Land in Flammen aufgehen wird“, droht der Bauernführer von Udon Thani.

Am vorigen Mittwoch, keine 48 Stunden nach dem Treffen mit dem SPIEGEL, wird Kwanchai Praipana von Unbekannten vor seinem Haus niedergeschossen. Etwa 30 Kugeln werden abgefeuert, die Täter können fliehen. Kwanchai überlebt schwerverletzt – und will seinen Kampf jetzt noch entschlossener fortsetzen.

**IM ZENTRUM DER GELBEN.** Wo steckt die Erbin des Bierimperiums, die in den ersten Tagen der Massendemonstrationen gegen die Regierung so gegenwärtig war, das schönste Gesicht des Aufstands, die Jeanne d’Arc des Großkapitals, die Ikone der Möchtegern-Revolution?

Frau Chitpas habe sich vorübergehend zurückgezogen, heißt es am Victory-Monument, einem der sieben Hauptversammlungsplätze der Gelbhemden in Bangkok. In einer knappen Erklärung entschuldigt sie sich für die „Missverständnisse“, sie habe nie auf die Menschen im nördlichen Bauernland herabgeblickt.

Der Boykott hat offenbar Wirkung gezeigt. Es gibt Ärger mit der Familie, die Eltern bestehen darauf, dass sie ihren Namen ändert, um ihre politischen Ambitionen zu verfolgen, ohne dem Geschäft zu schaden. Und doch sagen Experten der glamourösen Tochter der Oberschicht noch eine große Karriere voraus, vor allem bei einer Machtübernahme der derzeit so wenig auf Demokratie setzenden Demokratischen Partei.

Es war wohl trotz aller großsprecherischen Ankündigungen nie die Absicht der Protestführer, ganz Bangkok lahmzulegen. In den Fünfsternehotels und Einkaufszentren am Fluss Chao Phraya läuft das Leben normal, nur etwas ruhiger als sonst. Die Gelben aber haben mit ihren spektakulären Aktionen wichtige Verkehrsadern blockiert, so wie im Geschäftsviertel Silom. Tausende kampieren da auf den Straßen, treffen sich zu Sit-ins und öffentlichem Händchenhalten. Ganz friedlich und wohlgesittet geht es zu, T-Shirts und Trillerpfeifen werden verkauft, alles wirkt sehr gut organisiert, auch die kostenlose Essensausgabe.

Doch die Volksfestatmosphäre kann schnell umschlagen. Etwa wenn ein besonders radikaler Block von Studenten die Börse besetzen oder die Behörde für Flugaufsicht stürmen will, was den gesamten Luftverkehr nach Bangkok stoppen könnte. Oder wenn, was in den vergangenen zehn Tagen zweimal passierte, Sprengsätze in die Menge geworfen werden. Wenn Blut fließt.

Auch als der Ausnahmezustand Ende vergangener Woche schon in Kraft getreten ist, nimmt die Zahl der Demonstranten kaum ab. Viele erzählen, dass sie die „einseitige Bevorzugung“ der Unterklassen leid seien, dass die Shinawatras mit ihren Milliardensubventionen an die Bauern das Land ruinierten – und dabei die Belange der Mittelklasse sträflich vernachlässigten. „Wir lassen uns von nichts abbringen und kämpfen bis zum Sieg“, ruft ihr Anführer Suthep ein ums andere Mal ins Mikrofon.

Wie bei allen Hauptakteuren des Konflikts gehen auch bei ihm die persönlichen und die politischen Motive Hand in Hand: Suthep ist gegen Kaution auf freiem Fuß, wegen seiner Rolle bei den blutigen Unruhen 2010 läuft gegen ihn eine Anklage wegen Mordes.

„Wenn alle Seiten unrecht haben, kann es kein Recht geben“, sagt der Bangkoker Kommentator Voranai Vanijaka. „Das Thailand von heute ist die historische Konsequenz unserer feudalistischen Vergangenheit. Wir mögen uns wirtschaftlich, technologisch und auch institutionell entwickelt haben, aber unsere DNA basiert auf einem Netz von Hierarchien, Beziehungen und Vetternwirtschaft.“

Die Interessengruppen haben sich ohne Zweifel rettungslos ineinander verhakt – gibt es denn gar keinen, der den Knoten noch entwirren könnte?

„Bricht Gewalt aus und gerät die Lage außer Kontrolle, muss die Armee einschreiten und die Probleme lösen“, sagt Armeechef Prayuth Chan-ocha – und betont gleichzeitig, dass er so etwas nicht wolle. Das Militär würde sich wohl auf die Seite der Gelben und gegen die Regierung stellen. Die Generäle fühlen sich den oberen Zehntausend näher als den Millionen vom Land.

Und dann ist da noch der König, von allen verehrt. Auch er gilt als eher den Bangkoker Eliten zugeneigt, auf seine Vermittlungsbemühungen müssten wohl alle hören. Aber Seine Majestät geruht zu schweigen. Zuletzt hat er sich Anfang Dezember mit einem sehr allgemeinen Appell für die Einheit des Landes ausgesprochen. Es war eine kurze Rede, mit brüchiger Stimme vorgetragen. König Bhumibol ist 86 und gesundheitlich angeschlagen; Kronprinz Maha hat nicht ansatzweise die Popularität seines Vaters und gilt als Lebemann.

So warten alle von Bangkok bis Udon Thani auf die nächste Eskalationsstufe, auf irgendeine neue Partei, eine dritte Farbe neben Rot und Gelb, die ein Wunder schaffen könnte.

„Thailand riskiert, ein gescheiterter Staat zu werden, das Ansehen unseres Landes sinkt ständig“, klagt der frühere Vizepremier Somkid Jatusripitak. Und nennt als Beleg einen Slang-Begriff, der sich gerade im Internet einbürgert. „Don’t Thai to me“, was so viel heißt wie: Tu mir das nicht an!




# Fertig lustig

**GLOBAL VILLAGE:** Warum ein Zürcher Fernsehkoch die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ bekämpft

Drei Cappuccino kippt Erik Haemmerli hinunter, dann tritt er in die Kälte auf dem Helvetiaplatz im Zentrum von Zürich. Er trägt einen Dreiteiler, Seidenschal, eine goldene Taschenuhr, er hat sich herausgeputzt für den Protest. „Ich bin eine lokale Größe, und es sind Zeiten, wo man Farbe bekennen muss“, sagt Haemmerli, 47, Restaurantbesitzer und Fernsehkoch bei TeleZüri.

Vorn auf der Bühne ruft ein Sprecher ins Mikrofon: „Haben wir ein Problem mit Zuwanderern?“

„Nein“, ruft Erik Haemmerli, rufen 300 Künstler, Musiker, Politiker und eine „Tatort“-Kommissarin. In den Händen halten sie Briefkuverts, darin die Stimmzettel für die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“.

Wer mit Ja stimmt, der unterstützt, dass künftig nur noch eine jährlich festgelegte Anzahl von EU-Bürgern in der Schweiz arbeiten darf. Die Demonstranten haben Nein angekreuzt, jetzt werfen sie ihre Stimmzettel in den Briefkasten.

Zu den Referendumsgegnern gehören nicht nur Leute wie Erik Haemmerli, sondern auch der Unternehmerverband, Gewerkschaften und Politiker nahezu aller Parteien. Zusammen wollen sie ihre Mitbürger überzeugen, am 9. Februar gegen das Volksbegehren zu stimmen. Bisher sieht es zwar so aus, als würde eine Mehrheit es ablehnen. Doch die Umfrageinstitute lagen schon einmal falsch, beim Minarett-Referendum.

Denn die Schweizer haben bereits 2008 über eine Initiative gegen „Masseneinbürgerung“ abgestimmt (abgelehnt) und 2009 gegen den Neubau von Minaretten (erfolgreich). Jetzt geht es gegen Europa, gegen Deutsche, Portugiesen, Italiener, die in der Schweiz arbeiten wollen. „Maßlosigkeit schadet. Masseneinwanderung stoppen“, das ist der Slogan, mit dem die Schweizerische Volkspartei (SVP) wirbt. Wie 2008 steht auch diesmal der Unternehmer und SVP-Übervater Christoph Blocher hinter der Kampagne.

Gut jeder fünfte Einwohner der Schweiz hat einen ausländischen Pass, das ist eine der höchsten Migrantenquoten Europas. Um 80 000 Ausländer wachse die Bevölkerung jährlich, das entspreche einer neuen Stadt von der Größe Luzerns, wirbt die SVP für ihre Initiative. Die Einwanderer seien schuld an überfüllten Straßen und Zügen, an der Wohnungsknappheit und der zugebauten Landschaft.

Das weckt Ängste, nicht nur vor den Ausländern, sondern auch davor, dass die Schweiz sich verändert, dass sie mit all den Menschen ein anderes Land werden könnte. Dichter besiedelt, hektischer, weniger kuschlig.




PASCAL MORA / DER SPIEGEL

**Restaurantbesitzer Haemmerli (r.):** *„Macht mich reich!“*

Politik ist für den Fernsehkoch Haemmerli sonst eine Rubrik in der Zeitung; er wählt nicht bei jeder Volksbefragung. Doch diesmal ist es anders. Dass er jetzt gegen das Referendum protestiert, liegt daran, dass er sich die Schweiz als ein offenes, gastfreundliches Land wünscht. Eine Schweiz, die etwa so aussieht wie der Zürcher Stadtkreis 4, in dem der Helvetiaplatz liegt; bekannt für seine vielen Migranten, für die Mischung aus Exotik, Rotlicht und Unordnung, die bis vor einigen Jahren die Gegend zum Problemviertel machte und jetzt Menschen wie Erik Haemmerli anzieht. Aber er tut es auch, weil er sein Restaurant sonst vielleicht eines Tages schließen müsste.

Denn würde die Volksbefragung erfolgreich verlaufen, müsste die Schweiz die Personenfreizügigkeit einschränken. Nicht mehr jeder EU-Bürger dürfte sich einfach in der Schweiz niederlassen. Vermutlich müssten auch andere bilaterale Abkommen zu Handel, Kapitalverkehr und Kooperation mit Brüssel neu verhandelt werden, denn das betroffene Vertragswerk gilt nur ganz – oder gar nicht. Ob und wie das geht, das weiß noch niemand so genau.

Wer in Haemmerlis Restaurant Bederhof Rinderfilet oder Geschnetzeltes bestellt, bekommt daher neuerdings ein Faltblatt gereicht. „Fertig lustig“ steht da, und dass guter Service ohne Einwanderer unmöglich sei. Wenn der Chef sein Personal vorstellt, geht es einmal um die Welt. Hinten, in der Küche: Marcin aus Polen. Vorn, bei den Gästen: Lilly aus Vietnam. „Do you speak English?“, ruft Haemmerli seinem neuesten Mitarbeiter zu. „Un petit“, antwortet dieser. Er kommt übrigens aus Syrien.

Der Bederhof ist beides, gelebte Vielfalt und wirtschaftliche Notwendigkeit. „Ich finde keine jungen Schweizer mehr, die das machen wollen“, sagt Haemmerli. Die Schweizer wollen mehr Lohn, mehr Anerkennung, als er ihnen geben kann. Das gilt nicht nur in der Gastronomie; es kommen auch viele Hochqualifizierte, besonders Deutsche: Professoren, Ärzte, Angestellte. Knapp 60 000 Deutsche pendeln zur Arbeit ins Nachbarland; 290 000 Deutsche leben dauerhaft in der Schweiz. Menschen wie Jelka Mayer, Hotelfachfrau, seit sieben Jahren in Zürich und ebenfalls im Bederhof.

„Wenn ein Gast diskutieren will, soll er sich an mich wenden“, sagt Haemmerli zu seinen Mitarbeitern, die die Faltblätter verteilen. Er will sich für seine Köche und Kellner einsetzen, schließlich sind sie es ja, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, auch zu seinem. „Macht mich reich!“, ruft Haemmerli seinen Angestellten zu. Er lacht. Und meint es ein bisschen ernst.

Christina Schmidt

FUSSBALL

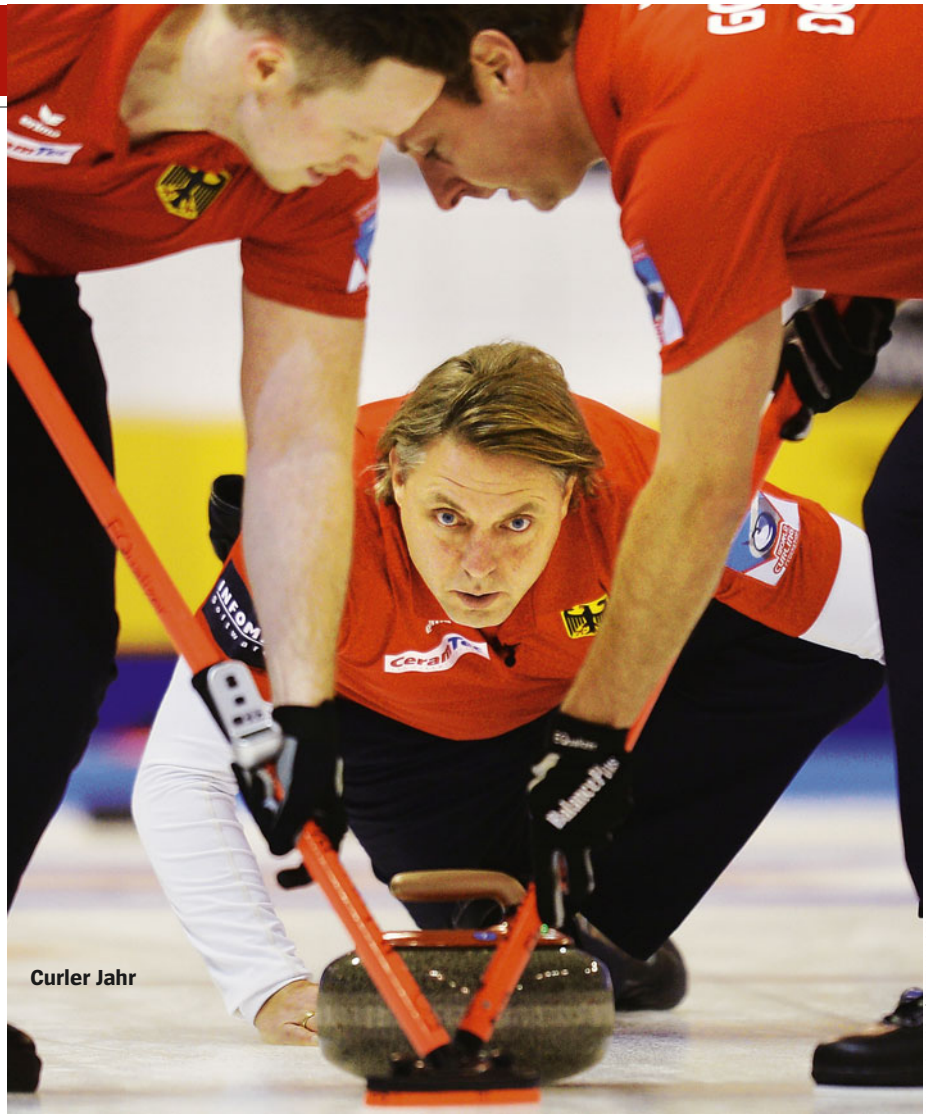
# Katharina und die Heiligen

Unter den Milliardären, denen ein Club in der britischen Premier League gehört, ist auch eine Frau aus einer der reichsten deutschen Unternehmerfamilien: Katharina Liebherr, 36, Besitzerin des FC Southampton. Anders als der russische Oligarch Roman Abramowitsch, der sich den FC Chelsea kaufte, oder Scheich Mansur Bin Sajid al-Nahjan aus Abu Dhabi, der bei Manchester City eingestiegen ist, hat Liebherr die Mannschaft geerbt – ihr Vater Markus hatte den Traditionsclub, damals noch Drittligist, im Sommer 2009 für rund 13 Millionen Pfund übernommen. Gut ein Jahr später starb er an einem Herzinfarkt. Katharina Liebherr, die in der Schweiz lebt und deren Vermögen auf etwa drei Milliarden Euro geschätzt wird, trat beim FC Southampton zunächst kaum in Erscheinung. Die Geschäfte überließ sie dem Banker Nicola Cortese, einem Vertrauten ihres Vaters. Unter dessen Führung gelang den Saints – den Heiligen, wie die Fans den Club nennen – der Durchmarsch in die Premier League; dort mischte das Team zu Beginn dieser Saison sogar wochenlang in der Spitzengruppe mit. Vor knapp zwei Wochen drängte sich Katharina Liebherr dann in den Vordergrund: Cortese trat wegen Meinungsverschiedenheiten mit ihr zurück, sie übernahm vorerst seinen Job. Seither herrscht beim FC Southampton die Furcht, Lady Liebherr werde den Verein, der zu ihrer Firmen-Holding Mali gehört, schnellstmöglich abstoßen. In einem offenen Brief an die Fans versuchte Liebherr vorige Woche, diese Zweifel mit warmen Worten zu zerstreuen. Dem gegenüber stehen kalte Zahlen in der Bilanz: Fast jede Saison beendet der FC Southampton mit zweistelligen Millionenverlusten.



ROBIN JONES / DIGITAL SOUTH

**Clubbesitzerin Liebherr**



**Curler Jahr**

DANIEL KOPATSCH / GETTY IMAGES

OLYMPIA

# Rührei für den Geist

Olympische Spiele sind immer eine Bühne für Exoten. Bei den Winterspielen in Sotschi wird ein Zweierbob aus Jamaika starten, die Geigerin Vanessa Mae wird für Thailand im Alpin-Skifahren antreten. Auch im Curling wird ein Exotenteam mitspielen: die Mannschaft aus Deutschland. „Für uns ist das ein Hobby“, sagt Nationalspieler Sven Goldemann vom Curling-Club Hamburg, „wir sind so etwas wie die letzten Amateure bei Olympia.“ Die Teams aus Russland, Schweden und Großbritannien bestehen aus Curlingprofis; Goldemann ist von Beruf Bankkaufmann, er tritt zusammen mit einem Rechtsanwalt, einem Modeeinkäufer und einem Raumfahrttechniker an. Ihr Skip ist John Jahr, 48, Chef einer Immobilienfirma und Enkel des Hamburger Verlegers. Jahr wurde schon 1985 Europameister, jetzt führt er erstmals eine Mannschaft zu Olympischen Spielen. In der Vorbereitung trainierten die Curler allerdings wie Profis. Der Verband stellte ihnen einen Coach zur Seite, der Videos analysierte und an der Wischtechnik der Spieler feilte. Die Curler greifen den Besen nun höher und bekommen so mehr Druck aufs Eis. Ein Sportpsychologe ließ die Spieler mit verbundenen Augen üben, um die Sinne zu schärfen und die Kommunikation im Team zu verbessern. Auch ein Ernährungsberater gab Tipps. „Beim Curling muss der Geist Höchstleistung bringen“, sagt Jahr, „es macht einen großen Unterschied, ob dein Blut im Kopf ist oder im Magen.“ Zum Frühstück esse er statt Brot nur noch Rührei mit Lachs. „Das wirkt sich positiv auf die Konzentration aus.“ Größter Fortschritt sei das neue Aufwärmprogramm. Jetzt dehnen und stimulieren die Curler vor einer Partie die wichtigen Muskelgruppen, im Rücken, in den Oberschenkeln und Armen. „Früher“, sagt Jahr, „haben wir einfach ein bisschen Fußball gespielt.“

SKI ALPIN

# „Was wollt ihr eigentlich?“

Der österreichische Slalom-Spezialist Marcel Hirscher gilt als bester Skifahrer der Welt. Das ganze Land erwartet, dass er bei den Olympischen Spielen in Sotschi Gold gewinnt. Er selbst hat ein anderes Ziel.



Zwei Stunden nachdem Marcel Hirscher mit dem Privatjet in Bern gelandet ist, tritt er in die Lobby des Hotels Silberhorn in Wengen, einem Bergdorf in den Schweizer Alpen, am Fuß der Jungfrau, unweit von Eiger und Mönch. Der wohl beste Skifahrer der Welt steckt in einem dunklen Parka, die Kapuze hat er tief ins Gesicht gezogen, Marcel Hirscher guckt auf den Boden; ein Mann, der nicht angesprochen werden möchte. Er bewegt sich in Zeitlupe, als wäre jede Bewegung eine Zumutung. Er sagt, er möchte sich irgendwo hinsetzen, wo es ruhig ist, und dann erst einmal ein Glas Wasser trinken, „ich verdurste“. Aber so einfach geht das nicht.

Es ist der Tag vor dem Slalom in Wengen, die Abfahrt auf dem Lauberhorn ist vorbei, und neben dem Hotel, im „Weltcup-Dörfli“, sind die Zuschauer inzwischen auf Bier und Champagner umgestiegen. Die Bässe wummern, „Viva Colonia“ tönt es aus den Boxen, als zwei Frauen in Moonboots ins Hotel kommen. Ihre Wangen sind rosig, aber das liegt vielleicht nur an der Kälte draußen.

„Da! Da ist er! Der Marcel Hirscher, na, der Marcel“, sagt die eine Frau und stellt sich neben ihn. „Du holst es morgen. Wie letzte Woche in Adelboden. Ganz sicher. Wer sonst? Und jetzt noch ein Foto! Na, kommi!“ Sie schmiegt sich an ihn, und Hirscher guckt, als läge er mit Grippe im Bett. „Lächeln musst du aber schon“, sagt die andere Frau, den Finger auf dem Auslöser.

Er nimmt die Kapuze vom Kopf, strubbelt die Haare in Form und knipst ein Lächeln an, als würde sein Hochzeitsfoto gemacht. „Danke“, sagt er, als die Bilder fertig sind. Die Frauen kichern und sind auch schon wieder durch die Tür.

Marcel Hirscher ist nicht Sportler geworden, weil er ein Star sein wollte, es wider-




CITYPRESS24 / PICTURE ALLIANCE / DPA

strebt ihm, im Mittelpunkt zu stehen. „Am Rennwochenende bin ich eher introvertiert, weil ich wichtige Dinge im Kopf habe“, sagt er. „Wenn ich mir aber für die zwei Damen keine Zeit genommen hätte, hieße es sofort, ich wäre ein arrogantes Arschloch.“ Er fährt mit dem Aufzug in die erste Etage und setzt sich an den Kamin.

Wengen ist eines der wenigen Rennen, die Hirscher noch nicht gewonnen hat; die Zeitungen in seiner Heimat, in Österreich, sind voller Geschichten, wann er den Fluch endlich breche. Eigentlich sollte ihn das nicht weiter stören, aber es ist nicht leicht für ihn, der Beste zu sein.

„Die Schulterklopfer von heute schlagen mir morgen die Axt in den Rücken. Wenn du einmal mit dem Gewinnen angefangen hast, erwarten alle, dass du immer gewinnst. Das ist die grundsätzliche Einstellung zu meiner Person. Aber ich beschuldige niemanden, der so denkt.“

Er hat ja auch wenige Argumente dagegen, die Zahlen sprechen für sich. Marcel Hirscher aus Annaberg im Lammertal ist erst 24 Jahre alt, hat aber bis zu diesem Nachmittag Mitte Januar in Wengen bereits 22 Weltcup-Rennen gewonnen. In den vergangenen beiden Wintern sicherte er sich den Gesamt-Weltcup, und in dieser Saison hat er wieder gute Chancen auf den Titel. Er wäre der erste Österreicher, der ihn dreimal in Serie holt, der erste Skifahrer seit 30 Jahren, dem dies gelänge.

Hirschers Leistung ist erstaunlich, weil er, bis auf wenige Ausnahmen, nur Slalom und Riesenslalom fährt; die Tempo-Disziplinen liegen ihm nicht. Im Slalom ist er Weltmeister, im Riesenslalom Vizeweltmeister; ein Technikspezialist, der sich wie ein Balletttänzer zwischen den Stangen bewegt. Und der meistens aufs Podest fährt, wenn er nur das Ziel erreicht.

In der vergangenen Saison gelang ihm das bei jedem Slalom, das schafften bisher nur der Italiener Alberto Tomba und der Schwede Ingemar Stenmark, aber das ist eine kleine Ewigkeit her. „Marcel ist ein Jahrhundert-Talent“, sagt Felix Neureuther, einer seiner ärgsten Rivalen, der aber gut mit ihm befreundet ist. „Er hat das Skifahren auf ein neues Level gehoben.“

Hirscher rückt in Wengen auf die Kante seines Stuhls: „Ich stelle mir häufig die Frage: Warum ich? Wieso habe ich dieses Talent? Warum hat mein Bruder ein Hüftleiden und ich nicht? Ich weiß es nicht. Daher sehe ich es als meine Pflicht an, mein Talent zu nutzen, so gut es geht. Ich verbiete es mir, faul zu sein.“

Skirennfahrer sind Helden in Österreich, sie spiegeln den Stolz der Nation, die Gefühlslage des Landes hängt stark von ihnen ab. Hirscher sagt, bei der WM in Schladming habe er vor dem zweiten Durchgang im Slalom gedacht: Wenn ich nicht Gold gewinne, bringen die Zuschauer mich um.

So wie vor ihm Toni Sailer, Franz Klammer und Hermann Maier, so heizt Hirscher nun die Identitätsmaschine. Bei den Rennen auf dem Hahnenkamm in Kitzbühel muss er sich abseits der Piste mit Bodyguards bewegen, die ihn vor aufdringlichen Fans schützen. Am Dienstag, wenn er beim Nachtslalom auf der Planai in Schladming startet, ist es nicht anders.

Wenn Hirscher fährt, schalten in Österreich mehr Zuschauer den Fernseher ein als beim „Tatort“, der ORF erreichte mit ihm schon einen Marktanteil von 71 Prozent. Scheidet er bei einem Rennen aus, kippt die Stimmung Richtung Trübsal.

Hirscher sind Überhöhungen fremd, aber bei den Olympischen Spielen nächsten Monat in Sotschi trägt er die Last auf den Schultern, der einzige Siegfahrer in einer alpinen Disziplin zu sein, den der Österreichische Skiverband nach Russland schickt.

Die Geschäftsstelle des ÖSV befindet sich in einem abgewohnten Zweckbau in Innsbruck, in der Olympiastraße 10. Peter Schröcksnadel, der Präsident, empfängt in seinem Büro im ersten Stock. Seit anderthalb Jahren ist er Hirschers Manager, Schröcksnadel kümmerte sich auch schon um Hermann Maier und Stephan Eber-

harter. „Wenn du solche Typen hast, regle ich die Dinge gern selbst“, sagt er.

Schröcksnadel hat dafür gesorgt, dass Hirscher vor einem Jahr einen persönlichen Trainer bekam und einen eigenen Servicemann, der die Skier und Bindungen präpariert. Ein Pressesprecher sortiert die Medienanfragen, aktuell sind es rund 40 am Tag. Sein Fitnesstrainer hat Geräte entwickelt, die auf ihn zugeschnitten sind, und Hirscher darf auch seine Freundin mit ins Rennquartier bringen.

„Wenn sich einer bei mir darüber beschwert, antworte ich dem: Fahr eine Sekunde schneller, dann kriegst du die Extrawürste auch“, sagt Schröcksnadel.

Er meint, Hirscher entspreche genauso wenig der Norm wie Hermann Maier seinerzeit. Dabei ist er dessen Gegenentwurf: nicht rustikal, sondern zielstrebig.

„Hermann hat vor seiner Karriere als Maurer gearbeitet und war als Rennfahrer temporär ausgelassen“, sagt Schröcksnadel. Er hat auch mal fünf Bier getrunken. Das macht Marcel sicher nicht. Der ist total fokussiert. Der lebt für den Sport. Marcel ist nicht locker. Der ist freaky.“

Freaky?

„Wegen Facebook und Twitter und dem ganzen Internet. Dann die Fotoshootings: schon cool. Der weiß genau, wie er angezogen sein will, welche Farbe seine Mütze haben soll. Solche Burschen gibt’s ja sonst nur bei den Snowboardern. Marcel ist New Generation.“

Was Schröcksnadel damit sagen will: Hirscher ist massentauglicher als andere Fahrer, weil er nicht wirkt, als komme er direkt aus dem Wald.

Hermann Maier wurde weltberühmt, weil er bei der Olympiaabfahrt 1998 in Nagano spektakulär stürzte und drei Tage später Gold im Super-G gewann. Ein Mythos war geboren. Hirscher startet in Sotschi zum zweiten Mal bei Olympischen Spielen, und Peter Schröcksnadel ist der Ansicht, es gebe nur ein Ziel für ihn: „Gold. Silber oder Bronze nützen ihm gar nichts. Weder finanziell noch fürs Image.“

Er hofft, dass Hirscher in Sotschi gewinnt, damit noch mehr russische Touristen ihren Winterurlaub in Österreich verbringen. „Die Leute wollen dort auf die Piste, wo die Sieger herkommen“, sagt er. „Russland als Gastgeber ist ideal für uns. Der ganze Ostmarkt hängt daran.“ Marcel Hirscher könne ganz groß rauskommen, das fügt er noch hinzu, weil dessen Geschichte ja „eine Erfolgsgeschichte wie gemalt“ sei.

Dass Schröcksnadel diesen Satz sagt, ist bemerkenswert, denn Hirscher verdankt seinen Aufstieg nicht dem Verband. Sondern seinem Vater.

„Das wird heute nicht mehr so gesehen und auch nicht mehr gern gehört“, sagt Marcel Hirscher in Wengen.

Sein Vater heißt Ferdinand, war Holzfäller und 20 Jahre lang Hüttenwirt auf der Stuhlalm im Salzburger Land, 1467 Meter hoch gelegen. Dort ist Marcel Hirscher groß geworden, dort hat er laufen gelernt. Er sprang über Moos und Geröll, spielte auf Felsenbrocken und Baumwurzeln, die Grundlage für seine motorischen Fähigkeiten heute.

Sein Vater, der mittlerweile eine Skischule leitet, ist früher im Salzburger Landescup gegen Hermann Maier gefahren. Als sein Sohn zwei Jahre alt war, stellte er ihn zum ersten Mal auf die Bretter. „Wir sind ganz leichte Pflugbögen gefahren. Marcel ist nie gestürzt. Er hat einen guten Gleichgewichtssinn“, sagt er.

Ferdinand Hirscher wärmt sich im Gasthof Postwirt in Annaberg an einer Tasse Tee, er trägt einen Walrossschnauzer und eine Pudelmütze. Er hat bei Marcel immer darauf geachtet, dass er eine saubere Technik fährt, „ich bin ein Verfechter der alten alpinen Grundeinstellung“, keine Rotationsbewegung in der Hüfte, enge Skistellung.

Weil sein Sohn als Schüler wenig Kraft besaß, ließ er ihn bei den ersten Wettbe-



JUERGEN FEICHTER / PICTURE ALLIANCE / DPA

**National-Idol Hirscher**
*Nicht rustikal, sondern zielstrebig*

werben nicht auf Rennskiern fahren, sondern auf normalen Skiern für jedermann, weil sie weicher sind.

Vor zehn Jahren, als Marcel Hirscher noch in den unteren Klassen fuhr, wollten ihm einige Trainer einreden, die Skier weiter auseinanderzunehmen, das galt als letzter Schrei beim Carving. Es hieß, er sei körperlich zu schwach, er sitze viel zu weit hinten, so schaffe er es niemals in den Weltcup, und weil er so extreme Winkel fahre, seien seine Knie mit 14 sowieso hinüber.

Ferdinand Hirscher sagt, er habe die Kritiker einfach reden lassen. Als er zum ersten Mal beim Nationalteam in Sölden war, habe er sich aber vor lauter Minderwertigkeitskomplexen nicht zum Essen getraut; als Besserwisser zwischen all den renommierten Trainern.

Sein Sohn sitzt in Wengen vorm Kamin. „Das war eine furchtbare Zeit“, sagt er und guckt gedankenverloren auf den Tisch. „Die Erinnerung daran ist vakuumiert und eingefroren. Es gab Widerstände gegen meinen Vater, und ich stand zwischen den Fronten. Ich bin glücklich, dass ich ihm vertraut habe und wir unseren Weg gegangen sind.“

Bis heute ist sein Vater, den er Ferdl nennt, sein wichtigster Vertrauter. Der Papa testet jeden Ski für ihn, etwa 40 Paar in einer Saison. Er fährt dann drei, vier Tore in mittelsteilem Gelände, dabei ist er nicht viel langsamer als Marcel. Vor einem Rennen besichtigen sie zusammen den Kurs und messen Torabstände. Kurz vor dem Start gibt er seinem Sohn dann Tipps, wie er welche Passage am besten bewältigen kann. Dafür benutzt Ferdinand Hirscher immer das Handy, weil er befürchtet, jemand höre mit, wenn er in ein Funkgerät spricht.

Wenn Marcel in Nordamerika, in Chile oder Neuseeland ist, lässt der Vater sich jeden Lauf, jedes Training als Video nach Hause mailen. Mit Superzeitlupe und Split-Screen sucht er nach Fehlern, denn es sind Nuancen, die ein Skirennen entscheiden. „Ich bin derjenige, der Marcel die Wahrheit sagt“, erklärt er.

Marcel Hirscher fährt riskant, katzenhaft, dynamisch. Seine Ski verlieren nur selten den Kontakt zum Boden. Egal wie steil der Hang sein mag, er versucht immer, den Ski aufzukanten, um in der Kurve zu beschleunigen.

In Wengen liegt Hirscher nach dem ersten Durchgang in Führung, aber am Ende wird er auf einer ramponierten Piste wegen eines Fehlers im Flachstück nur Dritter. „Wieder ist es nichts geworden“, heißt es in den österreichischen Hauptnachrichten am Abend, Hirscher habe sich „nur mit Platz drei“ begnügen müssen.

Er kann es nicht mehr hören. „Die Öffentlichkeit muss lernen, dass ich verlieren kann“, sagt er. „Ich bin keine Maschine. Diese Erwartungen, die alle an mich haben, da denke ich oft: Ihr habt keine Ahnung, was es bedeutet, ein Skirennen zu fahren. Leute, was wollt ihr eigentlich?“

Er hat fast alles gewonnen, was es zu gewinnen gibt, aber darum geht es ihm nicht. Er macht sich nichts aus Titeln, er fährt nicht gegen andere und auch nicht gegen die Uhr. „Ich bin auf der Suche nach dem perfekten Schwung. Den zu finden ist mein Ziel.“

Im Slalom ist sein Linksschwung schwächer als der Rechtsschwung, im Riesenslalom ist es umgekehrt. Er will das nicht akzeptieren, es geht ihm um den Rausch der Perfektion.

„Wenn ich mich am Limit bewege, ist das ein unbeschreibliches Gefühl. Ich weiß aber nicht, wo das Maximum liegt“, sagt er. „Ich denke, die Reise geht noch weit. Mich motiviert die Vorstellung, dass da draußen irgendwo jemand ist, der es besser kann als ich.“

Maik Grossekathöfer



JACQUES TOFFI / IMAGO

Reiterin Werth auf El Santo

PFERDESPORT

# Abgeschleckt

**Deutschlands erfolgreichste Dressurreiterin wurde bestraft, weil sich bei ihrem Pferd Spuren eines verbotenen Medikaments fanden. Ein korrektes Urteil?**

Strahlend hatte sich Isabell Werth eine Nikolausmütze über den Kopf gezogen, sie saß auf dem Rücken ihres Rheinländer-Wallachs El Santo. Es war Siegerehrung beim Grand Prix von Salzburg, soeben hatte die fünfmalige Olympiasiegerin das Turnier gewonnen. Zur Belohnung gab es für sie einen Kleinwagen.

Der Abend im Dezember war einer der raren ausgelassenen Momente für Deutschlands erfolgreichste Dressurreiterin. Denn seit über einem Jahr kämpft Werth, 44, um ihren Ruf. Es geht um ihr Prachtpferd. Es geht um ein Medikament. Und es geht um einen abstrusen Rechtsstreit, den Werth mit der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) austrägt.

Im Juni 2012, kurz vor Olympia in London, war El Santo bei einem Provinzturnier im rheinischen Langenfeld getestet worden. Das Kölner Anti-Doping-Labor fand in der Probe Spuren von Cimetidin. Veterinäre geben es Tieren gegen Magenschmerzen. „Ich bin aus allen Wolken gefallen“, sagt Werth, „der Wallach hat das Medikament nie bekommen.“

Das Präparat gilt im Pferdesport nicht als Dopingmittel. In Deutschland jedoch ist, anders als im Ausland, die Verabreichung von Cimetidin wie die von Ingwer oder Arnika für Sportpferde verboten. Ende vorigen Jahres verurteilte die FN-Disziplinarkommission die Weltklassereiterin zu einer Geldstrafe von 2000 Euro und einer Sperre von sechs Monaten für alle Turniere. Die Begründung: „fahrlässige Sorgfaltspflichtverletzung“. Das Urteil ist bislang nicht rechtskräftig, Werth hat Beschwerde bei der FN gegen den Richterspruch eingelegt.

Der Fall könnte dem Verband noch eine Menge Ärger bereiten. Denn Werths Darstellung lässt Zweifel an der Unvoreingenommenheit der Verbandsrichter aufkommen.

Schon der Umgang der Kontrolleure mit den Urinproben war fragwürdig. Fünf Verstöße listet Werths Anwalt Andreas Kleefisch auf, der auf Pferdesportrecht spezialisiert ist. Die gröbsten Pannen: Die Probe El Santos war zunächst in einem unverschlossenen Raum gelagert; zudem hatte eine Helferin die Fläschchen mit dem Urin des Pferdes im Kofferraum eines Porsche verstaut und nach Köln gefahren – ungekühlt.

Die FN-Disziplinarkommission sah großzügig über diese Schlampereien hinweg. Immerhin räumte die Kammer ein, dass Werth El Santo nicht gezielt mit Cimetidin behandelt hatte. Aber wie war das Mittel dann in den Körper des Wallachs gekommen?

In El Santos Nachbarbox im Stall stand der Wallach Warum Nicht, Hannes genannt, mit dem Isabell Werth einst den Weltcup gewonnen hatte. Dann brach sich Hannes die Hüfte, er bekam das Schmerzmittel Phenylbutazon sowie Cimetidin. Es war sein Ende als Sportpferd.

Nach Aussage von Werth hatte sich Hannes gegen die Maulspritze mit Cimetidin gesträubt. Deshalb wurde diese in der Tränke ausgewaschen, damit das Pferd die Reste des Mittels über sein Trinkwasser aufnehmen konnte.

Für das Verfahren vor der FN-Kommission ließ Werth die Tränkeanlage in einem kleineren Maßstab nachbauen. Ein vereidigter Sachverständiger der Ingenieurkammer Niedersachsen stellte daran fest, dass kontaminiertes Wasser durch Unterdruck von einer Tränke in eine andere zirkulieren kann. Ein vom Sportgericht beauftragter Gutachter der Universität Kassel kam zu dem gleichen Ergebnis.

Dennoch hielten die Richter die Kontamination über die Tränkeanlage für „hochgradig unwahrscheinlich“. Die Grundlage ihrer Sachkunde? Der Kammervorsitzende sagte, er besitze die gleiche Anlage in seinem Privatstall. Ausgeschlossen, dass so etwas passiere.

Und so kam die Kommission zu einer ganz anderen Erklärung: Hannes könnte die Gitterstäbe umschleckt, El Santo danach dessen Schleim aufgeleckt haben. Weil Reitstallchefin Werth dies nicht verhindert habe, sei ihr Fahrlässigkeit vorzuwerfen.

Auch Fragen nach der gebotenen Sorgfalt des Kölner Anti-Doping-Labors wischte die FN-Kommission beiseite. Unter einem Vorwand hatte Werth zwei Urinproben, versetzt mit dem Schmerzmittel Phenylbutazon sowie Cimetidin, an das Institut geschickt. Angeblich sollten die Tests von Pferden namens Solo und Sunny stammen. Ein privater Auftrag für die Dopingfahnder, kein unübliches Verfahren.

Bei dem Phantom Sunny fanden die Kölner nur Cimetidin, aber kein Phenylbutazon; bei Solo kein Cimetidin, dafür Phenylbutazon.

Die Laienrichter der FN hielten Werths „Qualitätsprüfung“ des Kölner Labors für „unwissenschaftlich und unseriös“. Sie blieb ohne Einfluss auf das Urteil.

Seither wird in der Pferdebranche an der Zuverlässigkeit des Kölner Labors gezweifelt, schließlich werden dort alle Tests des Verbandes untersucht. Der Lippetaler Anwalt Burkhard Oexmann, der einige Reiter vertritt, informierte die FN über Werths Phantomtests und führte diese zudem in mehrere Schriftsätze ein.

Daraufhin verklagte ihn Wilhelm Schänzer, der Leiter des Kölner Labors. Schänzer sagt, bei den Aufträgen für die Proben für Sunny und Solo habe es sich um Kaufuntersuchungen gehandelt. Diese unterschieden sich wesentlich von Dopingkontrollen.

Die FN ahnt wohl, dass der Fall Werth noch unangenehm werden kann. Sie hat anfragen lassen, ob die Reiterin nicht ein Gnadengesuch stellen wolle. Werth lehnt ab: „Ich kämpfe bis zum Ende um meine Ehre als saubere Sportlerin.“ Udo Ludwig

# Bekiffte Debatte

**KOMMENTAR**

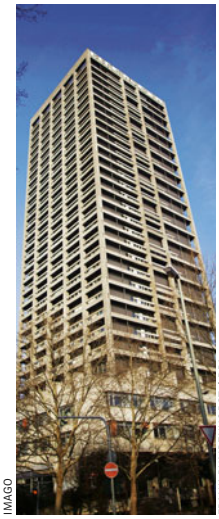
Von Veronika Hackenbroch

Ein harmloser Satz löste in den USA einen Sturm der Entrüstung aus. Am Ende glaubten viele, Barack Obama, der sich in seiner Jugend gern einen Joint ansteckte, habe das Kiffen verharmlost. Dabei hatte der amerikanische Präsident in einem Interview zum Thema Marihuana lediglich gesagt: „Ich glaube nicht, dass es gefährlicher ist als Alkohol.“ Das ist das Problem: Die einen halten das Kraut für Teufelszeug, die anderen verklären ihre Jugenderinnerungen. Entweder wird die Gefahr maßlos übertrieben – oder sie wird gefährlich unterschätzt. Hier hilft der nüchterne Blick der Wissenschaft. Denn die Wirkungen von Tetrahydrocannabinol (THC) auf das Zentralnervensystem des Menschen sind gut erforscht. Ohne Zweifel kann jemand, der häufig Marihuana raucht, erfolgreich studieren, arbeiten, glücklich sein – ohne abhängig zu werden. Aber es kann eben auch anders kommen. Fast jeder hundertste Jugendliche in Deutschland zwischen 14 und 17 Jahren konsumiert regelmäßig Cannabis, bei den 18- bis 25-Jährigen ist es sogar fast jeder dreißigste. Dank Neuzüchtungen von Hanfsorten ist der THC-Gehalt in einem heutigen Joint häufig um ein Vielfaches höher als in jenem Kraut, das einst die 68er inhalierten. Nachweislich führt Cannabis zu Konzentrationsstörungen, begünstigt Psychosen und kann bei Jugendlichen die Hirnreifung stören. Nach einer niederländischen Studie wird jeder dritte regelmäßige Konsument nach einigen Jahren abhängig. Gefährdet sind insbesondere diejenigen, die sich mit Cannabis von ihren seelischen Problemen ablenken wollen. Es kann also keine Rede davon sein, dass Cannabis harmlos ist. Aber ist es auch gefährlicher als Alkohol? Angesichts von hierzulande jährlich 74 000 Toten als Folge von Alkoholmissbrauch wohl kaum. Zur Wahrheit gehört auch: Der Cannabiskonsum ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken. Die meisten rauchen gelegentlich auf einer Party einen Joint, das war’s.



IMAGO

**Reisch**



FRANK RUMPENHORST / DPA

**Uni-Turm**

ABRISSTECHNIK

# „Wie beim Baumfällen“

*Sprengmeister Eduard Reisch, 52, über die schwierige Zerstörung eines 116 Meter hohen Hochhauses in Frankfurt am Main*

**SPIEGEL:** Am kommenden Sonntag wollen Sie den Uni-Turm in Frankfurt-Bockenheim einstürzen lassen. Sprengstoff rein und zünden?

**Reisch:** Nein, so einfach geht das nicht. Außen hat das Haus ein Skelett aus 20 Stahlbetonstützen, die bis zu anderthalb Meter dick sind. Jedes Bohrloch in den Stützen muss genau platziert und mit 0,4 bis 1,2 Kilogramm Sprengstoff geladen werden. In der Mitte des Gebäudes wiederum steht ein massiver Stahlbetonkern, an dem die Etagendecken befestigt sind und in dessen Innerem sich Treppenhäuser und Lifte befinden. Um diesen Kern zu sprengen, sind bis zu drei Meter tiefe Bohrlöcher nötig, die wir mit Nitropenta füllen – einem extrem starken Sprengstoff mit einer Detonationsgeschwindigkeit von 6000 Metern pro Sekunde. Insgesamt verteilen wir fast eine Tonne Sprengstoff auf 1403 Bohrlöcher.

**SPIEGEL:** Fliegt das Haus dann in alle Richtungen auseinander?

**Reisch:** Nein, denn wir sprengen in zwei Schritten: Erst detonieren die Pfeiler des Skeletts. Dadurch verlieren die Decken ihren äußeren Halt. Sie brechen am Gebäudekern ab und rauschen steil nach unten. Der Kern selbst detoniert erst 3,5 Sekunden später. Das funktioniert ungefähr so wie beim Baumfällen: Wir sprengen zwei gegenüberliegende Keile aus dem Stahlbeton heraus – auf unterschiedlichen Höhen. Geht alles nach Plan, kippt dann der obere Teil des Gebäudekerns nach Süden, der untere Teil nach Norden, und zwar zeitgleich. Der Gebäudekern wird also quasi zusammengefaltet. Da kollabieren 50 000 Tonnen Stahlbeton. Ein so hohes Gebäude ist in Europa noch nie gesprengt worden.

**SPIEGEL:** Wie zünden Sie die Sprengladung?

**Reisch:** Mit einem Zündcomputer, vom Dach eines Nachbargebäudes aus. Unmittelbar nach der Sprengung muss ich runter, um zu überprüfen, ob Versager dabei waren.

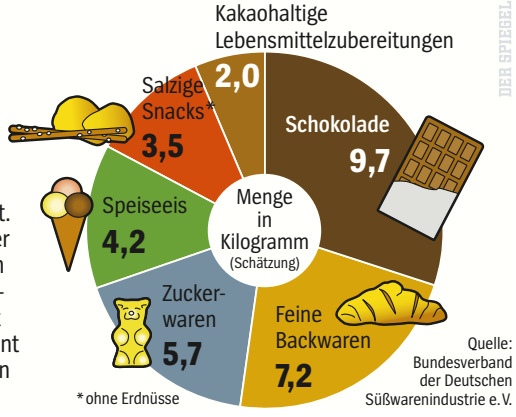
**SPIEGEL:** Es werden an die 40 000 Schaulustige erwartet. Die Sprengung soll sogar live im Internet übertragen werden. Sind Sie nervös?

**Reisch:** Ich bin nicht nervös. Ich mache das seit 28 Jahren. So ein Gebäude lässt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sprengen, ohne dass Personen oder benachbarte Gebäude Schaden nehmen. Wir sperren eine Sicherheitszone von 250 Metern ab. Mehr als tausend Einsatzkräfte werden aufpassen, dass alles glattgeht. Außerdem sind wir gut versichert. Die Versicherungssumme beträgt insgesamt 32 Millionen Euro.

**Pro-Kopf-Verbrauch von Süßwaren und Knabberartikeln** in Deutschland 2013

**32,3 Kilogramm**

Süßkram aß 2013 jeder Deutsche – so viel wie noch nie zuvor. Mediziner sind alarmiert. Zucker befördert zum Beispiel Diabetes oder Fettsucht. Die Weltgesundheitsorganisation will die Empfehlungen für die maximale tägliche Zuckermenge verschärfen. Dabei geht es nicht nur um Süßigkeiten. Über 80 Prozent des Zuckers verbergen sich in Lebensmitteln wie Brot, Tiefkühlkost oder Joghurt.





CSIRO

**Cyborg-Bienen** Die australische Forschungsorganisation CSIRO hat Tausende Bienen mit winzigen Sendern ausgerüstet, um die Insekten zu überwachen. Mit dem Projekt soll das verheerende Bienensterben erkundet werden. Die Funkchips werden an zahlreichen Kontrollstellen im Fluggebiet der Insekten automatisch ausgelesen. Aus den Daten können die Forscher Bewegungsmuster der Tiere ableiten. Zum Befestigen der elektronischen Flugbegleiter (Kantenlänge: 2,5 Millimeter) müssen die Bienen vorübergehend gekühlt werden – was sie in eine Art Ruhestarre versetzt.

RAUMFAHRT

# Fluglotsen im All

Rund tausend aktive Satelliten sowie Tausende größere Schrottteile kreisen um die Erde – im Orbit besteht Kollisionsgefahr. Um Unfälle zu verhindern, wollen Forscher des kalifornischen Lawrence Livermore National Laboratory (LLNL) Mini-Satelliten ins All schießen, die wie Fluglotsen den erdnahen Verkehr überwachen und Satellitenbetreiber vor Zusammenstößen warnen sollen. Experimente zeigen, dass die handtaschengroßen „CubeSats“ die Position von Flugobjekten im All auf 50 Meter genau bestimmen können. Erdgebundene Überwachungssysteme sind weit ungenauer – und lösen deshalb im Schnitt 10 000-mal einen Fehlalarm aus, bevor sie eine Kollision richtig voraussagen. Dass die Unfallgefahr real ist, zeigte sich etwa im Jahr 2009, als ein russischer Himmelsspäher in einen Kommunikationssatelliten krachte. Totalschäden sind bei derlei Crashs unvermeidlich: Mit etwa sieben Kilometern pro Sekunde rasen die Objekte durchs All – „mehr als zehnmal so schnell wie eine Gewehrkugel“, sagt LLNL-Chefforscher Willem De Vries.



LLNL

**Mini-Satellit „CubeSat“**

MEDIZIN

# Der neue alte Killer

**Die Tuberkulose ist gefährlicher denn je: In vielen Weltgegenden haben sich extrem resistente Bakterien entwickelt. In Südafrika, wo die Seuche besonders schlimm wütet, testen Ärzte neue Antibiotika – ein kühnes Experiment.**

Mario Lucas fährt in seinem weißen Toyota zur Arbeit, durch Pfützen, so groß wie Seen, vorbei an Häusern aus Stein und Hütten aus Blech, eine typische Township in Kapstadt. Aus dem Handy plärrt ein Gospel, Lucas summt leise mit. Auf dem Armaturenbrett liegt eine Bibel, um Lucas' Hals hängt eine Kette mit einem Kreuz. Er ist 39 und Christ. Früher beging er Raubüberfälle.

Fünf Jahre lang saß Lucas im Gefängnis. Danach ließ er seine Haare verzotteln; und wenn er mittags aufwachte, rauchte er Dope, bis die Welt verschwamm. Dann erkrankte er an Tuberkulose (Tb). Er hustete, spuckte Blut. Am Ende wog er nur noch 57 Kilogramm. Die Form von Tb, die seine Lunge zerfraß, war eine besonders gefährliche. Mehrere der üblichen Antibiotika versagten – der Erreger war resistent geworden.



Tuberkuloseerreger in Fresszelle

INSTITUT PASTEUR / CNRI / OKAPIA

Lucas begann zu beten und ging zur Messe. Er hörte auf zu rauchen. Und er nahm an einer Medikamentenstudie teil. Ein neues Antibiotikum namens Bedaquiline wurde an ihm erprobt. Zwei Jahre lang musste Lucas Tabletten schlucken, 20 Stück am Tag, außerdem setzten die Ärzte ihm Spritzen.

Obwohl die Substanz auch zu einigen unerklärlichen Todesfällen führte, bekam sie im Dezember 2012 von der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA die Zulassung. Die Freigabe war eine medizinische Sensation: das erste neue Medikament gegen Tuberkulose seit 40 Jahren. Vor wenigen Wochen empfahl auch der zuständige Ausschuss der Europäischen Arzneimittelbehörde die Zulassung.

Inzwischen gilt Lucas als geheilt. Heute arbeitet er für das Unternehmen Task, das Studien im Auftrag von Pharmakonzernen durchführt. Die Firmen schicken die Tabletten, Task sucht die Patienten dafür. Etwa zehn Tb-Studien, die von Task betreut werden, laufen derzeit in Südafrika.

Allein 2012 haben sich in dem Land rund eine halbe Million Menschen neu mit Tuberkulose infiziert – knapp ein Prozent der Bevölkerung. Und immer mehr von ihnen tragen Tb-Erreger in sich, gegen die fast nichts mehr hilft. Dadurch ist die Tuberkulose wieder zu einer Seuche geworden, die die Welt bedroht – auch Europa, auch Deutschland. Die Zahl der Menschen, die neu an Tb erkranken, sinkt seit Jahren. 2012 waren es noch 8,6 Millionen. Beunruhigend ist jedoch: Bereits bei jedem 30. Neupatienten wirken mehrere der gängigen Antibiotika nicht mehr. Bei Kranken, die einen Rückfall erleiden, versagen die Standardmittel sogar noch häufiger. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO ist die resistente Tb inzwischen zu einem „großen Gesundheitsproblem" geworden.

Wer die Seuche eindämmen will, muss den Kampf in Ländern wie Südafrika aufnehmen – auch deswegen werden gerade dort neue Antibiotika gegen die resistenten Keime erprobt.

Lucas' Job besteht darin zu kontrollieren, ob die Patienten, die an den Studien teilnehmen, ihr Mittel regelmäßig einnehmen; er soll auch überprüfen, ob sie es gut vertragen. Jeden Tag fährt Lucas hinaus zu den Teilnehmern – dorthin, wo die Häuser kleiner und die Wege schlammiger werden. Ihm vertrauen die Leute, weil er einer von ihnen ist.

Lucas betritt ein winziges Haus mit zwei Zimmern für fünf Bewohner, davor ein Gärtchen mit Blumen. Granville Jacobs sitzt auf einem Stuhl, winkelt die Arme wie ein Bodybuilder und feixt: Wäre man ein paar Monate früher gekommen, hätte man ihn noch als Muskelmann erlebt.

Doch nun ist Granville Jacobs schmal, hager, ausgezehrt. Seine Füße stecken in rosafarbenen Hausschuhen. Lucas schaut zu, wie der Kranke seine Medizin schluckt. Er hakt einen Punkt ab in seinen Unterlagen und setzt sich aufs Sofa.



ERIC MILLER / DER SPIEGEL

„Granville, rauchst du noch?“

„Gar nichts mehr, Bruder. Kein Meth, kein Mandrax, kein Ganja. Nichts.“

Das Geld für Lucas’ Gehalt kommt aus Japan. Dort sitzt die Pharmafirma Otsuka, die das neue Antibiotikum namens Delamanid entwickelt hat. Im November sprach sich der zuständige Ausschuss der Europäischen Arzneimittelbehörde für eine Marktzulassung aus.

Neben Bedaquiline und Delamanid werden derzeit noch neun andere Antibiotika gegen Tb an Patienten erprobt, acht weitere an Tieren oder im Labor. In der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins „Nature Medicine“ wird jetzt ein Verfahren beschrieben, wie sich ein kaum wirksames Antibiotikum durch eine gezielte Veränderung der chemischen Struktur in ein – zumindest an Mäusen – gut funktionierendes Tuberkulosemittel verwandeln lässt. Trotz solcher Erfolge ist aber ungewiss, ob die Pharmaforscher den Kampf gegen die resistenten Tuberkuloseerreger gewinnen werden.

Fast ein halbes Jahrhundert lang haben Ärzte vor allem vier Medikamente gegen die Bakterien verwendet, die nun allesamt als Dinosaurier unter den Antibiotika gelten: Isoniazid, Rifampicin, Pyrazinamid und Ethambutol. Gegen den hartnäckigen Tuberkuloseerreger, der sich in den Fresszellen des Immunsystems versteckt, müssen zunächst alle diese Mittel gleichzeitig zwei Monate lang eingenommen werden, danach noch zwei davon mindestens vier weitere Monate. Nimmt der Patient die Medikamente nicht regelmäßig oder nicht lange genug ein, können sich resistente Bakterienstämme bilden.

Vor allem in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und in Ländern wie Indien, China, Brasilien und Südafrika werden solche Superkeime ausgebrütet. Dort stehen häufig zu wenig Medikamente zur



**„Die Pillen saugen jede Freude aus deinem Körper. Du kannst nicht essen, nicht schlafen, keine Liebe machen.“**

**Tuberkulosepatient Oliphant**

Verfügung, um langwierige Therapien durchzuhalten – und viele Patienten können sich diese auch gar nicht monatelang leisten. Die ärztliche Betreuung ist vielerorts noch immer mangelhaft. Zudem stammen die Medikamente mitunter aus dubiosen Quellen und enthalten zu wenig Wirkstoff. Der Gewinner ist: das Bakterium.

Nach Schätzungen der WHO infizierten sich 2012 bereits 450 000 Menschen mit der gefährlichen multiresistenten Tuberkulose (MDR-Tb). In Ländern wie Weißrussland betrifft das bereits mehr als jede dritte Neuerkrankung. Ein internationales Forscherteam, das das Tb-Genom in 1000 russischen Patientenproben sequenzierte, machte jüngst eine weitere erschreckende Entdeckung: So litt nicht nur fast die Hälfte der untersuchten Patienten an MDR-Tb. Die Forscher fanden auch noch weitere Mutationen, die die Verbreitung des Keims erleichtern.

Bei MDR-Tb ist der Erreger mindestens gegen die beiden wichtigsten Antibiotika Isoniazid und Rifampicin unempfindlich geworden. Als Ersatz stehen nur 13 Reservemittel zur Verfügung – älter, giftiger, teurer, nur intravenös zu verabreichen oder eigentlich gegen Lepra entwickelt.

Um die multiresistente Tb zu heilen, sollten die Mittel mindestens 20 Monate lang genommen werden. Im Jahr 2015, schätzt die WHO, wird die Diagnose und Behandlung solcher Fälle rund zwei Milliarden US-Dollar kosten.

Und inzwischen gibt es Bakterienstämme, denen selbst etliche der Reservemittel nichts mehr anhaben können. Die Erreger der „Extensively Drug-Resistant"-Tb (XDR-Tb) kommen bereits in 92 Ländern vor. Zwei Jahre oder mehr dauert die nebenwirkungsreiche Therapie – und sie führt bei weitem nicht immer zur Heilung. Mitunter bleibt lediglich, dem Patienten den befallenen Lungenteil zu entfernen.

Es sind sogar bereits einzelne Fälle von totaler Resistenz bekanntgeworden (TDR-Tb). Wer solche Killerkeime in sich trägt, kann nur noch warten, am besten isoliert, um niemanden anzustecken. Warten auf den Tod – oder auf neue Antibiotika.

Dass jetzt endlich neue Wirkstoffe getestet werden, ist vor allem öffentlichen Institutionen und privaten Wohltätern zu verdanken. Eine wichtige Rolle spielt die „TB Alliance", die unter anderem von der Stiftung des Microsoft-Gründers Bill Gates, der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA sowie der EU finanziert wird. Die TB Alliance bringt Forscher, Pharmafirmen und private Geldgeber für gemeinsame Studien zusammen. Ein erster Erfolg ist die Entwicklung von Bedaquiline.

Auch wenn die Resistenzen bislang vor allem in ärmeren Ländern ein wachsendes Problem darstellen, sind auch Industriestaaten wie Deutschland bedroht. „Wir leben nicht auf einer einsamen Insel", sagt Sabine Rüsch-Gerdes, Leiterin des Nationalen Referenzzentrums für Mykobakterien in Borstel bei Hamburg.

Als die Forscherin dort vor 36 Jahren anfing, war sie überzeugt: „Hier bleibst du nicht lange, die Tuberkulose ist eine aussterbende Krankheit." Heute ist ihre Expertise gefragt wie nie. Rüsch-Gerdes berät die WHO – und die Bundesbehörden. Denn vor allem aus Osteuropa gelangen resistente Tb-Stämme auch nach Deutschland.

Einzelne Deutsche stecken sich im Urlaub an, so wie kürzlich eine junge Touristin, die auf ihrem Osteuropa-Trip zwei Tage lang mit einem hustenden und fiebernden Mann ein Eisenbahnabteil teilte und anschließend an multiresistenter Tuberkulose erkrankte.

Vor einigen Monaten traf es auch 154 Passagiere und sechs Crewmitglieder eines Fluges nach Berlin: In der Kabine erlitt ein Mann mit weitgehend resistenter Tb einen Blutsturz; er starb noch vor der Landung. Nun müssen Crew und Fluggäste bangen: Haben sie sich angesteckt?

Die meisten Patienten indes, die in Deutschland an resistenter Tb erkrankt sind, stammen ursprünglich aus Osteuropa. Noch ist ihre Zahl gering. Von den 4317 im Jahr 2011 gemeldeten Tuberkulosekranken litten nur 56 an einer vielfachen Resistenz. „Doch die derzeit noch kleine Fallzahl täuscht darüber hinweg, dass die Multiresistenz auch in Deutschland zunimmt", sagt Rüsch-Gerdes.

Und die Fälle verlaufen so dramatisch wie anderswo in der Welt. Schon seit viereinhalb Monaten etwa behandelt Joachim Ficker, Chefarzt des Lungenzentrums am Klinikum Nürnberg, einen blassen, zurückhaltenden Patienten aus Osteuropa.

Der Mann könnte 35 oder auch 50 Jahre alt sein; das verrät er ebenso wenig wie seinen Namen oder auch nur sein Herkunftsland. Er ist HIV-positiv. Wenn das bekanntwürde, wäre er zu Hause ein Ausgestoßener. Wenn er spricht, muss die aserbaidschanische Stationsärztin aus dem Russischen übersetzen.

Gelegenheiten, sich Tb-Bakterien einzufangen, hatte er viele: bei seinen Nachbarn zum Beispiel, die immer hustend zum Kaffee kamen. Die ganze Familie hatte Tb, die Tochter starb daran – ebenso wie sein bester Freund.

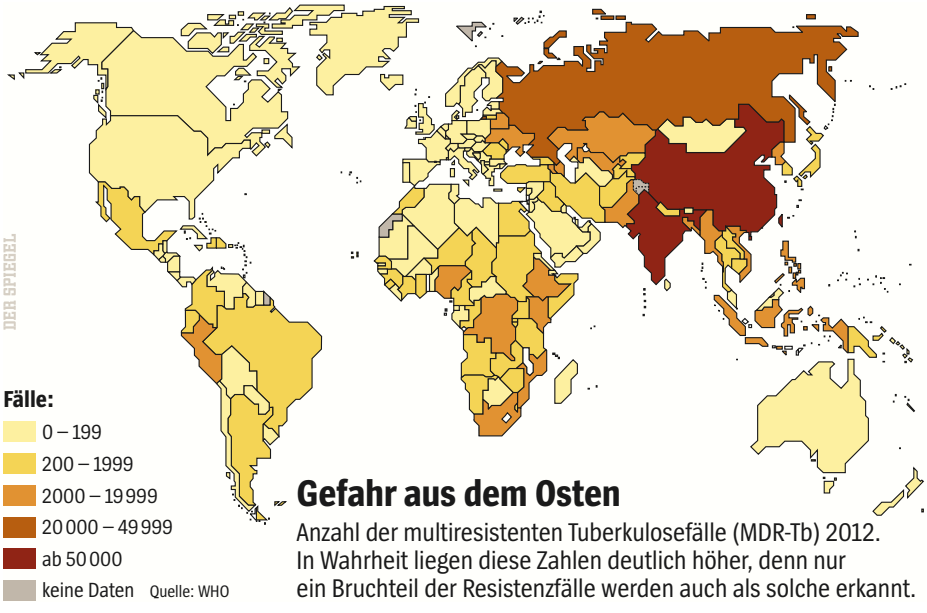
Vor einem Jahr spürte der Mann, dass es auch ihn erwischt hatte: „Ich war so schwach, dass ich nicht mehr arbeiten konnte. Ich lag mit 40 Grad Fieber im Bett, hatte Schweißausbrüche, habe literweise getrunken und bin abgemagert."

Er nahm seine letzte Kraft zusammen und fuhr nach Deutschland. Kurz hinter der Grenze wurde er verhaftet – und kam sofort ins Krankenhaus. Seine Lymphknoten am Hals waren groß wie Äpfel. Die multiresistenten Erreger hatten sich kaum in der Lunge, dafür massiv in seinen Lymphknoten und in der Milz festgesetzt. Er wurde in die Spezialklinik nach Nürnberg überwiesen. „Als er zu uns kam, wog er nur noch 61 Kilo", erzählt die Stationsärztin Rena Jakoubova.

Jetzt bekommt er ein extrem teures Reserveantibiotikum in die Venen geleitet, muss ein anderes schlucken und bekommt drei weitere Antibiotika verabreicht, die eigentlich gar nicht für die Tuberkulosetherapie vorgesehen sind.

Bis über seinen Asylantrag entschieden ist, darf er in Deutschland bleiben und auch ambulant weiterbehandelt werden. Das sei nicht allen Patienten vergönnt, berichtet Ficker, oft müsse er sie gleich nach der Entlassung aus der Klinik wieder zurück in ihre Heimat schicken – obwohl sie noch nicht endgültig geheilt sind.

„Wahrscheinlich werden sie dort nicht mehr an die nötigen Medikamente herankommen", sagt Ficker. Was dann gesche-




**Gefahr aus dem Osten**

Anzahl der multiresistenten Tuberkulosefälle (MDR-Tb) 2012. In Wahrheit liegen diese Zahlen deutlich höher, denn nur ein Bruchteil der Resistenzfälle werden auch als solche erkannt.




ERIC MILLER / DER SPIEGEL

**Patientenbetreuer Lucas:** *Früher beging er Raubüberfälle*

he, sei klar: Die Bakterien entwickeln neue, noch schlimmere Resistenzen.

Die zwei neuen Antibiotika, die jetzt in Europa kurz vor der Zulassung stehen, dürften deshalb kaum reichen, um die Tuberkulose zu besiegen. „Bislang sind Bakterien noch gegen jedes neue Antibiotikum resistent geworden“, sagt Rüsch-Gerdes vom Forschungszentrum Borstel. Nur wenn vier bis fünf neue Medikamente gleichzeitig als Waffen zur Verfügung stünden, gäbe es eine Chance, den Krieg gegen die Seuche zu gewinnen.

Doch die Entwicklung weiterer Medikamente wird Jahre dauern. „Wir machen uns Sorgen“, sagt Joachim Ficker, „dass die zwei neuen Substanzen falsch eingesetzt werden. Dann entstehen ganz schnell auch dagegen Resistenzen.“

Im Übrigen gehört zum Kampf gegen Tb nicht nur eine wirkungsvolle Therapie. Mindestens ebenso wichtig ist eine rechtzeitige Diagnostik; denn diese ermöglicht eine schnelle Behandlung – und verhindert damit, dass sich weitere Menschen mit den resistenten Keimen anstecken. Bislang jedoch wird nur jeder vierte multiresistente Tuberkulosefall als solcher erkannt.

Zur schnellen Diagnostik empfiehlt die WHO einen DNA-Test, der in weniger als zwei Stunden den Erreger und wichtige Resistenzen enttarnt. Südafrika hat schon über 200 Geräte im Einsatz, mehr als jedes andere Land – was bereits zu einer erschreckenden Erkenntnis führte: Mehr als doppelt so viele Tb-Patienten wie bislang gedacht tragen multiresistente Keime in sich.

Innerhalb der nächsten zehn Jahre könnte die schnellere Diagnostik helfen, in Südafrika 132 000 neue Fälle multiresistenter Tuberkulose zu verhindern – und Zehntausende Menschenleben zu retten.

Allerdings müsste sich dafür auch noch mehr ändern. Fahrlässig ist etwa die in Südafrika gängige Praxis, Patienten mit hochresistenter XDR-Tb, für die die Ärzte nichts mehr tun können, zum langsamen Sterben nach Hause zu schicken. Auch die Lebensbedingungen vieler Tb-Kranker müssten sich deutlich verbessern. Feuchte, dunkle Wohnungen und schlechte Ernährung begünstigen die Ausbreitung des Erregers.

„Tb-Farm“ heißen manche der Siedlungen, in denen Studienbetreuer Lucas seine Patienten besucht. Eng an eng stehen Häuser, häufig sind sie sogar fensterlos; wenn man hinter sich die Tür schließt, ist es darin stickig und dunkel.

Heute fährt Lucas den Tb-Patienten Charl Oliphant heim, dem in der Klinik die wöchentliche Medikamentenration verabreicht wurde. „Diese verdammten Pillen machen mich krank“, flucht Oliphant. „Sie saugen jede Freude aus deinem Körper. Du kannst nicht essen, nicht schlafen, du kannst keine Liebe machen. Alles stirbt in dir ab.“

Er trägt Badelatschen, weil seine Füße oft anschwellen und sie nicht mehr in Sportschuhe passen: „Die Ärzte sagen, ich kann sterben. Ich will nicht sterben.“

Er öffnet seine Jacke, darunter trägt er zwei weitere und ein T-Shirt, weil er so friert. Nachts schwitzt er, und um zwei Uhr nachts wacht er auf, nass und zitternd. Seine Brust fühle sich dann an, als werde sie platzen wie ein Ballon.

Wie alle Studienteilnehmer musste Oliphant einen Vertrag unterschreiben. Er verstand zwar nicht, was irgendwelche Anwälte in Washington auf den engbedruckten Seiten formuliert hatten. Oliphant krakelte trotzdem seinen Namen darunter. Er bekommt umgerechnet elf Euro Aufwandsentschädigung pro Woche.

Sein Zuhause ist eine Hütte mit einer Plastikplane als Boden. Über der Decke am Bett verläuft ein Balken. Vor ein paar Wochen band er einen Strick daran und versuchte, sich zu erhängen. Seine Frau konnte das im letzten Moment verhindern.

Tuberkulose breitet sich aus, wenn Menschen zu dicht beisammenwohnen. Charls Frau zeigt hinter sich aufs Bett. Sie schlafen dort mit den beiden Kindern. Die Toilette draußen teilen sie mit sechs anderen Personen. Sie sagt, sie wolle umziehen, aber wisse nicht, wohin.

Die Ärzte haben ihnen geraten, immer gut durchzulüften, weil Tb über die Luft übertragen werde. Und sie sollten ihr Haus trocken halten. Charls Frau sagt, es gebe ja nur ein kleines Fenster. Und wenn es regne, staue sich das Wasser zu einem Fluss. Sie müssten dann die Tür schließen und sich durch das Fenster zwängen, sonst schwappe das Wasser herein.

Solche Lebensbedingungen zu ändern, hält der Tb-Experte Paul van Helden letztlich für wichtiger als neue Antibiotika. Van Helden, der in Kapstadt lebt, beschäftigt sich seit 20 Jahren mit der Seuche. „Europa hat die Tuberkulose Mitte des 19. Jahrhunderts eingedämmt“, sagt er, „viele Jahre vor der Entdeckung der Antibiotika.“ Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger

**Video-Reportage: Kampf gegen die weiße Pest**

spiegel.de/app52014tuberkulose
**oder in der App DER SPIEGEL**

INTERNET

# Crack für Drama-Kids

**Der Mikrovideodienst Vine ist erfolgreich mit Clips von nur sechs Sekunden Dauer. Konkurrenten treten nun mit noch kürzeren Filmschnipseln an.**

Kurzmitteilungen von 140 Zeichen Länge? Nun gut, wir haben uns daran gewöhnt. Aber Videoschnipsel, die nur sechs Sekunden lang sind – was soll denn dieser Quatsch?

Das fragen sich derzeit selbst notorische Innovationseuphoriker angesichts der erstaunlichen Erfolge von Mikrovideodiensten wie Vine. Die Ästhetik der dargebotenen Clips scheint der Aufmerksamkeitsspanne von Einjährigen zu entsprechen: Ein Kätzchen purzelt, ein Teenager kreischt – oder US-Präsident Obama strampelt auf einem Trimm-Fahrrad im Garten des Weißen Hauses. Aber auch von den blutigen Demonstrationen in Kiew tauchten bereits verwackelte Szenen in dem Schnipseldienst auf.

Im Vergleich zu Vine-Clips wirken selbst Musikvideos, bislang Inbegriff stakkatoartiger Turboschnitte, so behäbig wie ein Film von Ingmar Bergman.

„Ich kapituliere, wenn es darum geht, Vines zu machen“, gab sogar Om Malik in seinem Blog „Gigaom“ zu, ein amerikanischer Technikkorrespondent und Medienberater mit über einer Million Followern auf Twitter: „Sechs-Sekunden-Videos passen nicht zu meinem Blick auf die Welt.“

Malik hat immerhin eine Theorie, die den Erfolg erklären soll: Kurz und klein gesellt sich gern – je winziger die Bildschirme, desto knapper die Story. Doch es ist leicht, Gegenbeispiele zu finden: Die epischen TV-Serien wie „The Wire“, „House of Cards“ oder „Downton Abbey“ laufen eben nicht auf großen Kinoleinwänden, sondern auf Fernsehern.

Andererseits stimmt es schon: Mikrovideos sind perfekt als kleiner multimedialer Snack in der U-Bahn. Das gute alte Zappen mit der Fernbedienung wirkt dagegen steinzeitlich langsam: Vines starten automatisch, wenn sie auf dem Bildschirm erscheinen – Anklicken überflüssig, Scrollen genügt.

Das automatische Anspringen gefällt auch der Werbeindustrie: „Vine ist das ultimative schlanke Werkzeug für Unterhalter und Werber“, schreibt die Reklamespezialistin Julie Anderson. „Es ist wie Crack für Drama-Kids.“ Kreisch, schluchz, schnurr, wuff.

So setzen Firmen wie der Zuckerbombenbauer Dunkin’ Donuts Vines neuerdings als Fernsehwerbung ein und lassen gelackte Werbespots damit alt aussehen. Sogar die Hochkulturpostille „Paris Review“ wirbt mit Minivideos, indem sie Fotoreportagen abfilmt. „Authentizität schlägt Qualität“, kommentiert das Netz-Magazin „Wired“: Vine-Kenner seien „jünger, schwärzer und schwuler als die Gesellschaft – cool eben“.

Mittlerweile balgen sich schon mehrere Mikrovideodienste um den Werbekuchen – und wetteifern dabei mit Facebook und Twitter. Vine, das zum Twitter-Imperium gehört, bekam im vorigen Sommer Konkurrenz durch Instagram, einer Tochterfirma von Facebook. Instagram bot bis dato nur Fotos. Die neue Videofunktion gilt zwar als technisch überlegen durch seine vielen Bildbearbeitungsmöglichkeiten und einer mehr als doppelt so langen Aufnahmezeit: 15 Sekunden. Aber einige Nutzer störte genau das: 15 Sekunden sind doch viel zu lang!

„Wir versuchen nicht, Komplexität zu reduzieren – sondern sie zu verstecken“, erklärt Dom Hofmann, einer der Vine-Gründer, seine Philosophie: Schon während des Filmens glättet der Handychip die Übergänge zwischen den Schnitten. Die Nutzer bekommen davon nichts mit.

Mikrovideos sind eine Sehschule. Es dauert eine Weile, bis man lernt, sie zu lesen. Manche Geheimnisse erschließen sich erst auf den dritten Blick. Eric Dunn zum Beispiel, ein Wirtschaftsstudent aus Florida, ist mit 2,4 Millionen Followern einer der Stars auf Vine. Seine Kunstfigur „Jerome“ stellt einen „Suburban Gangsta“ dar, einen schwarzen Vorstadt-Rüpel, der gnadenlos mit rassistischen Vorurteilen jongliert. Derbe Kleinstkunst auf hohem Niveau.



VINE

**Vine-Videoszene von Demonstration in Kiew**
*Aufmerksamkeitsspanne von Einjährigen*

Die spannende Frage: Lassen sich Videos immer weiter verknappen und reduzieren? Oder gibt es eine psychologisch gerade noch verkraftbare Mindestlänge? Der Videodienst Cinemagram, gegründet in Montreal, treibt den Minimalismus auf die Spitze. Anfänglich galt sogar Ton als zu viel Ablenkung, bei vielen der ultrakurzen Stummfilm-Clips herrscht immer noch Ruhe im Auge des Bildersturms. Im vorigen Jahr schließlich haben die Cinemagram-Macher die zulässige Videolänge erweitert – auf nun vier Sekunden.

„Das ist ziemlich genau an den drei Sekunden dran, die manche Hirnforscher als kleinste Zeiteinheit des Bewusstseins vermuten“, sagt der in Berlin lebende Regisseur Volker Gerling, der die altehrwürdige Kunst des Daumenkinos wiederbeleben will. Gerlings Grundannahme: Die Gegenwart dauert genauso lang wie ein Mikrovideo, neurobiologisch betrachtet.

Digitaldaumenkinos wie Cinemagram scheinen auszutesten, wie klein die Atome der cineastischen Erzählbarkeit wirklich sind. Teils schlägt dabei Tempo in Zeitlosigkeit um. Zu den beliebtesten Stummfilmchen gehören Zwitter-Fotos, bei denen sich nur kleine Bildanteile bewegen: eine Wasserspiegelung, eine Augenbraue, eine Fahne im Wind – rasender Stillstand als meditative Dauerschleife.

HILMAR SCHMUNDT

**Instagram**

Auf dem Markt seit 2010

Über 150 Mio. Nutzer

Kostenlose App für Mobilgeräte, mit der Nutzer Fotos und Videos (seit Juni 2013) erstellen, durch Filter verfremden und anderen Nutzern über diverse Dienste zugänglich machen können.

**Vine**

... seit 2013

Über 40 Mio. Nutzer

Über Vine können kleine – maximal sechs Sekunden lange – Filme gedreht und veröffentlicht werden. Man kann diese Videos bspw. in einen Tweet einbinden, um sie mit anderen Nutzern zu teilen.

**cinemagram**

... seit 2012

Software für kleine Filmclips, bei denen oft nur ein definierter Bildteil animiert ist und der Rest als Standbild wie eingefroren erscheint. Filme können über Facebook, Tumblr oder Twitter geteilt werden.

ESSAY

# Die Gewalt unter uns

Die Rechtsmedizinerin Constanze Niess fordert besseren Schutz für misshandelte Kinder.

An der Kindergartentür leuchten bunte Handabdrücke auf Papier, daneben die Namen Mia, Luis und Felix**. Die Polizei hat mich als rechtsmedizinische Gutachterin beauftragt, die drei Geschwister zu untersuchen. Die Gruppenleiterin führt mich in ihr Büro, dort wartet die Mutter der Kinder. In einer Tasche hat sie das notwendigste Gepäck für sich und ihre Kinder mitgebracht. Auf den Handflächen und Armen des vierjährigen Luis sehe ich kreisrunde Verbrennungen, acht Millimeter groß. Bei der dreijährigen Mia finde ich die Wundmale dicht nebeneinander auf dem Bauch. Es wirkt, als hätte ihr jemand fünf Augen eines Würfels einbrennen wollen. Es sind keine oberflächlichen Verbrennungen, wie sie entstehen können, wenn man zufällig eine Zigarette streift. Es sind Brandmarken, die lebenslange Narben hinterlassen. Der Älteste, Felix, der in diesem Jahr eingeschult werden soll, hat eine solche Narbe am Hals. „Ich kann den Papa schon austricksen, ich entwische ihm, wenn er das mit mir machen will“, sagt er zu mir.



RUEDIGER GAERTNER / RUEGA

**Trauerbekundungen für getötetes Kind***

Am Tag zuvor hatte eine Erzieherin Verdacht geschöpft, als sie ein Pflaster von Luis erneuerte, das sich beim Spielen gelöst hatte. Sie beriet sich mit ihrer Kollegin: Ist es das, wonach es aussieht? Der Vater raucht, ja, aber kann er das wirklich getan haben? Er leitet ein beliebtes Restaurant in der Innenstadt, sie haben dort sogar die Weihnachtsfeier der Kita abgehalten. Die Erzieherinnen entschieden sich, die Mutter anzusprechen; dabei gab sie zu, dass ihr Mann auch sie misshandle. Die Polizei wurde gerufen, dann ich. Bestätige ich den Verdacht auf Kindesmisshandlung, wird Strafanzeige erstattet, und Mutter und Kinder werden in ein Frauenhaus ziehen.

Ein paar Monate später sage ich im Prozess aus. Der Vater behauptet, er tobe nun mal oft mit seinen Kindern herum und dabei kämen sie hin und wieder an die brennende Zigarette. Das Jugendamt schlägt vor, die Familie nach Monaten der Trennung wieder zusammenzuführen. Schließlich sei bald Weihnachten, da gehörten Kinder doch dazu. Die Frau will zurück zu ihrem Mann, die Familie zusammenhalten. Zu den Taten schweigt sie. Der Vater erhält eine Bewährungsstrafe. Und „wer weiß, vielleicht sind es ja nur abgeheilte Windpockennarben“, sagt die Sozialpädagogin vom Jugendamt. Und so kommen die Kinder zurück zu ihrem Vater, dem Menschen, der sie – man kann es nicht anders sagen – gefoltert hat.

Jedes Jahr werden in Deutschland mehr als hundert Kinder getötet – die meisten von ihren eigenen Eltern. Jedes Jahr erfasst die Polizei mehr als 4000 Fälle von Kindesmisshandlung. Die Dunkelziffer ist hoch. Und ich muss erleben, dass weder Gerichte noch Jugendämter die Kinder wirksam schützen können. Vor Gericht wird gefeilscht, oft um Minuten des Tatverlaufs, um Minuten einer vernachlässigten Aufsichtspflicht, damit der Beschuldigte Spielraum erhält, sich zu rechtfertigen. Oder wir feilschen um Zentimeter. Dann will der Richter von mir wissen, ob die klaffende Schädelfraktur eines Kleinkindes von einem Sturz vom Wickeltisch herrühren könnte, wie der Angeklagte es behauptet. Und ich soll, möglichst auf den Millimeter genau, die minimale Tischhöhe angeben, die zu einer derartigen Verletzung führen kann. Hat ein Kind zahlreiche und schwere eindeutige Verletzungen, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass ein Tatverdächtiger angeklagt wird. Schwieriger sind die sehr viel häufigeren Grenzfälle. Dann wird die Verantwortung auf mich abgeschoben. Ich muss entscheiden: Misshandelt oder nicht?

Dabei ist die Lage der Rechtsmedizin schwierig in Deutschland. Es existieren nur wenige Institute, und dort muss immer mehr Arbeit geleistet werden. Überstunden können nicht mehr ausgeglichen werden, da sonst die Akten und damit ungelöste Misshandlungsfälle liegenbleiben würden. Die Bearbeitung der Fälle ist sehr zeitintensiv, schließlich müssen meine Gutachten juristisch wasserdicht sein. Gleichzeitig darf ich auch nicht zu viel Ermittlungseifer an den Tag legen, darf nicht zum Kind Stellung beziehen und mich damit auf die Seite des Opfers schlagen. Sonst gelte ich vor Gericht als befangen.

Meine Kollegen Michael Tsokos und Saskia Guddat von der Rechtsmedizin der Berliner Charité haben in ihrem neuen Buch „Deutschland misshandelt seine Kinder“ für die Opfer Partei ergriffen. Sie schreiben vom institutionellen Versagen der Jugendhilfe, mit dem wir Rechtsmediziner täglich konfrontiert sind, wenn wir die verletzten Kinder untersuchen. Es ist auch ein Weckruf an Kinderärzte und alle anderen, die sich nicht vorstellen können, dass Eltern oder deren Lebensgefährten Jungen und Mädchen derart Gewalt antun können.

Eine Tagesmutter wird von einem Ehepaar angezeigt: Sie habe deren zweijährige Tochter Sofia misshandelt. Vier Kno-

* Am Eingang des Mehrfamilienhauses in Hamburg-Mümmelmannsberg, in dem die dreijährige Yagmur nach Misshandlungen im Dezember 2013 starb.
** Namen geändert.

chenbrüche an den Unterarmen zeugen davon. Elle und Speiche sind links und rechts glatt durchtrennt. Ich bearbeite die Akte einige Wochen nach dem Ereignis. Auf den Bildern sehe ich eine bandartige Rötung im Nacken des Kindes, die etwa entsteht, wenn ein Lätzchen mit Wucht vom Hals gerissen wird. Der Arzt im Krankenhaus hatte auch eine geschwollene Lippe und eine Unterblutung am Zungenboden gefunden. Als habe jemand gewaltsam einen Löffel in Sofias Mund gestoßen.

An diesem Tag hatte der Vater, ein Verwaltungsbeamter, seine Tochter von der Tagesmutter abgeholt. Die Mutter war mit Freundinnen ins Kino gegangen. Als sie am späten Abend nach Hause kam, fand sie Sofia wimmernd, mit geschwollenen Ärmchen, im Bett. Die Kleine schien erschöpft, als hätte sie Stunden geschrien und einfach keine Kraft mehr.

Vor Gericht bestreitet die Tagesmutter die Vorwürfe. Das Mädchen sei an dem Tag zwar mit dem Laufrad gefallen, aber nur ins Gras. Und der Kratzer am Hals, da habe ein anderes Kind Sofia gekratzt. Auch die Eltern werden befragt. Ob der Vater beim Abholen nichts bemerkt habe, als er Sofia das Jäckchen über die Arme streifen musste? Sie sei auffallend still gewesen, sagt er, und auf dem Heimweg im Kindersitz fast eingeschlafen. Zu Hause habe sie sich geweigert zu essen, dann habe er sie mit leerem Magen schlafen gelegt. Meine Überzeugung ist, dass der Vater es hätte merken müssen, wenn das Kind bei der Tagesmutter so schwer verletzt worden wäre.

Vermutlich hat er ihr mit beiden Händen die Ärmchen hochgedrückt und umgeknickt. Vielleicht, weil sie nicht essen oder nicht stillhalten wollte. Den Verdacht darf ich nicht äußern; ich muss meine Einschätzungen objektiv begründen. „Woher wissen Sie das, Frau Sachverständige?“, so fragen mich die Verteidiger jedes Mal. Ich sehe zu Sofias Vater, sein Hemd ist schweißdurchtränkt. Aus Mangel an Beweisen wird die Tagesmutter freigesprochen und auch kein anderer zur Verantwortung gezogen.

Anders als im Fernsehkrimi gestehen die Täter in der Realität selten. Das eigene Kind misshandelt zu haben, das gibt so gut wie keiner zu. Auch in Fällen, in denen die Beweise erdrückend sind und für eine Verurteilung reichen. Sein eigen Fleisch und Blut quälen, nein, so etwas tut man doch nicht.

Natürlich gibt es viele Unfälle im Kinderalltag, die zu Verletzungen führen können, doch in aller Regel können die Betroffenen sie plausibel erklären. Verdächtig sind haarsträubende Geschichten, die mit den Verletzungen nicht in Einklang zu bringen sind. Da will ein Vater in Ohnmacht gefallen sein, als er im Wohnzimmer auf einer Zeitung ausrutschte. Im Fallen habe er das Kind von sich geworfen, aber leider das Sofa verfehlt.

In Wirklichkeit hatte er das Kind auf perfide Weise misshandelt. Das Schütteln eines Kleinkindes wird auch als „Weiße Folter“ bezeichnet. Bei einem geschüttelten Kind ist äußerlich nicht viel zu sehen. Es ist schreckhaft, blinzelt und sein kleiner Körper zuckt. Oder es ist bewusstlos. Die Nackenmuskulatur eines Kleinkindes ist noch zu schwach, um den großen Kopf in Relation zum Körper zu halten. Es kommt zu Verletzungen des Hirngewebes; die Brückenvenen, die die harte und die weiche Hirnhaut miteinander verbinden, reißen. Die Netzhaut der Augen blutet ein, das Hirn schwillt an. Falls das Kind überlebt, sind die Folgen Hirnschäden, Blindheit und eine lebenslange Schwerbehinderung. Viele Kinder werden mehrmals geschüttelt, nicht so fest, dass sie ins Koma fallen, nur so lange, bis sie Ruhe geben. Das zerstört Verbindungsbahnen im Gehirn, die beispielsweise für Wiedererkennung, musikalisches Empfinden und Konzentrationsfähigkeit zuständig sind.

Der Paragraf 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuches gibt seit dem Jahr 2000 jedem Kind das Recht gewaltfrei aufzuwachsen. Seitdem haben sich die von uns begutachteten Fälle von Kindesmisshandlung im Raum Frankfurt am Main verdreifacht. Die Anzahl von Gutachtern wie mir aber ist gleich geblieben. Und wir bekommen nur die schlimmsten Fälle auf den Tisch. Manche Opfer versterben spurenarm wie der fünfjährige Sven. Ihm wurde in den Bauch getreten, bis die Körperschlagader zerriss, so dass er innerlich verblutete. Kinder, die solche Misshandlungen überleben, sind traumatisiert und müssen sich verängstigt der täglichen Gewalt ihrer Erziehungsberechtigten aussetzen, mitten unter uns. Das sind Fälle, die nicht angezeigt werden, weil Verwandte und Freunde schweigen. Weil Nachbarn sich über Schreie beschweren, aber doch Augen und Ohren verschließen, wenn es darum geht zu helfen. Man will niemanden zu Unrecht verdächtigen, nicht als Denunziant gelten.

Auch Mütter misshandeln, allerdings seltener, vor allem, wenn man in Rechnung stellt, dass sie deutlich mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als die Väter. Erneut werde ich zu einem Verdachtsfall ins Krankenhaus gerufen. Ein acht Monate alter Junge hat Brandwunden am Gesäß und den Ober- und Unterschenkeln, die Kniekehlen sind ausgespart. Wie kam es zu diesen Verletzungen? Eine so große Herdplatte gibt es doch gar nicht! Das Kind könnte auf dem Boden in heißem Wasser gehockt haben, überlege ich mir. Die Mutter behauptet, sie habe geputzt, Finn habe auf dem Boden gesessen und den Eimer mit der heißen Brühe umgekippt. Wir stellen die Szene nach. Das Ergebnis: Erst kochend heißes Wasser hätte solche Verbrennungen verursachen können.

Ich bin selbst Mutter zweier Kinder, ich weiß, wie es ist, zwischen Beruf und Familie zu jonglieren. Wie es ist, wenn das Baby schreit, wenn man Schlaf selbst dringend nötig hätte. Kinder zerren an den Nerven, und oft rätselt man, was ihnen fehlt. Das rechtfertigt nicht, dass eine Frau, spät dran, ihre Tochter hinter sich herzieht, schnell über die Straße und den Bürgersteig hinauf. So war es in einem anderen Fall, den ich begutachten musste. Das Mädchen stolperte, die Mutter riss es am Arm hoch und renkte ihm dabei den Ellenbogen aus.

Sein eigen Fleisch und Blut quälen, nein, so etwas tut man doch nicht.

Wahrscheinlich werden diese Kinder mit ihren eigenen Töchtern und Söhnen einmal ähnlich umgehen. In Stresssituationen handeln die meisten, wie sie es selbst erfahren haben. Die Hemmschwelle, Frust, Wut oder Enttäuschung an Menschen auszulassen, die einem vertraut sind, ist gering. Die schreckliche Wahrheit ist: Kinder, die geschlagen werden, neigen dazu, Gewalt weiterzugeben.

Wem kann sich ein Kind, das von den eigenen Eltern misshandelt wird, anvertrauen? Wer glaubt ihm? Und was ist mit jenen, die noch zu klein sind, um sich überhaupt mitzuteilen? Wie die zwei Wochen alte Lara. Eine Sozialarbeiterin sollte nach ihr und ihrer jungen Mutter sehen. Die Mitarbeiter der Entbindungsstation hatten darum gebeten, die Frau war ihnen allzu unsicher und nachlässig im Umgang mit der Neugeborenen vorgekommen. Als die Sozialarbeiterin zehn Tage nach der Geburt Mutter und Kind aufsucht, entdeckt sie den Säugling in einer völlig verdreckten Windel, zwischen Unrat und Umzugskisten im Kinderbettchen. Die Nabelschnur ist mit Kot verbacken. Lara ist ausgetrocknet und abgemagert. Nur einen Tag länger, und das Kind hätte nicht überlebt.


OLIVIER FAVRE

*Niess, 46, ist Ärztin am Institut für Rechtsmedizin der Universität Frankfurt am Main. In ihrem Buch „Die Gesichter der Toten“ (Bastei Lübbe; 238 Seiten; 16,99 Euro) berichtet sie zusammen mit der Autorin Stephanie Fey über ihre spektakulärsten Fälle. Demnächst erscheint auch das Buch von Michael Tsokos und Saskia Guddat: „Deutschland misshandelt seine Kinder“ (Droemer; 256 Seiten; 19,99 Euro).*

GESCHICHTE

# Royale Gummizelle

Seltsam? Ja. Aber nicht verrückt: Eine Fehldiagnose trieb den Bayernkönig Ludwig II. ins Verderben.

Als man das Schicksal des Königs in seine Hände legte, war Bernhard von Gudden eine in der Fachwelt angesehene Figur. Der Mediziner hatte einen Apparat perfektioniert, mit dem sich menschliche Gehirne zu Forschungszwecken in feine Scheiben schneiden ließen.

Auch auf dem noch jungen Gebiet der Psychiatrie war er durch eine Pioniertat aufgefallen. Gudden verbreitete in der Fachwelt die Einsicht, dass es nicht unbedingt angezeigt ist, in Obhut befindliche Geisteskranke mit Prügeln zu therapieren.

Doch ausgerechnet seinen berühmtesten Fall hat der Psychiater gründlich verbockt.

Dem amtierenden bayerischen König attestierte der Arzt zusammen mit weiteren Kollegen: „Seine Majestät sind in sehr weit vorgeschrittenem Grade seelengestört.“ Sie erklärten Ludwig II. für unfähig, seine Regierungsgeschäfte wahrzunehmen. Infolge dieser Diagnose wurde Ludwig am 10. Juni 1886 entthront; drei Tage später versank der Monarch im Würmsee (heute Starnberger See) – und mit ihm auf mysteriöse Weise auch Gudden.



AKG

**Psychiatrie-Opfer Ludwig II.*:** *Enervierendes Gehabe*

Wie stimmig war dieses drastische Gutachten? War dem Ergebnis eine Untersuchung vorausgegangen, die den Maßstäben ärztlicher Sorgfalt entspricht? Und wer hatte eigentlich ein Interesse daran, dass Ludwig den Thron räumen musste? Diesen Fragen ist eine Projektgruppe um den Mannheimer Psychiater Heinz Häfner nachgegangen.

Die im Fachjournal „History of Psychiatry“ veröffentlichten Ergebnisse des Forscherteams widersprechen den Schlussfolgerungen Guddens. Das Verhalten des Königs habe zu keinem Zeitpunkt einen „belastbaren Hinweis auf eine ernste psychische Störung“ geliefert, behauptet Häfner.

Etliche Historiker sind in der Vergangenheit davor zurückgeschreckt, das Diktum der Geistesschwäche bei dem Wittelsbacher in Frage zu stellen. Denn Ludwig gab seinen Zeitgenossen reichlich Anlass, an seinem Verstand zu zweifeln.

Mit megalomanen Bauprojekten hatte der Regent sein Königreich weit über ein vertretbares Maß hinaus verschuldet. Der Aussicht, laufende Bauten nicht beenden zu dürfen, begegnete er mit der Androhung seines baldigen Suizids.

Einem ungezogenen Kammerdiener drohte der König mit nichts Geringerem als der Deportation nach Amerika; einem anderen Untergebenen wollte er die Milch für den Kaffee verbieten; selbst Angehörige der Königsfamilie vergrätzte Ludwig mit seinem enervierenden Gehabe. Doch erforderten derlei Grillen wirklich die Entmündigung?

Entgegen Ludwigs Ruf, fand Heinz Häfner heraus, habe sich der König im Amt durchaus als belastbares Arbeitstier erwiesen. So sichtete Seine Majestät jährlich allein bis zu 800 Dokumente, die sich nur mit den inneren Angelegenheiten Bayerns befassten. Noch wenige Tage vor seiner Absetzung bearbeitete der König einen Stoß Schriftstücke, die er schnurstracks unterzeichnete und an die zuständigen Ministerien sandte. In jedem Fall habe Ludwig seine Dienstgeschäfte weit zügiger erledigt als sein Vorgänger Maximilian II., bemerkt Häfner.

Dass Gudden seinem prominenten Patienten dennoch Paranoia und Irrsinn andichtete, wirft vor allem ein Licht auf die haarsträubende Arbeitsweise des Arztes. Denn der Nervenkundler nahm für sein Gutachten nicht das Staatsoberhaupt selbst in Augenschein, sondern befragte lieber, in geheimen Abendsitzungen, wenige Vertraute des Königs.

Eine „persönliche Untersuchung hat übrigens das schriftliche Gutachten nur bestätigt“, telegrafierte Gudden schließlich an den Vorsitzenden des Bayerischen Ministerrats, Johann von Lutz – eine glatte Lüge.

Die folgende Entmachtung brachte Ludwigs Onkel Luitpold als Prinzregenten auf den Thron. Dessen Coup entsprach aber wohl weniger Machtgelüsten als einer Kombination durchaus nachvollziehbarer Motive.

Sein Neffe hatte sich nicht nur regelmäßig als Kotzbrocken gebärdet und um ein Haar den Staat in den Ruin getrieben. Überdies ließ Ludwig kaum eine Gelegenheit aus, das bayerische Königshaus zu blamieren. So war etwa der Kriegsminister Joseph Maximilian von Maillinger 1885 aus dem Amt geflohen – unter anderem weil der schwule Regent nicht von der Gewohnheit lassen konnte, seine Gespielen aus einer Elitetruppe der bayerischen Chevaulegers zu rekrutieren.

Guddens Fehldiagnose war also mehr als willkommen, um den Missliebigen vom Thron zu stoßen; dass ihn das ärztliche Verdikt in den Tod treiben würde, war vermutlich nicht beabsichtigt, wenn auch nicht auszuschließen.

Denn Ludwig sah der Unterbringung in einer königlichen Gummizelle entgegen: zwei eigens präparierte Räume auf Schloss Berg am Ostufer des Starnberger Sees, mit verriegelten Fenstern, Türen mit Observationsschlitzen und ohne Knauf.

Eine harsche Behandlung für einen Mann, dessen Schrullen nach Ansicht von Häfner heutzutage schlimmstenfalls als Persönlichkeitsstörung gewertet würden – eine Diagnose, mit der etliche Menschen in der Gegenwart leben können, ohne weggesperrt zu werden.

FRANK THADEUSZ

* Gemälde von 1885.


Raumkapsel vor der Landung ...


... und danach (Filmbilder)

FOTOS: EXCALIBUR ALMAZ



Versteigerungsobjekt sowjetische VA-Raumkapsel (Katalogabbildung)

AUKTIONEN

# Völlig losgelöst

Das Kölner Kunsthaus Lempertz begibt sich in extraterrestrische Sphären. Im April will die Auktionsfirma in ihrer neuen Brüsseler Filiale eine sowjetische Raumkapsel versteigern. Der Schätzpreis für den sogenannten Vozvraschaemyi Apparat (VA), zu Deutsch Rückkehrapparat, liegt zwischen ein und zwei Millionen Euro. Laut Katalog ist das an alte James-Bond-Filme erinnernde Fluggerät eines der ganz wenigen Raumfahrzeuge, die gleich mehrmals im Orbit kreisten. In den Jahren 1977 und 1978 habe es bei zwei „Kosmos“-Raumfahrtmissionen jeweils unbemannte Testflüge absolviert. Im Lempertz-Bulletin wird die Sowjetkapsel dann auch sogleich zum Kunstobjekt erklärt. „In verblüffender Weise“ verkörpere sie das „der Dialektik innewohnende Prinzip von These, Antithese und Synthese“. Die 1,9 Tonnen schwere VA-Kapsel sei „Technologie gewordener Zeitgeist“, ihre „technisch-historische Authentizität“ habe eine „bedeutende politische, gar philosophische Dimension“. Leider hat das Retro-Raumschiff auch einen Schönheitsfehler: Der derzeitige Besitzer, das im Steuerparadies Isle of Man beheimatete Weltraumtourismus-Unternehmen Excalibur Almaz, ließ das einst schmutzig-grüne Sowjetvehikel vor einiger Zeit neu lackieren. Sein Interieur, so Insider, verströme allerdings noch immer echten Kosmonautencharme. Unklar bleiben die Ausführungen im Auktionskatalog hinsichtlich der Frage, ob die Kapsel – zumindest theoretisch – noch einsatzfähig wäre. Eine passende Trägerrakete hat Lempertz derzeit nicht im Angebot. Dafür aber zwei historische Raumanzüge, Schätzpreis: 80 000 bis 100 000 Euro.

KINO IN KÜRZE

**„Mandela – Der lange Weg zur Freiheit“** soll ein Denkmal für den ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas sein, zerbröckelt aber vor den Augen des Zuschauers. Brav und betulich bebildert Regisseur Justin Chadwick den Lebenslauf des im Dezember verstorbenen Nelson Mandela, ohne auch nur im Ansatz das Charisma dieses Staatsmannes vermitteln zu können. Statt seine Zuschauer die Energie spüren zu lassen, mit der Mandela den Wandel seines Landes vorantrieb, schleppt sich der Film wie ein historisches Fernsehspiel durch die Jahrzehnte. Leider wirkt auch der massige Hauptdarsteller Idris Elba bereits physiognomisch wie eine Fehlbesetzung.



SENATOR FILMVERLEIH

Elba in „Mandela“

**„Le weekend“** erzählt von einem britischen Ehepaar (Lindsay Duncan, Jim Broadbent), das nach Paris fliegt, um dort seinen 30. Hochzeitstag zu feiern. Regisseur Roger Michell und seinem Autor Hanif Kureishi ist eine ebenso beschwingte wie melancholische Komödie gelungen, eine Hymne auf die Hoffnung, den Übermut und den Eskapismus, die das Herz und die alten Knochen mit einem Mal wieder mächtig in Bewegung bringen kann. Eine tragikomische Romanze, die dem Zuschauer ein paar gute Gründe gibt, sich aufs Altenteil zu freuen.

KULTURGESCHICHTE

# „Der Kampf ums eigene Leben“

*Dirk Knipphals, 50, über sein Buch „Die Kunst der Bruchlandung. Warum Lebenskrisen unverzichtbar sind“ (Rowohlt Berlin Verlag)*


JOSEF CRAMER

**SPIEGEL:** Herr Knipphals, was ist gut an einer Krise?
**Knipphals:** Krisen sind immer schrecklich, wenn man drinsteckt. Aber das Gute ist: Man erfährt sich neu, und man kämpft um das eigene Leben.
**SPIEGEL:** Die Krise als Chance – das ist eine Idee, die allerdings schon seit Jahrzehnten durch die Psychologie- und Lebenshilfeszenen geistert. Seit wann gehört die Krise zur Normalausstattung des Bürgers?
**Knipphals:** Eigentlich erst seit den Siebzigern. Durch die Studentenbewegung wurde klar, dass Lebenskrisen auch gesellschaftliche Ursachen haben können. Die Konsequenz in der breiten Bevölkerung wurde aber erst später gezogen. Inzwischen stellt man höhere Anforderungen an das eigene Leben, und man kümmert sich mehr um sich selbst. Krisen entstehen gegenwärtig weniger aus Not und Traumatisierungen, also aus Mangel, sondern eher aus dem Gegenteil, aus einem Mehr an Möglichkeiten.
**SPIEGEL:** Und was waren Krisen, als man noch keine haben durfte?
**Knipphals:** Künstler, Bohemiens und große Männer durften natürlich immer Krisen haben. Michelangelo, Napoleon und Churchill – das waren Helden der Krise. Aber für die kleinen Leute galt: Maul halten und durchstehen.
**SPIEGEL:** Man sollte meinen, zwischen 1914 und 1945 gab es Krisen genug.
**Knipphals:** Traumatisierungen, Gewalt und Elend: auf jeden Fall. Aber die Nachkriegsgesellschaften lebten eher vom Verschweigen der Krise, von der Abschiebung der überforderten Individuen in die Psychiatrie oder eben von der Anpassung in die vorgegebene Biografie. Für kleine Leute gab es keine Krise.
**SPIEGEL:** Wie verhält es sich heute mit Situationen, in denen auch mal nur Durchhalten gefordert ist? Die Kinder nerven, der Partner ist so überfordert wie man selbst, man würde gern mal alles hinschmeißen …
**Knipphals:** Hier gilt die Einzelfallprüfung: Durch Reden mit Freunden, Therapeuten oder auch durch den Vergleich – in Romanen wie in Talkshows werden immer wieder Krisen dargestellt und diskutiert – kann man lernen, eine Krise von einem Durchhänger zu unterscheiden.
**SPIEGEL:** Was ist mit Krisen, die nicht im besseren Leben enden, sondern im Gefängnis oder auf der Entzugsstation? Oder im Durchwursteln und in der Melancholie?
**Knipphals:** Natürlich können Krisen auch schlimm enden. Aber dass immer mehr Leute sich Krisen zugestehen, hat auch etwas Emanzipatorisches. Der Fortschritt besteht nicht darin, dass es weniger Krisen gibt, sondern darin, dass die Krisen interessanter werden.

LEGENDEN

# Spiel mir das Lied

Nur wenigen Komponisten gelingt es, mit einer einfachen Melodie eine ganze Erinnerungswelt aufleben zu lassen. Ennio Morricone ist das mit dem klagenden, auf einer Mundharmonika vorgetragenen Motiv in dem Italo-Western „Spiel mir das Lied vom Tod“ gelungen. Wer diesen Film von Sergio Leone (mit Claudia Cardinale, Henry Fonda und Charles Bronson) aus dem Jahr 1968 einmal gesehen hat, wird seine Bilder nicht ohne Morricones suggestive Musik denken können. Für über 500 Filme, darunter 30 Italo-Western, hat er die Musik geschrieben. Poetisches ist dabei, „Cinema Paradiso“ etwa, oder Testosteron-Kino („Die Unbestechlichen“, „Für eine Handvoll Dollar“). Die berühmtesten Soundtracks kommen am 7. Februar noch einmal auf dem Album „The Essential Ennio Morricone“ heraus. Der Maestro, inzwischen 85 Jahre alt, macht sich im Februar und April für drei Konzerte als Dirigent nach Deutschland auf. Im vergangenen Jahr wurde Morricone mit dem Europäischen Filmpreis geehrt, 2007 bekam er einen Oscar für sein Lebenswerk.

LITERATUR

# Afghanische Mausefalle

Eine Gruppe Soldaten in der afghanischen Wüste, zusammengewürfelt aus jungen Männern ohne Erfahrung und ein paar alten Haudegen mit zu viel davon, das ist die Ausgangssituation dieses aktuellen Romans. Dass der Krieg vor allem und von jeher aus Warten besteht, ist immer wieder beschrieben worden, aber gerade das Warten ist ja auch Veränderungen unterworfen, die kaum weniger radikal sind als die Entwicklung von der Muskete zum Maschinengewehr. Statt am Rand eines Feuers auf einer verlausten Decke zu dösen, liegen die Soldaten von Hauptmann Masiero auf komfortablen Betten in geheizten Räumen, und statt sich die Zeit mit Würfelspiel und Alkohol zu vertreiben, chatten sie auf ihren Laptops und nippen am Energy-Drink. Inzwischen gibt es auch Kameradinnen. Was sich nicht geändert hat: die Quälereien gegen den einen, der sich nicht wehren kann, und die Kameradschaft der anderen untereinander, die schonenden Lügen nach Hause und die ängstliche Hoffnung, etwas Bedeutendes zu erleben – was hier nur heißen kann: Gefährlich soll es sein, strategisch möglichst relevant, und es soll den Soldaten Gelegenheit geben, mehr als nur disziplinierte Opfer terroristischer Anschläge zu sein. Die Angst nicht nur vor dem Tod, sondern vor Entstellungen, Verbrennungen und von Granaten zerrissenen Gliedmaßen ist immer dabei, am Ende jedoch ist es eine Darminfektion, die zur Katastrophe führt und aus der Truppe von Staatsbürgern in Uniform ein Häuflein Traumatisierter macht. Literarisch ambitioniert spielt der italienische Autor Paolo Giordano, 31, das Dilemma moderner Kriegsführung durch, das aus der Ungleichheit der Waffen und der Gegner entsteht: Die hochgerüsteten Soldaten können, sobald sie die Sicherheitszone verlassen, in einer Landschaft aus Staub und versteckten Bomben kaum mehr tun, als sich selbst zu schützen. „Eine Mausefalle, das ist es“, so wird ihnen der Krieg erklärt, „und wir sind die Mäuse.“




**Paolo Giordano**
**Der menschliche Körper**
Aus dem Italienischen von Barbara Kleiner. Rowohlt Verlag, Reinbek; 416 Seiten; 19,95 Euro.

SCHULEN

# Gefährliches Lesen

**Meine Novelle „Zweier ohne“ war in Baden-Württemberg als alleinige Prüfungslektüre vorgesehen. Christliche Kreise protestierten. Ich versuche zu ergründen, was dann passierte.**

*Von Dirk Kurbjuweit*

Jemand gibt mir eine Pressemitteilung, die Überschrift heißt: „Fromme Schüler sollen ‚Sexbuch‘ lesen“. Darunter steht: „Ab dem Schuljahr 2013/2014 könnten Teenager in Baden-Württemberg möglicherweise irritiert aus dem Schulunterricht nach Hause kommen – besonders fromme. Denn im Deutschunterricht sollen 16-Jährige ab der 10. Klasse ein Buch durcharbeiten, das an etlichen Stellen Sexszenen unter Jugendlichen ziemlich deutlich beschreibt und auch Bisexualität völlig wertfrei darstellt. Beschrieben werden auch Szenen mit Selbstmordlust und eine makabre Szene, in der die Totenruhe eines Selbstmörders gestört wird. Es handelt sich um die Novelle des SPIEGEL-Redakteurs Dirk Kurbjuweit mit dem Titel ‚Zweier ohne‘. Sie ist als Pflichtlektüre für Schüler in Baden-Württemberg vorgesehen.“

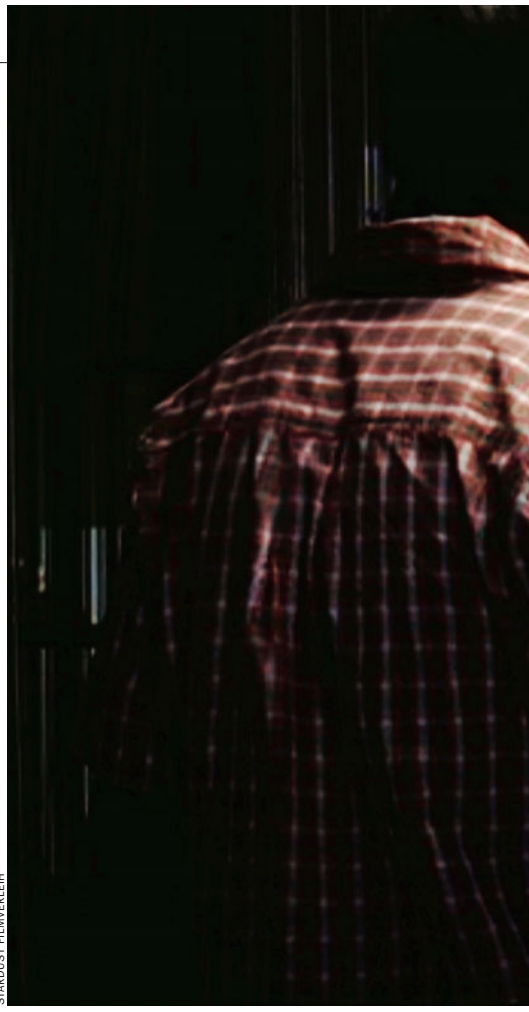
Die Pressemitteilung stammt von „Topic“, einem Nachrichtendienst mit „Informationen und Meinungen zum Zeitgeschehen aus biblischer Sicht“. Es heißt weiter: „Nach ‚Topic‘ vorliegenden Informationen haben einige freie christliche Schulen sowie der Verband evangelischer Bekenntnisschulen (VEBS) ihren Protest gegen dieses Buch bereits beim Ministerium vorgetragen – bisher noch ohne Erfolg. Die Kurbjuweit-Novelle hat eine klare Botschaft in Bezug auf Sexualität in der Pubertät: Lebe sie lustvoll aus – durchaus auch mit mehreren Partnern unterschiedlichen Geschlechts –, wann und wo du willst. Kurbjuweits Buch wird in Buchbesprechungen gelobt, weil es die Gefühlslagen in der Pubertät literarisch reizvoll erfasse und widerspiegele. Das ist durchaus der Fall – allerdings ohne jegliche moralische Orientierung dazu zu liefern.“

Die Pressemitteilung trägt kein Datum, ist aber in der zweiten Jahreshälfte 2012 erschienen. Inzwischen hat das Kultusministerium in Baden-Württemberg angeordnet, dass 2014 nicht nur „Zweier ohne“ Prüfungslektüre sein kann, sondern auch „Andorra“ von Max Frisch. Zum ersten Mal können die Realschulen wählen. Ich will wissen, warum das so entschieden wurde. Hat sich der Staat von kirchlichen Kreisen in sein Prüfungsprogramm reinreden lassen? Ist „Zweier ohne“ damit Teil eines Kulturkampfes, der derzeit in Baden-Württemberg ausgefochten wird?

Es gibt ein Arbeitspapier für einen neuen Bildungsplan, der auch Homosexualität zum Schulthema machen soll. Ein Lehrer wehrt sich dagegen mit einer Online-Petition, die bis Freitagabend fast 170 000 Bürger unterschrieben haben. Merkwürdig ist, dass sich die Regierung hier standfest gibt, während es so aussieht, als wäre sie bei „Zweier ohne“ umgefallen. Ich gehe der Sache nach. Am Ende werde ich denken, dass ich einer grün-roten Regierung das zuallerletzt zugetraut hätte.

Ich habe eine Geschichte mit Baden-Württemberg. Vor mehr als zehn Jahren hatte der zuständige Ausschuss „Zweier ohne“ schon einmal als Prüfungslektüre für Baden-Württemberg ausgesucht. Ein Lehrer rief mich an und sagte, ich könne mich freuen. Zwar müsse das Kultusministerium noch zustimmen, aber es habe immer zugestimmt. Ein paar Wochen später rief er wieder an und sagte kleinlaut, das Kultusministerium habe zum ersten Mal nicht zugestimmt. „Zu viel Sex“, sagte der Lehrer. Damals regierten CDU und FDP.

Im Sommer 2012, Grün-Rot war an der Macht, kam wieder ein Anruf aus Baden-Württemberg. Ich könne mich nun wirklich freuen, sagte der Mann, das Kultus-



STARDUST FILMVERLEIH

**Schauspielerin Alexandra Schalaudek in „2er**



SVEN PAUSTIAN/ AGENTUR FOCUS/ DER SPIEGEL

**Autor Kurbjuweit vor Schülern in Heidenheim:** *„Ist Ludwig schwul?“*



**ohne“ 2008*:** *Warum gilt eine Geschichte plötzlich als schädlich?*

ministerium habe schon zugestimmt. Dann begannen offenbar die Proteste christlicher Kreise.

Ich schicke eine Mail an Roland Peter, den Pressesprecher von Kultusminister Andreas Stoch (SPD). Ich bitte um Antwort auf die Frage, ob der Prüfungsplan aufgrund des Drucks christlicher Kreise geändert worden sei. Ich bitte um ein Gespräch mit dem Minister. Es ist der Dienstag der vergangenen Woche. Ich bin auf einer Lesereise durch Baden-Württemberg, täglich zwei Lesungen in Realschulen, drei Wochen lang. Der Leiter eines Schulbuchverlags sagte mir, dass sich knapp 60 Prozent der Schulen für „Zweier ohne“ entschieden hätten.

„Ist Ludwig schwul?“ Das fragt eine Schülerin in Ellwangen am Mittwochnachmittag der vergangenen Woche, nachdem ich eine halbe Stunde lang aus „Zweier ohne“ vorgelesen habe. Ich weiß nicht, ob Ludwig schwul ist. Ich weiß es wirklich nicht. „Zweier ohne“ ist die Geschichte einer totalitären Freundschaft. Ludwig und Johann wollen immer das Gleiche tun, das Gleiche denken, sie wollen total miteinander verschmelzen, wollen Gleichheit, um das empfindliche Ruderboot Zweier ohne Steuermann wackelfrei fahren zu können, aber auch um in einem schwierigen Alter aneinander Halt zu finden. Dann verliebt sich Johann in Ludwigs Schwester Vera, und das kann nicht gutgehen.

Ludwig und Johann haben keinen Sex miteinander, es gibt keine homoerotischen Szenen. Trotzdem verstehe ich die Frage der Schülerin. Da Ludwig seinen Freund Johann ganz für sich haben will, könnte er ihn auch begehren, ohne das zu zeigen. Obwohl Ludwig mein Geschöpf ist, habe ich das nicht entschieden. Ich sage den Schülern, dass Literatur immer zwei Schriftsteller braucht. Der eine schreibt und lässt dabei Lücken. Der andere ist der Leser, und während er liest, füllt er die Lücken mit seinen Erfahrungen, mit seiner Phantasie oder seinen Überlegungen. Der Leser kann entscheiden, ob Ludwig homosexuell veranlagt ist, heterosexuell, bisexuell, was auch immer. Mir ist es egal. „Zweier ohne“ spielt in einem Alter sexueller Orientierung. Nicht jeder weiß auf Anhieb, welches Geschlecht er begehrt.

In dem „Sexbuch“ wird auf drei, vier Seiten explizit Sex beschrieben, von insgesamt 134 Seiten. Johann mit Josefine, Johann mit Vera. Vera erzählt Johann, dass sie auch mit Flavia schläft. Das ist alles. Ich will mein Buch nicht harmlos machen. Ich will nur sagen, worum es geht. Worüber man sich aufregt. Was Schüler angeblich irritiert.

Vor der Lesereise rief ich Ulrich Skambraks an, den Herausgeber von „Topic“. Ich fragte ihn, warum er „Zweier ohne“ so schädlich findet. Er war freundlich, aufgeräumt, war aber nicht gleich orientiert und versprach, sich schlauzumachen und sich wieder zu melden. Wenig später bekam ich eine Mail von ihm:

„1. Die Informationen zur Verwendung Ihres Buches im Unterricht sowie entsprechende Gegenreaktionen stammten von einem Schulleiter aus Baden-Württemberg. 2. Die Formulierung ‚Sexbuch‘ ist als Zuspitzung wohl in unserem Hause entstanden. Dabei müssen Sie berücksichtigen, dass die im Buch beschriebenen erotischen Szenen von frommen Christen anders gesehen und bewertet werden als von Ihnen. 3. Ich habe mir Ihr Buch aus unserem Buch-Archiv geholt und festgestellt, dass es seinerzeit durchgearbeitet wurde und die entsprechenden Stellen – z. B. auf den Seiten 45 und 75 – gekennzeichnet waren. Von daher finde ich die Formulierung ‚Sexbuch‘ in Anführungszeichen gesetzt als Zuspitzung für unsere Leser akzeptabel.“

Ich fahre durch Baden-Württemberg und stelle mir einen Giftschrank vor, in dem die üblen Bücher stehen. Ich stelle mir einen Durcharbeiter vor. Es regnet ständig, ich fahre durch Dörfer, ich sehe Fachwerk, Kreisverkehre, Dö-

* Der Verfilmung von „Zweier ohne“.

nerbuden, in denen es auch Pizza gibt, Schilder mit Daten, wann der Gottesdienst beginnt.

Als ich am Donnerstagmittag in Heimsheim bin, bekomme ich eine Mail vom Pressesprecher des Kultusministers: „An den Realschulen wird derzeit erprobt, ob künftig generell zwei Prüfungslektüren angeboten werden sollen. Hintergrund dafür waren Erwägungen, neben moderner Literatur den Schulen auch ‚klassische' Texte anzubieten. Bei den Prüfungen 2014 und 2015 läuft dazu eine Erprobungsphase an den Realschulen. (...) Wir weisen deshalb die Ihnen gegenüber aufgestellten Behauptungen als vollkommen falsch zurück. Es geht um rein prüfungsdidaktische und fachliche Erwägungen, die nicht auf Druck Dritter geschehen sind und auch nichts mit Ihrer Novelle zu tun haben." Ein Dementi, glasklar, einleuchtend. Bin ich hysterisch?

In Biberach fragt mich eine Schülerin mit Kopftuch, ob ich finde, dass sich dieses Buch als Prüfungslektüre eigne. Ich sage, dass ich „Zweier ohne" nicht als Jugendbuch geschrieben habe, dass es aber seit Jahren an vielen Schulen gelesen werde. Ich habe gehört, sage ich, mein Buch könne Schüler irritieren oder verstören. Ich glaubte das nicht, auch weil ich Kinder in diesem Alter habe. Ich wisse, dass 16-Jährige ganz andere Dinge gesehen, gehört oder erlebt haben, als sie in „Zweier ohne" lesen können. Ich nehme an, sage ich mit einem Lächeln, dass zwei Prozent der anwesenden Realschüler aus Biberach sich schon mal im Internet einen Porno angeschaut haben. 90 Prozent, ruft ein Junge in der ersten Reihe. Lachen, Johlen, Fröhlichkeit.

Ich telefoniere mit Pressesprecher Roland Peter. Er blättert in Papieren, er sagt das, was in der Mail stand. Es wäre doch seltsam, wenn die Regierung sich in diesen Tagen beim Bildungsplan als standhaft erweise, vorher aber bei „Zweier ohne" eingeknickt sei. So sei es nicht, es gebe eine Linie. Er klingt überzeugt, fest. Von Druck sei ihm nichts bekannt.

Aber sind nicht die Daten auffällig? Nach Auskunft von Peter entschied die Landesregierung am 1. Juni 2012, dass „Zweier ohne" als Prüfungslektüre ausgewählt wurde. Von einer Alternative ist nicht die Rede. Am 4. Februar 2013 wird festgelegt, die Schulen könnten zwischen zwei Büchern wählen. Die Pressemitteilung von „Topic" erschien in der zweiten Jahreshälfte 2012. Also fiel die Lobbyarbeit genau in den Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Entscheidung. Und da will das Ministerium zufällig seine Liebe für Klassiker entdeckt haben? Das stinkt. Ich bitte Roland Peter zu prüfen, ob es nicht doch Druck gab. Er sagt das zu.

Ich las schon im Oktober, vor der eigentlichen Lesereise, an einer Realschule in Schwäbisch Hall. Dort empfing mich eine nervöse Lehrerin. Sie sagte, dass sich ihre Schule gegen „Zweier ohne" entschieden habe, weil „christliche Eltern" das so wollten. Warum soll ich dann hier lesen, fragte ich. Die Schüler sollen mal einen Schriftsteller kennenlernen, sagte sie. Max Frisch sei ja schon tot.

Ich ließ mich hinreißen. Ich lese die Sexszenen normalerweise nicht vor. Ich komme als Fremder zu den Schülern und finde nicht, dass sie sich mit einem Fremden über Sex auseinandersetzen müssen. Es soll ihre Entscheidung sein. Wenn sie fragen, weiche ich nicht aus. Oft fragen sie. In Schwäbisch Hall las ich die Sexszenen vor. Keine Unruhe im Saal, kein Kichern. Stille, Aufmerksamkeit.

Manchmal fragen Schüler irritiert, aber dann geht es um eine Szene, in der Ludwig und Johann nachts bei einem Toten sitzen und so tun, als sei er ihr Freund. Ludwig lebt in einem Haus unter einer Brücke, manchmal springen Selbstmörder in seinen Garten. Ich hatte einen Schulfreund, bei dem das tatsächlich so war. Er hatte es schwer, das zu verkraften. Ich sage den Schülern, dass die Jungs das tun, was auch Religionen tun. Sie erfinden für den Toten ein Leben nach dem Tod, damit der Tod erträglich wird.

Christliche Fundamentalisten sind immer dann empfindlich, wenn es um ihre zentralen Themen geht. Der Tod ist ihr zentrales Thema. Und Sex? In gewisser Weise auch. Es geht um eine Konkurrenz der Ekstasen. Religion kommt aus der Ekstase, der Überwältigung. Sex ist Ekstase, Überwältigung. Für Fundamentalisten ist Sex nur schicklich, wenn er Gottes Auftrag erfüllt: Seid fruchtbar und mehret euch. Deshalb auch die Abneigung gegen Homosexualität. Der Auftrag kann nicht erfüllt werden. Also ist es verrucht, Bisexualität als „völlig wertfrei" darzustellen.

Aber das sind die Werte von Fundamentalisten. Es geht in diesem Fall auch darum, wer über Schulfragen entscheidet, der Staat oder religiöse Kreise. Nach meinem Verständnis von einer säkularen Gesellschaft muss es der Staat sein, weil nur er demokratisch legitimiert ist.

Kurz vor der Lesung am Donnerstagnachmittag in Mühlacker empfange ich eine Mail von Roland Peter. Ich solle ihn noch einmal anrufen. Ich rufe an, seine Stimme klingt anders, nicht so fest, sondern belegt. „Wie soll man sagen", beginnt Peter. Er habe sich erkundigt. „Also, es gab Beschwerden von christlichen Bekenntnisschulen, und es gab auch ein Gespräch." Man habe entschieden, eine Alternative anzubieten. Es waren also nicht „rein prüfungsdidaktische und fachliche Erwägungen". Es ging also doch um „Zweier ohne". Ich bin nicht hysterisch.

Wer hat diese Entscheidung getroffen, der Minister? Peter druckst ein bisschen herum. „Die Amtsspitze", sagt er dann. Also der Minister? Irgendwie ja, irgendwie nein, es wird nicht ganz klar, wie es war. Ein Gespräch mit Stoch kommt nicht zustande.

So ist also die Lage: Grün-Rot ist unter dem Druck christlicher Kreise eingeknickt. Der Staat hat sich in seinen Prüfungsplan hineinreden lassen, hat ihn nachträglich verändert und dann so getan, als ginge es um fachliche Dinge. Der Staat hat das Täuschungsmanöver sogar auf mindestens zwei Jahre ausgedehnt, damit es nicht nach einer Lex „Zweier ohne" aussieht. Die Regierung will sich den Anschein geben, säkular zu sein, unabhängig. Aber das ist sie nicht. Nun bin ich gespannt, wie sie sich beim Bildungsplan verhält. Fällt sie wieder um?

Das ist das Politische. Die literarische Seite dieses Falls sieht so aus: Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat nicht nur „Zweier ohne" schäbig behandelt. Es hat auch den großen Max Frisch missbraucht, hat vorgetäuscht, dass es eine neue Wertschätzung für Klassiker gebe. Im nächsten Jahr muss Friedrich Dürrenmatt herhalten, als Tarnung für die Lex „Zweier ohne". Das ist der Umgang mit Literatur unter Grün-Rot. ◆




STARDUST FILMVERLEIH

**Szene aus „2er ohne"*:** *Totalitäre Freundschaft*

* Mit Tino Mewes, Jacob Matschenz.



Autorin Reza

PASCAL VICTOR / ARTCOMART

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Lachen rettet uns“

Die französische Schriftstellerin und Dramatikerin Yasmina Reza erzählt mit Witz und Hintersinn von der ständig bedrohten Harmonie in menschlichen Paarbeziehungen.

*Reza, 54, ist mit ihren Stücken „Kunst“, „Drei Mal Leben“ und „Der Gott des Gemetzels“ die in den letzten Jahren am meisten gespielte zeitgenössische Theaterautorin. Ihr neues Buch „Glücklich die Glücklichen“ (siehe Auszug Seite 119), das nächste Woche erscheint, handelt von Menschen, die mit ihren Träumen und Sehnsüchten trotz äußerlicher Erfolge immer wieder an den kleinen Widrigkeiten des Lebens scheitern, aber nie aufgeben und immer wieder neu beginnen.*

**SPIEGEL:** Madame Reza, in Ihrem Buch „Glücklich die Glücklichen“ schildern Sie Episoden aus dem Alltag von Paaren und Familien, die sich auf skurrile Weise in ihre Konflikte, ihre Hoffnungen und Enttäuschungen verstricken. Was ist für Sie das Glück?

**Reza:** Ich weiß es nicht! Ich habe keine Definition des Glücks. In Wahrheit habe ich keine Ahnung davon, was dem Glück entspricht.

**SPIEGEL:** Glücklichsein, sagt eine Ihrer Figuren, sei eine Sache der Veranlagung.

**Reza:** Ich bestätige nicht gern Meinungen, die Personen in meinen Erzählungen von sich geben. Jede meiner Figuren vertritt eine andere Position, die sich nicht mit meiner Ansicht decken muss. In diesem Fall denke ich allerdings mehr oder weniger genauso: Das Glück hängt nicht von den Umständen des Lebens oder der Gefühle ab. Der Hang zum Glück liegt als Veranlagung in uns selbst. Manche Menschen sehen in bestimmten Situationen Grund zur Verzweiflung, andere in ganz ähnlicher Lage Anlass zur Hoffnung. Ich bewundere alle, die durch das Leben gehen, ohne sich einen Kopf zu machen, wie man salopp sagt.

**SPIEGEL:** Das Glück als Fähigkeit statt als etwas, das uns widerfährt?

**Reza:** Ich bin schlicht außerstande, Ihnen zu sagen, was uns glücklich macht. Ich bin Schriftstellerin, ich schreibe Theaterstücke. Ich bin keine Essayistin, nicht mal eine Denkerin, auch keine Psychologin.

**SPIEGEL:** Aber von alldem findet sich immer etwas in der Literatur.

**Reza:** Sicherlich, doch diese Experten tun sich viel leichter als ich, Theorien zu entwickeln. Ich meine, dass Schriftsteller einen ganzen Fächer von Fragen öffnen und nie eine Antwort darauf geben. Also werde ich es auch jetzt nicht tun.

**SPIEGEL:** Besteht das Glück in der Liebe?

**Reza:** Das ist nicht meine Definition.

**SPIEGEL:** Und das Unglück? Ist das die Einsamkeit?

**Reza:** Kein starkes Gefühl, kein Affekt, den wir empfinden können, Sie, ich, alle menschlichen Wesen, die unglücklicherweise die Fähigkeit haben, über ihre eigene Lage nachzudenken, ist gänzlich positiv oder gänzlich negativ. In der Einsamkeit erkenne ich viel Positives. Ich glaube nicht, dass Einsamkeit an sich ein Unglück ist. Es gibt zudem so viele Formen der Einsamkeit …

**SPIEGEL:** Sie haben Ihrem Buch einen Satz von Jorge Luis Borges vorangestellt, wonach nicht nur die Geliebten und die Liebenden glücklich sind, sondern auch die, die auf die Liebe verzichten können.

**Reza:** Eben. Es kommt tatsächlich darauf an, wie wir veranlagt sind.

**SPIEGEL:** Das verbindende Thema, das die 21 Szenen Ihres Buchs zusammenhält, ist die Unsicherheit des Menschen. Können wir uns darauf einigen?

**Reza:** Aber ja. Ich finde, dass dieser Begriff meine Intention sehr zutreffend wiedergibt. Und ich füge hinzu, dass die Unsicherheit aus der Unbeständigkeit entsteht – nicht der Moral, sondern der Physiologie. Alles bewegt sich, alles verändert sich, wie das Wasser eines Sturzbachs. Der Bach bleibt der gleiche, aber das Wasser, aus dem er besteht, ist nie dasselbe. So ist auch das menschliche Leben: zerbrechlich, unbeständig, wechselhaft. Wir sind mehrere. Das ist eine Quelle der Angst.

**SPIEGEL:** Das Ich muss sich immer neu konstruieren? Wie entsteht die Identität eines Menschen?

**Reza:** Das ist die fundamentale Frage. Ich beschäftige mich nicht mit den großen Problemen der Gesellschaft, mit sozialer

Das Gespräch führte der Redakteur Romain Leick.



AUDE GUERRUCCI / POLARIS / LAIF

**Schauspielerin Gayet, Politiker Hollande 2011:** *„Intimität verloren“*

Ungerechtigkeit, Armut, Krieg und Massakern. Das sind bedeutende Themen der Literatur, über die ich gern etwas bei anderen lese, aber sie stecken nicht mein Schreibgebiet ab.

**SPIEGEL:** Ihr Feld ist die menschliche Existenz, die condition humaine.

**Reza:** Ich wende mich lieber dem Intimen zu, in dessen Erforschung gehe ich weiter. Dem Einfachen entspringt Pathetisches. Ich stelle die Werteskala gewissermaßen auf den Kopf.

**SPIEGEL:** Die Personen, deren kleines Leben Sie in Miniaturen erzählen, scheitern häufig an banalen Widrigkeiten. Sie versagen nicht unbedingt im Großen, aber sie verpatzen eine bestimmte Situation, und die Fassade ihrer Identität bricht zusammen. Steht das Scheitern im Zentrum der menschlichen Existenz?

**Reza:** Da weisen Sie auf einen interessanten Punkt meiner Arbeit und auf ein Problem hin, das ich nicht gelöst habe. Ja, ich schildere meistens bestimmte Situationen des Scheiterns. Aber warum eigentlich? Ist das Versagen, der Riss in der Existenz, der Sprung in der Fassade, die Unmöglichkeit des uneingeschränkten Erfolgs, einfach für den Autor spannender, oder handelt es sich dabei um eine verbreitete Plage der menschlichen Gattung? Als Theaterautorin fühle ich mich natürlich von Konstellationen angezogen, in denen die Lage kippt. Von Personen, die entgleisen, gegen ihren Willen und ihre Absicht.

**SPIEGEL:** Die Figuren Ihres neuen Romans gehören dem bourgeoisen städtischen Milieu an. Sie lassen sie freilich nie untergehen. Ist das ebenfalls ein Wesenszug der menschlichen Existenz, sich immer wieder aufzuraffen?

**Reza:** Entschuldigung, es ist gar nicht meine Absicht, die menschliche Existenz in allen ihren Dimensionen zu analysieren. Alles, was man darüber sagen kann, bliebe belanglos. Ich will keine Botschaft mitteilen. Der Schriftsteller und der Intellektuelle, das sind zwei verschiedene Sichtweisen. Der Schriftsteller steht im Lager der Maler, der Sänger, der Musiker. Er befindet sich auf der Seite des Künstlers, der die Wahrheit einer Vision ausdrückt – obwohl ich auch diesem übertriebenen Anspruch misstraue.

**SPIEGEL:** Jede Kunst enthält eine Sinnbotschaft.

**Reza:** Ja, aber es obliegt mir nicht, sie zu entschlüsseln. Der Sinn meiner Stücke entzieht sich sogar mir als Autorin. Ich verfolge die Spur einer bestimmten Wahrheit. Dafür nehme ich eine Szene mit Elementen, in denen sich eine potentielle Verletzung verbirgt, und wie eine Insektenforscherin fange ich an, die Feinheiten dieser Verletzung aufzuzeigen. Die Wunde, die Kränkung kann völlig lachhaft sein, wie der Streit um den Einkaufswagen in meinem Eingangskapitel.

**SPIEGEL:** Der aber dramatisch zu eskalieren droht.

**Reza:** Ich bin wie eine kleine Wissenschaftlerin, die sich daransetzt, mit der Lupe zu beobachten, warum uns etwas erschüttert, warum es uns in Frage stellt, welche Konsequenzen sich ergeben können. Aber ich ziehe keine Lehre daraus.

**SPIEGEL:** Sie spielen damit, die heile Welt zu zerstören.

**Reza:** Die Bilder aus der Welt der Werbung sind die modernen Märchengeschichten der Gegenwart. Sie spiegeln immer eine ideale Welt vor. Meine Figuren sind dagegen wünschende, fordernde Personen. Sie richten sich nicht in der Hoffnungslosigkeit, dem Illusionsverlust oder der Schicksalsergebenheit ein. Sie streben nach etwas, das sich nicht so vollendet, wie die ideale Vorstellung es uns einflüstert. Mich interessiert der Bruchpunkt im Leben. Der Fels ist bröckelig, aber wo? Man kann die Schwierigkeit des Zusammenlebens in einer Paarbeziehung auf tausenderlei Weise beschreiben; man kann die allmähliche Veränderung und Entwicklung mit den analytischen Mitteln der Psychologie im Fluss der Zeit untersuchen; oder man kann, wie ich es tue, den Augenblick der Entladung schildern.

**SPIEGEL:** Kommen Sie deshalb auch in Ihrer Prosa immer wieder auf die Mittel des Theaters zurück? Sie beschreiben die Welt als Bühne, auf der die Menschen ihre Rolle spielen. Die Paare dieses Buchs kennen sich untereinander.

**Reza:** Man verlässt das Theater nie. In Wahrheit spielt jeder Theater, versucht in seiner Rolle zu brillieren. Sie haben recht, die Figuren meines Buchs ähneln den Personen eines Bühnenensembles. Sie bilden eine Konstellation. Die Szenen ergeben eine Geschichte, sie fügen sich zusammen und bleiben doch parzelliert. Ich wollte gern eine neue Form finden, um von Beziehungen zu erzählen.

**SPIEGEL:** Das Buch nennt sich Roman. Es ist jedoch alles andere als ein klassisches, lineares Epos.

**Reza:** Die Bezeichnung des Genres ist mir egal. Man kann das Buch nicht Bericht nennen, weil es keine wahre Geschichte erzählt. Novelle passt auch nicht. Also ein Roman in einer besonderen Form, die sich ein bisschen am Format moderner Fernsehserien orientiert. Man hatte mir übrigens vorgeschlagen, das Drehbuch für eine TV-Serie zu schreiben, was ich aber abgelehnt habe.

**SPIEGEL:** Ihre Figuren versuchen ständig, das Gleichgewicht zu halten. Sie gehen nicht im Lächerlichen unter. Sie versinken auch nicht im Liebesverlust. Ist das Lachen ein Schutzpanzer?

**Reza:** Das Lachen rettet einen. Daran glaube ich. Sie versuchen ja schon die ganze Zeit, mich auf große Worte, auf eine allgemein gültige Aussage festzulegen *(lacht)* – nun, hier bekommen Sie eine, jetzt werde ich kategorisch: Lachen schützt, entschärft, erleichtert, rettet. Sinn für Humor zu haben, in der erhabenen Bedeutung des Wortes, also nicht nur über Witze zu lachen, sondern über sich selbst lachen zu können, ohne Tabu, und jederzeit von Lachen geschüttelt zu werden – das ist eine beneidenswerte Gabe. Wer sie hat, ist vom Schicksal oder von den Göttern gesegnet. Glücklich die Lachenden.

**SPIEGEL:** Kann das Lachen nicht auch verletzen?

**Reza:** Ich sehe keinen Anlass zu lachen, wenn man dadurch einen anderen ver-

letzt, nie. Der dem Gegenüber ins Gesicht geschleuderte Hohn ist ein furchtbares Lachen. So lache ich nicht. Aber zwei Personen können über eine dritte, die gerade abwesend ist, sehr wohl boshaft lachen. Das ist schön für die beiden, der Dritte wird es nie erfahren, also, was soll's? Das Lachen stellt das Vertrauen in uns selbst wieder her, es erhebt uns über die Situation.

**SPIEGEL:** Die menschliche Komödie ist das erträgliche Gesicht der menschlichen Tragödie?

**Reza:** Gerade wenn es tragisch ist, hat man gut lachen. Ich liebe die Fragilität des Gleichgewichts, den Moment der Instabilität. In meinem Buch „Eine Verzweiflung", das ich vor 15 Jahren geschrieben habe, sagt der Protagonist über seinen depressiven Freund Lionel: Mit ihm kann ich so gut lachen. Man kann nicht mit den Optimisten lachen, man kann nur mit den großen Pessimisten lachen. Man hat mir vorgeworfen, das sei eine Pose, eine Anmaßung. Ich glaube aber, dass darin etwas grundsätzlich Wahres liegt. Der Pessimismus, eine bestimmte Sicht auf die Welt und das Leben, ist nicht rabenschwarz, denn Pessimismus ist nicht einfach Düsternis, sondern gedämpfte Hoffnung …

**SPIEGEL:** … ein ehrlicher Blick, der sich selbst nicht zu viel vormacht?

**Reza:** Es kann das Fehlen von Illusionen sein, was auf wunderbare Weise Gelächter auslöst, weil das Lachen die Tür zum Ausgang öffnet. Es ist sogar unsere einzige Tür. Das Lachen ist fundamental. Ich könnte mich nie in einen Mann verlieben, mit dem ich nicht zusammen lachen würde. Unmöglich. Das Unbekannte und das Tragische lauern immer in unserem Leben. Aber wir sind nicht vom Schicksal zum Unglück verurteilt. Krankheit, Verlust, Tod – das sind Realitäten des Lebens, unser unvermeidliches Los. Zum Glück haben wir die Fähigkeit zu lachen, ich wüsste nicht, wie wir leben könnten, ohne über unser Leben zu lachen.

**SPIEGEL:** Die Schwierigkeit der Paarbeziehung wird den Franzosen derzeit an der Spitze des Staates vorgespielt. Fordert die Affäre zwischen Präsident François Hollande und der Schauspielerin Julie Gayet die Theaterautorin in Ihnen heraus?

**Reza:** Ich kenne die beiden nicht. Deshalb möchte ich diese Affäre nicht wie eine beliebige Concierge kommentieren. Ich sage dazu nur eines: Ich finde es überhaupt nicht empörend, dass die Privatsphäre des Präsidenten jetzt so ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt wird. Er hat sich und seine Frauen selbst durch seine früheren Äußerungen zum öffentlichen Gegenstand gemacht. Der Schutz des Privaten ist dadurch verwirkt. In einer Gesellschaft, in der alles Schauspiel ist, geht die Intimität endgültig verloren.

**SPIEGEL:** Madame Reza, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

# Robert Toscano

## Eine Episode aus „Glücklich die Glücklichen"

*Von Yasmina Reza*

Wir waren bei den Wochenendeinkäufen im Supermarkt. Irgendwann sagt sie, stell dich schon mal in die Käseschlange, ich kümmer mich um die anderen Lebensmittel. Als ich wiederkam, war der Einkaufswagen halbvoll mit Müsli, Keksen, Pulvernahrung in Tüten und lauter Dessertcremes, und ich sag, wozu das alles? – Wie, wozu das alles? Ich sag, wozu soll das gut sein? – Du hast Kinder, Robert, die mögen Crunchy-Müsli, die mögen Schokotäfelchen, auf Kinder-Bueno stehen sie total, sie hielt mir die Packungen hin, und ich sag, das ist doch absurd, sie mit Zucker und Fett vollzustopfen, dieser Einkaufswagen ist absurd, und sie darauf, was für Käse hast du gekauft? – Einen kleinen Ziegenkäse und einen Morbier. – Was, keinen Schweizer, schreit sie auf. – Hab ich vergessen, und ich geh auch nicht noch mal hin, zu lange Schlange. – Du weißt genau, wenn du nur einen einzigen Käse kaufen müsstest, dann Schweizer, wer isst bei uns denn Morbier? Wer? – Ich, sag ich. – Seit wann isst du Morbier? Wer will schon Morbier essen? – Hör auf, Odile, sag ich. – Wer mag denn diesen Scheiß-Morbier?!



ANDREAS KLAMMT / DER SPIEGEL

Subtext natürlich „außer deiner Mutter", neulich hat meine Mutter mal eine Schraube in einem Morbier gefunden, schrei nicht so, Odile, sag ich. Sie zerrt am Einkaufswagen rum und schmeißt ein Dreierpack Milka-Vollmilch rein. Ich nehm die Schokolade und leg sie wieder ins Regal. Und noch schneller lag sie wieder drin. – Ich hau ab, sag ich.

Sie darauf, na dann hau doch ab, hau ruhig ab, mehr kannst du nicht sagen, ich hau ab, deine einzige Antwort; sobald dir die Argumente ausgehen, sagst du, ich hau ab, immer gleich diese absurde Drohung. Es stimmt schon, ich sag oft, ich hau ab, das gebe ich zu, aber wie soll ich es nicht sagen, wenn ich zu nichts anderem Lust habe, wenn ich keinen anderen Ausweg weiß als sofortige Fahnenflucht, aber ich gebe auch zu, dass ich das dann, nun ja, als Ultimatum formuliere.

– Gut, bist du jetzt fertig mit Einkaufen?, sag ich zu Odile und schiebe mit einem abrupten Stoß den Einkaufswagen vorwärts, sonst brauchen wir keinen Mist mehr? – Wie redest du mit mir! Ist dir klar, wie du mit mir redest! Ich sage, geh weiter. Los! Nichts ärgert mich mehr als diese plötzliche Beleidigtheit, wenn alles stehenbleibt, alles erstarrt. Natürlich könnte ich sagen, Entschuldige bitte. Nicht einmal, ich müsste es zweimal sagen, im passenden Tonfall.

Wenn ich zweimal im passenden Tonfall Entschuldige bitte sagen würde, könnten wir mehr oder weniger normal in den restlichen Tag starten, nur hab ich überhaupt keine Lust, diese Worte auszusprechen, es ist mir physiologisch unmöglich, wenn sie mitten im Gang mit den Gewürzen stehen bleibt, vor Entrüstung und Unglück entgeistert. – Geh weiter, Odile, bitte, sage ich beherrscht, mir ist heiß, und ich muss noch einen Artikel fertigschreiben. – Entschuldige dich, sagt sie. Wenn sie das in normalem Ton sagen würde, Entschuldige dich, dann könnte ich es sogar tun, aber sie raunt, sie verleiht ihrer Stimme etwas Tonloses, das ich nicht hinnehmen kann.

Ich sage, bitte, ich bleibe ruhig, bitte, ganz beherrscht, ich sehe mich mit Vollgas über eine Stadtautobahn fahren und in voller Lautstärke *Sodade* hören, ein Lied, das ich vor kurzem entdeckt habe und von dem ich nichts verstehe, nur die Einsamkeit in der Stimme und das Wort Einsamkeit, das unendlich oft wiederholt wird, obwohl ich gehört habe, es bedeutet gar nicht Einsamkeit, sondern Sehnsucht, Mangel, Bedauern, Schwermut, lauter intime, nicht mitteilbare Dinge, die Einsamkeit bedeuten, so wie der alltägliche Einkaufswagen Einsamkeit bedeutet, der Gang mit Öl und Essig und der Mann, der im Neonlicht seine Frau inständig bittet. Ich sage, entschuldige

Yasmina Reza: „Glücklich die Glücklichen". Aus dem Französischen von Frank Heibert und Hinrich Schmidt-Henkel. Carl Hanser Verlag, München, 176 Seiten; 17,90 Euro.

bitte. Entschuldige bitte, Odile. Odile muss in dem Satz nicht unbedingt vorkommen. Klar. Odile ist nicht freundlich, ich füge Odile hinzu, um meine Ungeduld zu signalisieren, aber ich habe nicht damit gerechnet, dass sie sich mit fliegenden Armen umdreht und auf die Tiefkühlprodukte zuläuft, also in den hintersten Tiefen des Supermarkts verschwindet, ohne ein Wort, und ihre Handtasche lässt sie im Einkaufswagen.

– Was machst du denn, Odile?, rufe ich, ich habe noch zwei Stunden, um einen sehr wichtigen Text über den neuen Run aufs Gold zu schreiben!, rufe ich. Ein völlig lächerlicher Satz. Sie ist aus meinem Blickfeld verschwunden. Die Leute starren mich an. Ich packe den Einkaufswagen und schiebe ihn in den hinteren Teil des Supermarkts, ich kann sie nicht mehr sehen (sie hatte schon immer das Talent zu verschwinden, auch in angenehmen Situationen), ich rufe, Odile! Ich komme zu den Getränken, niemand: – Odile! Odile!

Ich merke sehr wohl, dass ich die Leute ringsum irritiere, aber das ist mir völlig egal, ich durchpflüge mit dem Einkaufswagen die Gänge, ich hasse diese Supermärkte, und plötzlich sehe ich sie, in der Käseschlange, die noch länger ist als vorhin, sie hat sich wieder in die Käseschlange gestellt! Odile, sage ich, als ich sie erreicht habe, ich spreche wohldosiert, Odile, das dauert noch zwanzig Minuten, bis du drankommst, gehen wir hier weg und kaufen den Schweizer woanders.

Keine Antwort. Was macht sie? Sie wühlt im Einkaufswagen herum und fischt den Morbier wieder heraus. – Du willst jetzt nicht den Morbier zurückgeben?, sage ich. – Doch. – Den schenken wir Maman, sage ich, um die Stimmung aufzuhellen. – Meine Mutter hat vor kurzem eine Schraube in einem Morbier gefunden. Odile lächelt nicht. Sie steht aufrecht und beleidigt in der Büßerschlange. Meine Mutter sagte zu ihrem Käsehändler, ich bin niemand, der immer Geschichten macht, aber Ihrem erstklassigen Ruf als Käsehändler zuliebe muss ich Ihnen mitteilen, dass ich in Ihrem Morbier einen Schraubenbolzen gefunden habe, dem Typ war das vollkommen wurscht, er hat ihr nicht mal die drei Rocamadours geschenkt, die sie an dem Tag kaufen wollte. Meine Mutter gibt damit an, dass sie ohne mit der Wimper zu zucken bezahlt und mehr Format gezeigt hat als der Käsehändler.

Ich trete zu Odile und sage leise, ich zähle bis drei, Odile. Ich zähle bis drei. – Hörst du mich? Und warum nur denke ich in dem Moment, als ich das sage, an die Hutners, ein befreundetes Paar, das sich, koste es, was es wolle, im ehelichen Wohlergehen eingerichtet hat, sie nennen einander neuerdings „mein Herz“ und sagen Sätze à la „Heute Abend essen wir was Schönes, mein Herz“.




Ich weiß nicht, warum mir die Hutners einfallen, wo mich gerade ein ganz entgegengesetzter Zorn erfüllt, aber vielleicht besteht gar kein so großer Unterschied zwischen Heute Abend essen wir was Schönes, mein Herz, und Ich zähle bis drei, Odile, in beiden Fällen liegt eine Art Wesensverengung vor, damit man die Zweisamkeit erträgt, eine natürlichere Harmonie kann es nicht geben als in dem Essen wir was Schönes, mein Herz, meine ich, nein, nein, und nicht weniger Abgründe, nur dass mein Ich zähle bis drei ein kleines Zucken in Odiles Gesicht hervorgerufen hat, ein Kräuseln der Lippen, einen winzigen Vorboten des Lachens, dem ich selbst auf gar keinen Fall nachgeben darf, logisch, solange ich nicht eindeutig grünes Licht dafür habe, auch wenn ich große Lust dazu verspüre, aber ich muss so tun, als hätte ich nichts gesehen, ich beschließe zu zählen, ich sage *eins*, ich flüstere es deutlich, die Frau gleich hinter Odile hat einen Logenplatz, Odile schiebt mit ihrer Schuhspitze etwas Verpackungsmüll weg, die Schlange wird länger und rückt kein bisschen vorwärts, ich muss jetzt zwei sagen, ich sage *zwei*, das Zwei ist offen, edel, die Frau dahinter drängt sich an uns, sie trägt einen Hut, eine Art umgestülpten Eimer aus weichem Filz, ich kann Frauen mit solchen Hüten nicht ausstehen, so ein Hut ist ein ganz schlechtes Zeichen, ich lege etwas in meinen Blick, das sie einen Meter zurückweichen lässt, aber es geschieht nichts, sie betrachtet mich neugierig, sie mustert mich abschätzig, riecht sie so übel?

Frauen, die sich in mehreren Lagen kleiden, verströmen oft einen bestimmten Geruch, oder liegt das jetzt an der Nähe zu den fermentierten Milchprodukten? Das Handy in der Innentasche meiner Jacke vibriert. Mit zusammengekniffenen Augen versuche ich den Namen des Anrufers zu entziffern, weil ich keine Zeit habe, meine Brille herauszufischen. Es ist ein Mitarbeiter, der mir einen Tipp zu den Goldreserven der Deutschen Bundesbank geben kann. Ich sage ihm, dass ich gerade im Gespräch bin, und bitte ihn, mir eine Mail zu schicken, ich sage es, um die Sache abzukürzen.

Vielleicht ist dieser kurze Anruf ja eine Chance: Ich beuge mich vor und raune Odile ins Ohr, mit einer Stimme voller Verantwortungsbewusstsein, mein Chefredakteur will einen Infokasten über das Staatsgeheimnis der deutschen Reserven, und bislang habe ich null Infos darüber. – Und, wen interessiert's?, sagt sie. Mit heruntergezogenen Mundwinkeln verhärtet sie sich, damit ich die Belanglosigkeit des Themas ermessen kann und, was noch schwerer wiegt, die Belanglosigkeit meiner Arbeit, meiner Bemühungen im All-



ANDREAS KLAMMT / DER SPIEGEL

gemeinen, als könnte man nichts mehr von mir erwarten, nicht einmal ein Bewusstsein für meinen eigenen Mangel an Ehrgeiz.

Frauen nutzen alles, um dich runterzumachen, sie rufen dir liebend gern in Erinnerung, was für eine Enttäuschung du bist. Odile ist gerade einen Platz in der Käseschlange vorgerückt. Sie hat ihre Handtasche an sich genommen und hält immer noch den Morbier fest. Mir ist heiß. Ich ersticke. Ich wäre gern weit weg, ich weiß weder, was wir hier tun, noch, worum es eigentlich geht. Ich würde gern im Osten Kanadas auf Schneeschuhen dahingleiten, wie Graham Boer, der Goldsucher und Held meines Artikels, in vereisten Tälern die Piste mit Pflöcken markieren oder mit der Axt Bäume einkerben.

Hat er Frau und Kinder, dieser Boer? Ein Typ, der Grizzlys und Temperaturen von minus dreißig trotzt, wird sich kaum in einem Supermarkt den letzten Nerv rauben lassen, während alle Welt ihre Einkäufe macht. Ist das der richtige Ort für einen Mann? Wer kann schon in diesen Neongängen voll unzähliger Großpackungen herumirren, ohne in Mutlosigkeit zu verfallen?

Und zu wissen, dass man dorthin zurückkehren wird, zu allen Jahreszeiten, ob man es will oder nicht, denselben Wagen im Schlepptau, unter dem Kommando einer immer unnachgiebigeren Frau. Vor nicht allzu langer Zeit sagte mein Schwiegervater, Ernest Blot, zu unserem neunjährigen Jungen, ich kauf dir einen neuen Stift, mit dem da machst du dir die Finger fleckig. Antoine antwortete ihm, nicht nötig, ich brauche keinen Stift mehr, um glücklich zu sein. Das ist das Geheimnis, sagte Ernest, und dieses Kind hat es verstanden, den Anspruch auf Glück auf das Minimum zu reduzieren.

Mein Schwiegervater ist der Weltmeister solcher überzogener Lebensweisheiten, die seinem Temperament völlig widersprechen. Ernest hat noch nie die geringste Verringerung seines Lebenspotentials gestattet (vergessen wir das Wort Glück). Als er nach seiner Bypass-Operation zum Rhythmus des Rekonvaleszenten gezwungen war und das Leben in bescheidenem Rahmen wieder lernen musste, ebenso wie die häusliche Zwangsarbeit, der er stets ausgewichen war, hatte er sich von Gott höchstpersönlich ins Visier genommen und mattgesetzt gefühlt.

– Odile, wenn ich drei sage, wenn ich die Zahl Drei ausspreche, dann bin ich weg, dann nehme ich das Auto und lass dich mit dem Einkaufswagen sitzen. – Das würde mich wundern, sagt sie. – Das würde dich wundern, aber genau das tue ich, in zwei Sekunden. – Du kannst nicht mit dem Auto weg, Robert, ich habe die Schlüssel in der Handtasche. Ich suche umso dämlicher in meinen Taschen herum, als ich mich erinnere, dass ich mich selber der Schlüssel entledigt habe. – Gib sie bitte her. Odile lächelt. Sie keilt die Schultertasche zwischen ihren Körper und die Käsevitrine. Ich trete näher, um an der Handtasche zu ziehen. Ich ziehe. Odile leistet Widerstand. Ich ziehe am Riemen. Sie krallt sich daran fest und hält dagegen. Es macht ihr Spaß!

Ich packe die Handtasche am Boden, in einem anderen Kontext hätte ich keinerlei Mühe, ihr die Tasche zu entreißen. Sie lacht. Sie klammert sich fest. Sie sagt, sagst du nicht drei? Warum sagst du nicht *drei?* Sie nervt mich. Und dass diese Schlüssel in der Handtasche sind, nervt mich auch. Aber ich mag es, wenn Odile so ist. Und ich sehe sie gern lachen. Ich bin haarscharf davor, mich zu entspannen und dem neckischen Spiel zu verfallen, als ich ganz in der Nähe ein Glucksen vernehme, und ich sehe die Frau mit Filzhut, wie sie, ganz trunken vor weiblichem Einverständnis, mir offen ins Gesicht lacht, völlig schamlos. Mir bleibt keine Wahl. Ich werde brutal.

Ich presse Odile gegen das Plexiglas und versuche, mir einen Weg in die Handtasche zu bahnen, sie wehrt sich, beschwert sich, ich täte ihr weh, ich sage, gib jetzt diese Schlüssel her, verdammte Scheiße, sie sagt, du spinnst ja, ich entreiße ihr den Morbier und schmeiße ihn in den Gang, schließlich ertaste ich die Schlüssel in dem Handtaschenchaos, angle sie heraus, schüttele sie vor ihren Augen und lasse Odile dabei nicht los, ich sage, wir hauen hier sofort ab. Die Frau mit dem Hut schaut jetzt entsetzt drein, ich sage zu ihr, du lachst ja gar nicht mehr, was ist?

Ich zerre Odile und den Einkaufswagen, ich manövriere sie an den Verkaufsständen vorbei und zu den Kassen am Ausgang, ich halte ihr Handgelenk fest gepackt, obwohl sie sich gar nicht mehr wehrt, eine Unterwürfigkeit, die nichts Unschuldiges an sich hat, mir wäre lieber, ich müsste sie rauszerren, am Ende muss ich es immer teuer bezahlen, wenn sie ihr Märtyrerkostüm anlegt. An den Kassen ist natürlich auch eine Schlange. Wir stellen uns in diese tödliche Reihe, ohne ein Wort. Ich habe Odiles Arm losgelassen, sie tut jetzt so, als wäre sie eine normale Kundin, ich sehe sogar, wie sie die Dinge im Einkaufswagen sortiert und ein bisschen aufräumt, um das Einpacken zu erleichtern. Auf dem Parkplatz fällt kein Wort. Im Wagen ebenso wenig. Es ist dunkel. Die Straßenlichter schläfern uns ein, und ich lege die CD mit den portugiesischen Liedern auf, mit der Frauenstimme, die dasselbe Wort wiederholt bis ins Unendliche. ◆

ZEITGEIST

# Requiem auf eine Revolution

Mit der Wende zur Privatwirtschaft geht nun auch Kuba von der sozialistischen Fahne. Besichtigung eines Scherbenhaufens. *Von Matthias Matussek*

*Cuba Libre: 50 ml kubanischen Rum mit 120 ml Coca-Cola auffüllen, rühren, garnieren mit einer Limonenscheibe*

Wenn, wie man munkelt, die Luxusmarke Prada einen Flagship-Store in Havanna plant, ist das eigentlich nur ein Gerücht. Aber das reicht schon. Da gehen ideologische Alarmanlagen an, da wird die Systemfrage gestellt, Revolution oder kapitalistische Dekadenz, da geht es um mehr als um Handtücher und den besten Platz am Pool, da geht es um die Zukunft der Menschheit, mindestens.

Im Moment soll der Kapitalismus im Anmarsch sein. Ja, genau der, der weltweit in Verschiss ist und jetzt auch noch von Papst Franziskus verteufelt wird, und der hat 1,2 Milliarden Katholiken hinter sich. Niemand mag ihn, den Kapitalismus, außer den einst kommunistischen Staaten Russland und China.

Sollte sich nun auch noch Kuba dahin verabschieden?

Die Ankunft am Flughafen José Martí schmeckt in dieser Nacht, ja, wie würde man als klassenkämpferisch gesinnter Hipster im Hemingway-Stimmbruch sagen, sie schmeckt nach Diesel und Tropen und, klar, nach verlorenen Träumen.

Auf den ersten Blick hat sich nichts geändert. Mit dem Taxi, das aussieht wie ein umgebauter Munitionstransporter aus den Vierzigern, der über die Schlaglöcher nach Old Havana knattert, beginnt eine kinotaugliche Zeitreise.

Die kubanische Revolution kennt man heute im Ernst ja nur noch aus dem Kino. „Der Pate“, zweiter Teil, Silvester 1958. Drinnen im Bankettsaal toastet der Operettendiktator Batista seinen Geschäftspartnern, politischen Kumpanen und Mafia-Boss Michael Corleone zu, während draußen auf den Straßen die „barbudos“, die bärtigen Revolutionäre, feiern.

Aber welches Mafia-Treffen findet hier gerade im Hotel Sevilla statt? In der Einfahrt kühl geschwungene Cadillacs mit ihren Haifischflossen, weiße Pontiacs, ein rostbrauner Mercury mit seiner hochpolierten Flusspferdschnauze. Die Gamaschengangster sind weg, ihre Straßenkreuzer sind geblieben. Wird man jetzt dort weitermachen, wo man damals unterbrochen wurde, wird Kuba wieder Bordell und Casino?

Im Reisegepäck habe ich Jakob Augsteins Buch „Sabotage“, das seine These kühn im Untertitel trägt: „Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen“. Da auf Kuba in vorsichtigen Trippelschritten der Kapitalismus eingeführt werden soll, hieße das nach Augstein-Logik, dass es nun der vollerblühten kubanischen Demokratie an den Kragen geht.

Zunächst Verwirrendes zum kubanischen Demokratie-Abbau: Mittlerweile darf so gut wie jeder, der sich den Pass leisten kann, ausreisen. Darüber hinaus sind, auf Drängen der katholischen Kirche, über hundert politische Häftlinge auf freien Fuß gesetzt worden.

Im Sevilla der leicht angegammelte Gangster-Chic der zwanziger Jahre. Gekachelte Fassade mit maurischen Motiven. In der Lobby hängen auf sepiabraunen Fotos die Schriftstellergötter des 20. Jahrhunderts, Ernest Hemingway und Graham Greene. Irgendwo ein Foto von Al Capone, der damals das ganze Stockwerk unter mir angemietet hatte. Da ist Fidel, umringt von Hotelangestellten 1959. Einen magischen Moment lang stellt sich dieses „Shining“-Gefühl ein, als ob, wie in Stanley Kubricks Horrorfilm, die verblichenen Fotos lebten, Lärm und Stimmengewirr, als bewegte man sich hier zwischen den Welten, in einem Dämmerlicht, halb im Vorgestern, halb im gestaltlosen Morgen.

Die Rezeptionistinnen unter den Weltuhren plaudern mit dem Bar-Tender und lassen sich ungern unterbrechen. In der düsteren Hotellobby bringen Seniorengruppen mit knallbunten Hemden dem noch sozialistischen Kuba unendliches Wohlwollen entgegen.

Aus jüngsten Umfragen wissen wir, dass bei uns Werte wie „Gleichheit“ und „Sicherheit“ mächtig aufholen zur „Freiheit“, im Osten liegen sie weit vor ihr.

„Koi Land isch perfekt“, sagt ein Herr mit Pepitahütchen aus dem Badischen. Es gibt keine Graffiti hier, die Straßen sind sauber, die Menschen sind fröhlich, und von Unterversorgung ist in den Dollar-Hotels nichts zu spüren. Nun gut, das Internet macht Probleme, aber wer braucht schon Internet im Urlaub, und wer weiß, wer da alles mitliest, und die Rede ist nicht vom kubanischen Geheimdienst.

„Da sind so viele Informationen, die uns der Reiseleiter erzählt hat, die man sonst bei uns ja nicht hört“, pflichtet die Ehefrau dem Pepitahütchen bei.

„Zum Beispiel die Revolution.“ Da haben die Reichen ihre Söhne außer Landes geschafft, damals 1959, und in Miami in katholische Internate gesteckt.

„In katholische Internate!“ Sie macht eine düstere Pause. Und? „Die sind alle vergewaltigt worden.“

Zum Frühstück im neunten Stock Rührei, Orangensaft und die „Granma“, das Parteiblatt. Fidel und Kampfgenossen mit hochgereckten Waffen neben dem kämpferischen roten Schriftzug. So geht Revolution! Und nicht mit Luftballons, die man im Badezimmer mit Farbe füllt, als erste Waffen für einen Aufstand.

Wie kriege ich nur dieses alberne Bild aus dem Vorwort von Augsteins „Sabotage“ aus dem Kopf?

Der alte Schwarze am Flügel klimpert „As Time Goes by“, und das frühmorgens um zehn, im grellen Sonnenlicht! Aber es haut trotzdem hin, „you must remember this“, Melancholie und Abschied, von weltgeschichtlichen Alternativen, von Illusionen.

Für mich auch der Abschied vom SPIEGEL, das hier ist meine letzte Geschichte von Hunderten in 26 Jahren.

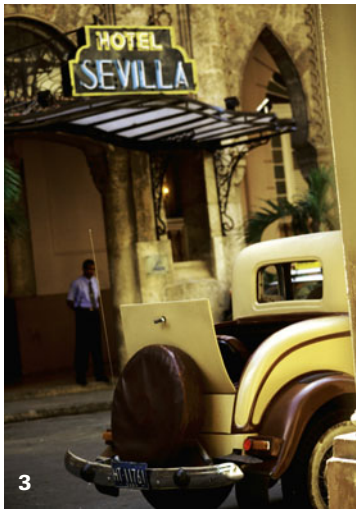
Reportagen, welche Formel gilt da? Kollegen unterrichten das, aber die prämierten Preisbullen, ich eingeschlossen, wissen doch alle, dass sie immer nur am eigenen Roman über die Wirklichkeit schreiben. Warum sollte man da die eigenen politischen oder sonstigen Glaubensüberzeugungen im Text verstecken wie Ostereier? Ansonsten gilt: Regelbrüche sind grundsätzlich spannender.




1



2




3

**1** Che-Guevara-Graffito in Havanna

**2** Porträt des Gangsters Al Capone im Hotel Sevilla

**3** Oldtimer vor dem Hotel Sevilla

Ganze drei Tische sind besetzt hier im Frühstückssaal, riesig und leer. Unter mir eine Ruinenlandschaft von feuchten Mauern und Hinterhöfen und Wäscheleinen. Dahinter das diamantensprühende blaue Meer.

Wieder ein Blick auf die „Granma“. Kürzlich hat Parteichef Raúl Castro den Redakteuren des Parteiblatts die Leviten gelesen, die ewig gleichen Systemhymnen waren dem Oberaufseher dann doch zu unkritisch.

Mir fällt die Begebenheit aus der deutschen Wendezeit in der Redaktion der „Berliner Zeitung“ ein. Da rief die Übergangs-Chefredakteurin den Leitartikler zu sich, um mit ihm „das Kommentarziel zu besprechen“. Freiheit als Problemfall, tastend in die neuen, offeneren Räume.

Ich begann beim SPIEGEL, als die russische Perestroika Fahrt aufnahm, nun höre ich auf mit der kubanischen. Vielleicht sollte ich demnächst mal nach Nordkorea? Wie liefert man Kritik auf Bestellung? Kommentarziele besprechen?

Einstweilen gehen die Redakteure der „Granma“ kein Risiko ein: Unter einem Foto fröhlich lachender Mädchen und Jungen ist zu lesen, dass Kuba nun wiederum für drei Jahre in den Menschenrechtsrat der Uno gewählt worden ist, als „Bestätigung für die Bemühungen unseres Landes in diesem Bereich“. Weitere Mitglieder sind China und Russland.

Das Zimmermädchen hat aus den frischen Handtüchern zwei Schwäne gedrechselt, die auf der Tagesdecke schnäbeln.

Kubanische Perestroika also. Die KP hier nennt ihren Weg „el perfeccionamiento“. Die Vervollkommnung. Andere sagen, der Staat sei pleite und rufe nun genau den Leuten zu, denen er über ein halbes Jahrhundert jede Privatinitiative als „Klassenverrat“ ausgetrieben habe: Jetzt strampelt mal.

Viele strampeln tatsächlich, sie verdingen sich als Rikschafahrer für Touristen. Demokratie-Abbau, aber sie bringen ihre Familien besser durch.

Hinein in die Altstadt, die Vervollkommnung testen. Sie beginnt gleich auf der anderen Straßenseite des Prado, dieser Flaniermeile mit den weißen Marmorbänken und den Bronzelöwen unter dem zarten Grün der Bäume. Auf Obstkarren liegt das aufgetürmt, was sich die jungen Agilen morgens auf dem Großmarkt zusammengesucht haben und hier mit kleinen Aufschlägen verkaufen. Süße Kartoffeln, Mangos, Schwarzwurzeln, Bohnen, Marktwirtschaft, buchstäblich.

Andere Ratlose, die ihre staatlichen Zucker-, Mehl- und Reisrationierungen aufbessern wollen, verkaufen hinter den Gittern ihrer Erdgeschosswohnungen Krimskrams wie Doppelstecker, Gewindeteile, Nähgarn, Minikopfhörer und was sonst noch vom Lkw gefallen ist.

So ist das wohl jetzt: Sie lernen den Wucher und gewöhnen sich an die neue Unfreiheit – und sie lachen auch noch. Es ist so spannend, ins rohe Räderwerk des Kapitalismus zu schauen.

Mit dem jungen Maik, der sich einen 54er Mercury aufgemotzt hat und einen Luftfahrtbonzen kutschierte, bis der wegen Korruption im Knast landete, unter einem strahlenden, geradezu sorgenfreien blauen Himmel durch die kubanische Wende. Die kleinen Selbständigen abklappern, den Kuchenservice, das Haarstudio, zu Fernando, dem Arzt, der jetzt Uhren repariert, weil das die Familie ernährt. Fidel hat Maik nie erlebt.

Aufbewahrt wird Fidel, die Legende, in Bücherständen auf der Calle Obispo in angestoßenen Sammelbänden, in denen Kinder früherer Generationen das Heldenleben des Máximo Líder nachkleben konnten. Die Seiten sind verziert, nicht mit Sonne, Mond und Sternen, sondern mit Messern und Hand-

DESMOND BOYLAN / REUTERS (L.); PIERO OLIOSI / POLARIS / LAIF (O.R.); ALAMY / MAURITIUS IMAGES (U. R.)

granaten, Kämpferschmuck für die Kleinen, der ja in Berliner Kiezschulen wieder voll angesagt ist.

Gerade junge Kollegen begehen oft den Fehler, sich sofort ins Getümmel zu stürzen, dabei ist die Akklimatisierung so wichtig, gerade bei Recherchen in der Karibik, gerade wenn man aus dem Hamburger Winter kommt!

Also ab an den Pool. Mit den Castro-Erinnerungen des großartigen Kollegen Carlos Widmann, mit Wolf Lotters witziger Streitschrift fürs freie Unternehmertum „Zivilkapitalismus. Wir können auch anders“ sowie Frank Schirrmachers entschlossen antikapitalistischem Manifest „Ego“.

Kuba als Theorie und Praxis. Systemvergleiche, jetzt noch ein letztes Mal, fernab vom islamistischen Furor, der ja auch blutig und global vom Paradies träumt.

Ja, die ideologische Achse hat sich vertikal ins Religiöse gedreht, aber die westliche kapitalistische Dekadenz ist Feind geblieben. Adornos „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ könnte jeder Selbstmordattentäter auf seinem Stirnband tragen.

Fundamentalopposition. Wieder mal der Traum von der perfekten Ordnung, wie soll unsere Welt besser werden?

Mittlerweile, denke ich, müssten doch alle begriffen haben, dass sozialistische Revolutionen nichts als Drogenräusche der Geschichte sind. Erst löst das wahnsinnige Freiheits-High mit einem Gewaltstreich alle Probleme, und danach der endlose Kater mit Trübsal, Denkverboten, Mangel, Lagern.

Warum nicht mal eine franziskanische Revolution statt einer sozialistischen? Eine des Gewissens statt der Erziehungsdiktaturen, die bei Links-Intellektuellen so beliebt sind?

Aber was war es auch für eine Versuchung! Für den Philosophen Walter Benjamin war Revolution „der Tigersprung ins Vergangene“, denn sie zielt immer auch auf die Erlösung früherer Opfer. Die Vergangenheit wird gleich mitrepariert, was für eine messianische Verheißung!

Alles wird gut mit dem neuen Menschen, auf den noch jede Erziehungsdiktatur abzielt. Einstweilen haben wir es mit dem alten zu tun.

Frank Schirrmacher entwickelt die interessante These, dass der Egoismus eine Entdeckung perfider US-Militärs der Fünfziger ist. Mit den Algorithmen von Spieltheoretikern wurde er dann hochgebeamt zu einer Art kapitalistischer Massenvernichtungswaffe.

Sie waren es also, die US-Militärs, die uns zu Opportunisten und berechnenden Selbstverkäufern abgerichtet haben, in „einer schleichenden, jahrzehntelangen Schulung in Egoismus“.

Hm. Ich bestelle ein blutiges Steak und denke mir: Der Egoismus ist doch älter, der gehört schon zum Sündenfall im Paradies.

Beim Pool-Lunch die amouröse Leidensgeschichte eines Münchner Jungunternehmers, der hier vor acht Jahren geheiratet hat. Geknickt. Ein kubanisches „Cristal“-Bier nach dem anderen. Seine Braut damals, sie wollte nicht mit nach Deutschland. „Dabei war alles abgesprochen.“ Dumm gelaufen.

Möglicherweise kann man auch das, wie „die ganze Komplexität menschlichen Verhaltens“, so Schirrmacher in „Ego“, „in die Sprache der Mathematik übersetzen“. Nein, ganz sicher sogar. Liebe als Warenbeziehung. Großes Thema bei uns, besonders in der gegenwärtigen Debatte zur Prostitution.

Der Jungunternehmer mit Burt-Reynolds-Schnauzer erzählt von seinen Investitionen. Von der Hochzeitssuite, in der schon Beyoncé abstieg, und von den Kosten der Party für die unzählige Verwandtschaft, und mein Mitleid schwankt.

Ebenfalls am Pool eine laut geschminkte Dame mit schwarzer Tunika und Verdruss in den Mundwinkeln, die ihre besten Jahre knapp überschritten hat. Unter dem strohgedeckten Dach der Bar sitzt sie schweigend mit einem jungen, muskulösen kubanischen Lover. Er spricht kein Deutsch und sie nicht Spanisch. Aber sie zahlt die Rechnung.

Gilt für Frauen eigentlich auch, was Bernd Ulrich in der „Zeit“ für männliche Freier dekretiert hat, dass sie die andere Person als Mensch auslöschen, indem sie das „Recht des Stärkeren, des Zahlenden“ nützen?

Oder gelten da andere viktimologische Überlegungen, die auch mit den unbarmherzigen Regeln des Marktes zu tun haben, mit der „Ausweitung der Kampfzone“ (Houellebecq), mit der ungerecht verteilten sexuellen Attraktivität oder schlicht der Einsamkeit?

Gegen Sonnenuntergang fallen Schwärme von Singvögeln in einen riesigen Baum neben dem Pool. Nach Sonnenuntergang sind es Mädchen wie Luisa oder Lidia, die auf dem nahen Prado über Touristen herfallen und dem Vernehmen nach in einem Monat mehr verdienen als ein staatlicher Chirurg in zwei Jahren.



1


2



3

**1** Aufnahme von Fidel Castro mit Angestellten des Hotel Sevilla 1959

**2** Geschäftsauslage in Havanna

**3** Kunstmarkt in Havanna

MATTHIAS MATUSSEK (2); GUENTHER THOENI / ANZENBERGER (U.)

Auch die homosexuelle Prostitution floriert, was man durchaus als Fortschritt begreifen kann, denn es gab Zeiten auf Kuba, in denen Schwule in Umerziehungslager gesteckt wurden, um ihnen ihre „abartigen Neigungen“ auszutreiben.

Dem obersten Chef, Raúl Castro, der mit seinen 82 Jahren immerhin fünf Jahre jünger als der Máximo Líder ist, geht die Libertinage zu weit. In einem Artikel für die „Granma“ beklagte er den Verfall der Sitten.

Wieder ein Generationenkonflikt, denn seine Tochter, Sexualwissenschaftlerin, kämpft für die Rechte von Schwulen und Lesben.

Diesmal liegt ein Schmetterling auf der Tagesdecke.

Mehr als zwei Milliarden Dollar jährlich bringt der Tourismus der Insel, und deutlich spürbar ist, wie sie sich tatsächlich freischüttelt. Oder, je nach Beleuchtung, Verrat begeht.

Raubkopien in den Hauseingängen des Zentrums versorgen die Kubaner mit amerikanischen Fernsehserien, „Two and a Half Men“ oder „Glee“, und mit billigen Jeans aus Ecuador, die aber seit Jahresende wieder illegal sind. Auch die Video-Buden mit den 3-D-Brillen wurden wieder geschlossen, wogegen dann doch die studentische Jugend vor der Uni protestierte. Erratische Bürokratie.

Die revolutionäre Tinte auf Kuba verblasst, und zwar genau in dem Moment, in dem die westliche Linke ihre Füller neu damit betankt.

Nostalgisches Lob aus der „Berliner Zeitung“ für die einstigen Kampfgenossen in der Karibik: „Es gibt keine Kaffeehausketten aus den USA, keine Fastfood-Geschäfte mit grellen Reklamen und fetten Burgern.“ Und sie schlussfolgert: „Geschlossene Systeme haben eben auch ihren Vorteil.“

Als Lateinamerika-Korrespondent des SPIEGEL habe ich Kuba von seinen schönsten und seinen widerlichsten Seiten kennengelernt. Habe mich mit dem Schriftsteller Pedro Gutierrez über die Hunger-Aufstände in den Neunzigern unterhalten und über seine deutlich versaute „Schmutzige Havanna Trilogie“, nachdem wir eine Flasche Rum geköpft und den ersten Schluck in die Ecken seiner Dachterrasse gespuckt haben, um die Orishas, die Ahnengeister und Heiligen zu beschwichtigen.

Ich habe mit dem Dissidenten Vladimiro Roca geredet, der wegen Kritik an der KP im Knast saß. Habe Medaillenverleihungen an Spitzel wie die eklig grinsende „Tania“ erlebt, die sich als Menschenrechtlerin tarnte und dafür belohnt wurde, Leute wie Roca hinter Gitter zu bringen.

Abends aßen wir im La Guarida, damals einem der ersten Privatrestaurants, das gerade zwölf Stühle haben durfte. Ein Geheimtipp, der so geheim nicht war, denn als wir kamen, stieg gerade Prinz Albert von Monaco die Treppen hinunter.

Nun aber sind neue Zeiten angebrochen.

Nun geht die Parteiführung so weit, 50 Plätze für Privatrestaurants, die sogenannten Paladares, zuzulassen. Die 50 Plätze gibt es allerdings nur, wenn der Wirt sie gemeinsam mit der Ehefrau beantragt, auf jeden entfallen 25. Das hält die Scheidungsrate in Grenzen.

Mittlerweile gibt es Dutzende dieser Paladares, die Steuern zahlen. Wie das von Yamil Alvarez Torres, Los Mercaderes, erlesener Eklektizismus, auf Hochglanz gewienert wie auf Manhattans Westside, doch hier ist es eine Mischung aus Not und Archäologie: Halb Havanna steckt in der Einrichtung, mit Fliesen aus den Ruinen am Malecón, Schmuckgittern aus dem Vedado, Jahrhundertwendewaschbecken aus Old Havana.

Seine Kellner bildet er selbst aus, die Staatsangestellten, die sich bei ihm bewarben, hat er nach wenigen Tagen gefeuert. Sie verstehen nichts von Service. „Service heißt lächeln“, sagt Torres, „selbst wenn du nicht gut drauf bist.“ So ist er, der charakterverkrümmende Kapitalismus, auch noch lächeln in der Ausbeutung!

Aber was passiert mit seinem Paladar, wenn sich die Schnellboote mit den Kommunistenhassern aus Miami in Bewegung setzen, die Tom Wolfe in seinem Roman „Back to Blood“ so grandios beschrieben hat – was ist mit den Grundstücken?

Jedes Haus erzählt da seine eigenen Geschichten, und oft sind sie so wundersam blütenreich und blutrünstig wie der magische Realismus in den Romanen Alejo Carpentiers, einst Kulturattaché in Castros Pariser Botschaft.

Zum Beispiel das Paladar von Luisa, einer fülligen schwarzlockigen Mama. Die Villa, in der sie ihr Restaurant Arena betreibt, gehörte früher ihrem Großvater, einem Senator, den Rebellen in den dreißiger Jahren in die Luft gesprengt hatten. Danach versuchten die Aufständischen, das Staatsbegräbnis des Politikers durch Diktator Machado für ein systemvernichtendes letztes Attentat zu nutzen.

Sie gruben einen Tunnel durch den Friedhof, gruben sich vor bis zur designierten Stelle, in der der Sarg vor der angetretenen Staatsführung ins Grab versenkt werden sollte. In letzter Minute wurde der Plan verraten, die Attentäter wurden gefasst, und die Beerdigung wurde auf einen anderen Friedhof verlegt.

„So ist das gewesen“, sagt Luisa.

Ihre Piña colada ist cremig und kühl, der Mond steht still über den Banyan-Bäumen, die ihre Luftwurzeln hängen lassen wie Elefantenrüssel. Tatsächlich, die Nacht hier auf der Terrasse ist verzaubert und völlig lautlos.

Als die Erbin des Senators alt und gebrechlich wurde, fährt Luisa fort, tauschte sie das Haus, das sie bewohnte, gegen die Villa des Senators, für das sie nun den Besitztitel hat, da kommt keiner aus Miami mit Rechtsansprüchen, so ist sie ganz legal auf die sichere Seite gewechselt: magischer Realismus im Immobilienmarkt Havannas.

Vor zehn Jahren war ich das letzte Mal auf der Insel, zu einem der höchsten Feiertage, dem 50. Jahrestag der legendären Erstürmung der Moncada-Kaserne am 26. Juli 1953.

Es war Fidels vorerst letzter großer Auftritt.

Dort, in Santiago de Cuba, im dürren Süden der Insel, wo die Bauern in osteuropäischen Plattenbauten in revolutionären Hausgemeinschaften zusammengepfercht leben, hatte er sich noch einmal vor 10 000 Parteimitgliedern in die Schlacht gegen die USA gestürzt. Patriotischer Trotz, Machismo-Leninismo.

Ich war merkwürdig ergriffen von dem Alten. Fidel schien in seiner Rede tatsächlich feurig zu träumen von jenen Tagen der Moncada-Erstürmung, das waren nicht nur aggressive Phrasen, sondern die ganz persönlichen Erinnerungen eines alten Mannes. Das Problem: Er ließ ein ganzes Volk antreten, um ihm beim Träumen zu helfen.

Max Weber beschreibt „Charisma“ als eine Herrschaftsform an allen demokratischen Institutionen vorbei. Was macht es nun, das Volk, ohne Vorträumer?

Ein Jahr später stürzte er nach einer Rede von der Treppe, brach sich Knie und Arm und schwor noch von der Trage aus über Lautsprecher, dass er zurückkommen werde, ein Charismatiker lässt sein Volk nicht im Stich, doch dann wurde er gebrechlich und immer wieder bettlägerig und verschwand aus der Öffentlichkeit.

Seitdem fehlt oben einer.

Er hat die Sehnsucht gebündelt. Die nach Befreiung aus einem plutokratischen, korrupten Dreckshaufen von Politik. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Die nach Freiheit wurde mit Füßen getreten.

Wie sind sie ihm nur auf den Leim gegangen, die Intellektuellen und Träumer, auch der junge Enzensberger, der tatsächlich im Zuckerrohrfeld stand. Später hat er mir von seinem tropisch-politischen Fieberanfall erzählt, kopfschüttelnd. Doch die messianisch-apokalyptische Begeisterung reichte tief, besonders die für Che Guevara.

Wie der fliegende Holländer irrte Che nach der kubanischen Revolution durch die Welt, um Feuer zu entfachen. Als er in den bolivianischen Anden erschossen wurde und endlich

Erlösung fand, fühlte sich der Linkskatholik Carl Amery an „das bleiche Haupt des Nazareners“ erinnert. Und Schriftsteller Peter Weiss geißelte sich mit den Worten: „Sind wir mitschuldig an diesem Tod? Sind wir die Verräter?“

Wussten sie nicht, dass ihr ersatzreligiöser Kitsch einem suizidalen Menschenverächter galt, der dekretierte: „Hass ist ein Bestandteil unseres Kampfes.“ Und der sich auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise tatsächlich eine nukleare Endlösung erhoffte: „Wir müssen auf dem Pfad der Befreiung voranschreiten, auch wenn das Millionen atomarer Opfer kosten sollte.“



„DSDS“-Jury mit Bohlen (r.) in Havanna

MATTHIAS MATUSSEK

Marxistische Dschihadisten. Wie läuft das? Neigen gerade Bürgerkinder zur Bewunderung für bärtige Outlaws? Carlos Widman schildert den jungen Fidel im universitären paranoiden Radikalengewimmel der vierziger Jahre, das sich tatsächlich „gangsterismo“ nannte. Fidel, der geltungssüchtige Großgrundbesitzersohn, trug ständig eine Waffe und lauschte hingerissen der feurigen Rhetorik des Politikers und Radiomoderators Eddy Chibás.

Und der ist für eine Pointe gut: In seiner letzten Sendung am 15. August 1951 beschwor Chibás nach einer längeren patriotischen Tirade den „Hammerschlag des Schicksals“ und richtete eine Pistole gegen sich selbst. Den Schuss, den Hammerschlag des Schicksals, hörte draußen im Lande dann keiner mehr, denn er hatte seine Sendezeit von 25 Minuten um wenige Sekunden überzogen.

Timing, ein Grundproblem vieler Vortragskünstler.

Auf meinem Hotelbett ein Kunstwerk: Handtücher, zu einem Elefantenschädel geformt, die Kappen der Shampooflaschchen dienen als Augen.

Abends gibt der deutsche Botschafter Peter Rudolf Scholz an der Seite seiner platinhellen jungen dänischen Ehefrau einen Empfang in der frisch hergerichteten Residenz, die mit ihren quadratischen Säulen die Bauhaus-Version einer Südstaatenvilla darstellt.

Anlass: eine kleine Revolution in der großen, die erste Wagner-Premiere auf Kuba, „Der fliegende Holländer“, für Puristen womöglich ein weiterer Schritt in den Abgrund ideologischer Bedenklichkeiten.

„Aber Wagner war ja auch ein Revolutionär“, sagt Scholz apologetisch, mit Recht, der sächsische Musik-Verführer hat 1848 in Dresden auf der Barrikade gekämpft, Wagner ist also reif für die Insel. Dann umgarnt Scholz die Ehrengäste, die auf der Wiese zwischen Festzelten gar nicht genug bekommen können von den Currywurst-Häppchen, mit der unsterblichen Gütebescheinigung Mark Twains: „Wagner-Musik ist besser, als sie klingt.“

Kichern von Alessandra, der Geigerin neben mir. Ihr ist Mozart lieber. Dennoch hat sie sich ein Schiff auf den linken Unterarm tätowieren lassen. Sie schiebt den Ärmel ihrer schwarzen Bluse hoch, hübsches Schiff mit rotem Segel auf blasser Haut. Ihre Mutter hat getobt. Wahrscheinlich hat sie sich die Adresse von diesem Wagner geben lassen.

Der Kritiker der „Granma“, das alte Partei-Schlachtross Pedro de la Hoz, spießt eine weitere Wurst auf und antwortet auf die Frage, wie es denn mit dem ökonomischen Umbau so vor sich gehe: „Allegro ma non troppo“, man wird nichts überstürzen.

Der Münchner Wagner-Verband, der die Premiere gemeinsam mit dem Goethe-Institut stemmt, ist in Abendkleid und Frack erschienen, und Dr. Inge Mönch ist froh, dass nicht wieder „sofort von Hitler die Rede ist, wenn über Wagner gesprochen wird“.

„Der fliegende Holländer“ heißt auf Spanisch viel genauer „El Holandés Errante“, denn das ist seine Bewegung, nicht fliegen, sondern umherirren. Das ist gleichzeitig die Bewegung der frei flottierenden Ideen des Sozialismus, nirgends können sie noch andocken außer in deutschen Feuilletons, wann werden sie erlöst?

Wir starren anderntags knapp drei Stunden auf eine Bühne, die den Malecón zeigt, dahinter das Meer, das mal dunkel dräut, mal im Sonnenaufgang flammt, aber immer aufs Meer über die Brüstung des Malecón hinweg. Wir starren, mit einem Wort, nach Miami, in die Sehnsuchtsrichtung vieler Insel-Kubaner. Requiem auf eine Revolution.

Frau Dr. Mönch ist begeistert vom Chor und davon, dass man mal wieder Segel sieht beim Holländer, in Bayreuth gab es ja nur diese merkwürdigen Dioden und Platinen.

Natürlich ist das Thema des Abends auch hier: Sehnsucht nach einem ganz anderen Ort, einem ganz anderen Leben. Ohne Sehnsucht ist der Mensch tot.

Die Zimmermädchen haben ein Schiff auf Wellen ausgelegt.

Letzter Abend. Der Prado ist abgesperrt. Lidia und ihre Freundinnen kauern leicht verwundert auf den weißen Marmorbänken unter den Ficus-Bäumen und schauen auf absurdes Welttheater.

Scheinwerferkegel liegen auf einem vertrauten weißen Show-Tresen, an dem gerade eine vertraute Stimme nölt: „Nee, Micky, das woar gar nix, das kannst du bessää.“

Tatsächlich, da sitzt Dieter Bohlen mit seinen Juroren, mit Marianne Rosenberg und Co., blaues Sakko, Ärmel hochgeschoben, weißes T-Shirt, noch weißere Zahnreihen. „Deutschland sucht den Superstar“, ausgerechnet in Havanna.

Auch Bohlen ist unbedingter Anhänger des Sozialismus. In einer Drehpause, die einem der vielen Stromausfälle geschuldet ist, redet er sich regelrecht in revolutionäre Begeisterung. „Ich war ja schon mit 16 Kommunist“, sagt er, „da bin ich in die DKP eingetreten.“ Und auf seiner Villa in Tötensen hat er Hammer und Sichel geflaggt. Echt jetzt? „Echt.“

Nee, das ist alles „supergoil“ hier, wenn er morgens mit seinem Sohn zum Malecón joggt, da sieht er diese uniformierten Schülerkolonnen, weiße Hemden, ordentlich frisiert, und nachmittags kommen sie ebenso gebügelt wieder raus, „so muss das laufen!“ Geschlossene Systeme haben ihren Vorteil.

Den Aufnahmeleiter haben vor allem die ruinösen Fassaden begeistert, dieser „hinreißende Verfall, wo gibt’s das schon“, die Bürokratie übrigens, superfreundlich, sie durften sogar das „DSDS“-Logo auf die hohe Fassade des Innenministeriums projizieren, über das Relief von Che.

Das wär’s dann wohl mit der Revolution!

Dann beugen sie sich im Aufnahmezelt über die Splitscreens ihrer Monitore, die Jungs mit den garantiert ideologiefreien Dreitagebärten, das Blaken der verschiedenen Einstellungen, der Prado, die Marmorbänke, dunkle lachende Mädchen, geschminkte Kandidatengesichter, der bemalte Fries des Gangsterhotels Sevilla. Tropischer Kubismus, Requiem auf eine Revolution.

Ist doch schön, dass das, was der Sozialismus einmal war und versprach und nicht hielt, schließlich einen Hafen gefunden hat – in einer Casting-Show auf RTL.

# Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport"; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

## Belletristik

1 (2) **Haruki Murakami**
Die Pilgerjahre des farblosen Herrn Tazaki DuMont; 22,99 Euro

2 (1) **Jonas Jonasson**
Die Analphabetin, die rechnen konnte Carl's Books; 19,99 Euro

3 (5) **Graeme Simsion**
Das Rosie-Projekt
Fischer Krüger; 18,99 Euro

4 (3) **Sebastian Fitzek**
Noah
Bastei Lübbe; 19,99 Euro

5 (13) **Jo Nesbø**
Koma
Ullstein; 22,99 Euro

6 (4) **Khaled Hosseini**
Traumsammler
S. Fischer; 19,99 Euro

7 (7) **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro

8 (6) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Flammender Zorn Oetinger; 18,95 Euro

9 (8) **Alice Munro**
Liebes Leben
S. Fischer; 21,99 Euro

10 (12) **John Williams**
Stoner
dtv; 19,90 Euro

11 (9) **Jussi Adler-Olsen**
Erwartung
dtv; 19,90 Euro

12 (11) **Robert Galbraith**
Der Ruf des Kuckucks
Blanvalet; 22,99 Euro

13 (10) **Camilla Läckberg**
Die Engelmacherin
List; 19,99 Euro

14 (17) **Horst Evers**
Wäre ich du, würde ich mich lieben
Rowohlt Berlin; 16,95 Euro

15 (–) **Joachim Meyerhoff**
Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro

16 (–) **Tom Clancy**
Gefahrenzone
Heyne; 24,99 Euro

17 (14) **Dan Brown**
Inferno Bastei Lübbe; 26 Euro

18 (–) **John Green**
Das Schicksal ist ein mieser Verräter Hanser; 16,90 Euro

19 (15) **Wolfgang Herrndorf**
Arbeit und Struktur
Rowohlt Berlin; 19,95 Euro

20 (–) **Max Frisch**
Aus dem Berliner Journal
Suhrkamp; 20 Euro




**Die lange gesperrten Tagebucheinträge von 1973 bis 1980 zeigen den Schweizer Schriftsteller als genialen Beobachter**

## Sachbücher

1 (1) **Guido Maria Kretschmer**
Anziehungskraft
Edel Books; 17,95 Euro

2 (2) **Christopher Clark**
Die Schlafwandler
DVA; 39,99 Euro

3 (3) **Christine Westermann**
Da geht noch was
Kiepenheuer & Witsch; 17,99 Euro

4 (5) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro

5 (6) **Herfried Münkler**
Der Große Krieg – Die Welt 1914–1918
Rowohlt Berlin; 29,95 Euro

6 (4) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro

7 (10) **Gisela Graichen / Alexander Hesse**
Geheimbünde
Rowohlt; 19,95 Euro

8 (7) **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen Arkana; 19,99 Euro

9 (12) **Alexander Eben**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro

10 (9) **Meike Winnemuth**
Das große Los
Knaus; 19,99 Euro

11 (8) **Malala Yousafzai mit Christina Lamb**
Ich bin Malala
Droemer; 19,99 Euro

12 (13) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro

13 (15) **Christiane zu Salm**
Dieser Mensch war ich
Goldmann; 17,99 Euro

14 (11) **Rüdiger Safranski**
Goethe – Kunstwerk des Lebens
Hanser; 27,90 Euro

15 (–) **Sven Böttcher**
Quintessenzen
Ludwig; 16,99 Euro




**Mit kurzen Texten vermittelt ein an multipler Sklerose Erkrankter fundamentale Erkenntnisse über das Leben**

16 (–) **Reza Aslan**
Zelot Rowohlt; 22,95 Euro

17 (17) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Arkana; 16,95 Euro

18 (–) **Simon Singh**
Homers letzter Satz
Hanser; 21,50 Euro

19 (–) **Iris Radisch**
Camus – Das Ideal der Einfachheit
Rowohlt; 19,95 Euro

20 (14) **Jennifer Teege / Nikola Sellmair**
Amon
Rowohlt; 19,95 Euro

# Jeder hat seine Gründe

**KINOKRITIK:** „Le Passé“, der neue Film des iranischen Regisseurs und Oscar-Gewinners Ashgar Farhadi, ist ein großartiges Familiendrama.

Durchnässt vom Regen kommt eine Frau nach Hause und fängt an, sich die Haare zu föhnen. Ein Mann tritt zu ihr, nimmt ihr den Föhn aus der Hand und trocknet ihr die langen Strähnen. „Für mich“, sagt der Regisseur Ashgar Farhadi, „ist das eine Liebesszene.“

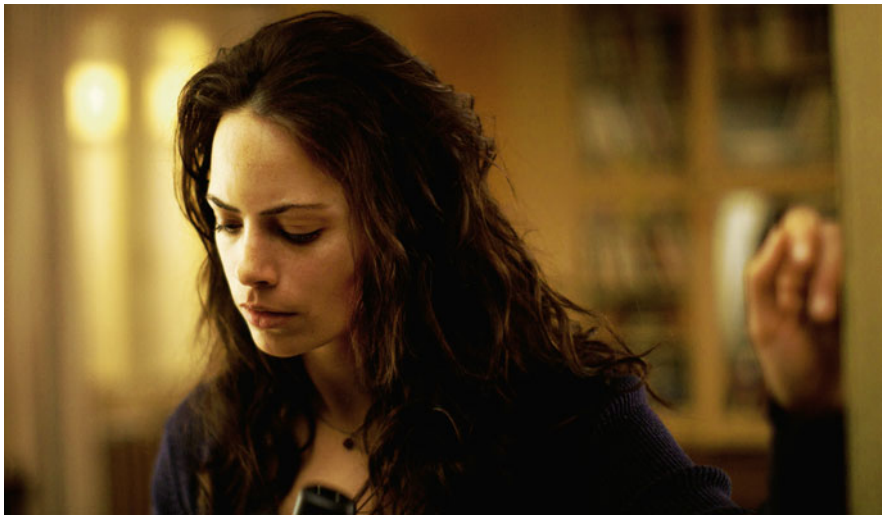
In seinem neuen Film „Le Passé – Das Vergangene“ zeigt Farhadi immer wieder, wie seine weiblichen Hauptfiguren ihre Haare öffnen, sie ausschütteln oder zu einem Pferdeschwanz binden. In jeder dieser Szenen feiert der Iraner die Sinnlichkeit und die Freiheit der Frauen.

Für sein bewegendes Ehedrama „Nader und Simin – Eine Trennung“ erhielt Farhadi vor zwei Jahren einen Oscar. „Le Passé“ ist der erste Film des Regisseurs, den er nicht in seinem Heimatland gedreht hat, sondern in Paris. Hier müssen die Frauen keine Kopftücher tragen.

„Le Passé“ erzählt von dem Iraner Ahmad (Ali Mosaffa), der aus Teheran nach Paris reist, um sich von seiner französischen Frau Marie (Bérénice Bejo) scheiden zu lassen. Sie hat zwei Töchter aus einer früheren Beziehung und lebt mit ihrem neuen Freund Samir (Tahar Rahim) und dessen kleinem Sohn zusammen.

Die Frau dieses Freundes liegt nach einem Selbstmordversuch seit Monaten im Koma. Ihre Chancen, je wieder zu Bewusstsein zu kommen, sind gering.

Farhadi erzählt dieses Familiendrama wie einen Detektivfilm. Der Zuschauer muss die Teile eines Puzzles zusammensetzen, doch sobald er glaubt, das Bild sei nun endlich vollständig, gibt Farhadi der Geschichte eine weitere überraschende Wendung.



CAMINO FILMVERLEIH

**Hauptdarstellerin Bejo:** *Eine Geschichte voller Verletzungen und Verlustängste*

Immer wieder wirft er neue Fragen auf. Warum wollte sich die Frau das Leben nehmen? Wusste sie von der Affäre zwischen Samir und Marie? Hat sie die E-Mails der beiden gelesen? Mit jeder dieser Fragen treibt er die Handlung voran.

Dabei gibt Farhadi die Rolle des Detektivs ständig von einer Figur an die nächste weiter. Er betrachtet den Fall dieser überaus komplizierten Patchwork-Familie von allen Seiten und aus jeder denkbaren Perspektive.

Der Zuschauer kann gut verstehen, wie sehr Maries 16-jährige Tochter darunter leidet, sich alle paar Jahre an einen neuen Lebensgefährten ihrer Mutter gewöhnen zu müssen. Doch gleichzeitig spürt er, dass die Mutter dringend einen Neuanfang braucht.

Der Film ist gerade deshalb so bewegend, weil er es dem Zuschauer unmöglich macht, sich auf eine Seite zu schlagen. Immer tiefer zieht Farhadi sein Publikum in ein Drama voller Verletzungen und Verlustängste hinein.

„Das Schlimme im Leben ist, dass jeder seine Gründe hat“, schrieb der Filmregisseur Jean Renoir einst. Einen klügeren Satz über das Leben und das Kino habe er noch nicht gehört, sagt Farhadi.

Mit „Le Passé“ macht er da weiter, wo er in seinen iranischen Filmen aufgehört hat. Farhadi erzählt nach wie vor von Menschen, die zerrissen sind zwischen dem Wunsch, sich selbst zu verwirklichen, und den Verpflichtungen gegenüber ihren Angehörigen und Lebenspartnern.

Doch wenn die Menschen in Iran tanzen wollen, wenn Liebende sich küssen wollen, wenn Frauen ihre Haare öffnen wollen, dann dürfen sie das nur in ihren eigenen vier Wänden tun. Deshalb waren Farhadis Filme bislang eher Kammerspiele.

Nun zieht es den Regisseur hinaus, in Cafés, Restaurants, auf die Straße. „In Paris“, sagt er, „sind die Wohnungen viel kleiner als in Teheran. Wenn sich die Menschen treffen, dann meist draußen.“

Immer wieder gibt es in „Le Passé“ Szenen, in denen die Figuren mitten in der Öffentlichkeit ihre Gefühle offenbaren. Das ist neu in Farhadis Filmen.

Und doch wirken die Figuren allesamt entwurzelt. Der Regisseur, der für diesen Film mit Frau und Kindern nach Paris gezogen ist, zugleich aber sehr gern wieder in seiner Heimat drehen würde, erzählt in „Le Passé“ letztlich von der Sehnsucht nach einem Zuhause.

Das Haus, in dem die Figuren im Laufe des Films immer wieder zusammenkommen, liegt direkt hinter einer Bahnstrecke und an einer Schnellstraße. Es hat zahllose Fenster, die Ausblicke in jede Richtung eröffnen. Dieses Haus vermittelt dem Zuschauer das Gefühl von Freiheit. Und von Heimatlosigkeit.

LARS-OLAV BEIER

Kinostart: 30. Januar.

**Video:**
**Ausschnitte aus „Le Passé“**
spiegel.de/app52014filmkritik
**oder in der App DER SPIEGEL**



Dschungelcamp-Kandidaten Mola Adebisi, Larissa Marolt

RTL

WERBUNG

# „Riskantes Umfeld“



*Marcel Loko, 49, Mitbesitzer der Werbeagentur Zum goldenen Hirschen, über den zweifelhaften Erfolg des RTL-Formats „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“*

**SPIEGEL:** Das Dschungelcamp ist nicht nur ein Publikumserfolg, auch der Werbeblock scheint prall gefüllt. Ein absolutes Erfolgsformat für RTL also?
**Loko:** Acht Millionen Zuschauer hat das Dschungelcamp, so voll sind die Werbeblöcke dafür gar nicht. Es bleibt eben doch eine Maden- und Schrei-Sendung auf Trash-Niveau. Mit einem Fußballspiel, das acht Millionen Zuschauer erreicht, könnte man weitaus mehr Werbeeinnahmen erzielen. Der Januar ist zudem ein werbeschwacher Monat. Vor Weihnachten würde man sich mit dem Format die Preise verderben.
**SPIEGEL:** Trotzdem aber nehmen die Werbekunden das Dschungelcamp weit besser an als noch vor Jahren.
**Loko:** Aus Trash-TV ist Trash-Kult geworden. Das spüren auch die Werbetreibenden. RTL hat sehr an den Moderationen gefeilt. Sonja Zietlow und Daniel Hartwich distanzieren sich geschickt von den Teilnehmern und den Geschehnissen. Das erschließt neue Zuschauergruppen. Dazu tragen auch die Berichte in den Medien bei. Alle beschäftigen sich irgendwie damit, das haucht Pseudo-Relevanz ein. Und beim Zuschauer ist die Hemmschwelle gesunken, denn die Grenzüberschreitung ist normal geworden und stößt nicht mehr so sehr ab.
**SPIEGEL:** Schadet es einer Marke nicht mehr, im Umfeld des Dschungelcamps aufzutauchen?
**Loko:** Das Format ist ein riskantes Umfeld für Markenartikel. Aber auch Dschungelcamp-Zuschauer essen, trinken und telefonieren. Ein Billigtelefonvermarkter passt da gut rein, denn hier erreicht er viele Menschen. Langlebige Marken mit Wohlfühlfaktor und Glamour würden kaum profitieren. Man kann im Umfeld solcher Formate schnell bekannt werden, aber keine Marke aufladen.
**SPIEGEL:** Der Kekshersteller Bahlsen macht sogar Productplacement.
**Loko:** Das ist ein Grenzgang. Auf der einen Seite ist es toll, wenn eine ausgehungerte Teilnehmerin schwärmt, endlich einen Schokokeks zu bekommen. Doch es hat sich noch nie für eine Marke gelohnt, nur nach Massen zu suchen und sich dafür jeden Ekel anzutun. Ist man einmal unten gelandet, ist der Weg nicht mehr weit, im billigen Zehnerpack verramscht zu werden. Begehrlichkeit auf Dauer weckt man so nicht. Ich halte das Dschungelcamp für eine Modeerscheinung, ähnlich wie „Big Brother“. Oder wer kennt heute noch den Container-Insassen Zlatko Trpkovski?

ZEITGESCHICHTE

# NDR-Projekt zu Auschwitz

Der NDR beginnt an diesem Montag mit einem Themenschwerpunkt zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau vor genau 69 Jahren. Das Projekt wird in mehreren Medien gestartet und soll bis zum 27. Januar 2015 dauern, dem 70. Jahrestag der Befreiung durch die Rote Armee. Im Fernsehen und im Internet will der NDR der Frage nachgehen, welche Bedeutung Auschwitz heute hat. In diesem Jahr wird die TV-Autorin Gesine Enwaldt für den NDR die Dokumentation „Ich fahre nach Auschwitz“ drehen, die zum 70. Jahrestag gesendet werden soll. Die Internetseite Auschwitzundich.ARD.de wird bis dahin von Menschen berichten, die das ehemalige KZ besucht haben, und von jenen, die durch die Gedenkstätte führen. Die Materialien, die auf der Seite gesammelt werden, sollen der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt werden. Am Montag will der NDR auch eine Spendenaktion für die Erinnerungsstiftung Auschwitz starten.



GERAINT LEWIS / DER SPIEGEL

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „So groß, so arrogant“

Ex-Motorsport-Chef Max Mosley, 73, über seinen juristischen Sieg gegen Google, den unermüdlichen Kampf gegen Sex-Fotos im Netz und die Frage nach moralischer Reife

**SPIEGEL:** Herr Mosley, wie fühlt es sich an, Google zu besiegen?

**Mosley:** Ganz gut. Ich wusste gleich, dass es ein langer Weg werden würde. Dabei ist die Sache so klar. Es wäre zeitsparender für alle gewesen, wenn Google die Bilder gleich aus dem Netz gefiltert hätte. Warum sie so dagegen kämpfen und 70-seitige Klageerwiderungen verfassen, verstehe ich nicht.

**SPIEGEL:** Nach einer ähnlichen Entscheidung in Paris hat jetzt auch das Landgericht Hamburg Google verpflichtet, sechs Fotos Ihrer privaten Sex-Party aus den Suchergebnissen herauszufiltern. Werden Sie irgendwann wieder Max Mosley sein – und nicht der Mann mit der Sadomaso-Orgie?

**Mosley:** Was passiert ist, kann ich nicht ungeschehen machen. Mir ist klar, dass mein Name immer mit dieser Geschichte verbunden bleibt. Das nervt – man arbeitet ein Leben lang ernsthaft, dann passiert so etwas und überstrahlt alles.

**SPIEGEL:** Zeigt Ihr Sieg auch, dass ein Einzelner nicht machtlos ist gegen einen Giganten wie Google?

**Mosley:** Absolut. Es beweist vor allem, wie wichtig es ist, dass wir Gerichte haben. Für die ist es egal, ob jemand Macht, Einfluss oder Bekanntheit hat.

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Susanne Amann und Isabell Hülsen in London.

**SPIEGEL:** Warum haben Sie Google ausgerechnet in Deutschland verklagt und nicht in Großbritannien oder den USA, wo die Bilder wahrscheinlich viel häufiger angeklickt werden?

**Mosley:** In den USA zu klagen ist extrem teuer. Außerdem habe ich wenig Vertrauen in die US-Justiz, wenn ich ehrlich bin. Hätte ich in England geklagt, wäre der Eindruck entstanden, das sei eine rein britische Angelegenheit. In Wahrheit ist es eine europäische Frage – deshalb bin ich nach Deutschland und Frankreich gegangen, beide haben in Europa Gewicht.

**SPIEGEL:** Warum arbeiten Sie sich überhaupt an Google ab? Sie könnten doch auch die Betreiber der vielen Websites abmahnen, die die Bilder immer wieder veröffentlichen?

**Mosley:** Das haben wir ja probiert – aber das ist eine unendliche Geschichte. Dazu kommt: Die meisten Websites kennt kaum jemand, Bedeutung bekommen sie erst in dem Moment, in dem Google sie findet. Das Wesen der Suchmaschinen ist, aus etwas Kleinem, das kein Mensch finden würde, eine große Sache zu machen. Und unter den Suchmaschinen ist Google natürlich die größte.

**SPIEGEL:** Google löscht immer wieder Bilder aus den Suchergebnissen – allein im November 76 Stück. Zeigt das nicht, dass der Konzern Ihr Anliegen anerkennt?

**Mosley:** Das Kuriose ist doch: Wenn man Google bittet „Löscht die Bilder“, dann tun sie das. Wenn auch nicht besonders schnell. Gleichzeitig leugnet Google, dass es technisch in der Lage ist, die Bilder zu filtern. Das ist doch Nonsens. Die lügen einfach. Und das, obwohl sich Google auf die Fahnen schreibt: „Don’t be evil.“ Bei Google läuft etwas wirklich schief. Technisch sind sie brillant, sensationell. Aber moralisch ist das Management schlicht unreif. Dieser Konzern ist so groß, so arrogant, er tut, was immer er will, und kümmert sich nicht um das Gesetz.

**SPIEGEL:** Wer bei der Google-Bildersuche Max Mosley eingibt, bekommt per Autovervollständigung „Intime Party“ oder „Prostituierte Video“ vorgeschlagen. Warum gehen Sie dagegen nicht vor?

**Mosley:** Das ist das Nächste auf unserer Liste, in Deutschland und in Frankreich. Bettina Wulff, die Ex-Frau des früheren Bundespräsidenten, geht deswegen auch gerade gegen Google vor. Die Urteile, die wir erstritten haben, haben Signalwirkung. Deshalb überlegen wir auch, Google in Großbritannien und an seinem Hauptsitz in Kalifornien zu verklagen.

**SPIEGEL:** Der Konzern wehrt sich mit dem Argument, ein Filter würde Ihnen nicht viel helfen, weil schon Bilder mit minimalen Abweichungen nicht mehr gefunden werden könnten.

**Mosley:** Das passt aber nicht zu der Tatsache, dass die Filter sehr wohl funktionieren, wenn es um Kinderpornografie geht. Die Bilder müssen nicht identisch sein. Google selbst hat auf seiner Seite eine Funktion, die „ähnliche“ Fotos vorschlägt. Es ist also technisch möglich.

**SPIEGEL:** Google hält es für unverhältnismäßig und unzumutbar, allein für Max Mosley einen solchen Filter zu kreieren.

**Mosley:** Ein kompetenter Programmierer würde wohl nicht länger als eine Stunde dafür brauchen, bei Google könnte das wahrscheinlich selbst ein Praktikant.

**SPIEGEL:** Selbst Gerichte sind sich nicht immer einig, welche Fotos die Persönlichkeitsrechte so schwerwiegend verletzen, dass sie herausgefiltert werden müssen. Worauf soll sich Google verlassen?

**Mosley:** Grundsätzlich gilt: In Deutschland muss sich Google daran halten, was ein deutsches Gericht für richtig hält, in Frankreich gilt, was französische Gerichte urteilen. Aber am Ende muss sich das Unternehmen entscheiden, ob es in einer Demokratie leben will. Google benimmt sich wie ein Halbwüchsiger, der sich gegen das Establishment auflehnt. Der Konzern muss erkennen, dass er Teil der Gesellschaft ist und entsprechend Verantwortung übernehmen.

**SPIEGEL:** Was aber soll Google tun, wenn Gerichte in Ländern mit zweifelhafter demokratischer Reputation entscheiden, dass Inhalte gelöscht werden müssen? Der Konzern kann schlecht selbst entscheiden, welche Urteile er anerkennt und welche nicht.

**Mosley:** Ich weiß, dass das schwierig ist. Natürlich müsste Google Bilder nach einem entsprechenden Urteil etwa in Russland löschen. Aber der Konzern könnte dennoch abwägen, ob er sie in anderen Teilen der Welt zugänglich macht. Umgekehrt erwarte ich von Google, dass es Urteile aus unzweifelhaft demokratischen Ländern ernst nimmt.

**SPIEGEL:** Google sieht sich selbst als neutraler Dienstleister, der nur dabei hilft, die Inhalte Dritter zu finden. Inwieweit sollte der Konzern für illegale Inhalte haftbar gemacht werden?

**Mosley:** Das ist die Grundsatzfrage. Einige argumentieren: Google ist doch nur der Eigentümer einer Mauer, auf der andere ihre Graffiti hinterlassen. Warum sollte der Eigentümer dafür haftbar gemacht werden? Meine Antwort ist: Weil Google die Sprayer mit Farbe versorgt. Ich verlange nicht, dass Google von sich aus illegale Inhalte herausfiltert. Aber wenn



FOTOAGENTUR ZWEI KAMERADEN

**Google-Suchmaske**
*„Das Management ist unreif“*

das Unternehmen darauf hingewiesen wird, muss es reagieren. Ich verstehe nicht, warum das so schwierig sein soll. Googles Sorge, Tausende Fotos filtern zu müssen, halte ich für unbegründet. Es geht doch bloß um eine Handvoll Fälle.

**SPIEGEL:** Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen dem Schutz der Privatsphäre und Zensur?

**Mosley:** Die ist für mich eindeutig: Wenn es eine klare Rechtsprechung gibt.

**SPIEGEL:** Sind Sie von Internetaktivisten schon beschimpft worden, weil Sie angeblich das Internet zensieren wollen?

**Mosley:** Im Netz ein bisschen. Aber wenn ich auf die Straße gehe, kommen immer wieder Menschen auf mich zu, die mich bestärken, dass es richtig ist zu kämpfen.

**SPIEGEL:** Sie haben genug Zeit und Geld, um Ihre Rechte zu verteidigen. Was nützt es anderen Betroffenen, wenn Max Mosley gegen Google gewinnt?

**Mosley:** Die Chancen wachsen, dass Google künftig vernünftiger reagiert. Vielleicht setzt sich bei Google jetzt ja mal jemand hin und überlegt, ob es sinnvoll ist, weiterzuklagen und das Geld der Aktionäre und die Zeit der Manager zu verschwenden.

**SPIEGEL:** Sie sollen Google-Verwaltungsrats-Chef Eric Schmidt einen Brief geschrieben haben. Gab es je eine Antwort?

**Mosley:** Vor dem Prozess habe ich ihm über einen befreundeten Anwalt angeboten, doch mal miteinander zu reden. Aber es kam keine Antwort. Ich sollte es vielleicht jetzt noch einmal versuchen, wo die Urteile aus Frankreich und Deutschland da sind.

**SPIEGEL:** Wie viel Geld hat Sie der Rechtsstreit bisher gekostet?

**Mosley:** Ich schäme mich fast, das zugeben zu müssen, aber genau weiß ich es nicht. In Deutschland und Frankreich ist es günstiger zu klagen als in Großbritannien. Ich denke, es sind ein paar hunderttausend Euro, jedenfalls keine Million. Dank meiner deutschen Anwältin Tanja Irion kommt immer wieder Geld herein, wenn Websites oder Zeitungen die Bilder unrechtmäßig veröffentlichen.

**SPIEGEL:** Google hat bereits angekündigt, in Berufung zu gehen. Sind Sie bereit, die Sache bis zum Ende durchzuziehen, auch wenn Google in der nächsten Instanz gewinnen sollte?

**Mosley:** Ja, wenn nötig, gehen wir bis zum Bundesgerichtshof. Aber vielleicht wird Google ja bis dahin erwachsen.

**SPIEGEL:** Wie viel Ihrer Lebenszeit widmen Sie dem Streit?

**Mosley:** Ach, wahrscheinlich nicht mal fünf Prozent. Die meiste Zeit kümmere ich mich darum, dass Großbritannien nach dem Murdoch-Skandal ein vernünftiges Presserecht bekommt. In den vergangenen Monaten habe ich an meiner Biografie geschrieben, und irgendwann fiel mir auf: Du hast den Streit mit Google gar nicht erwähnt.

**SPIEGEL:** Nutzen Sie denn Google als Suchmaschine noch?

## Der Kreuzzug des Max Mosley

**1969**
Der Formel-2-Fahrer Max Mosley gründet mit Partnern den Rennstall March.

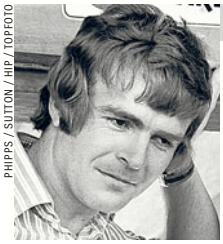
**1977**
Mosley wird Funktionär der FOCA (Formula One Constructors Association), die die Interessen der Formel-1-Teams gegenüber dem Dachverband vertritt.

**30. März 2008**
Das Boulevardblatt „News of the World“ veröffentlicht Bilder einer heimlich aufgenommenen Sadomaso-Party mit Mosley und uniformierten Frauen.

**November 2013**
Ein Pariser Gericht verurteilt Google zur Sperrung von neun Aufnahmen. Der Konzern will Berufung einlegen.

**Januar 2014**
Das Landgericht Hamburg untersagt Google, sechs Bilder bei Suchergebnissen anzuzeigen. Die US-Firma kündigt Berufung an.

1970 | 1990


PHILIPS / SUTTON / HP / TOPFOTO

Manager Mosley 1973

**1993 – 2009**
Präsident der FIA (Fédération Internationale de l´Automobile), des weltweiten Automobilsport-Dachverbands.

**Juli 2008**
Der britische High Court entscheidet, dass die Fotos Mosleys Persönlichkeitsrechte verletzen, und weist einen angeblichen Nazi-Bezug zurück. Die Zeitung muss 76 000 Euro Schadensersatz zahlen.

**2011**
Mosley verklagt Google in Frankreich und Deutschland; der Konzern soll die Bilder aus Suchergebnissen herausfiltern.

Hunderte Website-Betreiber in 23 Ländern hat Mosley erfolgreich wegen der Verletzung seiner Privat- und Intimsphäre verklagt. Doch die immer wieder ins Netz gestellten Bilder bleiben durch Google auffindbar.

DER SPIEGEL

**Mosley:** Ja, und ich nutze sogar Gmail. Ich bin mir sicher, Google kennt jede meiner E-Mails.
**SPIEGEL:** Wie kommt denn Ihre Familie damit klar, dass Sie wahrscheinlich noch jahrelang klagen werden?
**Mosley:** Meine Frau und meine zwei Söhne waren immer auf meiner Seite. Bis die Geschichte mit der „News of the World“ hochkochte, war die landläufige Meinung in Großbritannien: Klage besser nicht, denn bis die Sache vor Gericht kommt, ist sie längst vergessen. Eine Klage macht alles, was man privat halten wollte, wieder öffentlich. Es ist also nicht besonders clever zu klagen, aber ich habe gesagt: Ich lasse mir das nicht gefallen.
**SPIEGEL:** Was raten Sie denn Menschen in einer ähnlichen Situation?
**Mosley:** Ich würde sagen: Wehrt euch! Wenn Menschen ihre Rechte nicht verteidigen, verlieren sie sie. Aber mir ist klar, dass das eine finanzielle Frage ist.
**SPIEGEL:** Ist das Persönlichkeitsrecht überhaupt noch etwas wert in Zeiten, in denen die NSA Milliarden SMS, E-Mails und Handy-Daten abfängt?
**Mosley:** Die NSA argumentiert, sie schütze mit ihrer Arbeit die Bürger vor Terrorismus. Ich persönlich wäre bereit, ein etwas höheres Terrorismusrisiko einzugehen, wenn dafür meine E-Mails und meine Privatsphäre sicher wären. Es ist doch wie im Straßenverkehr: Die Gefahr von Unfällen sinkt, wenn alle nur noch 30 fahren. Aber das wollen wir auch nicht. Die Frage, wie viel Sicherheit und wie viel Privatsphäre die Bürger wollen, sollten sie in einer Demokratie selbst beantworten dürfen. Aber das ist nicht geschehen. Wir wissen überhaupt nur dank Edward Snowden, was da gerade passiert.
**SPIEGEL:** Müssen Sie mit Ihrem privaten Geld ausbaden, was Regierungen versäumt haben zu regeln?
**Mosley:** Bis zu einem gewissen Grad schon. Regierungen handeln immer erst, wenn der Schaden da ist, sie hinken den Entwicklungen hinterher. Man braucht nicht zwingend schärfere Gesetze. Aber die europäischen Regierungen könnten beispielsweise sagen: Wenn ein Unternehmen sich nicht an europäisches Recht hält, darf es hier keine Geschäfte machen.
**SPIEGEL:** Wenn Sie sich etwas wünschen dürften: Was sollten die Leute künftig als Erstes finden, wenn sie Ihren Namen bei Google eingeben?
**Mosley:** In einer idealen Welt würde ich mir wünschen, dass sie eine Geschichte über meinen Einsatz für sicherere Autos im Straßenverkehr lesen. Wenn ich in meinem Leben bisher etwas bewirkt habe, dann das.
**SPIEGEL:** Wie wäre es, wenn die Leute lesen würden: Max Mosley, Vorkämpfer für das Persönlichkeitsrecht im Netz?
**Mosley:** Nein, dafür gibt es Gerichte.
**SPIEGEL:** Herr Mosley, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

TV-MODERATOREN

# FickdeiMudda

## Warum man Markus Lanz verteidigen muss – auch wenn es nicht leichtfällt

Markus Lanz hat in großem Stil Steuern hinterzogen, er hat die TED-Abstimmung bei „Wetten, dass ..?“ zugunsten von Kandidaten aus seiner Südtiroler Heimat manipuliert und über Jahre in seinem Keller ein illegales Bordell betrieben, in dem die Mainzelmännchen sich nach Feierabend zwangsprostituieren mussten.

Nein, hat er natürlich nicht. Könnte man aber denken, angesichts der hysterischen Debatte um seine Person. Tatsächlich hat Lanz sich nur dies zuschulden kommen lassen: Er hat bei einem Interview versagt. Die Zuschauer werden es ihm verzeihen. Das Internet tut es nicht.

Dort schraubte sich die Aufregung darüber von Tag zu Tag höher, bis es Ende voriger Woche so aussah, als erlebe Deutschland gerade den größten Skandal der Fernsehgeschichte. Aber das sagt mehr über Deutschland und das Internet aus als über den Moderator. So weit ist es also schon, dass man Markus Lanz verteidigen muss.



ZDF / DPA

**Gastgeber Lanz, Politikerin Wagenknecht**
*Aufspringen und ihr beistehen*

Klar: Selbst wer Lanz' streberhafte Moderationen schon immer schwer erträglich fand, litt am vorvergangenen Donnerstag an seiner Talkshow, in der er die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht traktierte. Er erging sich in pseudokritischen Fragen, unterbrach um des Unterbrechens willen und ließ sie nicht im Ansatz zu Wort kommen. Weil ihm das nicht genügte, holte er sich Schützenhilfe bei seinem Gast Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“. Man wollte schier aufspringen und Wagenknecht beistehen. Das muss ein Moderator erst einmal hinbekommen.

Schnell machte die Wagenknecht-Nummer online Karriere. Der erste Journalist, der auf den TV-GAU hinwies, war der Blogger Stefan Niggemeier, der bereits 2012 im SPIEGEL einen Lanz-Totalverriss veröffentlicht hatte.

Nachdem Lanz nun einen Tiefpunkt der Moderationskunst vorgeführt hatte, zeigten einige Teilzeitaktivisten, was für Tiefschläge im Netz möglich sind. Seit vorvergangenem Freitag kann man online eine Petition unterzeichnen. „Raus mit Markus Lanz aus meinem Rundfunkbeitrag!“, heißt der Aufruf. Als habe die Initiatorin, eine der Linken nahestehende Leipzigerin, zu viel Dschungelcamp geschaut.

Bis Freitagabend unterzeichneten rund 180 000 Menschen den Aufruf gegen Lanz – angeblich. Denn welche und wie viele Menschen sich hinter den Namen verbergen, weiß niemand. Im Schutz der Anonymität rufen die Ankläger: Ans Kreuz mit ihm! Und kommen sich wohl mutig vor. Aber wie ernst muss man Leute nehmen, die sich hinter Pseudonymen wie „Fabel Wesen“, „ZdF fan“ oder „FickdeiMudda IhrlinkenBastarde“ verstecken?

In Deutschland gibt es das Vermummungsverbot. Es gilt für Demonstranten wie für Besucher eines Fußballspiels. Im Netz, wo sich weit mehr Leute versammeln als in jedem Stadion, gilt es nicht.

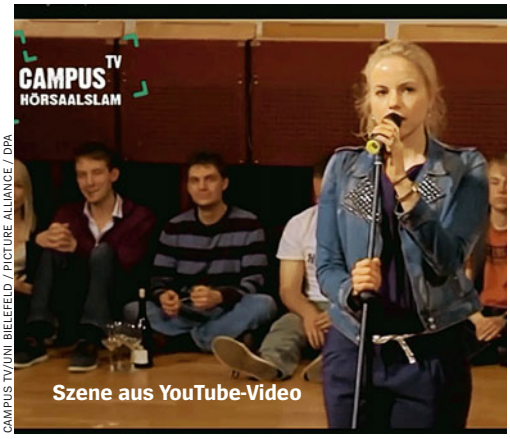
Das Internet hat schon für viel Transparenz gesorgt, vor allem im Kampf gegen autoritäre Regierungen. Der Papst hat es gerade als Geschenk Gottes bezeichnet, er muss es wissen, er steht ja selbst einem autoritären Staat vor. Die Lanz-Petition zeigt nun die andere Seite des Webs: die anonyme Pöbelei.

Für die Medien war die Lanz-Hatz ein Klickfest. Der Branchendienst Meedia etwa blies über Facebook erst zur Jagd: „Die Anti-Lanz-Welle rollt. Jetzt schon über 50 000! Habt Ihr auch gezeichnet?“ Und fragte kurz darauf mitleidig: „Woher dieser Hass auf Markus Lanz?“

Die Zeiten, in denen das ZDF sich mit wohlfeilen Begründungen von Moderatoren trennte, sind vorbei. So geschehen 1967, als der Sender den Showmaster Lou van Burg feuerte, weil der etwas mit seiner Assistentin hatte. Nicht die Affäre habe den Ausschlag gegeben, gab der damalige Intendant Karl Holzamer später zu, sondern die Berichterstattung der Boulevardmedien.

Durch „FickdeiMudda“ zu Fall gebracht zu werden, das möchte man selbst Markus Lanz nicht wünschen.

Alexander Kühn



Szene aus YouTube-Video

CAMPUS TV/UNI BIELEFELD / PICTURE ALLIANCE / DPA

NETZKULTUR

# Oh Baby

Seit einer Woche bewegt ein fünfminütiges Video der Slam-Poetin Julia Engelmann Deutschland. Welchen Nerv hat sie getroffen?



EIBNER-PRESSEFOTO / ACTION PRESS

**Internetstar Engelmann:** *„Bleibe meistens still“*

Julia Engelmann zittert, das Mikro knackt, im Hörsaal herrscht Stille, sie singt: „One day baby, we'll be old, oh baby, we'll be old and think of all the stories that we could have told.“ Eines Tages, Baby, werden wir alt sein und an all die Geschichten denken, die wir hätten erzählen können. Danach spricht Engelmann, 21, Psychologiestudentin aus Bremen, knapp fünf Minuten über ihr ungelebtes Leben, die Lethargie des Alltags und die vielen Möglichkeiten, die sie nie ergriffen hat.

Mehr als eine Million YouTube-Nutzer klickten allein in der vergangenen Woche den Mitschnitt von Engelmanns Beitrag zum 5. Bielefelder Hörsaal-Slam, einer Live-Poesie-Veranstaltung im Mai 2013. Engelmanns Botschaft ist einfach: Nutze den Tag. Trau dich was. Hör auf zu gammeln, steck dein Handy in die Tasche, und fang endlich an zu leben. „Wir wollen doch keine Fehler machen, wollen doch nichts verlieren, und es bleibt so viel zu tun, unsere Listen bleiben lang, und so geht Tag für Tag ganz still ins unbekannte Land.“

Das Video polarisiert: Kommentare wie „wahre Worte“, „Respekt“ und „Gänsehaut“ wechseln sich ab mit Kritik und Beleidigungen. Engelmann, die zwei Jahre in der RTL-Soap „Alles was zählt“ mitgespielt hat, sei eine „Klugscheißerin“, sie habe nur Erfolg, weil sie „blond und hübsch“ sei. Fernsehmoderator Jan Böhmermann persiflierte den Auftritt und bezeichnete ihn als „volkstümliches Rührbröckchen“. Die Facebook-Chroniken sind voll von Engelmann-Zitaten: „Mach ich später ist die Baseline meines Alltags“ oder „Mut ist auch nur ein Anagramm von Glück“.

Solche Sätze kann man für Glückskeksweisheiten halten, für die banalen Phrasen einer jungen Frau, die mit Werbeslogans wie „Nichts ist unmöglich“ oder „Don't be a maybe“ aufgewachsen ist und diese nun für ihre eigenen Texte wiederkäut. Dennoch hat das Video einen Nerv getroffen.

Engelmann wirkt wie das Mädchen von nebenan. Sie hat Vorbildcharakter, und so wurde aus der Slam-Poetin ganz schnell ein Symbol ihrer Generation. In den Medien wurde sie zur Botschafterin der heute 20- bis 30-Jährigen, der sogenannten Generation Y, die als überfordert, sicherheitsbedürftig und freizeitverliebt gilt.

Doch das Generationen-Deuten lohnt sich vor allem für Wirtschaft und Politik. Generation Y, Generation Weicheier, Schmerzensmänner und Jammerfrauen – all diese Bezeichnungen wurden für die heute 20- bis 30-Jährigen gefunden. Dabei sind das vor allem Kampfbegriffe, die sich gut vermarkten lassen und gern von Älteren bemüht werden, weil sie das Gespräch über die Jugend so schön einheitlich und übersichtlich machen. Julia Engelmanns Auftritt ist deshalb ein Rundum-sorglos-Paket: Leicht verständlich, eingängig vorgetragen, reflexartig geteilt, geliebt, geliked wurde ihr „One day / Reckoning Text“ innerhalb einer Woche zur Interpretationshilfe einer ganzen Generation.

Nur will Engelmann selbst gar keine Botschafterin sein. Und das scheint die eigentliche Botschaft dieser Altersgruppe: der Rückzug in die anonyme Masse. Die 68er gingen auf die Straße, die Punks zerlegten ihre Garderobe und den Konzertsaal dazu, die Techno-Jünger tanzten mit den richtigen Pillen in der Tasche die Wochenenden durch, das alles öffentlichkeitswirksam und laut – Engelmann wollte sich zu ihrem Auftritt bisher nicht mal äußern. Nachdem ihr Video im Internet millionenfach geklickt wurde und die Presseanfragen sich häuften, ließ sie über ihre Mutter mitteilen, dass sie den ganzen Rummel erst mal verdauen müsse. Keine Konfrontation heißt: keinen Ärger. Es scheint, als würde sie ihren Auftritt am liebsten rückgängig, ihre Slam-Poetry wieder zu einem Tagebucheintrag machen.

Einer jungen Nachwuchspoetin wird von den sozialen Medien und den Zeitungen eine riesige Bühne geboten, und sie weigert sich draufzusteigen. Jetzt könnte sie endlich „Dopamin vergeuden“. „Die gefallenen Feste feiern, bis die Wolken wieder lila sind.“ „Geschichten schreiben, die wir uns später gern erzählen.“ So wie es in ihrem Bielefelder Text heißt. Sie will aber offenbar keine Geschichte schreiben, in der sie selbst eine Sprecherfunktion übernimmt. Mit einem „Wir“ hat Engelmann sich das Sprachrohr erkämpft, ihr Text hat Millionen berührt. Jetzt will sie nicht mal mehr „ich“ sagen. Vielleicht ist sie damit beispielhafter, als sie denkt.

Engelmann und ihre Altersgenossen sind Publikum gewöhnt, im Netz, auf Instagram, durch Referate und Assessment-Center. Doch das ständige Vergleichen kann auch lähmen. „Ich wäre gerne klug, allein das ist ziemlich dämlich, ich würde gern so vieles sagen, aber bleibe meistens still“, so beschreibt es Engelmann es in ihrem Text.

Vielleicht meldet sie sich diese Woche doch noch zu Wort. Und vielleicht spricht sie dann darüber, wie schwer es heutzutage ist, dem öffentlichen Druck zu widerstehen. Sich nicht mitzuteilen, sondern einfach mal nur für sich zu sein.

MAREIKE NIEBERDING

**Video: Julia Engelmanns Auftritt beim Hörsaal-Slam**

spiegel.de/app52014slam
**oder in der App DER SPIEGEL**

# Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923 – 2002)

**CHEFREDAKTEUR** Wolfgang Büchner (V. i. S. d. P.)

**STELLV. CHEFREDAKTEURE**
Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry

**MITGLIED DER CHEFREDAKTION**
Nikolaus Blome (Leiter des Hauptstadtbüros)

**ART DIRECTION** Uwe C. Beyer

*Politischer Autor:* Dirk Kurbjuweit

**DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO** *Stellvertretende Leitung:* Christiane Hoffmann, René Pfister. *Redaktion Politik:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Ralf Beste, Horand Knaup, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski. *Autor:* Markus Feldenkirchen

*Redaktion Wirtschaft:* Sven Böll, Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Gerald Traufetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

*Meinung:* Dr. Gerhard Spörl

**DEUTSCHLAND** *Leitung:* Alfred Weinzierl, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Maximilian Popp, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Özlem Gezer, Sven Röbel, Jörg Schindler, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer, Konstantin von Hammerstein

**WIRTSCHAFT** *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Susanne Amann (stellv.), Marcel Rosenbach (stellv., Medien und Internet). *Redaktion:* Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

**AUSLAND** *Leitung:* Clemens Höges, Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Daniel Steinvorth, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Ralf Hoppe, Hans Hoyng, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

*Diplomatischer Korrespondent:* Dr. Erich Follath

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

**KULTUR** *Leitung:* Lothar Gorris, Susanne Beyer (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Elke Schmitter, Dr. Susanne Weingarten

*KulturSPIEGEL:* Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

**GESELLSCHAFT** *Leitung:* Matthias Geyer, Dr. Stefan Willeke, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Wiebke Hollersen, Ansbert Kneip, Katrin Kuntz, Dialika Neufeld, Bettina Stiekel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk

**SPORT** *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

**SONDERTHEMEN** *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Rainer Traub

**MULTIMEDIA** Jens Radü; Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

**CHEF VOM DIENST** Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

**SCHLUSSREDAKTION** Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

**PRODUKTION** Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

**BILDREDAKTION** Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Susanne Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz
*E-Mail: bildred@spiegel.de*
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

**GRAFIK** Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, André Stephan, Michael Walter

**LAYOUT** Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
*Besondere Aufgaben:* Michael Rabanus
*Sonderhefte:* Rainer Sennewald

**TITELBILD** Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg
*Besondere Aufgaben:* Stefan Kiefer

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**
**BERLIN** Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

**DRESDEN** Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

**DÜSSELDORF** Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

**FRANKFURT AM MAIN** Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Salden, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

**MÜNCHEN** Dinah Deckstein, Anna Kistner, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

**STUTTGART** Büchsenstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND**
**BOSTON** Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. (001617) 9452531

**BRÜSSEL** Christoph Pauly, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

**KAPSTADT** Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. (002721) 4261191

**LONDON** Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. (0044203) 4180610, Fax (0044207) 0929055

**MADRID** Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

**MOSKAU** Matthias Schepp, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. (007495) 22849-61, Fax 22849-62

**NEU-DELHI** Dr. Wieland Wagner, 210 Jor Bagh, 2F, Neu-Delhi 110003, Tel. (009111) 41524103

**NEW YORK** Alexander Osang, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

**PARIS** Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

**PEKING** Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

**RIO DE JANEIRO** Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

**ROM** Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

**SAN FRANCISCO** Thomas Schulz, P.O. Box 330119, San Francisco, CA 94133, Tel. (001212) 2217583

**TEL AVIV** Julia Amalia Heyer, P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

**WARSCHAU** P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

**WASHINGTON** Marc Hujer, Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

**DOKUMENTATION** Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilios Papadopoulos, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

**LESER-SERVICE** Catherine Stockinger

**NACHRICHTENDIENSTE** AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 68 vom 1. Januar 2014
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg
Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Ahrensburg / Prinovis, Dresden

MIX Papier FSC FSC® C020233

**VERLAGSLEITUNG** Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Ove Saffe

**INTERNET** www.spiegel.de
**REDAKTIONSBLOG** spiegel.de/spiegelblog
**TWITTER** @derspiegel
**FACEBOOK** facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $ 370 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Paramus, NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631.

# Service

**Leserbriefe**
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

**Hinweise für Informanten:**
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, finden Sie unter der Webadresse www.spiegel.de/briefkasten Hinweise, wie Sie die Redaktion erreichen und sich schützen. Wollen Sie wegen vertraulicher Informationen direkt Kontakt zum SPIEGEL aufnehmen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o „Briefkasten", Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
PGP-verschlüsselte Mail: briefkasten@spiegel.de (den entsprechenden PGP-Schlüssel finden Sie unter www.spiegel.de/briefkasten)
Telefon: 040-3007-0, Stichwort „Briefkasten"

**Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche**
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

**Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken:**
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times News Service/Syndicate
E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com
Telefon: (00331) 41439757

**Nachbestellungen**
SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

**Historische Ausgaben**
Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: (0228) 9296984

**Kundenservice**
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

**Abonnement für Blinde**
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: (069) 955124-

**Abonnementspreise**
Inland: 52 Ausgaben € 218,40
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UniSPIEGEL
Österreich: 52 Ausgaben € 234,00
Schweiz: 52 Ausgaben sfr 361,40
Europa: 52 Ausgaben € 273,00
Außerhalb Europas: 52 Ausgaben € 351,00
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

**Abonnementsbestellung**
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,20 pro Ausgabe
❑ für € 3,90 pro digitale Ausgabe
❑ für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur Normallieferung. Eilbotenzustellung auf Anfrage.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort
Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter: www.spiegel.de/widerrufsrecht

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP14-001
SD14-006
SD14-008 (Upgrade)

## SPIEGEL TV

MONTAG, 27. 1., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1

### SPIEGEL TV REPORTAGE

**Geld oder Leben – Das Drama um Eddi & Helmuth**

An der Tierärztlichen Hochschule Hannover wird Hightech-Medizin betrieben. Zum Wohle der Tiere. Doch die Behandlung kann teuer sein. SPIEGEL-TV-Autor Markus Grün begleitet Hundebesitzer Helmuth, der darüber nachdenkt, ob er sich die Versorgung seines Haustiers Eddi leisten kann.

---

DONNERSTAG, 30. 1., 21.00 – 22.30 UHR | SKY
Bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

### SPIEGEL GESCHICHTE

**Hindenburg**

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die erste umfassende filmische Biografie eines der wichtigsten politischen Akteure des 20. Jahrhunderts porträtiert einen Mann mit einer politischen Karriere, die im Kaiserreich begann, die Weimarer Republik überdauerte und in der NS-Diktatur endete. Das Dokudrama hinterfragt den Mythos Hindenburg und räumt auf mit der Mär eines geistig und körperlich verfallenen Greises, der in seinen letzten Lebensjahren unter fremdem Einfluss gestanden habe. Bis kurz vor seinem Tod im Sommer 1934 traf der Reichspräsident alle Entscheidungen bei klarem Verstand. Selbst die zahlreichen politischen Morde, die im Auftrag seines Reichskanzlers Hitler verübt wurden, hat Hindenburg ausdrücklich verteidigt.

---

SONNTAG, 2. 2., 22.15 – 23.30 UHR | RTL

### SPIEGEL TV MAGAZIN



MARC PISCOTTY / GETTY IMAGES

**Kiffer in Denver, Colorado**

**Inside NSA** – Whistleblower, Hacker und der Geheimdienst; **Gebt den Hanf frei!** – Kifferparadies Colorado; **Der Buddha und die Moorleichen** – Das Geheimnis der Mumien.

# Register

GESTORBEN

**Claudio Abbado,** 80. Als Mann der leisen Worte wurde der Dirigent zur Legende. Der Sohn zweier Profimusiker wuchs in einer Atmosphäre auf, die stark von Arturo Toscaninis Pult-Tyrannei geprägt war; doch er selbst fand, dass „Macht für mich keinen Sinn hat“. Gerade damit überzeugte er. Seit 1968 war der gebürtige Mailänder an der Scala als leitender Dirigent tätig; nach einem Zwischenspiel in Wien wurde er 1989 Chefdirigent der Berliner Philharmoniker. Schon vor seinem Rücktritt von diesem Posten 2002 hatte er mehrere internationale Orchester mitbegründet; nun wurde Abbado endgültig zum verehrten Klangflüsterer. Bis zuletzt hat er vor allem mit seinem handverlesenen Orchester des Lucerne Festival große



KEYSTONE / EYEVINE / PICTURE PRESS

Werke von Mozart bis Bruckner zu filigran-präzisen Ton-Ereignissen werden lassen, bei denen man neu zu hören lernte – getreu der Weisheit seines Vaters, Musik müsse sich „wie ein Gespräch“ entwickeln. Claudio Abbado starb am 20. Januar in Bologna.

**Theodor Hellbrügge,** 94. „Cheflobbyist für das Kind“ wurde er oft genannt. Mit Beharrlichkeit und Dickköpfigkeit setzte sich der Münchner Pädiatrie-Professor für seine kleinen Patienten ein. Das 1968 von ihm geschaffene Kinderzentrum München, in dem behinderte und gesunde Kinder gemeinsam erzogen werden, wurde zum Vorbild für mehr als 200 sozialpädiatrische Zentren im In- und Ausland. Mit der Gründung der Aktion Sonnenschein beschritt Hellbrügge einen neuen Weg in der Behindertenhilfe; mit der 1991 auf seine Initiative entstandenen Theodor-Hellbrügge-Stiftung förderte er die Sozialpädiatrie in Wissenschaft, Forschung und Lehre. Sein Buch „Die ersten 365 Tage im Leben eines Kindes“ wurde sogar verfilmt. Aus seinen Studien entstanden die Münchener Funktionelle Entwicklungsdiagnostik sowie Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt. Immer wieder warnte Hellbrügge vor Spätfolgen eines zu frühen Abgebens von Kleinkindern in die Krippe. Theodor Hellbrügge starb am 21. Januar in München.



ULLSTEIN BILD

**Hans Christian Rudolph,** 70. Als zweifelnder, kühler, keinesfalls von sich und seiner Arbeit berauschter Bühnenkünstler hat er schöne Erfolge gefeiert, immer eine Spur zu gutaussehend für einen großen Tragöden. Rudolph wurde in eine Theaterfamilie geboren, begann in Essen und Stuttgart und war ein Star in Köln und Hamburg, als Jürgen Flimm in den Achtzigern und Neunzigern Intendant war. In den Titelrollen von Goethes „Faust“ (1983) und Tschechows „Platonow“ (1989) wurde er vom Publikum geliebt und gefeiert, er arbeitete mit Regisseuren wie Andrea Breth, Jürgen Gosch und Stephan Kimmig. 2003 zog er sich zurück. Hans Christian Rudolph starb am 23. Januar in Hamburg an Krebs.

**Schulamit Aloni,** 85. In der israelischen Politik gehörte sie zu den Tauben, allerdings zu den kämpferischen. Aloni zählte zu den Gründern der linken Meretz-Partei, vor allem aber war sie Besatzungsgegnerin. Israel, sagte sie, verfolge „eine Apartheidspolitik“ gegenüber den Palästinensern. Dass ihr Land den Lebensraum seiner Nachbarn okkupierte, hielt sie für unverzeihlich. 1965 wurde sie zum ersten Mal in die Knesset gewählt; sie war Erziehungs-, später Wissenschaftsministerin. 2005 gründete sie die Menschenrechtsorganisation Jesch Din, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Schulamit Aloni starb am 24. Januar in Tel Aviv.

**Fred Bertelmann,** 88. In US-Kriegsgefangenschaft lernte der Sohn eines Duisburger Chemikers die Musik Glenn Millers kennen und lieben. Später spielte Bertelmann, der schon als Kind mehrere Instrumente beherrschte, in Nürnberger Bars Swing-Musik. Bald erkannte er, dass man nur mit „Liedern, die zu Herzen gehen“ Geld machen konnte. Mit mehr als 40



HIPP-FOTO

Millionen verkauften Platten wurde er zu einem der erfolgreichsten deutschen Schlagerinterpreten. Sein erster Hit war 1953 „Wenn es Nacht wird in Montana“, sein größter Erfolg „Der lachende Vagabund“. „In Hamburg sind die Nächte lang“, „Arrivederci Roma“, „Fremde in der Nacht“ – so lauten weitere Schnulzen des Baritons, der auch als Schauspieler arbeitete. Fred Bertelmann starb am 22. Januar in Berg am Starnberger See.

## „Leichtes Ziel“

*Der Brite* **Graham Smith,** *39, Chef der monarchiekritischen Organisation Republic, über jüngste Spekulationen, die englische Königin Elizabeth II. werde vorzeitig ihren Thron verlassen*

**SPIEGEL:** Wäre der Rücktritt der Königin für Sie ein Anlass zur Freude?
**Smith:** Natürlich, aber ich glaube kaum, dass sie zu Lebzeiten abdankt. Im Moment übernimmt Prinz Charles zwar nach und nach mehr Aufgaben, um sich auf seine Thronfolge vorzubereiten. Das wird aber erst geschehen, wenn seine Mutter tot ist. Wenn sie tatsächlich zurücktreten sollte, wäre das natürlich gut für uns.
**SPIEGEL:** Warum?
**Smith:** Die Queen hat es geschafft, öffentlichen Ärger zu vermeiden. Sie ist umgeben von großer Verschwiegenheit und Geheimnistuerei. Prinz Charles dagegen ist ein viel leichteres



JON ENOCH / INTERTOPICS

Ziel. Er hat sein ganzes Leben damit zugebracht, sich in politische Angelegenheiten einzumischen, und man kann ernsthaft in Frage stellen, ob er ein geeignetes Staatsoberhaupt ist.
**SPIEGEL:** Was wollen Sie tun, um die Königin loszuwerden?
**Smith:** Wir müssen die Menschen überzeugen, dass das eigentliche Problem die Monarchie ist. Sie ist keine harmlose Dekoration des Staates. Wir sollten aufzeigen, wie mächtig die königliche Familie ist und wie sie ihre Macht missbraucht.
**SPIEGEL:** Zwei Drittel der Briten stehen aber hinter der Königsfamilie.
**Smith:** Nur ein harter Kern von ungefähr 30 Prozent will die Monarchie unbedingt behalten, 20 bis 25 Prozent wollen sie abschaffen. Der Rest ist unentschlossen. Diese Menschen müssen wir überzeugen.
**SPIEGEL:** Ist der Kampf gegen die Monarchie schwerer geworden mit der Geburt des Sohns von Prinz William und Kate?
**Smith:** Im Gegenteil, das Baby hat uns ebenso geholfen wie die Hochzeit seiner Eltern zwei Jahre zuvor oder das diamantene Thronjubiläum. Die Menschen denken bei solchen Anlässen über die Monarchie nach. Das Baby hat uns Tausende neue Unterstützer gebracht.


THECREATORSPROJECT

## Die Brückenspielerin

Die Erfinderin und Künstlerin **Di Mainstone,** 38, schickt Menschen als lebende Harfen auf Hängebrücken. So brachte die Tänzerin **Hollie Miller,** 24, die Brooklyn Bridge in New York zum Klingen: Sie trug einen von Mainstone entwickelten Spezialanzug, der über Seile mit der Stahlkonstruktion der Brücke verbunden ist. Digitale Technik macht die Schwingungen des Bauwerks hörbar. Mit ihrem sinnlichen Projekt „Human Harp“ will Mainstone nun zunächst Großbritannien erobern. Vor kurzem erhielt sie eine Einladung von der Stiftung der Clifton Suspension Bridge aus Bristol; dort wird sie mit ihrem Team zum 150. Jubiläum der Hängebrücke im Sommer eine Performance aufführen. Das soll der Beginn sein für eine große Tournee, hofft Mainstone: „Wir sind überall auf der Welt in Verhandlungen, Brückennamen können wir aber erst nennen, wenn die Genehmigungen erteilt sind.“

## Rosemary reloaded

Sie bleibt den phantastischen Sphären verbunden: Die amerikanische Schauspielerin **Zoë Saldaña,** 35, berühmt geworden durch ihre Rolle als Neytiri in dem 3-D-Blockbuster „Avatar“, wird die vom Teufel gejagte Rosemary in „Rosemary’s Baby“ darstellen. Die vierstündige TV-Produktion soll keine Wiederauflage des gleichnamigen Horrorklassikers von Roman Polanski werden, sondern eine eigenständige Adaption des Romans von Ira Levin, der 1967 veröffentlicht wurde. Das zumindest versprechen die Verantwortlichen bei NBC. Die einzige Abweichung, die bisher bekannt geworden ist: Die TV-Rosemary soll nicht in New York, sondern in Paris leben.


DANIEL ROBERTSON / STARTRAKS PHOT / ACTION PRESS


ABIX / ACTION PRESS

## Prost, Pop

Die Zeiten, in denen er ein Vermögen für Koks und Champagner ausgab, sind vorbei. **Alex James,** 46, Bassist der Britpop-Band Blur, wohnt mit seiner Familie auf einem Bauernhof und beschäftigt sich mit ganz anderen Genussmitteln. Vor einigen Tagen gab das britische Patentamt seinem Antrag auf den Schutz der Marke „Britpop“ statt. James darf jetzt alkoholfreies Bier, Alkopops und Whiskey mit „Britpop“ bewerben, der Bezeichnung für seinen Musikstil. James hat schon mit unkonventionellen Käsekreationen von sich reden gemacht. Nicht immer mit Erfolg: Die britische Supermarktkette Asda, bei der seine Käsesorten mit Geschmacksrichtungen wie Ketchup und Tikka Masala verkauft worden waren, nahm sie aus dem Sortiment, weil sie „ihrer Zeit zu sehr voraus“ seien.

**Horst Seehofer,** 64, bayerischer Ministerpräsident, belohnte seine Frau Karin mit einem ganz besonderen Mädelsabend. Zur Verleihung des Bayerischen Filmpreises durfte die First Lady, wie die „Münchner Abendzeitung“ enthüllte, gleich fünf Damen aus ihrem Tennisclub mitbringen. Zuvor wurden den Freundinnen im Wintergarten des Hotels Bayerischer Hof Snacks und Drinks gereicht. Der Vorgang genügte, um die Opposition an die Zeiten der Spezl-Wirtschaft in der CSU der neunziger Jahre zu erinnern. „Amigo stirbt in Bayern offenbar nicht aus“, so die Kritik. Seehofers Staatskanzlei ließ mitteilen, der Ministerpräsident könne als Gastgeber einladen, wen er wolle. Seehofer selbst konterte die Vorwürfe mit dem Hinweis, es frage ja auch keiner, was seine Frau das ganze Jahr über unentgeltlich für den Freistaat mache.

**Recep Tayyip Erdogan,** 59, türkischer Regierungschef, ärgerte sich über einen Hitler-Vergleich. Bei einem Besuch im EU-Parlament in Brüssel am vergangenen Dienstag diskutierte der Premier mit ausgewählten Abgeordneten die Weltlage – und klagte, dass westliche Staaten den Sturz des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi durch das Militär stillschweigend geduldet hätten. Dabei sei dieser demokratisch gewählt worden, so Erdogan. Der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit erwiderte, er erinnere sich an einen anderen Politiker, der demokratisch an die Macht gekommen sei, dann aber wie Mursi nicht demokratisch regiert habe: Adolf Hitler. Diese Bemerkung erzürnte den als reizbar geltenden Erdogan: „Ich werde nicht zulassen, dass Sie Mursi und Hitler vergleichen“, rief er laut; EU-Parlamentspräsident Martin Schulz musste für Ruhe im Saal sorgen.

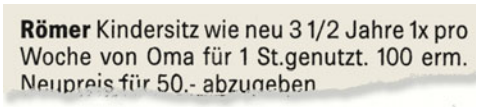
**Philippe,** 53, König von Belgien, ist es gewohnt, im Schatten seiner Frau Königin Mathilde zu stehen. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos wurde es für den Monarchen, der daheim nach einer Comicfigur „Flupke“ genannt wird, am vergangenen Donnerstag besonders peinlich: Bei einer der wichtigsten Diskussionsveranstaltungen war für Mathilde ein Platz in der ersten Reihe reserviert. Als sich Philippe dazusetzen wollte, musste er feststellen, dass man ihn offenbar vergessen hatte. Während der König zu einem Stuhl am Rand trottete, ließ Mathilde ihren Charme spielen – und besorgte dem Ehemann doch noch einen Platz an ihrer Seite.

## Der Star als Fan

Sie hat viele Leidenschaften, auch das Sammeln von Michael-Jackson-Memorabilien gehört dazu. **Lady Gaga,** 27, ersteigerte in der Vergangenheit diverse Kleidungsstücke und Gegenstände aus dem Jackson-Nachlass, zum Teil anonym. Ihr Schatz soll insgesamt über zwei Millionen Dollar wert sein. Jetzt will sie dem King of Pop ein Museum widmen. Darin sollen der berühmte, mit Swarovski-Kristallen besetzte Handschuh, die rote Jacke aus dem „Thriller“-Musikvideo und vieles mehr ausgestellt werden, was dem 2009 verstorbenen Musiker gehörte. Die Museumspläne müssen allerdings noch mit Jacksons Nachlassverwaltern abgestimmt werden, Gaga benötigt deren Einverständnis – und das von Jacksons Kindern.



INEZ AND VINOODH / UNIVERSAL MUSIC


**Römer** Kindersitz wie neu 3 1/2 Jahre 1x pro Woche von Oma für 1 St.genutzt. 100 erm. Neupreis für 50.- abzugeben

Anzeige aus den „Weinheimer Nachrichten“

Aus den „Kieler Nachrichten“ über den Sänger Stefan Gwildis: „Rund lutscht er die Endsilben, lässt sie zwischen Zunge und Gaumen zergehen, bis sie nirgends mehr hängenbleiben.“

Aus der „Neuen Westfälischen Zeitung“: „Zwar sind Notarzt und Rettungsdienst im gesamten Kreisgebiet in nur wenigen Monaten vor Ort, jedoch ist der Arzt, der um die Ecke gerade seinen Rasen mäht, womöglich die entscheidenden Augenblicke schneller.“


**Pädagogische Fachkräfte 150%**
als Voll- und Teilzeitstellen möglich, unbefristet

Aus einer Anzeige der Gemeinde Weissach

Aus dem „Stern“: „Den Tod des Regierungschefs im Amt haben die Schöpfer des Grundgesetzes bedacht, wenn auch taktvoll verdeckt. In Artikel 69 ist von der ‚Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers‘ die Rede, wodurch auch alle Minister ihre Ämter verlieren würden und eine neue Regierung gebildet werden müsste. Das ist in der Geschichte gottlob noch nie geschehen, wenn man von Adolf Hitler und Joseph Goebbels absieht.“


▸ **Michelle Obama** (44), First Lady der USA, ist gestern 50 Jahre alt geworden. Präsident

Aus dem „Schwarzwälder Boten“

Aus dem „Acher und Bühler Boten“: „Betrunken und ohne Licht kam in der Nacht zu Sonntag einer Streife des Polizeireviers Achern in Renchen ein Auto entgegen.“


**Eingeschlagene Wohnungstür deutet auf Einbruch hin**
Ersatz durch Versicherung – Was gestohlen worden ist, muss wenigstens plausibel belegt werden

Aus dem „Teckboten“

Aus der „Lahrer Zeitung“: „Ein Mann, der vermeiden will, dass Homosexualität an Schulen unterrichtet wird.“





## Zitate

*Die italienische Zeitung „Il Fatto Quotidiano“ zum SPIEGEL-Bericht „Im Vorhof der Hölle“ über von der Mafia angelegte, gesundheitsgefährdende Giftmüllhalden in der Nähe Neapels (Nr. 3/2014):*

In einem langen Interview mit der Zeitschrift der SPIEGEL bekräftigt der Mafia-Aussteiger Carmine Schiavone, dass es der derzeit amtierende italienische Präsident Giorgio Napolitano war – von 1996 bis 1998 Innenminister im Kabinett Prodi –, der damals seine Zeugenaussagen über den Handel mit Giftmüll zu geheimen Dokumenten erklären ließ … „Alle Informationen, über die ich verfügte“, sagte er dem Journalisten Walter Mayr, „habe ich auch den Beamten der Anti-Mafia-Behörden Italiens in den neunziger Jahren zukommen lassen.“

*Die „Stuttgarter Zeitung“ zum SPIEGEL-Titel „Die Attacke“ über den Autokonzern VW und dessen Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn (Nr. 34/2013):*

„Von Demokratie als Führungsprinzip hält Winterkorn nichts“, schrieb der SPIEGEL im vergangenen Sommer in einer Titelgeschichte und bezeichnete ihn als einen der letzten Diktatoren. Der Schwabe an der Spitze des größten europäischen Autobauers würde sich nie so bezeichnen. Er meint es doch nur gut. Der SPIEGEL zitiert dazu einen schönen Satz, mit dem der Konzernlenker seine Herrschaftsform beschreibt. „Im VW-Konzern wächst dort das Gras“, so Winterkorn, „wo der VW-Chef hinschaut.“

*Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ zum SPIEGEL-Titel „Spielen macht klug – warum Computerspiele besser sind als ihr Ruf“ (Nr. 3/2014):*

Die Bundesbürger haben 2013 weniger Geld an Spielautomaten ausgegeben. Insgesamt sei der Umsatz mit Geldspielgeräten, Flippern und Sportspielgeräten in Spielhallen und Gaststätten um 0,8 Prozent auf 4,465 Milliarden Euro geschrumpft, heißt es in einer Studie des Ifo-Instituts im Auftrag des Verbandes der Deutschen Automatenindustrie (VDAI) … Anlässlich der Eröffnung der Branchenmesse IMA kritisierte der VDAI-Vorsitzende Paul Gauselmann „die Unausgewogenheit zwischen staatlichen und privaten Gewinnspielangeboten“. Der Unternehmer aus Ostwestfalen erklärte: „In allen Kinderzimmern wird genauso geballert wie an unseren Automaten.“ Anschließend wedelte er mit einem Nachrichten-Magazin, um dessen aktuellen Titel zu zitieren: „Und heute macht es sogar klug.“